

LUXEMBURG 2

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2018

AM FRÖHLICHSTEN IM STURM: FEMINISMUS MARGARITA TSOMOU | KATE CAHOON | ATLANTA INA BEYER | WERONIKA GRZEBALSKA | LIA BECKER | MELINDA COOPER | LIZ MASON-DEESE | ESZTER KOVÁTS | ANDREA PETŐ | ALEX WISCHNEWSKI | STEFANIE HÜRTGEN U.A.



Jeanne Menjolet/flickr 🅮

Titelbild: »Her mit dem Gesetz! Schwangerschaftsabbruch sicher und kostenfrei!«
Begeisterungssturm vor dem Sitz des argentinischen Nationalkongresses, nachdem eine Gesetzesvorlage zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen mit einer knappen Mehrheit angenommen wurde. Buenos Aires, Juni 2018

Inzwischen wurde das Gesetz mit 38 zu 31 Stimmen vom Senat wieder gekippt. Die Frauenbewegung hat aber bereits weitere kraftvolle Proteste angekündigt – aufhalten lässt sie sich die Änderung nicht mehr. © Leo Crovetto, leocrovetto/flickr

»Es sind nicht unsere Unterschiede,
die uns trennen.
Es ist unsere Unfähigkeit,
diese Unterschiede zu erkennen,
zu akzeptieren und zu feiern.«

Audre Lorde

AM FRÖHLICHSTEN IM STURM

»Solidarität ist immer eine kollektive Anstrengung.
Sie entsteht im beständigen Ringen um ein Allgemeines,
das nur auf der Basis von Partikularitäten und
Unterschieden herzustellen ist.«

Chandra Talpade Mohanty

FEMINISMUS

»Wir stehen auf,
weil wir es können und
weil wir wissen, wie es geht.
Wir streiken für unsere Leben.
Alle frei, alle zusammen!«

8. März: Manifest des
Internationalen Frauenstreiks

NEU AUSRICHTEN
Warum die neue Klassenpolitik trans*formiert werden muss
Von Lia Becker

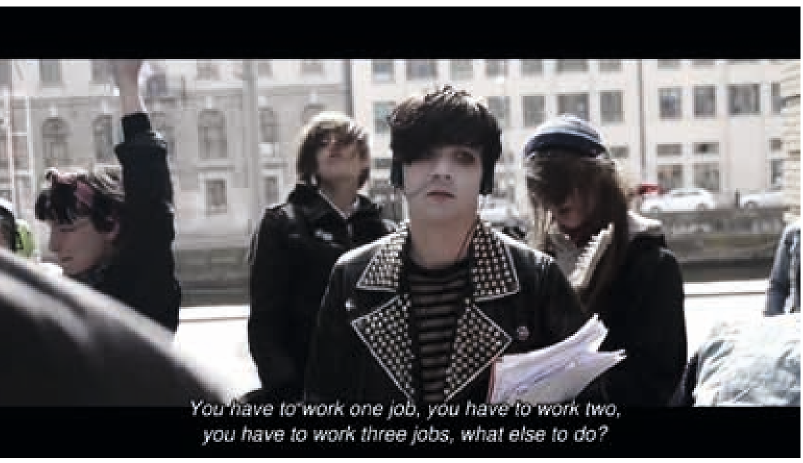
ZUSAMMENKOMMEN
Wie eine Bewegung ansetzt, die Welt zu verändern
Von Liz Mason-Deese

DAGEGENHALTEN
Wie Familie von links erobern
Von Anne Steckner

SCHWERPUNKT: AM FRÖHLICHSTEN IM STURM: FEMINISMUS



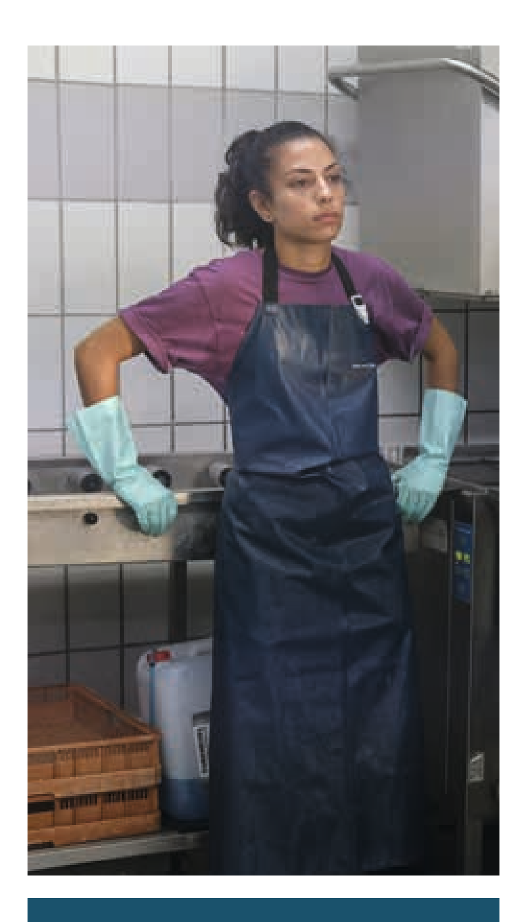


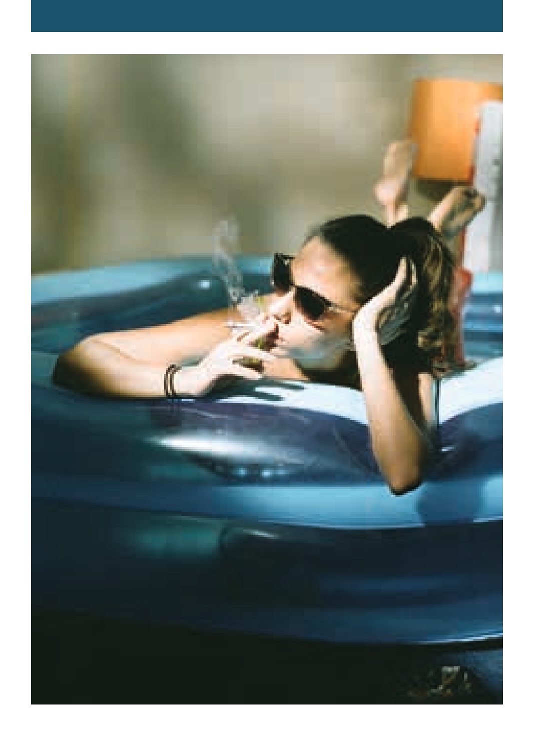


NEU AUSRICHTEN

EDITORIAL

Der Wind weht scharf. Autoritarismus und Rechtsradikalismus gewinnen an Zustimmung. Aber auch der Feminismus ist zurück: Women's marches, Frauenstreiks, #MeToo, »Ni Una Menos« und viele mehr. Ob in den USA, Polen, Spanien, Lateinamerika oder Deutschland – feministische Proteste bilden die einzige transnationale Bewegung, die einen sichtbaren Gegenpol zur Rechten *und* zum Neoliberalismus markiert; und den Aufbruch in eine bessere Zukunft verkörpert. Sie ist sozial heterogen, plural und thematisch vielfältig – als solche hat sie das Potenzial, ›das Ganze‹ des Herrschaftsknotens anzugehen – AM FRÖHLICHSTEN IM STURM!
Um jedoch rechten Entwürfen etwas entgegen zu setzen, müssen aktuelle Widersprüche und die Krisenerfahrungen der Vielen aufgenommen werden. Es braucht Politiken, die drängende Probleme nicht auf Kosten der Schwächsten lösen; und nicht durch ein vermeintliches Zurück zu ›natürlichen‹ Lebensmodellen, wie es die Rechte in rassistischer, antifeministischer und homofeindlicher Hetze vertritt. Wie können hier neue Bündnisse entstehen?
Um Antworten zu finden, müssen auch die feministischen Praxen der letzten Jahrzehnte auf den Prüfstand. Sie haben sich teils von den Lebensrealitäten vieler Menschen entfernt, sind zu Eliteprojekten geworden. Im Kern des Feminismus steht aber die Frage sozialer Gerechtigkeit in umfassendem Sinne, Geschlechterverhältnisse müssen auch als Produktionsverhältnisse gedacht werden. Umgekehrt gehören Feminismus, post-migrantische Perspektiven und auch Ökologiefragen ins Zentrum eines linken Projekts, sie können nicht länger als Nebenschauplätze verhandelt werden. Darum gilt es zu streiten.
LuXemburg 2/2018 fragt danach, wie ein inklusiver Feminismus aussehen kann, und wer seine Akteur*innen sind. Wie lässt er sich von den Rändern her entwickeln, so dass die Stimmen sozial marginalisierter, armer, prekärer, nicht-weißer Frauen* tonangebend sind? Wo gibt es schon intersektionale Praxen, die wir verallgemeinern könnten? Und wie kann eine feministische Klassenpolitik entwickelt werden, die auch die Klassenanalyse auf die Höhe der Zeit bringt?



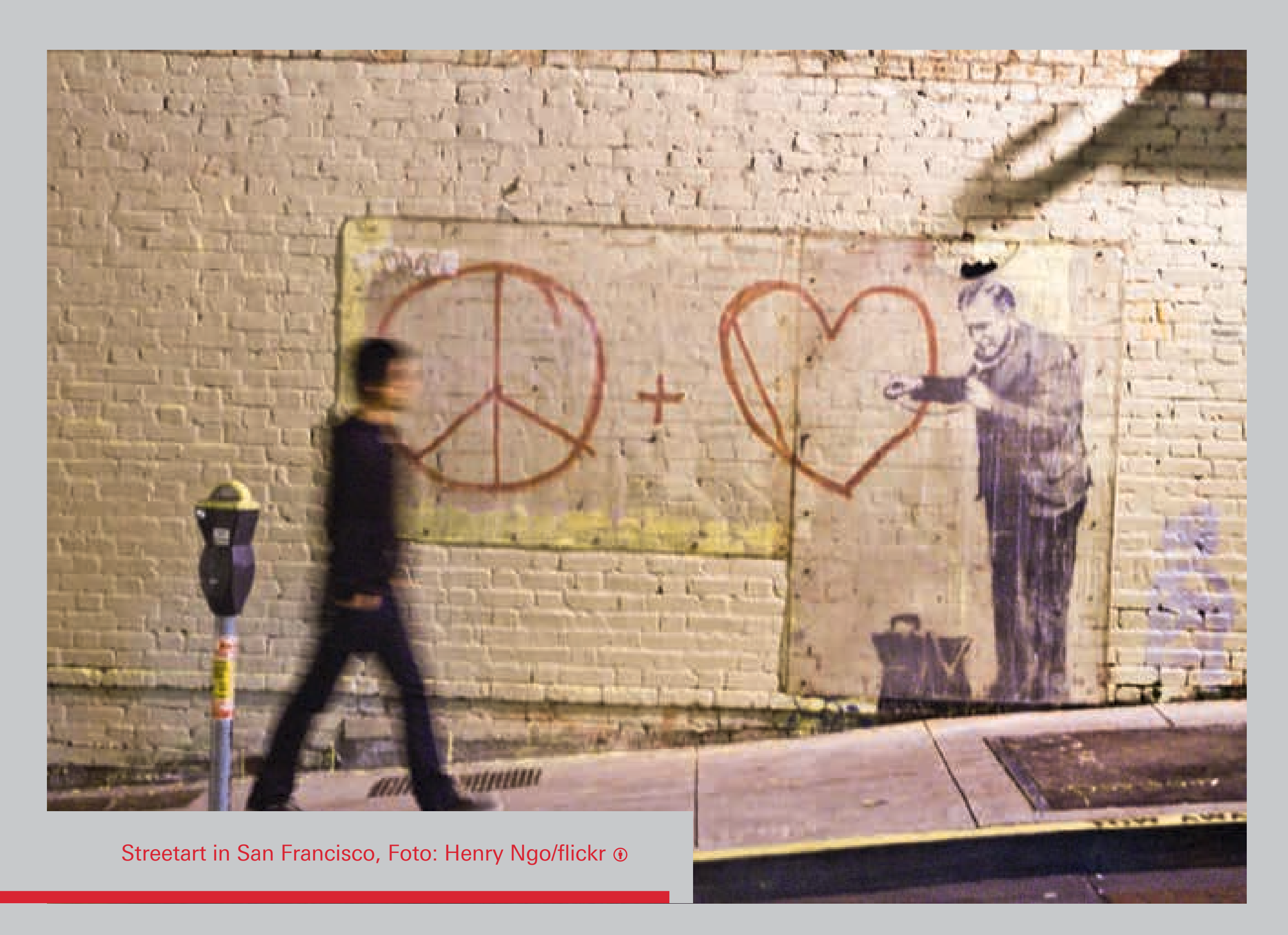


ZUSAMMENKOMMEN

DAGEGENHALTEN



RUBRIKEN



Streetart in San Francisco, Foto: Henry Ngo/flickr

POSITIVER FRIEDEN
WORKSHOP, 13.–16. NOVEMBER 2018 IN BEIRUT

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Moderne gewaltvolle Konflikte haben nicht nur direkte, sondern auch indirekte und strukturelle Ursachen wie Armut, Hunger, politische Diskriminierung sowie inner- oder zwischenstaatliche Konkurrenz. Der Begriff positiver Frieden berücksichtigt dies und zielt auf einen Zustand ab, in dem nicht nur die direkte Gewalt eingestellt wird, sondern auch indirekte und strukturelle Formen von Gewalt präventiv und nachhaltig bekämpft werden.
Zu diesem Themenschwerpunkt bietet das Beiruter Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung im November 2018 einen Workshop an, der sich mit Konzepten von sozialer und transformativer Gerechtigkeit befassen wird. In den letzten Jahren ist vermehrt gefordert worden, sozioökonomische Aspekte in das Konzept der transformativen Gerechtigkeit zu integrieren, und zwar deswegen, weil die Ursachen vieler gegenwärtiger Konflikte – nicht zuletzt im Nahen und Mittleren Osten – eng mit Wirtschaftskrisen zusammenhängen. Neben Aufgaben wie Versöhnung, Entschädigung und Aufarbeitung von Verstößen gegen Menschenrechte und politische Rechte im »Postkonflikt-Kontext« müssen demnach auch sozioökonomische Faktoren stärker beachtet werden. An diesem Ansatz wird sich der Workshop orientieren und sich folgenden Schwerpunkten widmen: soziale Bewegungen und soziale Gerechtigkeit, transformative Gerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit, (Vor-)Kriegswirtschaft und zivile Konfliktlösung. Diskutiert werden historische und gegenwärtige Fallbeispiele aus Libanon, Syrien, Irak, Ost-Timor, Kolumbien, Bosnien, Ruanda, der Ukraine und Nordirland.

Eva Wuchold

Mehr Infos: www.rosalux.de/dossiers/positiver-frieden



WIDERSPRÜCHE DER DEMOKRATIE
BILDUNGSSALON IN BERLIN

Mit einem Vortrag von Bettina Lösch und anschließender Diskussion zu kritischer politischer Bildung und den Widersprüchen der Demokratie wird am 13. September die Reihe »Salon Bildung« der Stiftung in Berlin fortgesetzt. Dem wird am 13. Dezember die Vorstellung von Bildungsmaterialien für den Unterricht zu »Marx und Kapitalismus« mit Holger Oppenhäuser und Christoph Ernst als Gästen folgen. Zum Auftakt im März hatten Lisa Doppler und Peter-Erwin Jansen ihr Buch »Kapitalismus und Opposition« zu den Pariser Vorlesungen von Herbert Marcuse präsentiert. Weiter ging es Mitte Juni mit einer Buchvorstellung zu Bildung und Ungleichheit in Deutschland mit Tatjana Freytag und Meike Sophia Baader. Bereits im Februar hatte eine zweitägige Veranstaltung unter dem Titel »Verbindende Bildung – Werkstatt für transformatorisches Lernen« stattgefunden, ausgerichtet vom Studienwerk der Stiftung sowie der Akademie für politische Bildung. Mehr als 170 Bildungsaktivist*innen, Studierende und Interessierte nahmen daran teil.
Die Veranstaltungen der Reihe beginnen jeweils um 18.30 Uhr im Salon der Stiftung am Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin.

Mehr Infos: www.rosalux.de/news/id/38454

KLASSE NEU DENKEN
9./10. NOVEMBER 2018 IN JENA

Viele Jahre kaum beachtet, sind »Klassen« und »Klassenpolitik« als Kategorien mit Wucht in den öffentlichen Diskurs zurückgekehrt. Dabei fällt auf: Vieles, was an analytischer Erkenntnis erreicht worden war, ist heute in Vergessenheit geraten. Die Sozialwissenschaften haben daher keinen Begriff von den Klassengesellschaften des 21. Jahrhunderts. Klasse muss unter veränderten Bedingungen transnationaler Produktionsstrukturen und neuer Produktivkräfte, wachsender Ungleichheiten und vielfältiger Interessen und Subjektivitäten neu gedacht werden. Auf der Arbeitstagung des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Stiftung und des Instituts für Soziologie der Universität Jena im November wird die Frage im Zentrum stehen, wie eine neue Klassenanalyse die Strategie einer »verbindenden Klassenpolitik« empirisch und theoretisch begleiten kann.

Mehr Infos: www.rosalux.de/klasse-neu-denken

RELIGION UND POLITIK
KOLLOQUIUM, 16./17. NOVEMBER IN BERLIN

Kaum etwas wird auch innerhalb der Linken so kontrovers diskutiert wie die gesellschaftspolitische Rolle von Religionen und der Umgang mit religiösen Symbolen im öffentlichen Raum. Es geht um das Kreuz in der Schule, das Kopftuch im Gericht oder den Burkini im Schwimmunterricht. Was aber steht hinter diesen Auseinandersetzungen? Welche gesellschaftlichen Konfliktlinien artikulieren sich in diesen Debatten und welche Lösungen werden angeboten? Die Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt zum 2. Religionspolitischen Kolloquium in den Salon am Franz-Mehring-Platz in Berlin, um gemeinsam über diese Fragen zu diskutieren. Dabei wird es darum gehen, wie gesellschaftliche Vielfalt gestaltet und die Neutralität des Staates als ein emanzipatives Projekt vorangebracht werden kann.

Mehr Infos: www.rosalux.de/veranstaltungen

TROTZ ALLEM!

EINSTIEGE IN EINE FEMINISTISCHE TRANSFORMATION

MARGARITA TSOMOU

Ich sage es nicht gern, aber ich muss es zugeben: #MeToo war eine Revolution. Ich sage es deshalb nicht gern, weil ich als aktive Feministin Diskussionen um »No Means No« und Alltagssexismus immer als eine Art Einstieg in den Feminismus betrachtet habe. Deswegen verspüre ich heute eine Art enttäuschte Verwunderung darüber, dass Debatten um sexuelle Belästigung für so viel Wirbel sorgen können – als hätte die Öffentlichkeit zum ersten Mal davon gehört! Als hätte die Frauenbewegung nicht spätestens seit den 1970er Jahren sexuelle Gewalt zu einem zentralen Punkt einer feministischen Agenda gemacht. Und als hätten wir uns nicht in überwiegend unbezahlter Arbeit die Finger wundgeschrieben, um Sexismus breiter zu denken als den Kampf zwischen zwei Geschlechtern. Insofern halte ich nichts von der Fixierung auf Heterosexualität und dem Spektakel, das in den #MeToo-Debatten mitschwingt. Dennoch erleben wir gerade, wie sich diese der patriarchalen Heteromatrix anhaftenden Gewisshei-

ten gegen das Patriarchat selbst richten. Also bin ich bereit, den Schritt mitzugehen und ihn produktiv zu machen, unter der Bedingung, dass weitere Schritte folgen werden. #MeToo muss nicht, kann aber als Einstieg in Debatten fungieren, die über Fragen der sexuellen Belästigung hinausweisen, die die unsichtbaren Dynamiken von Benachteiligung und Ausbeutung thematisieren und diese mit einer Kritik an der Funktion von geschlechtlicher Arbeitsteilung im Kapitalismus verbinden.

Das Besondere an den #MeToo-Anklagen ist, dass sie das Potenzial haben, den Verantwortlichen und ihren Kompliz*innen richtig zu schaden, denn wir haben es hier mit einem Diskurs zu tun, der unter Umständen folgenreich sein kann. #MeToo hat »Sabotagepotenzial«: Menschen können ihre Jobs verlieren, öffentlich geächtet und diffamiert werden, ihre Karrieren können unwiederbringlich zerstört werden und Institutionen müssen Skandale befürchten. Dies alles hat zu einer neuen Sensibilität für Sexismus geführt sowie zu allerlei »Präventivmaßnahmen«: Der Literaturnobelpreis wird nicht vergeben und in Cannes oder bei der Berlinale gewinnen neuerdings auch Frauen* die Filmpreise.

Wir haben es also mit einem wirkmächtigen Hebel für gesellschaftliche Transformation zu tun, und wann können wir das schon über eine Bewegung sagen! #MeToo wird zur Waffe, verleiht Macht da, wo sie nicht zu vermuten war, und zeigt, dass es sich lohnt, sich zu wehren. Während wir auf diverse Skandale – Klimaschutz, Kriege, Korruption und Sozialpolitik – auch wegen der geringen Spielräume in dieser TINA-Ära[1] inzwischen eher abgestumpft reagieren, sorgt der Vorwurf sexueller Belästigung noch für Aufregung und Verschiebungen auf den Etagen der Macht.

DAS MOMENTUM NUTZEN

Dass diese gesellschaftliche Kraft von einer Hashtag-Bewegung ausgeht, ist kein Zufall. Hashtag-Bewegungen können aus einer heterogenen Gruppe von Menschen, die sich untereinander nicht kennen, (zumindest vorübergehend) ein Online-Wir machen. So entsteht eine aggregierte und dennoch differenzierte Vielstimmigkeit von Verschiedenen. Das ist insbesondere in Bezug auf die Frauenbewegung wichtig, weil zwar alle Frauen* strukturell benachteiligt sind, sich aber hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen und politischen Positionierung voneinander unterscheiden. So wird es möglich, gemeinsam und dennoch individuell gegen sexuelle Gewalt aufzubegehren. Der Zugang für jede Einzelne ist niedrigschwellig, sie kann im eigenen Umfeld politisch aktiv werden, ohne sich einem kollektiven Zusammenhang anschließen zu müssen. Auf eine bisher beispiellose Art wird es heute gesamtgesellschaftlich als legitim empfunden, sexuelle Belästigung öffentlich zu machen und anzuprangern. Das ist neu. Relativ neu ist auch die Häufigkeit, mit der im Zuge dieser Debatte nun auch Berichte über den Gender-Pay-Gap, Frauenarmut, geschlechtliche

MARGARITA TSOMOU ist Autorin, Dramaturgin und Mitbegründerin des pop-feministischen *Missy Magazines*. Zuletzt organisierte sie die Konferenz »Heimatphantasien« auf Kampnagel in Hamburg.

Arbeitsteilung oder Reproduktionsrechte in der Mainstream-Presse erscheinen.

Insgesamt jedoch – und nicht zuletzt auch wegen ihres individualistischen Fokus – leidet die Debatte um #MeToo an einer erheblichen Verkürzung: Sexismus wird als privater Verhaltensdefekt behandelt. Die systemimmanente Funktion von Sexismus in seiner Verschränkung mit Geschlechterverhältnissen, Rassismus und Reproduktionsarbeit im Kontext einer neoliberalen Klassengesellschaft wird allenfalls implizit diskutiert. Aber genau deswegen gilt es jetzt in die Debatte einzusteigen und den Schwung zu nutzen, den #MeToo für die massenhafte Verbreitung von feministischen Positionen hervorgebracht hat.

NICHT VOM HIMMEL GEFALLEN …

Doch gewiss: Auch #MeToo wäre untergegangen, hätte es nicht in den letzten Jahren eine Entwicklung gegeben, die den Feminismus in die Mitte der Gesellschaft katapultiert hat. #MeToo ist nur die sichtbare Spitze eines Eisbergs. Darunter liegen Verschiebungen etwa auf kultureller Ebene: So titelt die Zeitschrift *Vogue* mit Stars, die sich als genderfluid wahrnehmen, sich also nicht einem der beiden hegemonialen Geschlechter zuordnen wollen, oder packt die Transgender-Ikone Laverne Cox (»Orange is the new black«) aufs Cover. Serien wie »Transparent« oder »I Love Dick«, in denen es um weibliche Sexualität oder queere Familienformen geht, unterhalten ein globales Publikum, und Sängerinnen wie Janelle Monáe und Beyoncé konkurrieren um die beste queer-feministische Pop-Hymne. Zwar passiert all das parallel zum jüngsten Rechtsruck, aber man kann es auch positiv lesen: Der tobende Antifeminismus der Rechten und die Debatten über beschädigte »Männlichkeit« sind reaktionäre Rückzugsgefechte, die sich gegen die neue Selbstverständlichkeit feministischer Anliegen richten. Und auch in linken Debatten ist immer wieder darauf hingewiesen worden, dass es im Kampf gegen die neue Rechte in Polen oder den USA eindeutig Frauenbewegungen sind, die die meisten Menschen mobilisieren und auf die Straße bringen können (vgl. Taylor 2017).

Diese historische Konjunktur feministischer Kämpfe ist durchaus vergleichbar mit den großen Momenten der Frauenbewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts oder in den 1970er Jahren. »The future is feminist«, so lautete einer der Hauptslogans der Women's Marches. Ist also das Zeitalter des Feminismus angebrochen? Und was würde das heißen angesichts der Tatsache, dass Feminismen immer im Plural artikuliert wurden? Was für einen Feminismus wollen wir darin stärken?

INTERSEKTIONAL UND KLASSENPOLITISCH

Die interessantesten Strömungen der neuen feministischen Bewegungen sind diejenigen, die sich durch radikale Inklusivität auszeichnen und über die Sorge um das Subjekt »Frau« hinausgehen. Feminismus wird so zu einem mit Hoffnung besetzten politischen Horizont für all diejenigen, die sich nach emanzipatorischen Bewegungen sehnen und von den Sackgassen linker Politik enttäuscht sind. Slogans wie »Gender Justice Is Racial Justice Is Economic Justice«, »Make Empathy Great Again!« oder »Women's Rights Are Human Rights!«, die beim globalen Women's Strike am 8. März 2018 überall zu hören waren, betten die Frage von Frauenrechten in universalistische Kämpfe

gegen Diskriminierung, Rassismus und für mehr soziale Gerechtigkeit ein. Das macht Sinn, denn Frauen* halten überall auf der Welt den Betrieb am Laufen, indem sie all die Aufgaben schultern, die gesellschaftlich notwendig, aber mit nur wenig Geld und Anerkennung verbunden sind: Sie stellen die Mehrheit der Workingpoor, sie sind Care-Arbeiter*innen, übernehmen in Familien überwiegend die Reproduktionsarbeit. Und viele haben Gewalterfahrungen gemacht. Insofern sind Frauen* prädestiniert, Allianzen mit anderen subalternen Gruppen einzugehen, um jenseits von Identitätsgrenzen und entlang einer sozial-feministischen Agenda gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Kämpfe anzuführen. Es ist keine Neuigkeit, dass wir für solche Bündnisse einen intersektionalen Feminismus brauchen, der sich sowohl vom neoliberalen Aufsteiger-Feminismus als auch vom rassistisch motivierten Frauenbeschützertum der Rechten distanziert (vgl. Fraser 2018).



Demo gegen sexistische Gewalt in Madrid, Adolfo Lujan

Was wäre nun, wenn wir diese Befunde etwas ernster nehmen und die aufkommenden Feminismen nicht nur als Ein-Punkt-Bewegungen für die Belange von »Frauen« verstehen, sondern als verallgemeinerte soziale Bewegungen für gesellschaftliche Emanzipation? Ihnen könnte in den Kämpfen gegen Klassenherrschaft und Rassismus genauso wie beim Aufbau einer antifaschistischen Front gegen erstarkende rechtsextreme Kräfte eine Schlüsselfunktion zukommen. Dazu müssten wir aber die von rechts aufgezwungene Dichotomie zwischen der »sozialen Frage« und »Identitätsfragen« zurückweisen und verstehen, dass die soziale Frage nie abstrakt oder universell gestellt wird, sondern immer von spezifischen gesellschaftlichen Positionen aus (vgl. Becker in diesem Heft). Was spricht dagegen, endlich Abschied zu nehmen von der verzerrten Vorstellung, Fragen der Umverteilung beträfen das vermeintlich universelle Subjekt »männlicher Arbeiter«, während Fragen von Gender und Race nur die kulturelle Sphäre berührten?

Was wäre, wenn wir endlich anerkennen würden, dass der viel beschworene »Hauptwiderspruch« den Lebensverhältnissen von Frauen*, Queers oder Nicht-Weißen genauso immanent ist (vgl. Fried 2017)? Die Bewegungen der Care-Revolution machen doch schon längst vor, dass queer-feministische Anliegen auch soziale Fragen sind und dass kapitalistische Widersprüche nicht vor der Haustür von Migrant*innen oder Frauen* haltmachen.[2] Queer-feministische Bewegungen wären aufgrund ihrer besonderen gesellschaftlichen Akzeptanz und Wirkungsmacht diejenigen, die derzeit das größte Potenzial aufweisen, wenn es darum geht, sich gegen rechts und gegen die Neoliberalisierung unseres Lebens zu stellen.

Realität ist dies schon in Lateinamerika. Dort wird von neuen feministischen Bewegungen Sexismus als Gewalt, als Diskriminierung und als ökonomische Ausbeutung auf der Grundlage von Geschlecht thematisiert und bekämpft. Ni Una Menos (vgl. Mason-Deese in diesem Heft) hat sich als Reaktion auf die unzähligen Frauenmorde in Argentinien gegründet, und begreift sich schon immer als Teil der Bewegungen von Subalternen. Die Aktivist*innen ziehen eine Verbindung zwischen den Morden an jungen Frauen* und der extremen ökonomischen Ausbeutung, die Frauen* in der Arbeitswelt erfahren. Nicht selten handelt es sich bei den Mordopfern um gewerkschaftliche Aktivist*innen. Es ist kein Zufall, dass gerade dort das Leben von Frauen* besonders wenig wert ist, wo auch ihre Arbeitskraft extrem entwertet ist.

Der Zusammenhang zwischen körperlicher Gewalt und ökonomischer Ausbeutung wird auch hierzulande stärker in den Blick genommen, seit die Protestform des Frauenstreiks bei uns angekommen ist. Bereits ein Jahr, bevor #MeToo weltweit in den Schlagzeilen landete, hatten sich in Argentinien und Spanien mehr als eine halbe Million Menschen einem solchen Streik angeschlossen (vgl. Coppens/Nichols in diesem Heft). Die Bewegung #WeStrike vereint ganz unterschiedliche prekär Beschäftigte, die das Rückgrat der stark flexibilisierten und oftmals informellen Arbeitsmärkte unserer Dienstleistungsgesellschaften bilden. Klassengewalt wird hier als vergeschlechtlichte Gewalt begriffen, die Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse im Kapitalismus hat.

Wenn wir die These von Silvia Federici (2018) erst nehmen, wonach kapitalistische Akkumulation mit patriarchaler Herrschaft verzahnt ist, dann erkennen wir, wie im gegenwärtigen Neoliberalismus die Wertschöpfung immer mehr auf die Flexibilisierung von Arbeit und die Ausbeutung von unentgeltlich verrichteter Reproduktionsarbeit angewiesen ist – nicht zuletzt aufgrund der vielerorts massiv gekürzten öffentlichen Sozialausgaben. Schon lange argumentieren wir, dass der Neoliberalismus die private und alltägliche Sphäre als Hort der Wertproduktion etabliert hat. Hinzu kommt, dass sehr viele Frauen* in Bereichen tätig sind, die sich der Neoliberalismus als öffentlich finanzierte nicht mehr länger leisten will: im Gesundheits-, Bildungs- und Erziehungswesen. Somit steht die von Frauen* und Prekären verrichtete Arbeit heute besonders unter Druck.

Es spricht viel dafür, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Avantgarde der Arbeiterklasse,

das revolutionäre Subjekt, vor allem weiblich, migrantisch, prekär und *of colour* ist. Ein solches intersektional gedachtes Frauensubjekt hat das »objektive Interesse« – um mit Marx zu sprechen –, sich sowohl gegen den »weibliche« Lebens- *und* Arbeitsverhältnisse bedrohenden Neoliberalismus als auch gegen den aufkommenden Rechtspopulismus zu wehren, der Emanzipationsgewinne der Frauenbewegungen gefährdet. Hier lässt sich das Potenzial eines neu entstehenden Klassensubjektes entdecken, das der heutigen Klassenkomposition gerecht wird (vgl. Salleh 2018). Oder auch das Potenzial einer feministischen antifaschistischen Front, die vermutlich mehr Menschen zu mobilisieren vermag als die eher isolierte Linke.

Außerdem könnten die aus #WeStrike und #MeToo hervorgegangenen Bewegungen die männlich dominierten Vorstandsetagen tatsächlich unter Druck setzen. Was, wenn es in Reaktion auf einen #MeToo-Fall in einem Unternehmen zu einem Streik käme? Denkbar wäre, dass so auch strukturelle Veränderungen angestoßen werden. Nach dem Vorbild der Bewegungen in Lateinamerika wäre es auch hier möglich, Sexismus stärker mit der Entwertung von Frauenkörpern und -arbeit im Kapitalismus in Zusammenhang zu stellen und damit die Perspektive zu erweitern (vgl. Wischnewski in diesem Heft).

Natürlich bedeutet das nicht, dass alle Frauen* unsere Verbündeten sind. Die Geschichte der Frauenbewegung wurde schon immer auch von rechts geschrieben. Die Identitären oder auch die AfD nutzen in Deutschland gerade den #MeToo-Hype, um ihre eigenen »Frauenbewegungen« aufzubauen, die sich gegen reproduktive Rechte einsetzen und die Frauenfrage rassistisch instrumentalisieren (vgl. Wiegel in diesem Heft). In neokolonialer Manier wird so getan, als müssten weiße Frauen vor dem »bedrohlichen schwarzen Mann« geschützt werden. Eine strukturell ähnliche Argumentation findet sich selbst in feministischen Kreisen, zum Beispiel rund um die Zeitschrift *EMMA*. Es verwundert nicht, dass AfD- und Pegida-Anhänger*innen auch Leser*innen dieser Zeitschrift sind.

Als Kriterium für potenzielle Verbündete für eine progressive Politik reicht es selbstverständlich nicht aus, das biologische Geschlecht heranzuziehen. Der Feminismus, der mir vorschwebt, ist ein Projekt, das als radikal inklusive und soziale Bewegung immer wieder neu entworfen und vor allem in der Praxis organisiert werden muss. Aber angesichts der gegenwärtigen hohen gesellschaftlichen Akzeptanz von feministischen Anliegen würde es sich lohnen, in diese Richtung weiter nachzudenken, die »Frauenfrage« als Schlüsselfrage im heutigen Kapitalismus zu betrachten und das transformatorische (Bündnis-)Potenzial eines intersektionalen Feminismus noch viel stärker auszuschöpfen.

LITERATUR

Federici, Silvia, 2018: Über Marx hinaus, in: LuXemburg 2–3/2017, 86–93

Fraser, Nancy, 2018: Hegemonie in der Krise, in: LuXemburg-Online, Februar 2018

Fried, Barbara, 2017: »Feminism is for everyone«. – Perspektiven einer feministischen Klassenpolitik, in: LuXemburg-Spezial »Neue Klassenpolitik«, 22–39

Salleh, Ariel, 2018: Für eine Demokratisierung der Klassentheorie, in: LuXemburg 2–3/2017, 150–154

Taylor, Keeanga-Yamahtta, 2017: Das Problem hinter Trump, in: LuXemburg 1/2017, 16–29

1 There Is No Alternative (TINA).

2 Vgl. www.care-revolution.de.

GENDER ALS SYMBOLISCHER KITT

WARUM DAS KONZEPT GENUTZT WERDEN KANN, UM PROGRESSIVE POLITIKEN ZU DELEGITIMIEREN

WERONIKA GRZEBALSKA, ESZTER KOVÁTS UND ANDREA PETŐ

»Gleichwohl lässt sich von ihr sagen, dass sie die Leier spielt, während Rom brennt. Zu ihrer Entlastung sind zwei Tatsachen zu nennen: Sie weiß nicht, dass sie spielt, und sie weiß nicht, dass Rom brennt.« (Leo Strauss)

In seinen Betrachtungen zur neuen Politikwissenschaft charakterisiert Leo Strauss in »Liberalism Ancient and Modern« (1968) die Verfasstheit der Politologie mit einem bissigen Hinweis auf Kaiser Nero, der über den Dächern des brennenden Rom die Leier gespielt haben soll. Diese Metapher passt auch auf die fortschrittlichen Eliten im Zeitalter von Brexit und Trump: Sie pflegen eine Weiter-so-Attitüde, während die Grundfesten der liberalen Demokratie bröckeln. Zu dieser Elite zählen Mainstream-Politikerinnen und -Politiker, die dazu aufrufen, die »Demokratie zu verteidigen«, um den Status quo zu erhalten; dazu zählen Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, die die Rechtschaffenheit ihres Ansatzes proklamieren; dazu zählen politische

Expertinnen und Experten, die technokratische Lösungen wie Gender-Mainstreaming verordnen; und dazu zählen auch feministische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die versuchen, sich gegen Neues und Unbekanntes dadurch zur Wehr zu setzen, dass sie jede Aufforderung, »Kompromisse zu machen oder Verständnis für andere zu zeigen«, kategorisch von sich weisen, wie manche es nach der Wahl von Trump getan haben, und die sich so hinter ihren starren Kategorien verschanzen.

All diese Haltungen sind Ausdruck der Überzeugung, die fortschrittlichen Kräfte stünden zweifelsfrei auf der richtigen Seite der Geschichte. Entsprechend sei ein schieres »Weiter so« kein Selbstzweck und erst recht kein ignorantes »Leierspielen«. Das progressive Establishment verkennt jedoch, dass Rom längst brennt. Oder um es mit Gramsci zu sagen: Die globalisierte (neo-)liberale demokratische Ordnung ist in einer tiefen Krise und, da ein neues Paradigma noch nicht zur Welt kommen kann, zeigen sich die unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.

Ein Krankheitssymptom dieses Interregnums ist die illiberale Demokratie, die längst nicht nur den bürgerlichen Liberalismus, also etwa Gewaltenteilung und Bürgerrechte, ablehnt, sondern die Demokratie selbst aushöhlt. Gender-Politik hat für die Herausbildung dieser neuen Regierungsweise eine zentrale Rolle gespielt, allerdings anders, als es bisherige Analysen suggeriert haben. Es wäre zu einfach, davon auszugehen, Kaczyński, Orbán und Trump seien an die Macht gelangt, weil sie sich lediglich auf einen tief verwurzelten Hass auf Frauen und Homosexuelle stützen konnten. Stattdessen ist es ausgerechnet die Gleichstellungspolitik – und zwar sowohl im engeren Sinne konkreter Maßnahmen zur Verminderung von Ungleichheit als auch als Symbole einer wünschenswerten Zukunft –, die in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler die Übel der gegenwärtigen politischen Konstellation repräsentiert.

»GENDER-IDEOLOGIE« ALS FEINDBILD

Seit einigen Jahren entstehen weltweit starke transnationale soziale Bewegungen, die sich gegen einen gemeinsamen Feind richten: gegen die »Gender-Ideologie« und den »Kulturmarxismus« in weiten Teilen der westlichen Welt, gegen »Gayropa« in den postsowjetischen Ländern und gegen »politische Korrektheit« im US-amerikanischen Kontext. Erfolgreich haben diese Bewegungen viele Menschen gegen Gleichstellungs- und Menschenrechtsfragen in Stellung gebracht: gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, gegen LSBT-Themen, gegen Gleichstellungspolitiken und Gender-Mainstreaming, gegen

WERONIKA GRZEBALSKA promoviert an der Graduate School for Social Research an der Polnischen Akademie der Wissenschaften und ist Vorsitzende der polnischen Gender Studies Association. Sie forscht zu Fragen von Militarismus, innerer Sicherheit und zu rechten Bewegungen aus Geschlechterperspektive.

ESZTER KOVÁTS ist Politologin, seit 2012 koordiniert sie das regionale Programm »Gendergerechtigkeit in Ostmitteleuropa« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie promoviert an der Universität ELTE in Budapest.

ANDREA PETŐ ist Professorin im Bereich Genderforschung an der Central European University in Budapest.

Sexualaufklärung, Geschlechterforschung als akademische Disziplin und gegen »politische Korrektheit«. Zu Hochzeiten jener Kampagnen galten »Gender-Ideologie« und politische Korrektheit gar als Wiedergänger von Nazismus oder Leninismus (so beispielsweise die polnische Abgeordnete Beata Kempa); ihnen wurde vorgeworfen, Menschen zu versklaven (so der ukrainische Erzbischof Swjatoslaw Schewtschuk); da sie eine Bedrohung für Kinder darstellten, wurden sie mit Pädophilie verglichen (so der slowakische Abgeordnete Pavol Gorisak) und dafür verantwortlich gemacht, die Universitäten in den USA in »efeubewachsene Nordkoreas« verwandelt zu haben (so der US-amerikanische Intellektuelle William Lind).

Diese Präsenz von »Gender-Themen« im politischen Diskurs hat für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Aktivistinnen und Aktivisten, die sich jahrzehntelang über Marginalisierung beklagt hatten, eine völlig neue Situation geschaffen: Sie konnten ihre kritische Perspektive in den meisten Fachrichtungen nicht wirklich verankern, die entsprechenden Abteilungen und Studiengänge wurden in die Keller der Universitäten oder unters Dach verbannt, ihre politischen Aktivitäten waren unterfinanziert und bildeten bestenfalls Marginalien der Parteiprogramme. Nun ist es die genannte illiberal-populistische Offensive, die diese Situation grundlegend verändert hat. Gender wird nun von der Rechten benutzt, um deren Anhängerinnen und Anhänger gegen die (neo-)liberale Demokratie zu mobilisieren. Und weil die Begriffe Gender und Gleichstellung für diese rechten Bewegungen so zentral sind, haben viele Kritikerinnen und Kritiker genau das zum eigenen Problem erklärt. Die entsprechende Rhetorik wird dann als Angriff auf emanzipatorische Politik gelesen, als Ausdruck einer fundamentalistischen Bewegung, die sich gegen die Errungenschaften des Feminismus richtet und gegen die Rechte sexueller Minderheiten, als Ausdruck eines verborgenen Frauenhasses. Indes, wir glauben, dass die Sache etwas anders liegt.

GENDER ALS »SYMBOLISCHER KITT«

Um das Phänomen angemessen zu verstehen und die zentrale Rolle zu betonen, die Gender-Politik in dem aktuellen Paradigmenwechsel spielt, sprechen wir von Gender als »symbolischem Kitt«. Unserer Auffassung nach ist der Begriff »Gender-Ideologie« im Vokabular illiberal-populistischer Kräfte inzwischen zu einer Metapher geworden, zu einer Metapher für all die Unsicherheiten und Ungerechtigkeiten, die die aktuelle sozioökonomische Ordnung hervorbringt. Diese macht es ihnen möglich, die Aufmerksamkeit so vieler Menschen, die mit ihrer Lebenssituation unzufrieden sind, auf Fragen der Gleichstellung umzulenken. Dabei spielen verschiedene Taktiken eine Rolle:

Erstens hat die Rechte eine Dynamik erzeugt, die dazu geführt hat, dass »Gender« als bedrohliches Konzept wahrgenommen wird, mit dem sich unterschiedliche Anliegen, die als progressiv gelten, zusammenfassen lassen. »Gender-Ideologie« steht dann auch für das Versagen der demokratischen Repräsentation und entsprechend ist, sich gegen diese »Ideologie« zur Wehr zu setzen, gleichbedeutend mit einer Kritik an unterschiedlichen Aspekten der gegenwärtigen sozioökonomischen

Ordnung: vom Vorrang der Identitätspolitik gegenüber materiellen Problemen über den Abbau sozialer, kultureller und politischer Sicherheitssysteme bis hin zur Abgehobenheit der gesellschaftlichen und politischen Eliten und zum Einfluss transnationaler Institutionen wie der globalen Ökonomie auf die Souveränität der Nationalstaaten.

Zweitens: Die Dämonisierung der »Gender-Ideologie« hat inzwischen eine zentrale rhetorische Funktion im Bemühen, in der Öffentlichkeit eine neue Vorstellung davon zu verankern, was »gesunder Menschenverstand« ist – eine Art Konsens darüber herzustellen, was normal ist und was legitim. Es ist wichtig festzuhalten, dass diese sozialen Bewegungen, die der »Gender-Ideologie« und politischen Korrektheit den Kampf angesagt haben, sich längst nicht nur darauf beschränken, das Weltbild ihrer Gegner zu dämonisieren und ein Menschenrechtsparadigma abzulehnen, das in Europa und Nordamerika lange relativ unumstritten war. Stattdessen bieten sie eine lebbare und tragfähige Alternative, die auf Familie, Nation, religiösen Werten und Meinungsfreiheit beruht. Diese Alternative ist insofern attraktiv, als sie sich auf ein positives Bild individueller Entscheidungsfreiheit stützt und eine sichere und friedliche Gemeinschaft als Mittel gegen Individualismus und Vereinzelung verspricht.

Schließlich ist es der Rechten durch ihre Opposition gegen »Gender-Politik« und »Kulturmarxismus« gelungen, breite Bündnisse zu schmieden und unterschiedliche Akteure zu vereinen, die in der Vergangenheit nicht unbedingt auf eine Zusammenarbeit erpicht waren: verschiedene christliche Kirchen, orthodoxe Juden, fundamentalistische Muslime, Konservative der Mitte, rechtsradikale Parteien, fundamentalistische Gruppen und in einigen Ländern sogar Fußball-Hooligans.

DIE KRITIK ERNST NEHMEN

Offensichtlich kann der Erfolg der illiberal-populistischen Revolte – die ihre rhetorische Verteufelung der Geschlechtergerechtigkeit als »symbolischen Kitt« einsetzt – nicht allein als Ergebnis eines wirksamen Diskurses und einer geschickten politischen Mobilisierungsstrategie begriffen werden. Immerhin hat diese Bewegung eine lange Geschichte und ist Wiedergängerin jenes »dunklen Erbes« diskriminierender Ideologien und Praxen in Europa, von denen die Vertreterinnen und Vertreter der liberalen postfaschistischen Weltordnung gehofft hatten, sie für immer gezähmt zu haben. Doch während Rom brennt, muss progressive Politik zunächst realisieren, dass da tatsächlich ein Brand wütet.

Wir müssen akzeptieren, dass der wachsende Zuspruch großer Teile der Bevölkerung zu dieser illiberalen Agenda auch aus dem sehr realen Versagen progressiver Politik herrührt. Ein Ausweg aus der »Weiter-so«-Sackgasse besteht darin, die Kritik der populistischen Neuen Rechten ernst zu nehmen und anzuerkennen, dass sie – auch wenn sie falsche Lösungen anbieten – letztlich reklamieren, die unabgegoltenen Versprechen von Gleichheit und Demokratie einzulösen. Sie sprechen damit zentrale Themen an, die in der Öffentlichkeit auf Resonanz stoßen.

Doch Selbstkritik war bislang aufseiten der Linken nur in einem engen Rahmen geteilter Dogmen möglich, etwa der gängigen

Erzählung vom linearen Fortschritt und von der Notwendigkeit, mehr Aufklärungsarbeit zu leisten. Deswegen wagen es viele progressive Denkerinnen und Denker nicht, wichtige Fragen zu stellen. Rita Felski hingegen schrieb schon 1995, dass die Frauenbewegung – insofern sie sich als Avantgarde der Moderne verstand, die sich über die noch unbewussten Massen erhebt – selbst zu einer Sklavin des Fortschritts geworden ist. Das Ausmaß, in dem liberale Ideen inzwischen mit der alles andere als wertfreien Vorstellung von einem linearen Fortschritt verschränkt sind, ist insofern besonders problematisch, als die Alltagserfahrungen von Prekarität und Unsicherheit im eklatanten Widerspruch zu deren Versprechen stehen. Es birgt außerdem die Gefahr, Menschen einzuteilen in diejenigen, die auf der richtigen, und jene, die eben auf der falschen Seite der Geschichte stehen, was wiederum zwangsläufig eine falsche Gegenüberstellung von denjenigen, die für, und den anderen, die gegen Gleichberechtigung stehen, nach sich zieht. Diese Dichotomie ist nicht nur falsch, sondern sie wird außerdem von der Rechten viel erfolgreicher vertreten als von vermeintlich fortschrittlichen Akteuren.

Die Kräfte, die gegen »Gender-Ideologie« und politische Korrektheit zu Felde ziehen, kritisieren darüber hinaus einen Punkt, der in enger Verbindung zum Erbe der Aufklärung steht: nämlich den technokratischen und entpolitisierten Charakter der Gleichstellungspolitik. Dies ist der Preis, den emanzipatorische Politik für ihre akademische Institutionalisierung bezahlt hat. Wenn Gleichstellung in der Sprache von Politikerinnen und Politikern erörtert wird, wird sie nie als Wert dargestellt, für den es sich zu kämpfen lohnt, oder als politische Frage, über die man streiten kann, sondern stets als politikfreies Feld, das Expertenwissen und faktenbasierte Lösungen erfordert. In gewissem Maße findet sich eine solche Entpolitisierung auch, wenn Gleichstellungsfragen in einer rechtebasierten Sprache oder im Rahmen von Identitätspolitik verhandelt werden. Das Thema wird auch hier oft entpolitisiert und als Aspekt von Naturrecht oder eben als Frage der persönlichen Identität verhandelt, über das nur innerhalb des bestehenden Rahmens gestritten werden könne.

Die Gegner liberaler Politik als rückständig, voreingenommen oder sexistisch zu bezeichnen, ist die offenkundige Folge eines solchen Herangehens. Der Impuls rührt von der Überzeugung her, man könne der Ablehnung Einhalt gebieten, wenn denn die Leute nur besser verstünden, »worum es bei Gender wirklich geht«, oder wenn sie die Verwicklungen menschlicher Sexualität besser akzeptierten. Vor diesem Hintergrund kann die gegenwärtige illiberal-populistische Mobilisierung als ein Angriff auf diese »aufgeklärte«, überhebliche Haltung verstanden werden und auf die Entzauberung der Mainstream-Politik im Weber'schen Sinne. Sie stellt eine Reaktion dar auf die angebliche Autorität von Experten und eine entkoppelte Politikersprache, der es immer schwerer fällt, Erfahrungen von Menschen einzufangen, ihre Sorgen in ansprechenden Worten aufzugreifen und erst recht, das Versprechen auf echte Veränderung überzeugend zu formulieren.

Ein weiteres umkämpftes Feld betrifft die Kritik am »Elitismus« oder »Establishment«. Hier geht es um den Eindruck, dass bestimm-

te gesellschaftliche Gruppen von den Gleichstellungspolitiken stärker profitieren als andere. Viele Autoren und Autorinnen wie zum Beispiel Nancy Fraser haben bereits darauf hingewiesen, dass in dem Maße, wie Kämpfe für soziale Gerechtigkeit ihren Schwerpunkt von einem eher materialistischen Paradigma auf Anerkennung und Repräsentation verlegt haben, auch Feministinnen zu »Handlangern des Neoliberalismus« geworden sind und damit zur Stimme einer relativ privilegierten Minderheit. Dazu zählt der Kampf gegen die »gläserne Decke« genauso wie der um das Frauenbild in Mainstream-Medien. Diese Verschiebung hat die feministischen Bewegungen weitgehend blind gemacht für ihre eigene Verstrickung in neoliberale Logiken. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückten Repräsentation und Anerkennung unterdrückter Minderheiten sowie die simplistische Vorstellung, ein Mehr an Gender-Kategorien würde uns aus dem »Geschlechtergefängnis« befreien. Gleichzeitig wurde es immer schwieriger, darüber zu diskutieren, wie Unterdrückung im Kontext der aktuellen sozioökonomischen Ordnung funktioniert, sowie darüber, wie denn die strukturellen Ursachen der Ungleichheitsproduktion beseitigt werden könnten.

WIR BRAUCHEN SELBSTKRITISCHE PHANTASIE

Der Umstand, dass rechtspopulistische Zerrbilder von Gleichstellungspolitik die öffentliche Debatte bestimmen und Gender von illiberal-populistischen Bewegungen gezielt missinterpretiert wird, zwingt Gender-Forscherinnen und -Forscher, Aktivistinnen und Aktivisten sowie linke Parteien und Bewegungen zu einer neuen selbstkritischen Haltung und entsprechenden Strategieentwicklung. Ein progressives Programm muss über Identitäts- und Repräsentationsnarrative hinausgehen und wieder eine grundlegende Kritik an gesellschaftlichen Strukturen und Herrschaftsverhältnissen umfassen. Und die entsprechenden Akteure müssen sich damit auseinandersetzen, inwiefern sie selbst Teil der neoliberalen Ordnung sind. Es ist dringend notwendig, Themen wie ökonomische Ungleichheit, den Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge, die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und die Privatisierung von Sorgearbeit anzupacken. Themen, die allesamt geschlechtsspezifische Auswirkungen haben, denen jedoch im Rahmen von Anerkennung und Repräsentation allein nicht wirksam begegnet werden kann. Wenn linke Kräfte diese strukturellen Probleme nicht ernst nehmen, die durchaus Gegenstand früherer feministischer Bewegungen waren, werden diese von der Rechten aufgegriffen werden und einfließen in Politiken der Entsolidarisierung und der Angst, die ihnen noch mehr Zuspruch verschaffen. Es ist höchste Zeit, zu einer Kritik an den Herrschaftsstrukturen zurückzukehren, weil Rom wirklich in Flammen steht und die Zeit zum Leierspielen endgültig vorbei ist.

Der Text erschien im Januar 2017 in der Zeitschrift Krytyka Polityczna.
Aus dem Englischen von Andreas Förster

LITERATUR

Felski, Rita, 1995: The Gender of Modernity, Cambridge

DEIN GESCHLECHT GEHÖRT DIR, PROLEATERIER*IN!

WIE WIR DEN KLASSENKAMPF VERQUEEREN KÖNNEN

ATLANTA INA BEYER

In linken Debatten wird häufig zwischen queeren Identitäts- und Klassenpolitiken unterschieden. Im richtigen Leben ist das Ganze freilich komplizierter. Denn auch queere Subjekte gehören sozialen Klassen an. Das Prekariat ist weder durchweg heterosexuell, noch lässt es sich immer nur einem von zwei binären Geschlechtern zuordnen. Aber auch in der Debatte um »verbindende Klassenpolitiken« bleiben queere Perspektiven bislang meist ausgeblendet. Ein Problem der Bestimmung neuer Klassenpolitiken ist, wer als Klasse vorgestellt wird. Politiken der Repräsentation sind dabei bedeutsam: Repräsentation meint Darstellung, Vorstellung und Vertretung, die Spannweite des Begriffs reicht von der Ästhetik bis zur Politik (Schaffer 2008, 83). Diese Ebenen sind ohneeinander nicht zu denken.

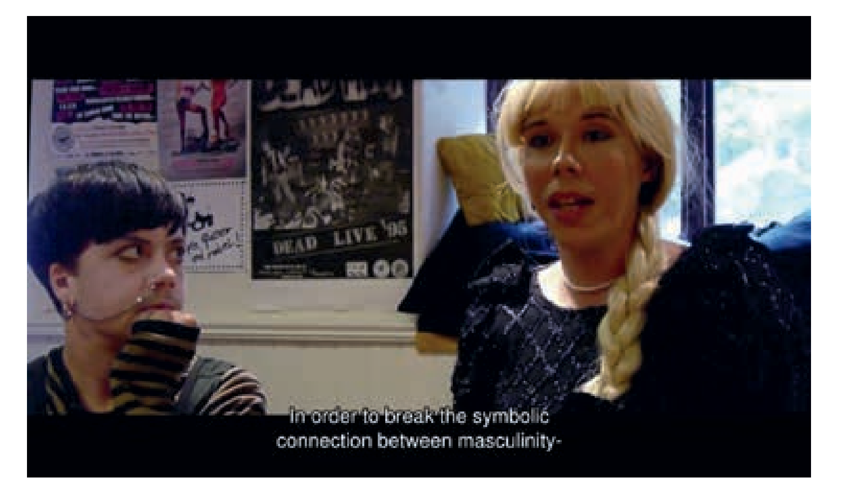
Identität – auch Klassenidentität oder die Vorstellung, die wir uns davon machen können – ist, wie es Stuart Hall (1999, 94) formulierte, »innerhalb der Repräsentation«, entsteht teils erst dadurch. Fehlende Verfü-

gungsgewalt über die Mittel zur ästhetischen Repräsentation, zur Produktion des eigenen Bilds, ist jedoch häufig mit dem Ausschluss von politischer Repräsentation verbunden (vgl. Schaffer 2008, 89f). Das ist auch eine Klassenfrage. Vor dem Hintergrund neoliberaler Sparpolitiken in Großbritannien beschreibt die Kulturwissenschaftlerin Rhian E. Jones die derzeit viel diskutierte politische Krise der Repräsentation der Klasse auch als Problem ihrer kulturellen Repräsentation. An der Figur der *chav* (Proll), etwa der Vicky Pollard aus der Serie »Little Britain«, zeigt sie auf, wie stereotype, dämonisierende Repräsentationen einer vermeintlichen Unterschicht dazu beitragen, gesellschaftliches Scheitern zu individualisieren und zu moralisieren. Solche Darstellungen produzieren ein verworfenes ›Anderes‹ und dadurch ein weißes, heteronormatives Mittelklasseideal der Lebensführung, von dem sie abgegrenzt sind. Jones (2013, 20) macht diese medialen Repräsentationen als Teil neoliberaler Herrschaftstechniken greifbar, die die Möglichkeiten eines machtvollen Handelns ›von unten‹ einschränken (vgl. ebd). Emanzipatorischen Repräsentationspolitiken muss es darum gehen, Bilder prekären Lebens zu entwerfen, die mehr Gegenwehr ermöglichen, indem sie (Selbst-)Repräsentationen der verworfenen Anderen, die bislang in Vorstellungen und in Darstellungen von Klasse fehlen, stärken und unwahrscheinliche Solidarität über Grenzen hinweg vorstellbar machen. Dazu müssen auch derzeit dominante queere Diskussionen und Repräsentationen verändert werden, in denen Klasse selten eine Rolle spielt.

Ein Beispiel dafür, wie so etwas aussehen kann, ist der schwedische Film »Folkbildningsterror« (2014). Die Konzepte der queeren Utopie und der Disidentifikation von José Esteban Muñoz sind anregend, um zu zeigen, wie der Film queere Repräsentationen von Klasse entwickelt. Der 2013 leider viel zu früh verstorbene Queertheoretiker kritisierte den verengten politischen Horizont der US-amerikanischen Gay-Rights-Bewegung seiner Zeit: Ihre Forderungen nach Homoehe und rein formaler, staatsbürgerlicher Gleichstellung – die auch weiter den Kurs mainstream-schwullesbischer Politiken bestimmen – zielten auf einen kleinen, ökonomisch privilegierten Kreis. Nur für diesen verspreche Integration in die nordamerikanische (Mittelklasse-)Kultur ein besseres Leben (Muñoz 2009, 20).

ATLANTA INA BEYER promoviert mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu ästhetischen Politiken in queerem Punk. Zuvor arbeitete sie unter anderem als wissenschaftliche Mitarbeiter*in an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und als Redakteur*in bei der Tageszeitung *Neues Deutschland*.

Queerness werde dabei vor allem als sexuelle Identität verstanden, von anderen Verhältnissen wie *race*, *gender*, Klasse abgetrennt und so zur dominanten, oft einzigen Differenz gemacht. Dagegen besteht Muñoz darauf, Queerness als Kollektivität oder als *konkrete Utopie* zu denken – ein Konzept, das er vom Philosophen Ernst Bloch übernommen und weiterentwickelt hat: Solange bessere Zukünfte für die meisten Queers – und durch die Überwindung von Herrschaftsverhältnissen wie *race*, Klasse und *gender* für die meisten



Menschen – nicht verwirklicht sind, sei die Funktion von Queerness vor allem die eines handlungsleitenden Ideals: Bislang noch nicht erreicht, erscheine sie am Horizont zugleich als Möglichkeit oder Versprechen auf andere Zukünfte (ebd., 1). Muñoz erhält das notwendig identitätsbezogene queerer Politiken, die von Erfahrungen geschlechtlicher und sexueller Marginalisierung ausgehen. Zugleich beinhaltet sein Queer-Begriff eine umfassende Kritik von Macht- und Herrschaftsverhältnissen.

Für ihn sind queere ästhetische Entwürfe unverzichtbar, um über Heteronormativität, Rassismus und Kapitalismus hinauszudenken. Wie Ernst Bloch misst er künstlerischen Arbeiten ein emanzipatorisches Erkenntnispotenzial bei – eine »Dämmerung nach vorn« (Bloch 1959, 86). In ihnen, so Muñoz (2009, 1), würden queere Zukünfte oft schon flüchtig wahrnehm- und dadurch kollektiv imaginierbar. Solche Entwürfe – auch die in »Folkbildningsterror« – vermögen dadurch, über die Restriktionen der Gegenwart hinauszuweisen und besseren Zukünften auf die Spur zu kommen.

TRANS-GESPENSTER GEHEN UM IN EUROPA …

Der glitzernd bunte, punkige Film changiert zwischen Musical, Fantasy-Komödie und linksautonom-queerem Agitprop. Er wurde über drei Jahre von einem Göteborger Freundes- und aktivistischen Zusammenhang gemeinsam entwickelt. Humorvoll bringt »Folkbildningsterror« queere Lebensweisen, Aktivismus, Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse und subkulturellen Chic zusammen. Im Mittelpunkt stehen die Trans-Charaktere[1] Theo und Kleopatra sowie ein namenloser, notorisch angespannter Hase. Theos Mutter ist chronisch krank, wird aber vom Arbeitsamt schikaniert. Theo will ihr helfen, doch auch er hat Probleme. Neben eigenem Ämterstress und fehlender Zukunftsperspektive beschäftigen ihn Gedanken an eine geschlechtliche Transition und uneingelöste romantische Begehren.

Eine der ersten Filmszenen zeigt Theo mit zwei Ärzt*innen in einem engen Raum. Im kalten Glühlampenlicht drangsalieren sie ihn mit Fragen: Ob er im Oktober 1991 mit Puppen oder Autos gespielt habe? Was sein Sternzeichen sei? Anhand wahlloser Informationen diskutieren sie seine Geschlechtsidentität. Theo wird angebrüllt, er solle sich entscheiden, was er sei. Die Ärzt*innen brechen in hysterisches Gelächter aus, das in einen Handyklingelton – die »Internationale« – übergeht. Theo wacht auf. Zum Glück war alles nur ein böser Traum. Am Telefon: das Arbeitsamt. Er soll vorbeikommen, um zu planen, wie es mit seiner Arbeitssuche weitergeht.

Die Transfrau/Drag Queen Kleopatra Caztrati hält in verregneter Landschaft im rosa Tüllkleid ein Auto an. Der Fahrer beginnt ein Gespräch. Ob sie Künstlerin sei, will er wissen. Sie sei doch keine »richtige Frau«? Kurz darauf



steigt sie wieder aus. In türkisblauen Highheels schreitet sie über Asphalt, Wiesen, Eisenbahnschienen und singt die erste Elektropop-Nummer des Musicals:

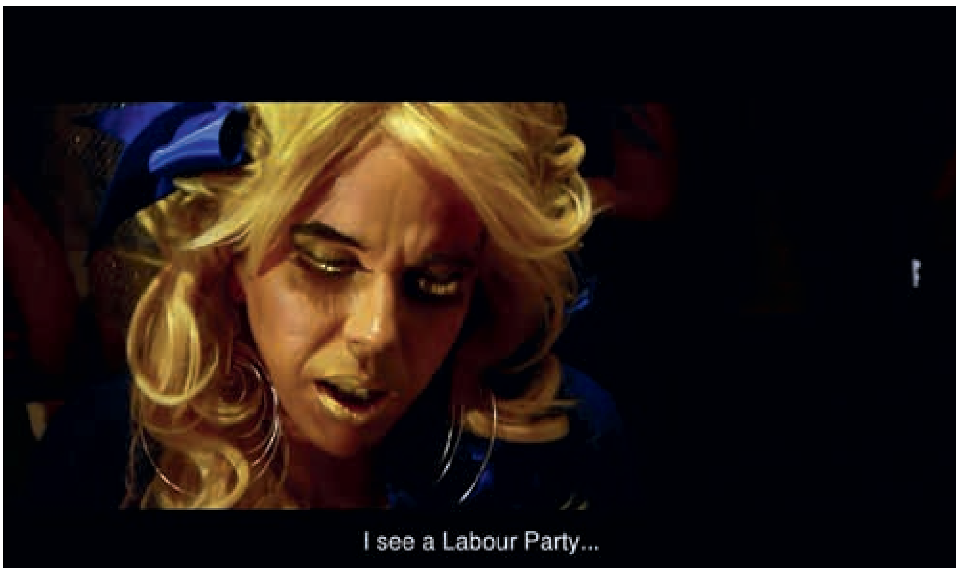
The ghost of Europe is shifting shape.
As one of several unknown factors,
I have arrived soft as a southern breeze,
heading for a storm.
Because now, the times will shift.
Synchronize your fights my friends.
Shoulder a piece each of the horizon.
Our Big Bang is now.

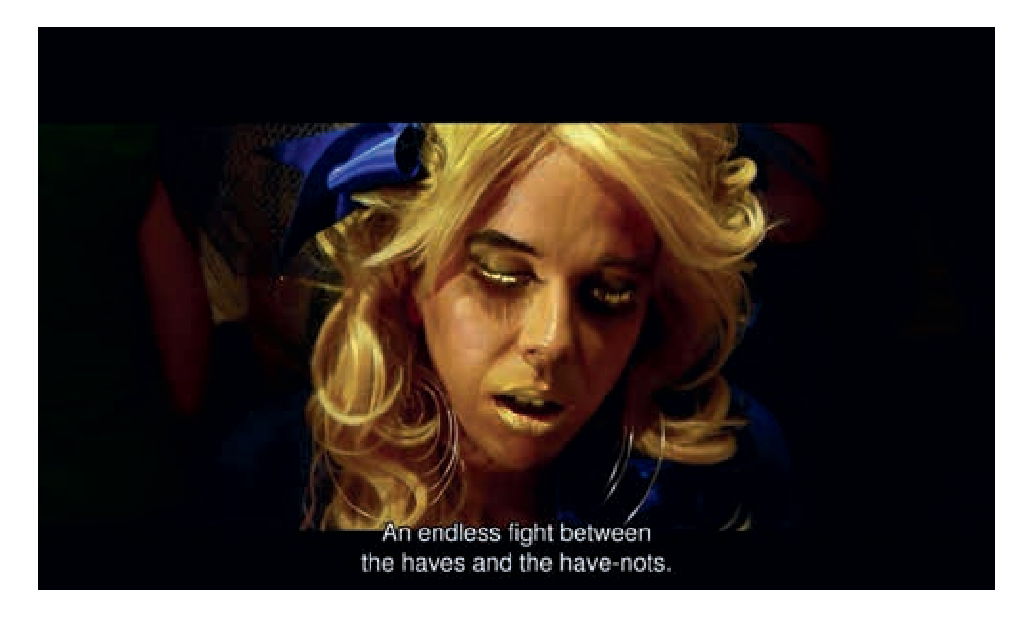
Nach Angaben von Regisseur Lasse Långström entstand der Film in Reaktion auf den Wahlsieg der rechtskonservativen Variante des Neoliberalismus in Schweden. Dort holten die Schwedendemokraten bei der Parlamentswahl 2014 knapp 13 Prozent. »Folkbildningsterror« ist der Versuch einer Intervention, wie Kleopatra in dem Stück deutlich macht. Er richtet sich gegen die Hetze gegen Minderheiten und Gesetzesreformen, die auf den Abbau des Sozialstaats zielen. Die Situation gebiete, nun schnell zu *sein* (»we must be swift«) und verschiedene Kämpfe zu synchronisieren. Das Gespenst Europas – angespielt wird auf das »Kommunistische Manifest« – hat seine Gestalt verändert. Die unteren Klassen erheben sich: Ihre Zeit ist gekommen. Anders, als es Marx und Engels hätten voraussagen können, ist inzwischen aber auch sie, die Transfrau/Drag Queen, als »unbekannter Faktor« aufgetaucht und verleiht den Verdammten dieser Erde ein bislang ungekanntes Gesicht.

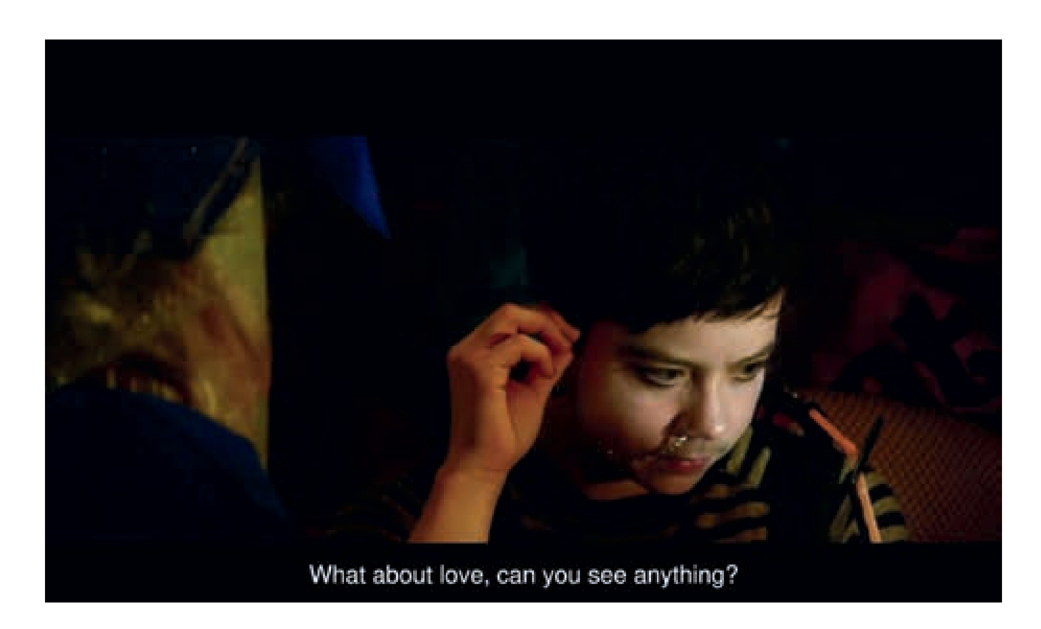
Kleopatra bietet Theo an, ihm bei seinem Plan zu helfen, wenn sie dafür bei ihm einziehen dürfe. Sie ist neu in der Stadt und hat kein Geld. Doch »der Plan« stellt sich bald als viel größer heraus: Als Kleopatra Theo die Tarotkarten legt, zeigen diese einen endlosen Kampf der unteren Klassen, und die schwedische sozialdemokratische Arbeiterpartei, die sie verraten hat. »Sie haben den Weg freigemacht für die Rechte, die unsere öffentliche Wohlfahrt verkauft«, deutet Kleopatra die Karten. »Du musst etwas tun«, sagt sie zu Theo. Noch lacht dieser: »Was soll ich denn machen, die Wohlfahrt retten?« Doch genau dies wird zum Auftrag der beiden, mit denen sich bald auch der besagte Hase verbündet. Dieser braucht ihre Hilfe, um seine Artgenoss*innen und alle anderen Tiere aus dem Zoo zu befreien. Sie gründen eine Art Stadtguerilla. Doch die Zusammenarbeit ist nicht konfliktfrei. Der Hase hat es satt, dass die Linke das Schlachten seinesgleichen dadurch entschuldigt, dass sie ihn als Arbeiteressen verklärt. Kleopatra wiederum kritisiert die aus ihrer Sicht unangemessene Gegenüberstellung von Natürlich- und Künstlichkeit, die der Hase vertritt.

Immer mehr Leute schließen sich an, um sie bei dem Vorhaben zu unterstützen. Hilfe erhalten sie auch von der Transfrau Lilith, die eine führende Rolle in der lokalen BDSM-


The cards will reveal the unseen
about the past, present and future.


I see a Labour Party...


An endless fight between
the haves and the have-nots.


What about love, can you see anything?


Love is a bourgeois construct
from the 19th century.



Community[2] spielt und magische Kräfte hat. Unter der Bedingung, dass sie Theo den Hintern versohlen darf, verspricht sie, die Arbeitsamt-Sachbearbeiterin Margareta zu verhexen. Dafür aber braucht sie eine Locke ihres Haars. In Theos Küche sieht man die drei einen Plan aushecken. Über dem Tisch hängt ein Poster, auf dem, ausgerechnet von einer Engelsfigur geziert, der berühmte letzte Satz des »Kommunistischen Manifests« steht: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«

UNERWARTETE ALLIANZEN

In all seiner Unwahrscheinlichkeit bleibt »Folkbildningsterror« nah am Szenenporträt. Die immer größer werdende Gruppe berät, natürlich im Plenum, das weitere Vorgehen. Sie diskutiert das Für und Wider militanter Aktionen und beschließt, in den Untergrund zu gehen. Um die symbolische Verbindung zwischen Waffen- und cismännlicher Gewalt zu brechen, einigt sie sich darauf, dass der Gebrauch von Waffen nur im Kleid möglich ist. Die Vorbereitungen laufen für eine Fabrikbesetzung, die Entführung des Migrationsministers, Rache am Vorsitzenden der Sozialversicherungsbehörde – ihm sollen nun auch chronische Schmerzen zugefügt werden, unter denen Theos Mutter leidet – und für die Befreiung der Zootiere.

Unterdessen erhält Theo Post von der Gender-Prüfbehörde. Seine Transition wird abgelehnt. Kleopatra versucht, ihn zu trösten. Bei einem Spaziergang dekonstruiert sie in überzogen Butlereskem Vokabular die Zwei-Geschlechter-Ordnung: »All die Gewalt, die gegen unsere Körper gerichtet ist, ist ein Versuch, das System aufrechtzuerhalten, das uns als Frauen und Männer kategorisiert.« Am Göteborger Kunstmuseum angekommen, lässt sie aus ihrer rosa Handtasche Tablettenschachteln auf Theo hinabregnen. »Testosteron, Östrogen, nimm alles!«, ruft sie, rennt auf die Stufen des Gebäudes, dreht sich noch einmal um: »Oder, du musst auch gar nichts nehmen.« Dann entfaltet sich eine der spektakulärsten Musicalnummern des Films. Kleopatra, in ein schwarz-goldenes Tuch gehüllt, die Hand zart an die Wange geschmiegt, beginnt zu singen, während immer mehr Figuren mit entblößten Oberkörpern und schwarzen Engelsflügeln hinter den Bögen der Museumsfassade hervor auf die Treppen schreiten und sich wie eine Art Armee aufbauen. Sie ähneln wohl nicht zufällig der Engelsfigur auf dem Poster in Theos Küche. »Hear the angels of trans liberation, Your gender is yours, proletarian«, singt der Chor: »Hört die Engel der Trans-Befreiung. Dein Geschlecht gehört Dir, Proletarier*in.« Die Trans*Engel sind keine Bittsteller: »We will combat the identitarian and validational charity. We'll uncover society's torments, not be preserved in minority.« (»Wir bekämpfen die identitäre und anerkennende Barmherzigkeit. Wir enttarnen die gesellschaftliche Schikane, lasst nicht zu, dass sie uns in Minderheitenpositionen einsperren.«) Sie begnügen sich nicht mit anerkennungspolitischen Zugeständnissen, entlarven stattdessen Identität auch als Zwang.

Die Charaktere, die der Film schafft, disidentifizieren sich mit dominanten Repräsentationen von queerer und Klassenidentität. Mit Disidentifikation beschreibt José Muñoz eine Praxis, die von vielen marginalisierten Subjekten eingesetzt werde, um normalisie-

renden Diskursen zu widerstehen. Weil sie sich hegemonialen Identifikationsangeboten nicht vollständig anpassen können oder wollen, gehört zu ihrer alltäglichen Erfahrung, dass ein Teil ihrer Erfahrungen, Lebensweise und Identität in den sozialen Feldern, in denen sie sich bewegen, ausgeblendet bleibt. Disidentifikation als (ästhetisch-)politische Strategie bedeutet, zwischen Identifizierung und Gegenidentifikation eine dritte Position zu öffnen, in der Identitäten neu erzählt werden, sodass sie zur Entstehung von Gegenöffentlichkeiten und Widerstand beitragen können (Muñoz 1999, 83).

Trans-Positionen, die auch in Diskursen um queere Politiken am Rand bleiben, und queere prekäre Lebensbedingungen stehen im Zentrum des Films. Queere und Trans-Bedürfnisse werden darin auch als Klassenbedürfnisse, als Teil des Kampfes um das gute Leben für alle, formuliert. Charmant ist, wie der Film dabei die vielfältige queere Subkultur beleuchtet. In schriller, anarchischer, an John Waters oder Bruce LaBruce erinnernder Ästhetik wird sich über sich selbst lustig gemacht und wird das Eigensinnige und Schräge queerer Lebensweisen gefeiert. Zugleich werden Differenzen untereinander ausgehandelt. Die entworfenen Charaktere arbeiten trotz Streitigkeiten zusammen und sie lassen sich nicht auf einseitige Vorstellungen von queerer oder Klassenidentität reduzieren. Sie wollen alles für alle und zwar umsonst: freie Liebe, Geschlechterwahl und Hormone, ein selbstbestimmtes Leben statt Ausbeutung, Disziplinierung, Ämterschikane und Pathologisierung. Der Film macht unterschiedliche Formen von Prekarität, Erfahrungen mit Gewalt, Ausschlüssen, Marginalisierung und Ausbeutung repräsentier- und damit kollektiv reflektierbar.

Augenzwinkernd und doch ziemlich ernst gemeint rücken andere Formen von Kollektivität in den Fokus. Die Protagonist*innen interessieren sich nicht fürs Heiraten. Stattdessen protestieren sie gegen Fahrscheinkontrollen, Jobcenter-Schikane, Mackertum, Abschiebungen und streiten für eine Utopie, die jenseits der Grenzen des (alten) Sozialstaats liegt: eine tatsächliche »Wohlfahrtsgesellschaft«. Statt sich an das Hier und Jetzt anzupassen, bestehen sie auf anderen Weisen des gemeinsamen In-der-Welt-Seins und ultimativ auf einer besseren Welt. In den Räumen der besetzten Fabrik erprobt die Gruppe für kurze Zeit – längst von der Staatsgewalt verfolgt – die neue Wohlfahrtsgesellschaft, feiert freie Liebe, das gute Leben für alle. Die queere Utopie, die entworfen wird, ist die Vision einer neuen, grenzüberschreitenden Solidarität – über unterschiedliche Erfahrungen, Identitäten und Positionierungen hinweg.

LITERATUR

Bloch, Ernst, 1959: Das Prinzip Hoffnung, Kapitel 1–32, Frankfurt a.M.
Hall, Stuart, 1999: Ethnizität: Identität und Differenz, in: Engelmann, Jan (Hg.), Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies Reader, Frankfurt a.M./New York, 83–98
Jones, Rhian E., 2013: Clampdown: Pop-Cultural Wars on Class and Gender, Alresford
Muñoz, José Esteban, 1999: Disidentifications. Queers of Color and the Performance of Politics, Minneapolis/London
Ders., 2009: Cruising Utopia: The Then and There of Queer Futurity, New York/London
Schaffer, Johanna, 2008: Ambivalenzen der Sichtbarkeit: Über die visuellen Strukturen der Anerkennung, Bielefeld

1 Trans meint ein breites Spektrum an Lebensweisen von Menschen, die sich nicht oder nur zum Teil mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren.

2 Die Abkürzung steht für die sexuellen Praxen: *bondage and discipline* (Fesselung und Disziplin), *dominance and submission* (Dominanz und Unterwerfung), *sadism and masochism* (S/M).

NEW QUEENS ON THE BLOCK

TRANSFEMINISMUS UND NEUE KLASSENPOLITIK

LIA BECKER

In der Linken wird derzeit viel über das Verhältnis von Klasse und Identität diskutiert. Feministische, antirassistische oder queere Kämpfe werden dabei häufig als »Identitätspolitiken« begriffen, die sich um die *besonderen* Interessen von Minderheiten drehen. Dagegen beziehe sich Klassenpolitik auf die objektiven und *gemeinsamen* Interessen aller Lohnabhängigen und habe somit Vorrang.

Aber wer kommt in den Blick, wenn wir über Klasse sprechen? Wer nicht? Von unsicheren Arbeits- und Lebensverhältnissen sowie von Armut sind Frauen*, Migrant*innen, ältere und junge Arbeiter*innen mit niedrigen Bildungsabschlüssen am stärksten betroffen. Auch die meisten schwulen, lesbischen oder Trans*-Menschen sind Lohnabhängige und viele von ihnen leben und arbeiten unter prekären Bedingungen. Dennoch werden diese Lebensverhältnisse in gewerkschaftlicher wie in schwul-lesbischer Politik selten zum Ausgangspunkt von Organisierungsstrategien gemacht (vgl. kritisch dazu Southerners On

New Ground in diesem Heft; Hollibaugh/Weiss 2015).

Die Frage »Klassen- oder Identitätspolitik?« ist daher falsch gestellt. Bei dem Konflikt geht es darum, welche Klassenpolitik und wessen Identitätspolitik gemeint ist. Eine Klassentheorie, die wenig über die Subjektivität, Geschlechtlichkeit und Sexualität der Lohnabhängigen und Subalternen sagen kann, wird zu einer Abstraktion, in deren Begriffen gesellschaftliche Machtverhältnisse unzureichend analysiert und schließlich reproduziert werden. Das liegt auch daran, dass die Zusammenhänge von Rassismus, Hetero- und Cisnormativität,[1] Disability, (post-)kolonialen Verhältnissen und die damit verbundenen Formen struktureller Gewalt kaum aus klassenanalytischer Perspektive in den Blick genommen werden. Um ihrem Anspruch gerecht zu werden, müsste die gegenwärtige Diskussion um neue Klassenpolitik auch eine klassentheoretische und klassenanalytische Diskussion werden, die sich genau diesen Fragen zuwendet. Im Folgenden will ich den Ansatz, »Klasse mit Differenz« zu denken (vgl. auch Becker 2018), exemplarisch deutlich machen.

THE MAKING OF TRANS*

Transitioning[2]

Trans* sein war für mich im konservativen Sauerland Anfang der 1990er undenkbar. An einer Schule, an der es keine(n) einzige(n) offen nicht heterosexuell lebende(n) Mitschüler*in gab und schwul als Inbegriff für die »Aids-Seuche« galt. Me too. Ich lebe mit Erfahrungen männlicher Gewalt, die sich auch gegen gender-nonkonforme Menschen richtet. Als ich in der Umkleidekabine des Schwimmbades gepackt, festgehalten, unter Johlen begrabscht und als »Mädchen« und »Schwuchtel« bezeichnet wurde, hinterließ das nicht nur Wut, Scham, Verzweiflung und das Gefühl der Machtlosigkeit, sondern auch eine tiefe Verunsicherung: Ich wollte ja so gerne »ein Mädchen sein«. Wie konnten sie das sehen, was ich mir selbst nicht eingestehen konnte? Die Möglichkeit, weder »Junge« noch »Mädchen« zu sein, war schlicht undenkbar für mich.
Transitioning heißt für mich oft, sichtbar zu sein, aufzufallen. Blicke. Neugierige Blicke meist, skeptische Blicke, manchmal exotisierende Blicke, manchmal feindliche Blicke, in Berlin seltener. Verunsicherte Blicke öfter.

LIA BECKER arbeitet bei der LINKEN und ist eine der Bundessprecher*innen der Sozialistischen Linken. Wenn die Zeit es zulässt, beschäftigt sie sich mit den möglichen Verbindungen zwischen Klassentheorie, queerem Feminismus und Intersektionalität.

Verunsichern, sich nicht verunsichern lassen. Ich habe um mich herum einen Schutzwall gegen diese Blicke aufgebaut.
Internalisierte Transphobie hat viele Seiten. Transitioning heißt für mich auch, Scham zu überwinden. Scham in Stolz zu verwandeln, ist immer schon eine der wichtigsten Errungenschaften unterdrückter und marginalisierter Menschen und ihrer Emanzipationsbewegungen gewesen. Es ist leichter gesagt als getan. So viel Kraft, um als nicht-binäre Person der eigenen Verwundbarkeit und der Komplizenschaft mit der Norm der Zweigeschlechtlichkeit ins Auge zu schauen. Nicht Körperteile sind das Problem, sondern ihre gesellschaftliche Bedeutung innerhalb eines Ensembles von Körper, Be-

gehren und Lebensweise. Nicht identisch sein, nicht erkennbar sein? Sich erkennbar machen. Transitioning. Die Sehnsucht nach einem normierten Körper, auch als Schutz. Die Wut über die Macht der Gendernormen.

Trans*-Lebensweisen gab es schon immer. Das darf aber nicht mit Identität (oder gar Identitätspolitik) verwechselt werden. Die Begriffe trans*, transsexuell, transgender, nicht-binär sind »Erfindungen« des 20. Jahrhunderts. Für Jahrhunderte markierten »Transsexuelle«, Sexarbeiter*innen sowie Arbeiter*innen mit nicht eindeutig identifiziertem Geschlecht die sozialen und symbolischen »Ränder« der Gesellschaft. Mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft und Familie waren Transgender und Transvestismus bereits weitgehend in verborgene Räume verdrängt. »Viele trans* aus der Arbeiterklasse waren gezwungen, sich zu verstecken und als anderes Geschlecht durchzugehen, um zu überleben«, schreibt Leslie Feinberg (1992). Sie waren aus den Vorstellungen eines respektablen Rechtssubjekts der bürgerlichen Gesellschaft ebenso ausgeschlossen wie aus den (meisten) Vorstellungen des politischen Subjekts der Arbeiterbewegung oder der Frauenbewegung. Seit 1949 ist »transsexuell« in der Sexualwissenschaft, Psychologie und Medizin der gängige Begriff für »ein individuelles Projekt der Geschlechtsumwandlung« (Connell 2012, 859). »Beeinflusst von Entwicklungen in den USA schuf die Sexualwissenschaft in Deutschland mit Transsexualismus eine klar abgegrenzte Kategorie, deren Subjekte sie pathologisierte, heterosexualisierte und im Laufe der 1970er mittels rigider diagnostischer und Behandlungsprogramme in ihrer Selbstexpertise und Selbstbestimmung einschränkte.« (De Silva 2017, 177)

In Deutschland bestätigte nach knapp 20 Jahren Hin und Her zwischen unterschiedlichen Gerichten und Instanzen das Bundesverfassungsgericht 1978 das Recht auf Personenstandsänderung bei »irreversibler Transsexualität«. Das Transsexuellengesetz (TSG) wurde erst 1980 eingeführt. Um die heterosexuelle Ehe und die damit verbundenen Geschlechtervorstellungen nicht infrage zu stellen, wurde die Personenstandsänderung neben einem Mindestalter von 25 Jahren an eine irreversible geschlechtsangleichende Operation, Hormoneinnahme und die Scheidung Verheirateter gebunden (ebd., 180). Dazu kamen der Zwang zu Psychotherapie, psychiatrische Gutachten und ein sogenannter Alltagstest, der die Tauglichkeit, dauerhaft im gewünschten Geschlecht zu leben, erfassen sollte. »Die Institutionalisierung einer obligatorischen zweigeschlechtlichen Ordnung in allen gesellschaftlichen Bereichen – z. B. Schule, Ausbildung, Beruf und Arbeitsmarkt, Staatsbürger_innenschaft, Ausweisdokumente, öffentliche Toiletten, Gesundheitswesen, Notunterkünfte, Krankenhäuser, Gefängnisse etc. – führt dazu, dass Trans*Menschen strukturell diskriminiert werden.« (Fütty 2017, 112)

KLASSE MIT DIFFERENZ: DAS QUEERE PREKARIAT SICHTBAR MACHEN

Der Begriff trans* ist selbst umkämpft und überdeckt schnell Differenzen in gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Daher greift es zu kurz, Trans*-Subjektivitäten nur im Zusammenhang mit der Frage der Identität und Identitätskritik zu betrachten

oder, wie in Teilen der Queer- und Transgender-Studien üblich, vor allem auf Selbstverhältnisse, Subjektivität und Körperrepräsentationen in Diskursformationen zu schauen und diese von den materiellen Überlebens- und Reproduktionsbedingungen zu trennen. Die Lebensweisen von Trans*-Menschen sind in intersektional geprägte Klassenverhältnisse eingebunden.

Klasse umfasst mehr als die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, in denen die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft organisiert wird. Klassen konstituieren sich in der Gesamtheit der ökonomischen, politischen und kulturell-ideologischen Verhältnisse. Von Antonio Gramsci stammt der Gedanke, dass sich die heterogen zusammengesetzte bürgerliche Klasse über die Auseinandersetzungen um eine mit der kapitalistischen Produktionsweise zu vereinbarende gesellschaftliche Entwicklung und Regulierung von Arbeits- und Lebensweisen als herrschende Klasse organisiert. Diese Perspektive muss jedoch intersektional erweitert werden: Die Produktions- und Lebensweise ist mit patriarchalen, sexistischen, heteronormativen, rassistischen und kolonialen Verhältnissen verwoben. Die Auseinandersetzungen um diese verwobenen Machtverhältnisse sind Klassenkämpfe im umfassenden Sinne, Kämpfe um Aufrechterhaltung, Veränderung und Überwindung von Hegemonie (vgl. Becker 2018).

Veränderte Geschlechterverhältnisse, eine Aufweichung der Heteronormativität und sich entsprechend ausdifferenzierende Lebensweisen im neoliberalen Kapitalismus bilden seit den 1990er-Jahren auch den Rahmen für Umbrüche in der Regulation von Trans*-Lebensweisen. In westlichen, kapitalistischen Gesellschaften hat sich der Diskurs zwischen 1990 und 2010 in Richtung einer Anerkennung von trans* als Identität innerhalb einer angenommenen Zweigeschlechtlichkeit verschoben. Positionen, die das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung mit Bezug auf ein liberales Subjektverständnis, die Idee eines freien Individuums oder die Menschenrechte begründen, sind hierzulande besonders im liberalen Bürgertum, den lohnabhängigen Mittelklassen, in urbanen Räumen und innerhalb der jüngeren Generationen stärker geworden, aber gesamtgesellschaftlich noch längst nicht hegemonial. Transfeindliche Einstellungen existieren weiter hinter der brüchigen Fassade der Toleranz gegenüber (meist weißen) Queers und Trans*. Auch unter den veränderten kulturell-politischen Kräfteverhältnissen mussten Verbesserungen der rechtlichen Situation hart erkämpft werden. Der trans*-Menschenrechtsbewegung und ihren Verbündeten ist es gelungen, schwere Einschränkungen von Grundrechten, wie sie der Zwang zu Operationen und Sterilisation, die Bindung rechtlicher Anerkennung an medizinische Maßnahmen, die Zwangsheterosexualität und das Eheverbot darstellten, zu überwinden (vgl. Lauwaert 2017). Die pathologisierenden Definitionen und Regulationen der Transition bestehen aber weiter.

Ein Großteil der lohnabhängigen Trans*-Menschen in Europa ist Teil des »queeren Prekariats« (Hollibaugh/Weiss 2015), das heißt, ihr Arbeits- und Lebensalltag ist durch dauerhafte Unsicherheit, intensive Ausbeutung, eine mangelhafte Gesundheitsversorgung, das Fehlen existenzsichernder Renten, eine prekäre Wohnsituation und die Angst vor



Verdrängung geprägt. Ihre Lebensverhältnisse kommen in den medialen Diskursen und in der politischen Repräsentation jedoch meist nicht vor. So sind über 30 Prozent aller Trans*-Personen in der EU erwerbslos. Da es nicht überall und für alle einen Zugang zur Arbeitslosenversicherung gibt, überleben viele mit informeller Arbeit. Die Mehrheit der trans*Beschäftigten arbeitet zu unterdurchschnittlichen Löhnen, über 40 Prozent haben ein Einkommen, das keine Existenzsicherung im Alter oder bei schwerer Krankheit zulässt. Häufig bestimmen Stereotype über transfeminine Menschen (und inwieweit diese als trans* wahrgenommen werden) zusätzlich zu Qualifikation, Bildungsabschlüssen und den Auswirkungen körperlicher Einschränkungen über die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Die Verschränkung von alltäglicher Diskriminierung, Passing-Stress, pathologisierenden und belastenden Transitionsverfahren mit ökonomischer Prekarität sind Ursache dafür, dass viele Trans*-Menschen unter starken psychischen Belastungen leiden, dadurch den hohen Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht genügen können und entsprechend häufig in prekären Teilzeitjobs landen.

Viele gender-nonkonforme und Trans*-Menschen versuchen in Bereichen Arbeit zu finden, in denen die Gender-Performance nicht so stark mit Disziplinierung und Diskriminierung verbunden ist, zum Beispiel im Handel, in der Logistik und Pflege oder in untergeordneten Positionen in der Medien- und Kulturbranche. Auch die Pink-Economy mit ihren Jobs im Kultursektor, in der Gastronomie oder in der Solo-Selbstständigkeit bedeutet oft relativ niedrige Einkommen und geringe soziale Absicherung. Feministische Diskussionen um Care-Arbeit sind nach wie vor von der Vorstellung geprägt, dass alle Care-Arbeiter*innen cis-geschlechtlich leben. Viele Trans*, besonders Trans*-Migrant*innen, arbeiten jedoch in der Sexarbeit oder in Privathaushalten in der Pflege.

Im neoliberalen Kapitalismus findet eine flexiblere, differenzielle Regulation von Trans*-Körpern und -Lebensweisen statt. Miteinander verwobene Verhältnisse von Klasse, Rassismus, Hetero- und Cisnormativität beeinflussen, wessen (Gewalt-)Erfahrungen sichtbar werden, wessen Probleme als gesellschaftlich relevante anerkannt werden und wessen Leben als staatlich schützenswert gilt. Zwar gibt es inzwischen in vielen Ländern eine teilweise auch von den Krankenkassen finanzierte Gesundheitsversorgung für Trans*-Personen. Diese orientiert sich aber stark am Prinzip der Prävention und Kostensenkung mit dem Ziel des Erhalts der Arbeitsfähigkeit von (mehrheitlich weißen) Mittelklasseangehörigen während und nach der Transition. Viele Trans*-Menschen haben weiterhin keinen Zugang

zu einer angemessenen medizinischen Beratung und Versorgung, gerade außerhalb der Großstädte fehlt es oft an entsprechenden Infrastrukturen, und eine Veränderung der belastenden Arbeits- und Lebensverhältnisse spielt darin keine Rolle. So wird der häufig frühzeitige Tod von Trans*-Menschen weiter in Kauf genommen. Über das genaue Ausmaß und die Folgen solcher struktureller »intersektionaler Gewalt« (vgl. Fütty 2017) gibt es zu wenige Untersuchungen. Transgender Europe zufolge sind zwischen 2008 und 2015 weltweit mehr als 2 000 Trans*-Personen ermordet worden, über drei Viertel davon in Nord- und Südamerika. Die meisten Opfer waren transfeminine, nicht-weiße Personen, viele von ihnen Sexarbeiter*innen. Prekäre und gesundheitsbeeinträchtigende Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Lebenssituation als Migrant*in führen zu einer höheren Betroffenheit von Gewalt (vgl. ebd., 113).





TRANSFEMINISMUS UND VERBINDENDE KLASSENPOLITIK

Die Klassenfrage ist als intersektionale zentral, um ein besseres Leben und Emanzipation für alle Queers und Trans*-Menschen zu erreichen. Aber das queere Prekariat existiert (noch) nicht als organisierte Allianz unterschiedlicher prekär lebender und marginalisierter Subjekte. Gleichzeitig ist noch relativ unklar, was »queere Klassenpolitik« konkret in der Praxis bedeuten könnte. Es geht sicher nicht darum, Trans*-Bewegungen unter der Überschrift Klassenpolitik zu subsumieren. In den Auseinandersetzungen um den Rechtsruck in der Gesellschaft sind die Stimmen derjenigen, die am stärksten von (struktureller) Gewalt und Diskriminierung betroffen sind, bislang zu wenig präsent. Um dem rechten Kultur- und Klassenkampf entgegenzutreten, müssen queere Geflüchtete und People of Color, queere Muslime/a*, Arbeiter*innen(kinder) und Trans* als politische Subjekte gestärkt werden. Zugleich scheint Klasse als Thema queerer Politiken schon seit längerer Zeit eine untergeordnete Rolle zu spielen. Notwendig sind daher auch andere Repräsentationen von Klasse (vgl. Beyer in diesem Heft), Räume für Erfahrungsaustausch und militante Untersuchungen über prekäres Leben und Klassendifferenz in (unterschiedlichen) queeren und Trans*-Communities.

FÜR EINEN INTERSEKTIONALEN UND SOZIALISTISCHEN TRANSFEMINISMUS!

Die kollektiven Emanzipationskämpfe und die Organisierung marginalisierter und prekär lebender queerer und Trans*-Menschen sind politische Einschnitte in die hetero- und cisnormativen kapitalistischen Verhältnisse. So

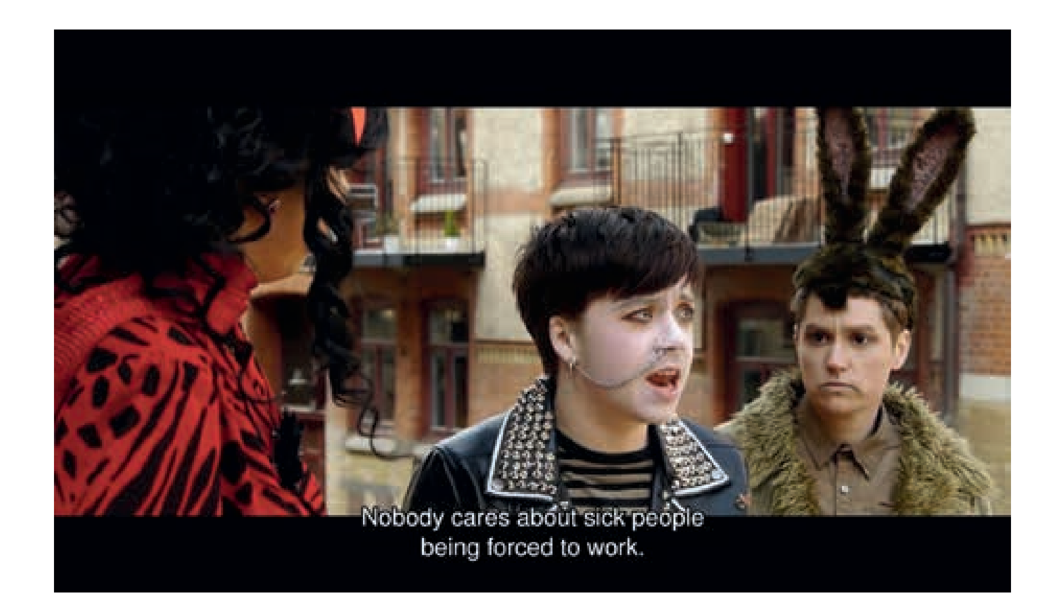
gingen etwa die Stonewall-Riots 1969, die nachträglich zur Geburtsstunde der LGBT-Bewegung wurden, zunächst von transsexuellen, zum Teil obdachlosen Frauen*, Transvestiten und Drag Queens of Color aus, die sich gegen die ständigen Schikanen durch die Polizei wehrten. Ein wichtiger Strang transfeministischer Forschung setzt darauf, dieses »unterworfene Wissen« sichtbar zu machen (vgl. Stryker 2008). Die sich nach Stonewall ausweitende schwule Bewegung wurde jedoch schnell von Mittelklasseangehörigen dominiert, die sich mehrheitlich nicht mehr für die Anliegen der Queens und Transfrauen of Color interessierten. In der lesbischen Bewegung wiederum erstarkten in den 1970er- und 1980er-Jahren transfeindliche Diskurse, die Allianzen erschwerten. Die Geschichten der in den Auseinandersetzungen nach Stonewall von Sylvia Rivera und anderen marginalisierten Trans* of Color gegründeten Street Transvestite Action Revolutionaries (STAR) und anderer Selbstorganisierungen stehen für eine intersektionale Klassenpolitik avant la lettre, die von den eigenen Erfahrungen und Überlebenskämpfen ausging (vgl. ebd.).

Um intersektionale Allianzen zu ermöglichen, müssten queere und Trans*-Politiken über Subversions- und Aufstandsphantasien ebenso hinausgehen wie über Lobby-Politik. Entsprechende Ansätze existieren längst. Die Erfahrungen aus der Praxis des Transformative-Justice-Organizing von queeren und Trans*-Selbstorganisationen wie dem TGI Justice Project,[3] Southerners On New Ground (vgl. SONG in diesem Heft) oder dem Sylvia Rivera Law Center, um nur einige US-amerikanische Beispiele zu nennen, sind wichtige Ausgangspunkte, um eine intersektionale, transfeministische Klassenpolitik in der Praxis weiterzuentwickeln (vgl. SONG in diesem Heft). Es geht dabei um eine Organisierung, die nicht in Stellvertreterpolitik aufgeht und sich nicht in einer subkulturellen Szene-Politik erschöpft, sondern sich durch eine neue Verbindung auszeichnet; dazu gehören Unterstützung im prekären Alltag (Rechtsberatung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, emotionale Unterstützung), Bewusstseinsbildung durch Bildungs- und Kulturarbeit, Arbeit an Bündnissen und schließlich Aktionen, die Druck machen für konkrete Verbesserungen (vgl. Spade 2013). Ziel solcher Ansätze des »Transformative Organizing« ist die ständige Ausweitung der Aktivenbasis. Es geht darum, »mehr zu werden«, durch gezielte Organisierung, durch die Herausbildung von »organischen Intellektuellen« aus dem Kreise der marginalisierten Gruppen sowie durch die Demokratisierung von Führungsaufgaben. Die andere Gesellschaft, die wir wollen, muss im Prozess der Organisierung bereits in Ansätzen sichtbar werden (vgl. Liss/Staples 2011).

Die Geschichte der Trans*-Bewegung zeigt, dass Trans*-Emanzipationskämpfe auf Verbündete und auf Bündnisse angewiesen sind, um aus der Marginalisierung heraus überhaupt politisch sichtbar und wirkmächtig zu werden. Bündnisse sind aber kein Zuhause, sondern »Bündnisse tun weh«, wie die schwarze Feministin Bernice Johnson Reagon 1981 über feministische, intersektionale Praxis und das Subjekt Frau schrieb. Was für den Feminismus gilt, gilt für die Veränderung von Klassentheorie und Klassenpolitik erst recht. Bewegungen wie Women's Strikes in den USA, Lateinamerika, aber auch in Spanien


A very effective way to
strip the workers of their right.


All you do is talk and talk!


Nobody cares about sick people
being forced to work.

oder auch Black Lives Matter verbinden Feminismus, Antirassismus und Klassenfragen. Einige queere People of Color sind dort in führender Rolle als organische Intellektuelle aktiv. Das Manifest von Women's Strikes thematisiert die Vielgestaltigkeit der Arbeiter*innen. An die Stelle des einheitlichen »Wir« tritt eine Perspektive, die Differenzen und Machtverhältnisse innerhalb der lohnabhängigen Klasse und zwischen Frauen* sichtbar macht, Zusammenhänge herstellt und Solidarität ausgehend von unterschiedlichen Erfahrungen und dem Ziel gemeinsamen Widerstands entwickelt: »In den vergangenen Jahrzehnten haben wir ein besseres Bewusstsein über die Spreizung sozialer Bedingungen von Cis- und Transfrauen in Bezug auf Klasse, Ethnizität, *race,* Lebensalter, Behinderung und sexueller Orientierung gewonnen. Die Herausforderung für eine neue feministische Bewegung ist, diese Unterschiede in Forderungen, Aktions- und Organisationsformen nicht unsichtbar zu machen, sondern im Gegenteil, diese ernst zu nehmen.« (Arruzza 2018) Die Entwicklung eines intersektionalen »Feminismus ohne Grenzen«, der sich für transfeministische Standpunkte öffnet, ist eine hoffnungsvolle Perspektive. Ausgehend von solchen Artikulationen der Klasse mit Differenz kann sich auch das Verständnis von Klassenpolitik verändern.

Gramscis Erneuerung des marxistischen Klassenbegriffes mündete im Begriff des Blocks: eines Bündnisses subalterner Klassen auf der Grundlage einer erst zu bildenden gemeinsamen kritischen Weltauffassung, der Einheit von Selbstveränderung und kollektivem Willen zur radikalen Transformation der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Gramscis Perspektive der sozialistischen Hegemonie muss heute neu und intersektional gedacht werden. Es geht darum, in den verschiedenen Emanzipationskämpfen und Bewegungen eine intersektionale Klassenperspektive zu entwickeln und zu stärken. Eine solche Perspektive braucht einen engen Zusammenhang von Theorie und Praxis. Klassenanalyse mit Differenz löst sich vom alten Container-Denken der Zuordnung von Subjekten zu primär ökonomisch bestimmten Klassenfraktionen. Sie fragt stattdessen danach, welche Teile der lohnabhängigen und subalternen Klassen in intersektionalen Klassenverhältnissen einen »common context of struggle« (Mohanty 2013) teilen und auf welcher Grundlage Allianzen gebildet werden können, die diesen erweitern (vgl. Becker 2018).

Raewyn Connell (2012) plädiert dafür, Fragen des (Über-)Lebens im prekären Alltag in den Mittelpunkt transfeministischer Organisierung und Wissenschaft zu stellen, die über Trans*-Identität als Gemeinsamkeit hinaus Bündnisse mit feministischen Initiativen, linken Bewegungen, Parteien und Organisationen für »soziale Gerechtigkeit« ermöglichen. Dabei sollten verschiedene Konfliktfelder eine Rolle spielen, darunter:

- eine soziale Absicherung für alle Lebensweisen: gute Gesundheitsversorgung, Pflege, Absicherung eines würdevollen Lebens im Alter sowie von Wahlverwandtschaften und Formen der Elternschaft und Familie jenseits der hegemonialen Cis- und Heteronorm sowie Normen der Gesundheit und Leistungsfähigkeit;
- Kämpfe gegen prekäre Arbeit und Diskriminierung am Arbeitsplatz, für radikale Arbeitszeitverkürzung und gerechte Verteilung aller Arbeiten;

- Kämpfe um Wohnen und das Recht auf Stadt;
- Solidarität und Organisierung gegen rassistische, sexistische, homo- und transfeindliche Gewalt, für Bleiberecht und soziale Rechte für alle, für sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung und die Abschaffung pathologisierender und diskriminierender Gesetze.

Prekarisierung, zunehmende (männliche) Gewalt, der Aufschwung autoritärer Bewegungen, imperiale Politik zur Aufrechterhaltung einer (post-)kolonialen kapitalistischen Arbeitsteilung und die Militarisierung von Staatlichkeit bilden einen Zusammenhang. In vielen Ländern führt das zu extremer Gewalt und »sozialer Säuberung«, die sich gegen Sexarbeiter*innen, Homosexuelle und Travestis richtet. Der Kampf um eine gerechte gesellschaftliche Arbeitsteilung in globaler Perspektive und die Lebbarkeit queerer und Trans*-Lebensweisen im globalen Süden sind eng miteinander verbunden. Queeren Politiken sollte es daher auch um eine Demokratisierung des Staates, um Entmilitarisierung und Perspektiven solidarischen Wirtschaftens gehen. Die Entstehung des Transfeminismus ermöglicht neue Bündnisse – ob sie zustande kommen und wie weit sie tragen, hängt nicht allein von Trans*-Menschen und Queers ab. In Zeiten von Trump und Entwicklungen hin zu einem autoritären Kapitalismus, dessen intersektionalen Klassenverhältnisse Trans*- und queere Subjekte auf besondere Weise treffen, sind diese Bündnisse notwendiger denn je.

LITERATUR

Arruzza, Cinzia, 2018: Strike forward. Streiks und die Politik der sozialen Reproduktion, in: Klasse mit Gedöhns. Prager Frühling 1/2018, www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1414.strike-forward.html?sstr=Arruzza

Becker, Lia, 2018: The (un)making of the transgendered working class. Überlegungen zu Intersektionalität, Klasse und trans*Lebensweisen (erscheint im Oktober 2018)

Connell, Raewyn, 2012: Transsexual women and feminist thought: toward new understanding and new politics, in: Signs: Journal of Women in Culture and Society 4/2012, 857–881

De Silva, Adrian, 2017: Trans und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hoenes, Josch/Koch, Michael_a (Hg.), Transfer und Interaktion. Wissenschaft und Aktivismus an den Grenzen heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit, Oldenburg, 175–186

Feinberg, Leslie, 1992: Transgender Liberation. A Movement whose time has come, New York

Fütty, Tamás Jules, 2017: Normalized violence – normative und intersektionale Gewalt gegen Trans*Menschen im Kontext von Biopolitik, in: Hoenes, Josch/Koch, Michael_a (Hg.), Transfer und Interaktion. Wissenschaft und Aktivismus an den Grenzen heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit, Oldenburg, 107–121

Hollibaugh, Amber/Weiss, Margot, 2015: Queer Precarity and the Myth of Gay Affluence, in: New Labor Forum 24, 18–27

Lauwaert, Elaine, 2017: Zwischen Identitätspolitik und Aufgehen in Zweigeschlechtlichkeit, in: Hoenes, Josch/Koch, Michael_a (Hg.), Transfer und Interaktion. Wissenschaft und Aktivismus an den Grenzen heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit, Oldenburg, 187–203

Liss, Jon/Staples, David, 2011: Die Neuen im historischen Block. Workers Centers und kommunaler Sozialismus, in: Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt, Hamburg, 105–141

Mohanty, Chandra Talpade, 2013: Feminism without Borders: Decolonizing Theory, Practicing Solidarity, Durham

Spade, Dean, 2013: Intersectional Resistance and Law Reform, in: Signs: Journal of Women in Culture and Society 4/2013, 1–25

Stryker, Susan, 2008: Transgender History, Berkeley

---

1 Heteronormativität meint nicht nur die gesellschaftliche Norm der Heterosexualität als ›normale‹ Weise des Begehrens, sondern auch die Festschreibung von Heterosexualität, ›natürlicher‹ Zweigeschlechtlichkeit und der Übereinstimmung von Körper und Geschlechtsidentität in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Cis* bezeichnet die gesellschaftliche Norm, dass die Geschlechtsidentität und der Körper mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmen.

2 Unter Transition wird für gewöhnlich der Übergangsprozess von dem nach der Geburt zugewiesenen Geschlecht hin zum empfundenen Geschlecht verstanden. Transitioning steht auch für eine Bewegung des Durchkreuzens von binärer Zweigeschlechtlichkeit und den Machtverhältnissen, mit denen Körper in Übergängen konfrontiert sind.

3 Vgl. www.tgijp.org.

WEIL WIR ES WERT SIND

EINE QUEERE AGENDA VON DEN RÄNDERN HER

SOUTHERNERS ON NEW GROUND – SONG

Zu den besten Traditionen unseres Kampfes als LGBTIQ* gehört es, dass wir uns immer wieder Vereinnahmung und Assimilierung widersetzen. Wir haben Die-ins abgehalten, unser Leben auf Pride-Demos aufs Spiel gesetzt, wir waren bereit, Teil des Spektakels zu sein, und sogar willens, den gesammelten Hass auf uns zu ziehen – immer in der Hoffnung, dass uns dieser Einsatz der Emanzipation ein wenig näher bringt. Wir mussten mitansehen, wie sich eine Mainstream-LGBTIQ*-Bewegung herausgebildet und nach und nach von genau dieser Praxis verabschiedet hat. Viele von uns haben in den letzten Jahren eine Menge Zeit in Konferenzsälen und Hotelzimmern zugebracht, um diesem Mainstreaming der Bewegung etwas entgegenzusetzen. Das reicht aber nicht. Wir müssen stattdessen eigene Strategien entwickeln und neue Ressourcen erschließen, um eine Politik der Intersektionalität in wirklich alle gesellschaftlichen Bereiche und in alle Winkel des Landes zu tragen: in die Groß-, aber auch in die Kleinstädte, in die Schlafzimmer, ins Fernsehen, in die Vorstellungswelten der Menschen in diesem Land und auf dem ganzen Globus. Diese Strategien müssen all jene LGBTIQ*-Personen stärken, deren Interessen von der Mainstream-Bewegung nicht vertreten werden – und sie müssen gemeinsam mit bislang eher vernachlässigten Bündnispartnern entwickelt werden.

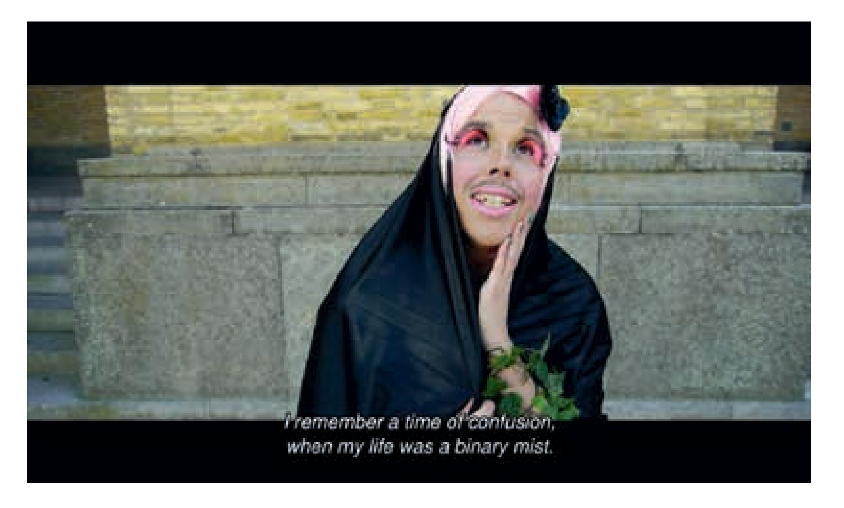
In den vergangenen Jahren ist es Southerners On New Ground (SONG) gelungen, Tausende aus der LGBTIQ*-Community im Süden der USA zu mobilisieren und neue Impulse zu setzen. 2011 haben wir eine Kampagne gegen die einwanderungsfeindliche Politik und Stimmung in Georgia angestoßen, in deren Verlauf extrem viele LGBTIQ*-Personen in einen Kampf eingestiegen sind, dem man – anders als klassischen Gay-Rights-Kampagnen – keinesfalls vorwerfen kann, lediglich für Partikularinteressen einzutreten. 2012 organisierten wir dann mit verschiedenen

Bündnispartnern in North Carolina eine Kampagne gegen eine Gesetzesinitiative, durch die eine Privilegierung der traditionellen Ehe in der Landesverfassung verankert werden sollte, und zwar zulasten grundlegender Rechte aller unverheirateten Paare und deren Kindern. Der North Carolina News Service beschrieb dies als eine der größten Grassroots-Mobilisierungen in der Geschichte des Bundesstaates.

Beide Kampagnen fanden im Süden der USA statt, in dem Teil des Landes also, von dem die Medien behaupten, hier seien Hass und Feindseligkeiten gegenüber benachteiligten Minderheiten besonders schlimm. Dennoch haben Tausende von queeren Südstaatler*innen und ihre Verbündeten diese beeindruckenden Bewegungen auf die Beine gestellt. Sie haben sich mit ihrem Schweiß und ihrer Stimme für eine neue queere Agenda eingesetzt und sind damit zum Teil erhebliche Wagnisse eingegangen. SONG hat ihnen zugehört, ihnen einen Rahmen und eine grundlegende strategische Orientierung geboten. Den Rest haben sie selbst in die Hand genommen. Und jedes Mal, wenn wir eine Neujustierung der Botschaft für notwendig erachteten, um wegzukommen von einer zu eng gefassten Ein-Punkt-Agenda einer Mainstream-Gay-Rights-Bewegung, reagierten unsere Leute darauf mit Begeisterung, mit großer Zustimmung und enormem Engagement.

SOUTHERNERS ON NEW GROUND (SONG) ist eine LGBTIQ*-Organisation im Süden der USA, die für eine gesamtgesellschaftlichen Befreiungsssperspektive eintritt. SONG versteht sich den Prinzipien eines *Transformative Organizing* verpflichtet und vertritt People of Color, Immigrant*innen, Menschen ohne Papiere und mit Behinderung, Leute aus der Arbeiterklasse und aus ländlichen Gegenden. Mehr über SONG gibt es hier: www.southernersonnewground.org.
Der Text erschien bereits 2011. Wegen seines programmatischen, in Frage einer queer-feministischen und inklusiven Klassenpolitik wegweisenden und leider keineswegs überholten Charakters veröffentlichen wir ihn hier.

Überall wächst die Zahl derjenigen, die es leid sind, dass wir als LGBTIQ*-Community auf die Angriffe der Rechten fast immer defensiv und mit Selbstrechtfertigungen reagieren. Dabei hören die Hetzer nicht auf, wenn man versucht, es ihnen recht zu machen. Es gibt nichts, wofür wir uns entschuldigen müssten. Und doch erleben wir, wie unsere Leute in der Öffentlichkeit nach wie vor keine Stimme haben und unsere Themen von allem »gereinigt« werden, was nach »Homo« klingt, indem man sie – immer natürlich im Namen der Gleichstellung – als Anliegen einer weißen Mittelschicht präsentiert. Derweil müssen wir in den Südstaaten zusehen, wie unsere Nachbar*innen verschwinden, wie Gras über ihre Häuser und die Läden wächst, die früher einmal unsere Kleinstädte belebt haben. Wir werden Zeugen, wie unsere Familienangehörigen verhaftet, eingesperrt und deportiert werden, wie unsere Leute zu unfreiwilliger Sexarbeit gedrängt werden, um zu überleben, und unsere Kinder im Gefängnis landen. Jedes Mal, wenn wir den Fernseher einschalten, lässt sich irgendwer über uns aus und bezeichnet LGBTIQ* als Perverse und Sündige, die es



verdient haben, zu leiden, ausgegrenzt und gar getötet zu werden. Und was macht unsere Mainstream-Bewegung, die angeblich auch uns vertritt? Sie sagt, wir sollten auf politische Reformen warten. Sie vertrösten uns damit, dass auf der parlamentarischen und rechtlichen Ebene errungene Zugeständnisse irgendwann einmal auch uns zugute kommen werden. Aber wir – Menschen in den Südstaaten, Migrant*innen »ohne Papiere«, People of Color, Transgender-Leute, Menschen vom Land und Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungen – sagen: Das reicht uns nicht. Angesichts der mangelnden Weitsicht der etablierten Organisationen ruft SONG vielmehr alle queeren Mitstreiter*innen dazu auf, sich am Aufbau einer kraftvollen Bewegung zu beteiligen und darin die Führungsrolle zu beanspruchen, die uns zusteht – unabhängig davon, ob unsere Organisationen lokal, regional oder landesweit aktiv sind.

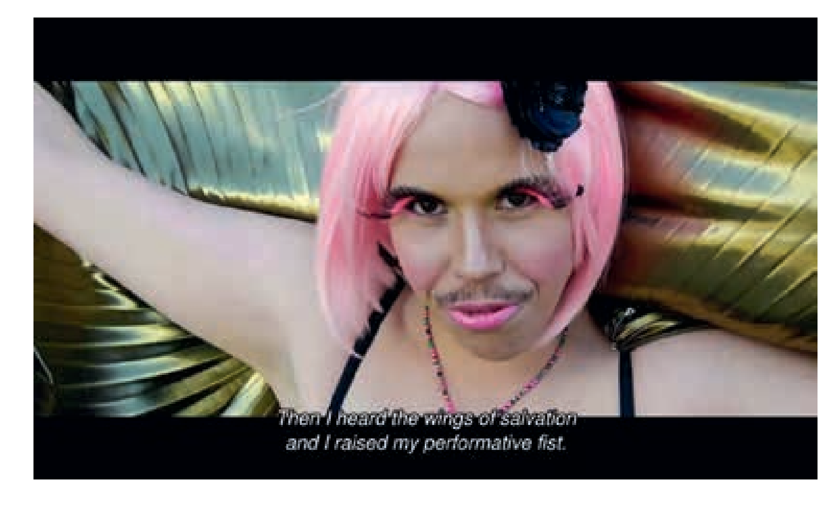
In diesem Text wollen wir skizzieren, wie wir uns das vorstellen – wie queere Befreiung aus der Perspektive der Südstaaten aussehen kann. Wir hoffen, dass das für andere Gruppen anregend ist und dass wir sie ermutigen können, für einen Moment innezuhalten, zuzuhören und sich auf die gegenwärtige gesellschaftliche Situation einzulassen.

EINE QUEERE BEFREIUNGSAGENDA FÜR ALLE

Auf der Queer People's Movement Assembly (PMA) 2012[1] haben wir uns vorläufig auf die folgende Definition eines Kampfes für queere Emanzipation geeinigt: »Queere Emanzipation zielt auf die Emanzipation aller, indem sie für die Anerkennung des gesamten Wesens eines Menschen eintritt. Sie kämpft für die Integrität der von uns gewählten Beziehungen und Familienstrukturen, für Selbstbestimmung über unsere Körper, unsere Sexualität, unser Geschlecht, unser Leben mit körperlichen Einschränkungen, unsere Erotik sowie für das Recht auf Sicherheit und Privatsphäre für alle Menschen. Wir bestehen auf einem würdevollen Umgang mit unseren spirituellen Praktiken, fordern ein faires Wirtschaftssystem, faire Arbeitsbedingungen und Löhne, die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie die Einhaltung der Menschenrechte und rechtstaatlicher Standards für alle, unabhängig davon, wo sie geboren sind.«[2]

Übertragen auf die Situation im Süden der USA bedeutet dies: Wir setzen uns mit unserem ganzen Menschsein für die uneingeschränkte Würde, Teilha-

be, Sicherheit und Emanzipation aller LGBTIQ*-Personen und aller unserer Mitmenschen ein. Wir arbeiten immer von einem Standpunkt der Vielfalt, der Pluralität und der Transformation aus. Intersektionalität bedeutet für uns nicht, lediglich mit LGBTIQ*-Gruppen mit ähnlicher politischer Ausrichtung zusammenzuarbeiten. Vielmehr bedeutet es für uns, Teil einer größeren, weltweiten Emanzipationsbewegung zu sein und darin abgestimmt verantwortungsvoll bestimmte Aufgaben zu übernehmen. Für SONG heißt das, dass wir uns für eine angemessene Rolle von LGBTIQ* innerhalb dieses Kampfes einsetzen, und zwar ausgehend von unserem spezifischen Standpunkt und unserer gemeinsamen Herkunft: dem Süden der USA.



ÜBER UNS: SOUTHERNERS ON NEW GROUND (SONG) UND DIE SÜDSTAATEN

SONG gibt es seit 1993. Die Gruppe wurde auf Initiative von drei afroamerikanischen und drei weißen lesbischen Frauen gegründet, die damals von einer Organisation träumten, die Menschen über *Race*, Klasse, Kultur, Gender und Sexualität hinweg zusammenbringen, stärken und mobilisieren könnte. SONG hat deutlich gemacht, dass es bei den Kämpfen um mehr Gerechtigkeit nicht nur »um uns selbst« gehen kann, und hat als Erstes ein Netzwerk von in den Südstaaten lebenden LGBTIQ*-Organizern aufgebaut. Ihre Aufgabe war es, die Menschen in der Region zusammenzubringen und hinter Forderungen zu versammeln, die sowohl das Allgemeinwohl als auch den Kern unserer Bewegung betreffen. Diese politische Ausrichtung von SONG hat weniger damit zu tun, dass wir gerne themenübergreifend arbeiten wollten, sondern mit der Erkenntnis, dass sich jede Bewegung für die Emanzipation von LGBTIQ* genauso für die Belange unserer Communities, unserer Kinder und der Älteren unter uns einsetzen und Verantwortung übernehmen muss, nicht nur für unsere Körper, sondern auch für das Land, auf dem wir leben. Der Ansatz, über unsere »Paarbeziehungen« hinauszuschauen und uns in Beziehung zu unseren Communities zu setzen und dabei die Identitäten von Menschen nicht nach dem Schubladenprinzip zu sortieren und damit zu spalten, war der einzige Weg, um uns gegenüber uns selbst, aber auch gegenüber unseren Mitmenschen im Süden der USA zu öffnen und unsere Lebensweisen überhaupt sichtbar zu machen. Seit über 20 Jahren besteht unsere Praxis darin, Initiativen und Gruppen von LGBTIQ* aufzubauen, die an den Schnittstellen von Rassismus, Klassenverhältnissen, Kultur,

Geschlecht und Sexualität arbeiten – und dies vor allem in Kleinstädten und ländlichen Gegenden im Süden des Landes.

Die Arbeit von SONG ist in einem besonderen historischen Kontext verwurzelt und wird maßgeblich von unserem Glauben an Wiedergutmachung und unserem Vertrauen in diejenigen getragen, die von den bestehenden Herrschaftsverhältnissen an den Rand gedrängt werden. SONG's Arbeit ist in die Geschichte eingebettet, weil der Süden reich an Menschen, Erfahrungen und Bewegungen ist, die vor uns kamen: die amerikanischen Ureinwohner*innen; Sklaverei; die Bürgerrechtsbewegung; Traditionen voller Widerstandskraft, Schönheit und Schmerz. Wiedergutmachung ist uns wichtig, weil wir überzeugt sind, dass der Süden zwar ein geografischer Raum ist, der besonders durch Rassismus, die Ideologie der *White Supremacy* und durch extreme Armut, brutale Methoden der Rohstoffgewinnung sowie Sklavenarbeit geprägt ist. Aber der Süden ist viel mehr als das. Er ist für viele auch ein Ort der Versöhnung und der Hoffnung – ein Ort, wo Menschen auf Land leben, das von Gewalt und Schmerz gekennzeichnet ist – im Wissen, dass es weh tut, diese Geschichte auf ehrliche Weise aufzuarbeiten; ein Ort, der es Menschen erlaubt, an Traditionen zu erinnern, anzuknüpfen und neue hervorzubringen. Der Glaube an die Marginalisierten ist uns wichtig, denn – trotz mangelhafter Infrastruktur und fehlender finanzieller Mittel, trotz Armut, Rassismus, Homo- und Trans*phobie und anderer Formen der Unterdrückung – haben die Menschen im Süden immer gekämpft und sich zusammengeschlossen, um zu überleben – wie andere Unterdrückte weltweit. Bewohner*innen des Südens zu sein, bedeutet intensive Verbindungen zu einer schweren Geschichte zu halten, visionäre Vorstellungen für die Zukunft zu entwickeln, immer weiterzumachen, Familie und Gemeinschaft zu schätzen, die Suche nach Ganzheit sowie die Erkenntnis, dass wir isoliert von anderen niemals frei sein können.

Wir haben einen kreativen Umgang mit Verwandtschaftsstrukturen gefunden, der unseren Kampf stützt. So haben wir uns von unseren familiären Traditionen nicht abgewandt: Essenskultur, Gesang, Handwerk und Kunstwerk sind uns ebenso wichtig, wie das Wissen der alten Generation wertzuschätzen und unseren Kindern und Jugendlichen zuzuhören. Unsere Inspiration kommt von der Zeit, die wir teilen, von Momenten, in denen wir in der Küche eines unserer Mitglieder zusammensitzen, über Politik diskutieren, Gastfreundschaft genießen, Cornbread & Greens essen und durch die Hintertür auf den kleinen Bach schauen, der an ihrem Haus entlangfließt. Es erfüllt uns mit großer Zufriedenheit, wenn es gelingt, mit unserer Arbeit Menschen zusammenzubringen, die vorher isoliert waren, wenn wir denjenigen eine Stimme geben, die niemals zu Talkshows eingeladen werden, und wenn Heimat ein Ort wird, an dem man auch mit Queerness zu Hause ist. Zu unserer Arbeit gehört

es deshalb auch, das Recht auf Rückkehr an die Golfküste für alle zu fordern, die im Zuge von (Natur-)Katastrophen ihre Häuser und Wohnungen verlassen mussten. Das betrifft vor allem People of Color und arme Menschen. Und wir treten für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die es LGBTIQ*-Menschen ermöglichen, in den Süden zurückzukehren oder erst gar nicht von dort wegziehen zu müssen. Viele führen einen alltäglichen Kampf darum, bleiben zu können, oder suchen nach Wegen, sich wieder dort niederzulassen. Wir lieben diesen Teil des Landes und sehen einen Teil unserer Aufgabe darin, ihn zu einer Gegend zu machen, in der sich queere Menschen wohlfühlen und selbstbestimmt, in Würde und mit Respekt ihrer Nachbarn leben können. Unsere Arbeit speist sich auch aus dem Wissen um die Ängste und um das Heimweh, das viele LGBTIQ*, die auf dem Land oder in Kleinstädten aufgewachsen sind, erfasst, wenn sie ihre Heimat verlassen und in die Großstädte oder in »den Norden« ziehen (müssen). Wir rufen daher unsere Communities auf, anzuerkennen, dass das Leiden anderer nicht verschwindet, nur weil man ihnen den privilegierten Rücken zukehrt. Mit Ignoranz gegenüber der Situation anderer werden wir unsere Communities weder stärken noch zusammenbringen.

Gewalt, Erwerbslosigkeit und eine massive soziale Isolation sind die zentralen Faktoren, die einer Organisierung von LGBTIQ*-Menschen in vielen kleineren Städten im Süden der USA entgegenstehen. Das trifft auch auf viele andere Communities zu. In manchen Gegenden ist SONG die einzige LGBTIQ*-Organisation, was Vorteile, aber auch Herausforderungen mit sich bringt. Positiv ist, dass die meisten unserer neuen Mitglieder voller Elan und Motivation sind und gerade deshalb Aufgaben und Verantwortung übernehmen, weil sie wissen, dass unsere Mittel begrenzt sind. Negativ ist, dass viele, wenn sie das erste Mal mit SONG in Kontakt treten, überhaupt keine Vorstellungen davon haben, wie politische Arbeit aussieht oder was »Gay Pride« überhaupt bedeuten soll. Weil es in den Südstaaten kaum LGBTIQ*-Organisationen gibt, benötigen wir häufig viel Zeit, um herauszufinden, wie weit wir in manchen Communities gehen und wie wir dort Grundstrukturen aufbauen können. Nur 15 der im Süden der USA aktiven LGBTIQ*-Organisationen verfügen über mehr als zwei oder drei bezahlte Mitarbeiter*innen. Und dort, wo es überregionale Verbände gibt, sind oftmals nur zwei bis drei Personen für einen ganzen Bundesstaat zuständig – mit der bemerkenswerten Ausnahme von Florida, wo es mit Equality Florida gut funktionierende Strukturen gibt. In der Regel waren es nationale Organisationen, die in den zurückliegenden zehn Jahren politische Initiativen in Bezug zu LGBTIQ*-Anliegen in den Südstaaten angestoßen haben. Meist wurden die lokalen LGBTIQ*-Strukturen gar nicht nach ihrer Meinung gefragt, ob sie sich an diesen von außerhalb organisierten, mehr oder minder aussichtslosen Kampagnen (etwa zur Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe in Georgia, South Carolina

und Kentucky) beteiligen wollen. Von daher sind die Mitglieder von SONG im Süden mehrheitlich eher skeptisch gegenüber national agierenden Organisationen und ihren Aktivitäten eingestellt.

DER SÜDEN ALS LABOR: WIE DIE RECHTE LGBTIQ* ALS FEINDBILD NUTZT

Um zu verstehen, wie wir am besten wirksam werden können, müssen wir nicht nur unsere Communities kennen und wissen, welche Bedürfnisse sie haben. Wir müssen uns auch damit auseinandersetzen, welche Rolle die Rechte uns zugedacht hat. Sie befindet sich in einer extremen Aufschwungsphase und lenkt mit ihrem rechten Agenda Setting von den Interessen und Ungerechtigkeiten des globalisierten Kapitalismus ab. Insbesondere der theokratische Teil der Rechten hat es geschafft, dass für die Mehrheit der Wähler*innen im Süden »konservative Familienwerte« das ausschlaggebende Thema sind. Um für diese Agenda die benötigten Stimmen zu bekommen, haben sie ein vielarmiges Ungeheuer kreiert: Frauenrechte, Gleichstellung von Homosexuellen, Sexualerziehung, Familienstrukturen, die nicht der klassischen Vater-Mutter-Kind-Konstellation entsprechen, und schließlich das, was alldem vermeintlich zugrunde liegt: die Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung. Sämtliche Strategien der Rechten im Süden der USA basieren auf Ressentiments gegenüber der Bürgerrechtsbewegung. Selbst wenn Homophobie im Fokus zu stehen scheint, geht es doch immer auch um rassistische Diskriminierung. Die Rechte verfolgt einen zutiefst patriarchalen und fundamentalistischen Autoritarismus. Homosexualität nutzt sie als Thema zur Polarisierung, um massenhaft Wähler*innen zu gewinnen, sowie Millionen von Dollar einzuwerben und Angehörige der LGBTIQ*-Community als krank, sündhaft, familienfeindlich und sexuell pervers zu denunzieren. Es ist Bestandteil der rechten Strategie, einen Keil zwischen LGBTIQ* und ihre Communities zu treiben und sie von ihren Familien und Kindern oder Kindern im Allgemeinen zu trennen. Das ist ein klassischer Ansatz, um uns zu entmenschlichen und zu zerstören.

Es überrascht wenig, dass die Rechte diese Strategien zuerst im Süden des Landes ausprobiert. Zu den Stereotypen über die Südstaaten gehört, dass in den überwiegend ländlichen Gegenden vor allem armen Weiße wohnen, die besonders konservativ und religiös sind. Das ist jedoch nur ein Teil der Wahrheit. Der Süden ist schon lange eine Region mit einem der höchsten hispanischen und afroamerikanischen Bevölkerungsanteile. Zugleich stimmt es, dass die Menschen in den Südstaaten überproportional arm sind, mehrheitlich der Arbeiterklasse angehören und mehr als anderswo in ländlich geprägten Regionen leben. Den Süden zu ignorieren heißt auch, diese Communities und deren Interessen und Bedürfnisse zu ignorieren. Der Süden ist aber mehr als nur eine unter vielen Regionen. Er verkör-

pert und symbolisiert den Machtkampf, der in den USA um Fragen der Kultur und Lebensweise sowie der Migration und Bevölkerungszusammensetzung tobt. Der Rechten ist es gelungen, die Progressiven davon zu überzeugen, dass es für sie in den Südstaaten nichts zu gewinnen gibt. Diese Haltung muss sich ändern, wenn wir die Grundpfeiler dieser rechten Strategien ins Wanken bringen wollen.

WIR BRAUCHEN MUT UND ENTSCHLOSSENHEIT

Als Menschen im Süden wissen wir, dass wir nicht in der Lage sein werden, die strategischen Schritte allein zu gehen, die nötig sind, um den Kampf um queere Emanzipation global auf die nächste Stufe zu heben. Was wir brauchen, sind ein steter Dialog, Kooperation und ein verbindliches Engagement für die gemeinsame Sache. Nur so können wir mit möglichst vielen und mit euch, die ihr dies lest, kollektiv voran kommen. Folgende Punkte verstehen wir als Diskussionsangebot, um uns über die nächsten Schritte unserer gemeinsamen Agenda zu verständigen:

- Angesichts der Niederlagen, die wir bei Wahlen und Abstimmungen zu unseren Anliegen in Kauf nehmen mussten, selbst wenn sie noch so weichgespült waren, wie im Fall der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, müssen wir neue und andere Strategien entwickeln, um unsere Forderungen und Inhalte, unsere Communities und unsere Arbeit voranzubringen.
- Unsere theoretische und intellektuelle Arbeit zu Intersektionalität muss dringend mit symbolischen und auf mediale Breite zielenden Maßnahmen verbunden werden, und mit direkten Aktionen sowie dem Aufbau von Basisstrukturen durch ein Organizing von unten. Wann immer es uns gelingt, solche Verbindungen produktiv herzustellen, müssen wir diese Arbeit dokumentieren, verbreiten und an anderer Stelle wiederholen.
- Es ist außerdem wichtig, unsere Widerstandskraft und unsere Problemlösungskapazitäten zu stärken und ihnen einen mindestens genauso hohen Stellenwert beizumessen wie unserer Fähigkeit zur Kritik. 20 Jahre lang haben wir die Mainstream-LGBTIQ*-Bewegung kritisiert – zu Recht –, darüber aber versäumt, eigene Ansätze zu entwickeln, die über die Kritik hinaus ein gesellschaftsveränderndes Potenzial haben und gemeinsames Handeln ermöglichen. Wenn jemand an der Spitze unserer Bewegungen einen Fehler macht, zerreißen wir diese Person oft in der Luft. Damit muss Schluss sein, wenn wir unser Ziel einer queeren Emanzipation effektiver verfolgen wollen.
- Wir müssen Neues ausprobieren und lernen, Chancen dann zu ergreifen, wenn sie sich bieten. Da wir mangels Ressourcen nicht alle Probleme auf einmal angehen können und folglich Entscheidungen treffen müssen, bleiben wir häufig in strategischen und taktischen Diskussionen stecken. Diese in der queeren Linken

vorherrschende Tendenz, sich in Prozessen zu verheddern, müssen wir überwinden, weil wir sonst endlos darüber streiten, warum wir uns mit kleinen Gruppen von 20 oder manchmal weniger abgeben, während wir mit unserer Arbeit an anderer Stelle Hunderttausende erreichen könnten. Es gibt in einer Situation, in der so viele von uns unter den Verhältnissen leiden, keine perfekten Entscheidungen. Wir müssen unseren Stolz und unseren Perfektionismus zurückstellen und uns darauf konzentrieren, neue Strategien einfach auszuprobieren – in dem Bewusstsein, dass wir Fehler machen, wenn wir versuchen, konkrete Ziele zu erreichen, Forderungen durchzusetzen und Erfahrungen zu sammeln.

■ Wir sollten daran arbeiten, die Kommunikation untereinander und mit den Medien intersektional und gleichzeitig verständlich zu gestalten. Es wird so viel über LGBTIQ* gesprochen, während unsere eigenen Stimmen und unsere Sichtweisen auf unser Leben darin kaum vorkommen. Diejenigen aus der Bewegung, die Gehör finden, vertreten meist eine Mainstream-Agenda.

■ Eine weitere Aufgabe besteht darin, vertrauensvolle Beziehungen zu neuen Bündnispartnern aufzubauen, die auf den ersten Blick vielleicht nicht zu den naheliegendsten zählen. Wir denken dabei vor allem an Organisationen, die verschiedene marginalisierte Communities repräsentieren. Aus einer geteilten Erfahrung der Ausgrenzung und des Kampfes dagegen ergibt sich auch die Herausforderung, sich auf gemeinsame Risiken der Zusammenarbeit einzulassen. Denjenigen, die über Privilegien und Zugang zur Macht verfügen, mag das Wagnis der Bündnisarbeit nicht so groß erscheinen. Für viele von uns ist das jedoch anders. Dennoch haben unsere Leute (im Süden oder anderswo) unter Beweis gestellt, dass sie bereit sind, diese Risiken einzugehen. Wir sollten diesen Mut und diese Entschlossenheit in unsere strategischen Überlegungen einbeziehen.

■ Wir sollten außerdem anerkennen, dass für viele queere Aktivist*innen ihre Arbeit sowohl eine politische als auch eine spirituelle Dimension hat. Von den 16.000 Freiwilligen, die sich in North Carolina an der Kampagne von SONG für eine andere Familienpolitik beteiligt haben, sind um die 35 Prozent gläubig. Unsere Organisationen und Bewegungen müssen den Bedürfnissen ihrer Basis gerecht werden. Die Herausforderung besteht darin, dass sich diese Menschen mit ihrem Glauben in unserer Arbeit wiederfinden. Was nicht heißt, dass wir nicht gleichzeitig daran festhalten, alle Formen von religiösem Fundamentalismus und Überlegenheitsansprüchen abzulehnen.

■ Unsere politische Arbeit und die Organisierungsansätze müssen zudem in Einklang stehen mit unseren grundsätzlichen Werten, unserer Geschichte sowie dem Erbe vorangegangener Bewegungen. Entsprechend sollten unsere aktuellen Strategien die langfristigen Ziele und Hoffnungen auf Befreiung immer im Blick haben,

ganz egal, wie langfristig diese Perspektive auch sein mag und wie groß die Hindernisse sind, die wir dafür zu überwinden haben. Es ist jedoch wichtig, in dieser langfristigen Perspektive Zwischenziele zu definieren, die wir realistisch erreichen können und die sich an den konkreten Bedürfnissen unserer Leute orientieren.

▪ Es stünde uns gut an, uns im Prozess der Erneuerung und Transformation unserer Organisationen und der Art und Weise unserer Führung gegenseitig zu unterstützen und wohlwollend miteinander umzugehen. Wir sollten uns immer wieder fragen, ob wir bereit sind, uns im Zuge dieser politischen Arbeit selbst zu verändern. Dass wir diese Arbeit immer noch machen, hat damit zu tun, dass andere mit uns Geduld hatten. Umgekehrt liegt es an uns, geduldig mit anderen zu sein.

FAZIT

Es hängt nichts weniger als unser Überleben von dem Erfolg dieses queeren Befreiungskampfes ab. Insofern werden wir das hier vorgestellte Programm in jedem Fall weiterverfolgen, unabhängig davon, ob es von größeren nationalen Organisationen und Verbänden übernommen wird oder nicht. Trotzdem rufen wir diese auf, sich dieser Agenda anzuschließen. Wir rufen alle etablierten Organisationen dazu auf, ihre Ressourcen stärker als zuvor zugunsten von Graswurzelinitiativen zu nutzen, deren Vertreter*innen mit Respekt zuzuhören, mit ihnen zu diskutieren und gemeinsam mit all denjenigen zusammenzuarbeiten und Strategien zu entwickeln, die an den Frontlinien kämpfen. Wir werden an dieser Arbeit festhalten und sie weiterentwickeln, wobei wir auf die besondere Unterstützung von langjährigen Bündnispartnern zurückgreifen können, darunter die Gruppen, die sich im Bündnis ROOTS zusammengeschlossen haben: die Astraea Lesbian Foundation for Justice, das Projekt South, die Georgia Latino Alliance for Human Rights, das National Day Laborers Organizing Network und viele andere. Unsere Arbeit wäre ohne diese größeren Zusammenhänge und das historische Vermächtnis von Bewegungen, auf das wir zurückgreifen können, nicht denkbar. Wir hoffen, dass etwas von dieser Arbeit und den obigen Ausführungen für euch als Leser*innen hilfreich ist.

Dieser Artikel erschien zuerst in der Zeitschrift Scholar and Feminist Online des Barnard Center for Research on Women. Aus dem Englischen von Britta Grell
Zur aktuellen Arbeit von SONG siehe auch das Interview mit Caitlin Breedlove in diesem Heft.

---

1 Diese Versammlung fand während der Konferenz »Creating Change« 2012 in Baltimore statt. Eine erste solche Assembly wurde auf dem Sozialforum USA 2010 in Detroit abgehalten.
2 Vgl. hierzu http://peoplesmovementassambly.org/node/419#queer.

INTERVIEW

»WIR HABEN KEINE ZEIT ZU VERLIEREN«

GESPRÄCH ÜBER BÜNDNISSE GEGEN RECHTS, LÄNDLICHE RÄUME UND DARÜBER, WIE POLITIK AUCH ANDERS GEHT

CAITLIN BREEDLOVE

SONG wurde 1993 gegründet, um LGBTIQ*-Personen im ländlichen Süden der USA zu organisieren. Nicht leicht in einer Region, in der die rassistische und homophobe Rechte schon immer stark war. Was habt ihr erreicht?

SONG hat einige starke Impulse gesetzt – hier im Süden, aber auch für die Queer- und Trans*-Bewegung in den USA insgesamt. Am wichtigsten ist, dass wir eine tragfähige Basis aufgebaut haben, denn NGOs haben oftmals kaum direkten Kontakt zu denen, die sie angeblich vertreten. Mit mehr als 11 000 Aktiven sind wir inzwischen eine der mitgliederstärksten LGBTIQ*-Organisationen des Landes. Durch gezieltes Organizing und kontinuierliche Arbeit vor Ort ist es uns gelungen, Menschen über die Grenzen von *Race*, Klasse, Alter und Geschlecht hinweg zusammenzubringen, und zwar um gemeinsame Ziele und Werte herum. Denn es geht neben politischen Interessen auch um die Bereitschaft, uns in dieser Arbeit selbst zu verändern.

Wir arbeiten mit und als Menschen, die in Gesellschaft und Politik permanent Ausgrenzung erfahren. Auf der Grundlage unserer geteilten Erfahrungen entwickeln wir in unserer gemeinsamen Arbeit Strategien, um uns Räume anzueignen und Strukturen zu verändern. Es geht dabei einerseits um gleichberechtigte Teilhabe, andererseits aber auch darum, was wir zur Veränderung dieser Gesellschaft beizutragen haben. In letzter Zeit haben wir verstärkt mit anderen Organisationen, etwa von People of Color, zusammengearbeitet, was unserer Kampagnenarbeit eine neue Richtung gegeben hat: Wir mischen uns in konkrete politische Konflikte ein und können dort auch etwas erreichen – das ist sehr motivierend. Ein Beispiel ist unsere aktuelle Kampagne *Black Mamas Bail Out*.

Worum geht es da?

Die Kampagne richtet sich gegen das System sogenannter *money bails*, durch das Menschen in den USA wegen geringer Vergehen im Gefängnis landen, einfach weil ihnen das Geld fehlt, um gegen Kaution freizukommen. Das trifft insbesondere arme Menschen und People of Color, die wegen teils banaler Dinge wie nicht bezahlter Strafzettel über Monate eingesperrt sind, ihre Jobs verlieren und weder

ihre Kinder versorgen noch ihre Miete zahlen können. Gemeinsam mit anderen haben wir begonnen, Geld zu sammeln und Leute für Aktionen zu mobilisieren, die insbesondere Schwarze Frauen und Queers aus dem Knast holen. Diese Arbeit hat ganz neue Bündnisse ermöglicht.

CAITLIN BREEDLOVE ist Aktivistin und Social-Justice-Organizerin. Sie war fast zehn Jahre lang zusammen mit Paulina Helm-Hernandez Co-Direktorin von Southerners On New Ground (SONG), einer mitgliederbasierten LGBTIQ*-Organisation im Süden der USA, die für soziale Gerechtigkeit kämpft. Aktuell arbeitet sie am Auburn Theological Seminary, einer der ältesten glaubensübergreifenden Organisationen der USA, die sich für den Aufbau sozialer Bewegungen einsetzt.
In diesem Gespräch blickt Caitlin Breedlove auf die Arbeit von SONG und deren »New Queer Agenda« von 2011 zurück, die wir in diesem Heft drucken, weil sie nichts an Aktualität verloren hat (vgl. SONG in diesem Heft).

Was ist besonders wichtig und wegweisend an eurer Arbeit, auch für andere?

Dass wir mit Partnern zusammenarbeiten, die für eine queere Organisation nicht unbedingt naheliegen. Und dass wir unsere eigenen Überzeugungen und Methoden in diese Arbeit einbringen. Nur so konnten unsere Bündnisse die Welle des politischen Purismus und den absurden »Wettbewerb ums Unterdrückt-Sein« überstehen, die große Teile der radikalen Linken in den USA vergiftet und handlungsunfähig gemacht haben. Wir setzen auf verbindliche Arbeitsweisen, schulen unsere Mitglieder und geben unsere Methoden auch an andere Gruppen weiter. Beispielsweise haben wir bei SONG immer das Prinzip »organische Führung« starkgemacht: *Leadership* muss auf den gelebten Erfahrungen derer basieren, die an den Rändern stehen und von ›unten‹ kommen. Es geht darum, dass sie sich Gehör verschaffen, nicht, dass andere *für* sie sprechen. Ebenso wichtig ist, dass wir in strategischen Fragen nie ›fundamentalistisch‹ agieren: Wir wollen unseren Vorstellungen von Freiheit treu bleiben, suchen aber flexibel und kompromissbereit nach Wegen dorthin. Mit der Zeit hat sich so auch unsere Art der Intervention in öffentliche Debatten verändert. Anfangs hatten wir eher eine kleine Gruppe von Mitgliedern im Blick. Inzwischen nutzen wir unsere Macht, um auch staatliche Politiken zu beeinflussen und uns landesweit in linke Politik einzumischen.

Diese beständige Arbeit – auch an uns selbst – ist wichtig, weil wir in einem politischen Klima des Zynismus, der Abstumpfung und Konkurrenz agieren. Dagegen sind auch wir nicht immun und müssen uns immer wieder klarmachen, wie wir miteinander umgehen und arbeiten wollen: Für unser Selbstverständnis ist zentral, dass wir bereit sind, uns selbst in unseren Kämpfen zu verändern und uns und unsere Geschichte zu reflektieren. Wir wollen gemeinschaftlich agieren und Führung als »Wir-Projekt«, nicht als »Ich-Projekt« verstehen.

Wie arbeitet ihr in ländlichen Gegenden, wo es kaum eine linke oder LGBTIQ*-Infrastruktur gibt, auf die ihr euch stützen könnt?

Wir müssen die Leute auf dem Land, die sich ermächtigen und Verantwortung übernehmen wollen, dort unterstützen, wo sie leben – und können nicht erwarten, dass sie die Dinge so anpacken wie wir oder so reden wie wir. Zu-

gleich müssen wir viel besser darin werden, eine ländliche Öffentlichkeit anzusprechen. Denn in diesem Punkt enthalten die Lügen der Rechten auch ein Körnchen Wahrheit: Wenn sie von einem »Mitte-links-Establishment« reden, greifen sie reale Erfahrungen mit urbaner weißer Überheblichkeit auf. In den USA wie in Deutschland haben sich viele Linke in die städtische, mediale und akademische Sphäre zurückgezogen und die Arbeiterklasse auf dem Land den Rechten überlassen. Wir müssen LGBTIQ*-Personen in ländlichen und konservativen Gegenden ansprechen, vor allem dort, wo Armut und Deklassierung groß sind. Und wir müssen ihnen konkrete Praxen anbieten, die Alternativen zum Status quo erfahrbar machen. Hier gibt es großartige Beispiele wie etwa das *Rural Organizing Project* in Oregon. Dort protestieren die Einheimischen gegen die immensen Kosten für Grenzschutz und Polizei – und skandalisieren die Tatsache, dass Notarzt und Feuerwehr in ihren Gemeinden aus Kostengründen nur bis 21 Uhr zur Verfügung stehen. Mit solchen Argumenten haben zuletzt auch progressive Kandidat*innen im Wahlkampf gepunktet und etwa die Verschuldung durch Studienkredite und die mangelnde Gesundheitsversorgung angeprangert. Für arme und LGBTIQ* of Colour sind die größten Probleme natürlich weiterhin Polizeigewalt, massenhafte Inhaftierungen, rassistische Strukturen und mangelnder Zugang zum Arbeitsmarkt.

Wie hat sich eure Arbeit durch die Wahl von Trump, aber auch durch neue Bewegungen wie Black Lives Matter verändert?

Black Lives Matter hat SONG grundlegend verändert. Wir selbst haben die Bewegung hier in der Region mit aufgebaut und Leute von uns haben darin wichtige Funktionen. Trump hingegen hat unsere Arbeit nicht so sehr verändert, allerdings kann es nun auch innerhalb des Mainstreams keinen Zweifel mehr darüber geben, dass es sich hier um eine rechtsextreme Bewegung handelt. Trump konnte nur Präsident werden durch eine klassenübergreifende Mobilisierung, die sich auf die tradierte Vorstellung weißer Überlegenheit und auf aggressiven Nationalismus stützt. Insofern ist klar, dass wir eine noch breitere gesellschaftliche Mobilisierung anstoßen und mit den zentralen Bewegungsakteuren zusammenarbeiten müssen.

Wer könnten Verbündete sein?

Das Problem ist, dass die Interessen von Geldgebern, etwa von philanthropischen Stiftungen oder von Unternehmen, die Arbeit und Bündnisfähigkeit linker Kräfte in den USA massiv beeinflussen, und zwar meistens negativ. Unter potenziellen Bündnispartnern herrscht oft eine Kultur der Konkurrenz und der Verlogenheit sowie eine politisch defensive Haltung. Es ist schwer, vertrauensvoll gemeinsame Strategien zu entwickeln, wenn finanzstarke Interessen im Raum stehen. Dennoch gibt es neue und vielversprechende Entwicklungen. Erstmals bewegen sich die Akteure aus dem *Transformative Organizing* und der Parteipolitik aufeinander zu und befruchten sich gegenseitig. Es gibt mehr bewegungsorientierte Aktivist*innen (insbesondere People of Color und Frauen), die sich auch parteipolitisch engagieren: Kandidat*innen schulen, Wahlkämpfe organisieren oder sogar selbst bei Wahlen antreten. Viele können mit demokratisch-sozialistischen Positionen die Vorwahlen an Orten gewinnen, wo der traditio-

nelle Flügel der Demokraten keine Chance mehr hat. Diese neue Art der Parteipolitik ist auch offen für die Zusammenarbeit mit intersektionalen Bewegungen. Interessante Beispiele sind die *Working Families Party* und die *Democratic Socialists of America*. Aber auch große Basisorganisationen engagieren sich bei den Wahlen oder in antirassistischen und feministischen Bewegungen und sogar in progressiven Glaubensgemeinden. Das macht Hoffnung, denn es zeigt eine gewisse politische Reife und die Einsicht, dass wir angesichts der Lage unbedingt gemeinsam agieren und die politischen Kräfteverhältnisse effektiv verändern müssen – und können.



Women's March in Washington, Februar 2017, Elvert Barnes

Euer »Manifest« spricht eine kraftvolle und inspirierende Sprache. Ihr plädiert dafür, über eine reine Kritikhaltung hinauszukommen und die Fähigkeit zur gemeinsamen Problemlösung zu stärken. Wie kann das gehen?

Bernice Johnson Reagon hat den lehrreichen Satz gesagt, dass Bündnisse kein »Zuhause« seien. Umgekehrt dürfen sie aber auch keine Arenen skrupelloser Auseinandersetzungen sein. Wir müssen uns entscheiden, ob wir gewinnen wollen und ob wir es gemeinsam wollen – und uns dann entsprechend verhalten. Wir müssen Konflikte austragen und uns zugleich gegenseitig vor destruktiver Kritik und Diffamierungen schützen. Wir brauchen mehr direkte Kommunikation, müssen aber auch in der Lage sein, die Zusammenarbeit mit Leuten oder Gruppen zu beenden, die unsere Handlungsfähigkeit, Einheit und unsere Kräfte schwächen. Entscheidend ist, was die Leute tun, nicht nur, was sie sagen. Sind sie wirklich bereit, sich zu organisieren? Übernehmen sie Aufgaben oder kritisieren sie nur alles? Wollen sie vor allem theoretisieren, aber gar keine wirkliche Stärke gewinnen? Wir haben keine Zeit zu verlieren. Darum müssen wir diejenigen finden und schulen, die wirklich zuhören, lernen, hart arbeiten und die Probleme lösen wollen. Solche Menschen gibt es innerhalb, aber auch außerhalb unserer Organisationen. Wir schenken ihnen oft zu wenig Aufmerksamkeit. Auch sie haben zuweilen Kritik, aber sie kümmern sich darum, Meinungsverschiedenheiten konstruktiv zu bearbeiten, Vertrauen wieder aufzubauen und »weiterzumachen«. Und genau darum geht es.

Das Gespräch führte Barbara Fried. Aus dem Amerikanischen von Andreas Förster und Noemi Y. Molitor

VON WEM UND FÜR WEN?

FEMINISMEN IN NIGERIA

MINNA SALAMI

Aufgewachsen bin ich in den 1980er-Jahren in Lagos, einer chaotischen, aber faszinierenden Stadt in Nigeria, einem Land, das ich liebe, das jedoch von einer Kultur männlicher Dominanz geprägt ist. Bereits als Kind stieß mir auf, dass alle gesellschaftlichen Führungspositionen von Männern besetzt waren und Männer auch in der Familie das Sagen hatten. Bedeutende nigerianische Frauen wie Funmilayo Ransome-Kuti, Margaret Ekpo, Charlotte Obasa, Oyinkan Abayomi, Königin Amina aus Zazzau, die unser Land entscheidend geprägt haben, wurden im Geschichtsunterricht nicht einmal erwähnt. Ich war gerade sieben Jahre alt, als Generalmajor Ibrahim Babangida 1985 in einem Coup Muhammadu Buhari stürzte, der selbst durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war. Babangida zerstörte das soziopolitische Gefüge Nigerias völlig: Er löste Arbeiter- und Studentengewerkschaften auf und setzte die lähmenden Strukturanpassungsprogramme (SAP) der Weltbank und des IWF um.

Viele Nigerianer*innen, die dazu in der Lage waren, verließen Anfang der 1990er-Jahre das Land. So auch meine Mutter und ich. Wir hatten Familie in Schweden und gingen deshalb dorthin. Mein Vater wollte Nigeria nicht verlassen und blieb. Meine Mutter kehrte schließlich zurück. Und obwohl ich meine Heimat immer wieder besuchte, begann ich erst während der letzten drei Jahre, also 25 Jahre nach meinem Weggang, meinem Exil Schritt für Schritt ein Ende zu setzen.

Ich betone das, weil es immer wieder Leute gibt, die fragen, ob ich auch Feministin geworden wäre, wenn ich nicht nach Schweden gegangen wäre. Meine Antwort ist ein ganz klares ›Ja‹. Mich hat Nigeria zur Feministin werden lassen. Als junge Frau nahm ich kaum Notiz von der starken feministischen Bewegung in Schweden. Neben Problemen einer Heranwachsenden hatte ich mit (häufig gewaltsamen) rassistischen Übergriffen zu kämpfen. Feminismus war damals für mich kein zentrales Thema. Mein feministisches Bewusstsein entwickelte sich vor allem während meiner Grundschulzeit, angestoßen durch meine Mutter und ihre Freundinnen, aber auch durch Frauen aus weniger privilegierten Gesellschaftsschichten, wie unserer Haushaltshilfe Margaret. Sie lehrte mich viel darüber, wie ich als Frau in dieser Welt durchkomme. Ihr Leben war von enormen Entbehrungen geprägt, sie war jedoch scharfsinnig, zäh und so selbstständig wie nur wenige Frauen aus der nigerianischen Mittel- oder Oberschicht. Heute frage ich mich: Spricht der gegenwärtige nigerianische Feminismus auch für Frauen wie Margaret? Für Frauen, die in unregulierten Bereichen arbeiten, ökonomisch prekär und ohne verlässliche Rechte? Oder ist es eine Mittelschichtsbewegung? Es gibt auf diese Frage keine einfache Antwort. Zum einen lässt sich die feministische Bewegung in Nigeria nicht so klar definieren. Die meisten Feministinnen waren als afrikanische und/oder schwarze Feministinnen beteiligt und weniger als nigerianische Feministinnen. Ihre Beiträge hatten insofern eher den gesamten Kontinent im Blick oder waren aus der Diaspora heraus formuliert. Für die Entstehung eines panafrikanischen Feminismus war das durchaus konstruktiv, so gibt es aber eben keinen klar umrissenen nigerianischen Feminismus.

MINNA SALAMI ist finnisch-nigerianische Journalistin. Auf ihrem Blog MsAfropolitan kommentiert sie afrikanische Gesellschaftspolitik aus einer popularfeministischen Perspektive. Sie bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Dekolonisierung und Diaspora.

Außerdem besteht eine Überschneidung zwischen der feministischen Bewegung und Ansätzen eines »Frauen-Empowerments«. Organisationen wie D'Angels, eine nigerianische Bikerinnen-Gemeinschaft, organisieren beispielsweise kostenlose Brustkrebsvorsorgeuntersuchungen für arme Frauen. Sie würden sich niemals als feministisch bezeichnen und sind für mich doch ganz klar Teil der feministischen Bewegung. Nicht weil die Beziehung zwischen Feminismus und Frauen-Empowerment immer harmonisch wäre, sondern weil diejenigen, die für die Rechte von Frauen einstehen, in beiden Bewegungen zu finden sind und sich auf die gleichen Werte und Ziele beziehen.



Demo in New York für die Freilassung der von der Boko Haram verschleppten Mädchen. Beide Bilder: Michael Fleshman/flickr

EINE KURZE GESCHICHTE DES NIGERIANISCHEN FEMINISMUS

Die Befreiung der Frau war seit jeher Bestandteil des nigerianischen Narrativs. Schließlich kam es just in dem Jahr, in dem Nigeria gegründet wurde (1914), zu einem bedeutsamen Frauenaufstand, den die Historikerin Nwando Achebe als »Ogidi-Palaver« bezeichnete. Frauen verbündeten sich damals sowohl gegen die britischen als auch gegen die einheimischen Männer, die sie bei Entscheidungsfindungen komplett außen vor gelassen hatten. In der »Nwaobiala-Bewegung« von 1925 standen Frauen gegen den Kolonialismus auf, und dieser Kampf mündete 1929 in den sogenannten Frauenkrieg, an dem 10 000 Frauen teilnahmen und Dutzende ihr Leben im Kampf gegen die Zurückdrängung traditioneller weiblicher Autorität verloren.

Die erste dezidiert feministische Bewegung wurde jedoch von Women in Nigeria (WIN) getragen, einer 1983 gegründeten Organisation, die wiederum 2008 durch das Nigerianische Feministische Forum (NFF) ersetzt wurde. Heute gibt es mit Organisationen wie Stand to End Rape, Afri-Dev Info, dem Nigerian Women's Trust Fund, Coloured Africa und As Equals Africa viele neue, explizit feministische Plattformen. In der afrikanischen feministischen Bewegung spielen außerdem kreative Ausdrucksformen eine zentrale Rolle: In Theater, Kunst und Literatur gibt es Räume, in denen männliche Dominanz in Form von politischen und intellektuellen Interventionen herausgefordert wird. Damit verbunden ist auch eine Kritik an einer eurozentristischen und männlich geprägten Vorstellung von intellektueller Arbeit. Künstlerinnen wie Peju Alatise, Nike Ogundaike Davies oder Otobong Nkanga nutzen Kunst, Skulpturen, Textilarbeiten und Performances, um Themen wie Tradition, Polygamie und die Unterdrückung weiblicher Körper anzusprechen, sie gehören zu den maßgeblichen Gestalterinnen des nigerianischen Feminismus. Theaterstücke wie Christinn Oshuaiyis »The Cut« (Der Schnitt) oder »WAIT« (WARTE) von Bikiya Graham-Douglas intervenieren in die Diskurse zu weiblicher Beschneidung beziehungsweise zum Mangel an Bildungsoptionen für Mädchen. Aber auch international bekannte Autorinnen wie Chimamanda Adichie, Molara Wood und Ayobami Adebayo haben das Narrativ des nigerianischen Feminismus maßgeblich



geprägt, um nur einige feministische Stimmen aus diesem Feld zu nennen.

Wie überall auf der Welt kommt auch im modernen nigerianischen Feminismus den neuen Technologien eine bedeutende Rolle zu. Dank Internet, Blogs und sozialen Medien gelang es wie nie zuvor, feministische Themen in die Öffentlichkeit zu bringen. Neben dem aktuellen »MeToo«-Hashtag gab es auch andere wirkungsvolle Hashtag-Bewegungen, wie etwa #FemaleInNigeria, das Frauen dazu aufrief, der schlimmen Lebensrealität vieler Frauen im Land eine Stimme zu geben. »Bring Back Our Girls« ist eine Kampagne zur Rettung Hunderter von der Terrorgruppe Boko Haram verschleppter junger Frauen und erst kürzlich kam es zu der Kampagne #NoMore, die von der nigerianischen Aktivistin Kadaria Ahmed ins Leben gerufen wurde, um dem meist straffreien sexuellen Missbrauch ein Ende zu setzen.

INKLUSIV ODER ELITÄR?

Ist also der nigerianische Feminismus sozial inklusiv? Oder treten Feministinnen in Nigeria lediglich für Themen von Frauen aus der Mittelschicht oder der Elite ein und vergessen dabei die Belange weniger privilegierter Frauen? Zunächst ist es wichtig zu verstehen, dass der Begriff der Mittelschicht in Nigeria erst seit Kurzem gebräuchlich ist. Außerdem ist die gesellschaftliche Rolle der Mittelschichten in Nigeria eine völlig andere als im Westen, wo sie sich üblicherweise von überlieferten Traditionen abgrenzen, aber auch eher entpolitisiert agieren. Das ist in Nigeria anders: Die Mittelschicht ist hier stärker konservativ orientiert. Nicht nur sind traditionelle Geschlechterrollen ausgeprägt, sondern auch traditionelle Bräuche und religiöse Werte spielen trotz des Einflusses westlicher Kultur eine große Rolle. Während Modernisierung und Wirtschaftswachstum meist mit einem Trend zur Säkularisierung einhergehen, ist die Religiosität der Nigerianer*innen keineswegs zurückgegangen. Einer Umfrage von Renaissance Capital zufolge besuchen 96 Prozent der nigerianischen Mittelschicht regelmäßig eine Gebetsstätte oder einen Gottesdienst.

Darüber hinaus verfügt die nigerianische Mittelschicht über ein ausgeprägtes soziales Bewusstsein, was in einem Land, das von Armut, ethnischen Spannungen, Aufständen und Korruption geplagt ist, nicht sonderlich überrascht. In den letzten Jahren war es die

Mittelschicht, die Kämpfen wie Occupy Nigeria oder Enough is Enough anführte, beides Kampagnen, die sich für die Rechte der weniger privilegierten Bevölkerung einsetzten. Insoweit der nigerianische Feminismus in gewisser Weise eine Bewegung der Mittelschicht ist, darf die besondere Situation der Mittelschicht in Nigeria nicht außer Acht gelassen werden.

Fragen wir nun, ob der nigerianische Feminismus die Lebensrealitäten der großen Mehrheit der nigerianischen Frauen widerspiegelt, sollten wir untersuchen, mit welchen Themen sich Feministinnen im Land so beschäftigen. Im Bereich des Politischen bilden Gesetzesreformen einen Hauptfokus. Sie setzen sich beispielsweise für die Ratifizierung des Maputo-Protokolls ein, eine feministische Frauenrechtscharta, die von der Afrikanischen Union 2005 in Maputo verabschiedet wurde und meiner Meinung nach eine der radikalsten feministischen Chartas überhaupt ist. Feministinnen haben auch die Textgrundlage für ein Gesetz gegen Gewalt gegen Frauen und für das Gleichstellungsgesetz verfasst, wobei Letzteres leider nicht ratifiziert wurde, da es den überwiegend männlichen Parlamentarier*innen zu radikal war. Es ging darin um häusliche Gewalt, Bildung für Mädchen, Kinderehen sowie sexualisierte Gewalt. Umstritten war es vor allem wegen der Regelungen zu reproduktiven Rechten, die es Frauen gewährt hätte. In einem Land, in dem von 469 Parlamentssitzen nur 27 von Frauen besetzt sind, haben sich Feministinnen auch für *Affirmative Actions* engagiert, für eine Landwirtschaftsreform sowie für Reformen zum besseren Gesundheitsschutz von Müttern und einen erleichterten Zugang von Frauen zu Krediten. Seit seiner Gründung im Jahr 2008 hat NFF gegen diskriminierende Regelungen gekämpft, etwa HIV- und sogenannte Jungfräulichkeitstests an Universitäten sowie staatlich verordnete Kleiderordnungen für Frauen.

Ein relativ neues Thema für nigerianische Feministinnen ist die Befreiung der Frau im »privaten Raum«. Die Kritik an häuslichen Rollenverteilungen und an Gewalt in der Ehe wird insbesondere von Feministinnen stark gemacht, die das Internet als Werkzeug des Widerstands und der Bildung eines kritischen Bewusstseins nutzen. Sie nehmen kein Blatt vor den Mund und nutzen Onlineplattformen, um junge Frauen zur Infragestellung des Status quo zu ermuntern.

Eine der führenden Feministinnen unserer Zeit, Chimamanda Adichie, war hier wegweisend. Ihr wird zwar vorgeworfen, sich zu sehr auf Mittelschichtsthemen zu konzentrieren, doch angesichts der Tatsache, dass ihr bekanntestes Buch aus der Perspektive einer Haushaltshilfe geschrieben wurde, scheinen mir diese Vorwürfe die Spannbreite ihrer Themen aber zu ignorieren. Der von mir gegründete Blog MsAfropolitan hat ebenfalls zur Verbreitung des afrikanischen Feminismus beigetragen und ist ein Raum, wo das Politische und das Private sich überlappen. Leider sind wir in der misslichen Lage, einerseits gegen das Patriarchat in unseren Gesellschaften und gleichzeitig gegen rassistische Stereotype und die Ausbeutung afrikanischer Frauen durch den globalen Norden ankämpfen zu müssen. In einem Artikel für *African women can blog* habe ich dieses Dilemma 2012 skizziert: »Wenn ich auf die Frage, was ich so mache, antworte, dass ich Bloggerin bin

und hauptsächlich zu afrikanischen Frauen schreibe, berichten mir meine Gegenüber häufig über humanitäre oder umweltbezogene Themen, mit denen sie zu tun haben. […] Ich bin es leid, dass Menschen annehmen, dass über afrikanische Frauen zu bloggen automatisch bedeutet, über Wohlfahrt zu bloggen. […] Ich bin es leid, dass afrikanische Frauen nur Objekte des Mitleids sein können, [und] dass angenommen wird, dass sie nur zu bestimmten Themen sprechen können oder sollten.«

Letztlich sind für Feministinnen in Afrika folgende Themen zentral: 1) das Patriarchat, 2) die Kategorie »Rasse«, 3) Traditionen, 4) Unterentwicklung, 5) Sexualität, 6) ein globaler Feminismus und 7) die Liebe. Die allermeisten afrikanischen Feministinnen haben einen intersektionalen Ansatz, der berücksichtigt, inwiefern das Leben von afrikanischen Frauen auf vielfältige Weise beeinträchtigt wird.

KLASSE, SEXUALITÄT UND SEXARBEIT

Dennoch gibt es drei Schlüsselfragen, denen er bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird: Das sind zunächst die Rechte von LGBTIQ*. Eine Umfrage der Initiative for Equal Rights aus dem Jahr 2017 ergab, dass die Zustimmung zum SSMPA-Gesetz (Same Sex Marriage Prohibition Act), das gleichgeschlechtliche Ehen verbietet, unverändert bei 90 Prozent liegt. Somit lehnen lediglich zehn Prozent der nigerianischen Zivilgesellschaft diese zutiefst entmenschlichende Bestimmung ab. Hinzu kommt, wie eine weitere Umfrage ergab, dass nur 39 Prozent aller Nigerianer*innen der Aussage zustimmen, dass »Homosexuelle einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsdiensten, Wohnraum und anderen öffentlichen Gütern haben sollten«. Die feministische Bewegung hat sich bislang zu den Rechten von LGBTIQ* öffentlich nicht genug geäußert. Dies gilt insbesondere für Lesben und Trans*-Frauen, die besondere Diskriminierung erleiden.

Zweitens sollten Feministinnen für die Rechte von Sexarbeiter*innen in Nigeria eintreten. Sexarbeit ist überall auf der Welt eine schwierige Tätigkeit, denn Sexarbeiter*innen sind Schikanen, Gewalt und Misshandlungen durch Männer ausgesetzt. In einigen Ländern gibt es mittlerweile Fortschritte in Sachen Entkriminaliserung, Schutz sowie Gesundheits- und Sozialversorgung. Nicht jedoch in Nigeria. Feministinnen müssen dies zu Gehör bringen und auf Veränderung drängen.

Als dritten Punkt muss die nigerianische feministische Bewegung im Interesse ihres eigenen Erfolgs die Schranken zwischen Frauen unterschiedlicher Klassen, sexueller Orientierungen, Religionen, Berufen und ethnischen Hintergründen einreißen. Das Aufwachsen in Nigeria hat mich zu der Feministin gemacht, die ich heute bin. Frauen aus armen Verhältnissen waren dabei oft meine Lehrerinnen. Sie zeigten mir, dass sich weibliche afrikanische Wissenssysteme in einer imperialistischen und patriarchalen Welt stets als Lernerfahrung in diverse Richtungen manifestieren. Wir sind alle Lehrende und Lernende. Je stärker wir die Stimmen und Kämpfe der jeweils anderen würdigen, desto stärker wird die Gesamtbewegung sein. Denn solange ein Teil der Frauen nicht frei ist, ist keine von uns frei.

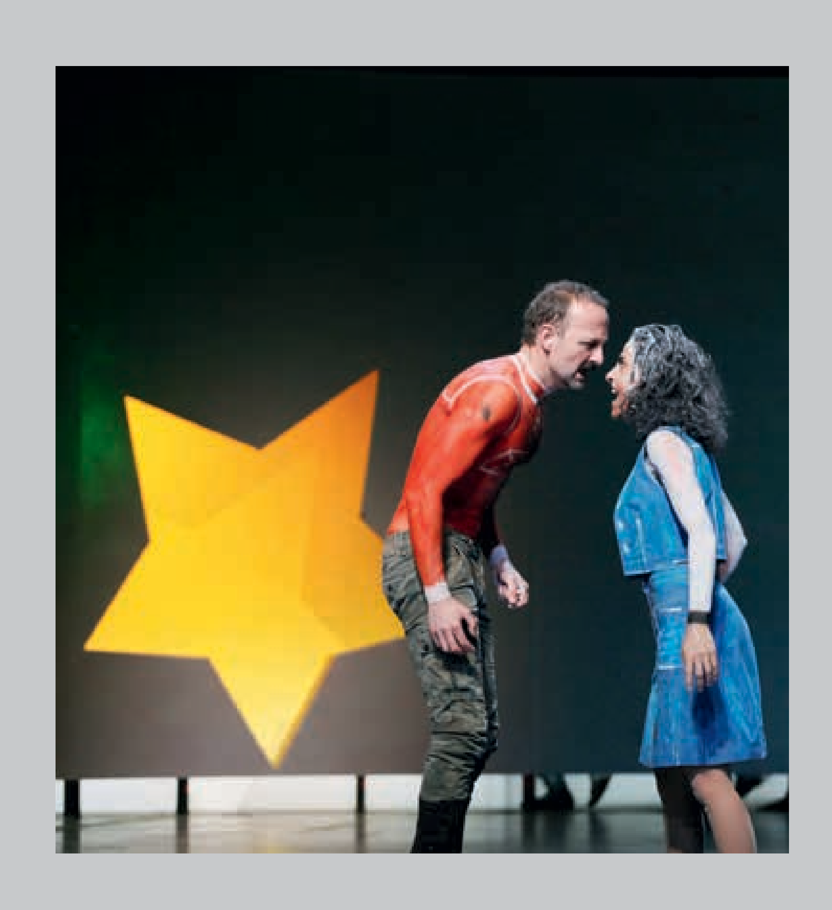
Aus dem Englischen von Sebastian Landsberger und Tim Jack (Lingua-trans-fair)

AUSZÜGE

ZEMENT

VON HEINER MÜLLER

NACH GLADKOW



9. SZENE
DAS BETT

Tschumalow. Dascha.

TSCHUMALOW: Ich hab auf dich gewartet.
DASCHA: Ich bin müde.
TSCHUMALOW: Drei Jahre haben wir uns nicht gesehn.
Dascha fängt an sich auszuziehen.
DASCHA: Ich hab sie auch gezählt.
TSCHUMALOW: Drei Jahre. Und
Drei Tage jetzt, die Nächte zähl ich nicht.
In diesem Rattenloch, das unser Heim war,
Wart ich auf meine Frau. Die Frau ist müde.
Erklär mir das.
DASCHA: Was soll ich dir erklären.
TSCHUMALOW: Was für ein Spiel spielst du mit mir.
DASCHA: Wo lebst du,
Genosse.
TSCHUMALOW: Hast du vergessen, wo ich herkomm.
Den Tod vor Augen.
DASCHA: Die Privilegien, Krieger
Sind abgeschafft. Der Tod ist für alle.
TSCHUMALOW: Das Heim habt ihr auch abgeschafft, wie. Schwarz
Der Tisch.
Wirft den Tisch um.
Das Bett ein Haufen Lumpen.
Wirft das Bettzeug auf den Boden.
Die Wand
Schimmel. Im Herd die Asche hart wie Stein. Kalt.
Reißt den Herd ein.
Das Fenster. Man sieht keinen Himmel mehr.
Zerschlägt das Fenster.
DASCHA: Siehst du ihn jetzt.

Pause.
TSCHUMALOW: Wie hast du mich empfangen, wenn ich heimkam
Mit tauben Knochen aus der Schlosserei
Blumen am Fenster, die Betten weiß, sauber
Alles, und immer hast du noch geputzt. Und selber warst du mir wie eine Blume.
DASCHA: Dumm war ich. Unser Heim war mein Gefängnis.
Ich bin keine Braut mehr.
TSCHUMALOW: Bist du noch ein Weib.
Soll ich dir zeigen, wozu dich Gott gemacht hat.
DASCHA: Langsam, Genosse. Die Sowjetmacht hat ihn
Liquidiert, deinen Gott.
TSCHUMALOW: Drei Jahre
Hab ich gewartet. Und jetzt wart ich nicht mehr.
Braut oder nicht. Bist du noch meine Frau.
DASCHA: Besitzer gibt es nicht mehr.
TSCHUMALOW: Gibt es nicht.
Ich werd dir den Besitzer zeigen.
DASCHA: Nicht, Gleb.
TSCHUMALOW: Wer fragt den Gaul, wann er geritten sein will.
Dascha schlägt ihm ins Gesicht.
TSCHUMALOW: Ich kann auch schlagen.
DASCHA: Kühl dich ab, Besitzer.
Aus welcher Fibel hast du dein ABC
Gelernt als Kommunist.
TSCHUMALOW: Drei Jahre und
Ich kenn dich nicht mehr. Nach der Schlächterei
auf dem Fabrikhof, ich, herausgekrochen
Unter dem Leichenberg, auf Vieren kam ich.
Und du: wie eine Mutter. Der Abschied dann.
An meinem Hals hast du gehangen. Tränen.
Was für ein Mensch bist du geworden, kalt
Und fremd.
DASCHA: Viel kann geschehn, Gleb, in drei Jahren.
Viel ist geschehn. Kalt war der Weg durchs Feuer.
Kennst du mein Leben. Arbeit. Das Komitee

Ausschüsse. Wir organisieren die Frauen. Das Heim
Haben wir abgeschüttelt, unser Joch
und Bräute wird es nicht mehr geben. Reiß
Die Wände auch ein, wenn du schon dabei bist
Ich wein den Trümmern keine Träne nach.
Mein Heim ist das Exekutivkomitee, meine Arbeit.
Mein Essen eß ich dort in der Kantine
Wasser und Rüben. Willst du mehr. Lern hungern.
Wer für die Revolution nicht hungern will
Soll auch nicht essen. Satt ist die Bourgeoisie.
Von unserm Hunger. Wann werden wir sie schröpfen.
Der Herd ist kalt, ja. Wir haben eine Holzkrise, Genosse Tschumalow.
Nimm das zur Kenntnis. Wenn du frierst, heiz dich
Mit Arbeit. Daran ist kein Mangel, Kampf auch
Banditen in den Bergen, Sabotage
In den Büros, ein Sumpf die Korruption.
Hast du noch Tränen, Krieger, für dein Heim.
Fremd bin ich dir. Kannst du die Zeit zurückdrehn
Kann ichs. Wenn ich es wollte. Und ich wills nicht.
Soll ich begraben im Familienbett
Ersticken unter dir auf einem Laken
Was mir so teuer ist, weil es so viel
Gekostet hat, Tränen Schweiß Blut: meine Freiheit.
Merk dir, Genosse, wenn einer hier mein
Besitzer ist, bin ich das.
TSCHUMALOW: Dein Referat
Hab ich gehört. Schwatzen hast du gelernt, Weib.
Eröffnen wir die Diskussion. Und ich
Erteile mir das Wort: Da ist noch etwas
Genossin Freiheit, wir haben ein Kind.
Dein Kind, abkommandiert ins Kinderheim.
Mag es krepieren dort für deine Freiheit.
Ein Hundezwinger ist euer Kinderheim.
Ein Hungerturm, ich hab es gesehn heute früh
Die Weiber fett, die Kinder ein Gerippe.
Unsers, nur Augen hat es im Gesicht noch.





Alle Bilder:

Die sehn keinen Himmel mehr.

Dascha weint.

TSCHUMALOW: Ein Grab, Genossin
Ist euer rotes Kinderheim. Lebendig
Habt ihr sie dort begraben, eure Kinder.
Hast du noch Wasser. Hast du noch ein Herz.
Und morgen hol ich unser Kind heraus, ich.
Mein Kind wird nicht krepieren mit den andern.

DASCHA: Gut, Gleb. Wenn du sie füttern willst. Bleib du
Zu Hause. Spiel die Mutter für dein Kind. Ich
Hab keine Zeit.

TSCHUMALOW: So. Du hast keine Zeit.
Für dein Kind keine Zeit. Aber zum Schwatzen Im Weiberausschuß,
zum Herumscharwenzeln Im Komitee.

DASCHA: Du redest Unsinn, Gleb.

TSCHUMALOW: So. Unsinn. Denkst du, ich hab keine Augen.
Denkst du, ich seh nicht, wie sie dich anstarrn
Deine Genossen, wenn du bloß vorbeigehst.
Und du.

Gang. Er schwenkt die Hüften, wirft die Brust nach vorn.

DASCHA: Führ dich nicht auf wie ein Bourgeois, Gleb.

TSCHUMALOW: Bourgeois. Ich. Willst du mir sagen, dir gefällts nicht
Wenn sie dich ausziehn mit den Blicken. Weiß ich
Was du getrieben hast in den drei Jahren.
Die Bettenfreiheit habt ihr auch eingeführt, wie.
Sag, wen hast du umarmt mit diesen Armen.

DASCHA: Ich frag dich nicht nach deinen Weibern. Was
Gehn meine Liebsten dich an.





TSCHUMALOW: Steht es so.
Jetzt kommen wir der Sache auf den Grund. Wer.
Packt sie.
Die Wahrheit oder ich brech dir die Knochen.
DASCHA: Und wo ist deine Wahrheit, Krieger. Ich
Weiß nicht einmal, ob nicht dein Blut verfault ist.
Oder hast du dich aufgespart für mich.
TSCHUMALOW: Weiber hat es gegeben hier und da, gut.
Ich bin ein Mann, der Krieg. Du bist eine Frau.
Und wenn du dich herumtreibst in den Bergen
Mit dem Genossen Badjin, abkommandiert
Drei Jahre haben wir uns nicht gesehn
Und gehst an mir vorbei wie eine Fremde
Genosse Badjin kommandiert und du.
Und ich weiß nicht wohin mit meiner Kraft.
Ich laß mir meine Frau nicht abkommandiern.
DASCHA: Was schwatzt du. Der Genosse Badjin ist
Politarbeiter. Ein guter Kommunist.
TSCHUMALOW: Besser als ich, wie. Und im Bett vielleicht
Auch besser. Ein Schürzenjäger ist er, dein
Genosse Badjin.
DASCHA: Seine Sache. Und
Es ist nicht wichtig. Seine Arbeit ist
Was zählt. Badjin arbeitet Tag und Nacht.
Und laß den Weibern das Weibergeschwätz
Solange sie noch nicht organisiert sind.
TSCHUMALOW: Es ist nicht wichtig, wie. Weibergeschwätz.
Hat er hier auch gearbeitet nachts, Badjin, so.

Kampf im Bett.

TSCHUMALOW: Und so. Und so. Hast du noch eine Brust.
Sie regt sich. Unter wieviel Händen schon.
Die Schenkel. Heiß. Der Gaul braucht Auslauf, wie.
Die Frucht ist noch nicht taub, der Acker will gepflügt sein.

DASCHA: Laß mich los, Gleb.

TSCHUMALOW: *höhnisch* Willst dus.

Lacht.

DASCHA: Laß los, Gleb.

TSCHUMALOW: Dein Leib redet anders. Hört er nicht auf dein
Kommunistisches Kommando.

DASCHA: Gleb. Bitte.

TSCHUMALOW: Mit wem Hast du dich so herumgewälzt hier.
Wie viele.
Der oder der. Ich komm dir auf die Spur
Und wenn ich sie aus dir herausschlag jeden
Buchstaben einzeln.

DASCHA: Viel hast du gelernt, Genosse
Bei der Armee. Laß los, Gleb, oder ich schlage.

TSCHUMALOW: *reißt ihr die Kleider vom Leib*
Und mir gehörst du. Das. Und das.
Sperrst du dich noch. Du bist kein Mädchen mehr.
Schön bist du, wenn du dich windest, mein Täubchen.

DASCHA: Gleb, nicht. Nein.

Umarmt ihn.

TSCHUMALOW: Merkst du jetzt, daß du ein Weib bist.
Wo ist die freie Sowjetbürgerin.
Mach deine Beine auf für deinen Mann, Frau.

DASCHA: Gleb. Tiere seid ihr alle.

Wirft den Mann ab, springt auf, reißt das Gewehr von der Wand, steht, die Wand im Rücken, das Gewehr auf ihn gerichtet, der langsam aufsteht und mit hängenden Armen vor ihr stehenbleibt, keuchend.

DASCHA: Faß mich an.

TSCHUMALOW: Dascha. Was ist in dich gefahren. Dascha.
Warum quälst du mich.

Weint.

Ich halt es nicht mehr aus.
Schieß, mach ein Ende, wenn du willst. Alles
Hab ich gegeben für die Revolution.
Ich kann nicht mehr. Verflucht die Bourgeoisie
Die Seele hat sie uns vergiftet. Dascha
Sag, können wir uns nicht verstehn.
DASCHA: *legt das Gewehr weg, lacht*
Gestern haben wir einen Offizier erschossen
Die Tscheka hat ihn eingefangen, ein
Bandit, nach einem Überfall, drei Güter
Wälder und Bauern, vor der Revolution
Sein ganzer Grundbesitz der Haß seitdem. Und
Er sagte, als er an die Wand ging, daß er
Gern in die Hölle geht für seinen Haß
Die Hölle war ihm lieber als der Himmel
Weil er dort seinen Haß behalten kann.
Und als er an der Wand stand, weinte er.
Und willst du wissen, wem er nachgeweint hat.
Den Wölfen, die in seinen Wäldern hausten.
Im Winter manchmal kamen sie ins Dorf
Zerrissen einen Bauern, sagte er
Selber ein Wolf und heulte, bis er starb
Um seine Wölfe. Hör auf zu weinen, Gleb.
Es wird schon Morgen. Ich muß früh heraus.
Während sie das Bett macht
Was auch geschehn ist, Gleb, ich liebe dich
Und nur auf dich hab ich gewartet. Ich
Weiß nicht, was werden wird. Alles ist anders
Laß mir Zeit, Gleb. Auf die alte Art wirst du
Deine Frau nicht mehr finden. Etwas hat aufgehört
Was anfängt, ist noch blind. Wenn es dir schwer wird
Ich bin nicht eifersüchtig. Manche Frau
Ist ohne Mann geblieben. Das ist mein Ernst, Gleb.
Komm schlafen.
Legen sich nebeneinander auf das Bett.
Leg deine Hand auf meine Brust. So.

Aus: Müller, Heiner, 2001:
Zement, in: ders., Werke, hg. von
Frank Hörnigk, Bd. 4: Die Stücke 2.

VON #METOO ZU #WESTRIKE

EINE POLITIK IM FEMININUM

LIZ MASON-DEESE

Etwa ein Jahr bevor sich in den USA die #MeToo-Bewegung formierte fanden in Argentinien Massenproteste gegen das unermessliche Ausmaß sexistischer Gewalt statt, durch die dort alle 30 Stunden eine Frau getötet wird. Tausende Frauen legten am 19. Oktober 2016 demonstrativ ihre Arbeit nieder und verweigerten sich damit der ihnen zugeschriebenen weiblichen (Opfer-)Rolle sowie der Unterordnung unter die geschlechtliche Arbeitsteilung. Ihr Streik war eine Antwort auf die wachsende Zahl von Femiziden (Frauenmorden), insbesondere auf den brutalen Mord an einer jungen Frau namens Lucía Pérez. In ihrem Aufruf wiesen sie jedoch auch auf die vielfältigen Gewaltformen hin, denen Frauen in einem ausbeuterischen Wirtschaftssystem ausgesetzt sind: »Mehr als 22 Prozent der Frauen unter 30 haben keine Arbeit. Unsere Leben sind prekär. Frauen gelten als Schlampen oder werden in den Knast gesteckt. Transfrauen werden tagtäglich auf den Straßen verfolgt und haben kein Recht, zu arbeiten, sodass ihnen oft nur die Prostitution

bleibt. Frauen werden von ihren Partnern getötet. Sie werden von ihren Eltern misshandelt oder von der Polizei geschlagen. Was wir erleben, ist eine Hetzjagd. Der Neoliberalismus testet seine Stärke an unseren Körpern. In jeder Stadt und an jedem Ort der Welt. Wir sind nirgendwo sicher.« (Ni Una Menos 2016a)

Eine halbe Million Frauen trugen an diesem 19. Oktober in Buenos Aires ihre Wut und Empörung auf die Straße und schufen so einen Raum kollektiver Handlungsmacht. »Heute sind wir nicht für euch da«, riefen die Teilnehmerinnen ihren männlichen Genossen und Partnern zu. An diesem Tag wollten sie nur jene Arbeit leisten, die notwendig war, um zusammenzukommen und füreinander da zu sein. Der Streik ließ die vielfältigen Formen von Arbeit sichtbar werden, die Frauen täglich erledigen – bezahlt und unbezahlt, formell und informell, im Haushalt, im Büro und in der Schule. Er brachte Frauen über ihre Differenzen hinweg zusammen und machte es möglich, sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede in ihren alltäglichen Lebens- und Arbeitsweisen zu erkennen, auch hinsichtlich ihrer Erfahrungen mit Gewalt.

Wenige Monate später demonstrierten in den USA Millionen gegen einen offen frauenfeindlichen Präsidenten. Der *Women's March* war trotz seines begrenzten liberalen Fokus, trotz seiner Verengung auf die Person Trump und seines eher essenzialistischen Begriffs von »Frauen« für viele eine einschneidende politische Erfahrung. Viele begannen, die These, dass wir in einem postfeministischen Zeitalter leben, sowie die neoliberalen Aufstiegsversprechen zu hinterfragen: Wenn wir angeblich so gleichberechtigt sind, wie kann dann jemand Präsident werden, der öffentlich Frauen herabsetzt? Sie fingen an, neu über eigene Erfahrungen mit Ungleichheit, Diskriminierung und Gewalt nachzudenken, und erlebten erstmals die Kraft einer kollektiven sozialen Bewegung. Ein Ausweg aus der von patriarchaler Herrschaft und Neoliberalismus hervorgerufenen Vereinzelung wurde erkennbar.

Eine Gruppe von Latinas in den USA, überwiegend Dozentinnen und Studentinnen, hatte schon während des ersten Streiks in Argentinien über Verbindungslinien nachgedacht: »Wir wollten Solidarität zeigen und haben schnell gemerkt, dass auch wir die Gewalt […] sichtbar machen wollen, der wir hier in den USA ausgesetzt sind. Am Tag des Streiks haben viele Studentinnen – Schwarze, Weiße und Latinas – angefangen, über ihre eigenen Erfahrungen zu erzählen. Darüber, wie sie auf der Straße, bei der Arbeit und in der Schule belästigt wurden, wie ihnen beständig gesagt wird, sie seien nicht schön oder schlau genug. Die Gewalt in Lateinamerika schien nicht so weit weg. Wir sind durch gemeinsame Erfahrungen verbunden. In einem Land wie unserem, wo wir ständig von Vergewaltigern hören, die ohne Konsequenzen davonkommen, und wo an den Unis jede sechste Frau sexuelle

LIZ MASON-DEESE ist im Redaktionskollektiv des *Viewpoint Magazine* und lehrt an der Georg Mason Universität in Fairfox/Virginia Geografie. Sie forscht zur Organisierung von Erwerbslosen und anderen popularen Bewegungen in Argentinien. Ihre Übersetzung von Verónica Gagos Buch »Neoliberalism from Below« erschien vor Kurzem bei Duke University Press.

Übergriffe erfährt, fragten wir uns plötzlich: Was wäre, wenn auch wir streiken würden?« (Almenara et al. 2016)

Als #MeToo viral ging, stärkte dies die weltweite Organisierung von Frauen. Mit der Verbreitung des Hashtags und der damit verbundenen Erzählungen wurde nicht nur sichtbar, was ohnehin jede Frau weiß – dass es überall sexualisierte Gewalt gibt. Es boten sich auch neue Handlungsoptionen und die Chance, mit einer Stimme zu sprechen. Dennoch fühlten sich viele durch den Fokus auf bestimmte Branchen oder Protagonistinnen außen vor gelassen. Eine Schwäche von #MeToo ist, dass ein Großteil der Aufmerksamkeit auf berühmte Frauen gerichtet ist, die sich individuell gegen ihre Peiniger aussprechen, und dass der Hauptfokus auf einem Wandel in den Institutionen liegt. Deshalb: Was kann die #MeToo-Bewegung von lateinamerikanischen Feministinnen lernen? Wie kann eine globale Perspektive dazu beitragen, neue Formen der Gewalt zu erkennen und eine Politik zu entwickeln, die die Wurzeln der Ungleichheit angreift?

POPULARE FEMINISMEN IN LATEINAMERIKA

In Lateinamerika organisieren sich Frauen seit Jahren gegen sexistische Gewalt und Feminizide. Die mexikanische Grenzstadt Ciudad Juárez ist nicht nur ein neoliberales Labor mit sweatshop-ähnlichen Fertigungsstätten transnationaler Konzerne, den sogenannten Maquiladoras, sondern auch Brennpunkt dieses Kampfes: auf der einen Seite US-amerikanische Unternehmen, die billige Arbeitskräfte jenseits der Landesgrenze suchen, auf der anderen Seite eine neue Klasse junger Frauen, die ihre Familien verlassen, um als Fabrikarbeiterinnen ein Stück Freiheit zu gewinnen. Seit der Einführung des Freihandelsabkommens NAFTA sind Hunderte von ihnen verschwunden, wurden gefoltert und/oder ermordet, während die Täter oftmals ungestraft davonkamen. Untersuchungen deuten auf Verflechtungen zwischen staatlichen Behörden, lokaler Polizei, Drogenhändlern und Fabrikbossen hin, die gefügige Arbeitskräfte wollen.

Angehörige und Freund*innen der Ermordeten setzten schließlich das Problem der Frauenmorde in Lateinamerika auf die Tagesordnung. Meist betrifft es arme Fabrikangestellte, Studentinnen und Arbeiterinnen im informellen Sektor, deren Verschwinden von allen – Behörden, Wissenschaft und Presse – zunächst ignoriert wurde. Deshalb weist die Protestbewegung immer wieder auf den engen Zusammenhang zwischen der brutalen Gewalt gegen Frauen und der Position von Ciudad Juárez in einem globalisierten Produktionssystem hin. Die Morde sind unmittelbar mit der ökonomischen Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft verknüpft.

2014 schließlich entstand Ni Una Menos (»Nicht eine Frau weniger«; abgekürzt NUM) als Reaktion auf die steigende Zahl von Frauenmorden in Argentinien.[1] NUM ist ein Kollektiv aus Journalistinnen, Autorinnen, Künstlerinnen und Akademikerinnen, das aber für eine größere Bewegung von Frauen unterschiedlicher Klassenzugehörigkeit steht. Ihre erste gemeinsam organisierte landesweite Aktion war eine öffentliche Lesung und damit eine künstlerische und poetische Veranstaltung. Es folgten mehrere Versammlungen, eine Großdemonstration und der

erste Frauenstreik im Herbst 2016. Die daraus entstandene Dynamik führte zu Frauenstreiks am 8. März 2017 und 2018. Doch NUM zeichnet sich nicht nur durch eine besondere Mobilisierungsfähigkeit aus. Die Bewegung hat auch die Debatte über sexistische Gewalt und feminisierte Arbeit verschoben und die herrschenden Geschlechterverhältnisse auf vielen Ebenen kritisiert: auf der Straße, in der Politik und am Arbeitsplatz, aber auch in privaten Beziehungen und in den Familien.

Ni Una Menos baut auf der langen Geschichte von Frauenbewegungen in Argentinien auf, insbesondere dem jährlichen nationalen Frauentreffen und der Bewegung zur Legalisierung von Abtreibungen. Das nationale Frauentreffen findet seit 1986 in verschiedenen Städten statt und zog 2016 ungefähr 70 000 Frauen an. Die Treffen sind selbstorganisierte offene Versammlungen, auf denen eine große Bandbreite von Themen diskutiert wird: von reproduktiver Gesundheit über häusliche Gewalt bis zur Diskriminierung am Arbeitsplatz. Die Frauen kommen aus allen Landesteilen und haben verschiedene politische, ideologische, ethnische und Klassen-Hintergründe. Von Anfang an waren Frauen aus Parteien und Gewerkschaften dabei, doch erst mit der Beteiligung von Erwerbslosenorganisationen hat sich die Klassenzusammensetzung nachhaltig verändert. Die Debatten um Abtreibung, die vorher vor allem aus einer Menschenrechtsperspektive geführt wurden, verlaufen, seitdem Slumbewohnerinnen aus erster Hand von Todesfällen durch heimliche Abtreibungen berichten, nun völlig anders.

Diese Prozesse sind Ausdruck eines neuen popularen Feminismus, der in den Wohnvierteln der Armen und Arbeiter*innen entstanden ist. Er speist sich aus der Frustration vieler Frauen, die in der Erwerbslosenbewegung, in Kooperativen oder anderen linken Kämpfen aktiv sind und dort wichtige Organisierungsarbeit leisten, doch nur selten Führungspositionen einnehmen und immer noch der Gewalt ihrer »Genossen« ausgesetzt sind. Viele dieser Frauen haben während der Wirtschaftskrise das Überleben ihrer Familien und Nachbarschaften gesichert und trotz Krise um Würde und Lebensfreude gekämpft. Nun sind sie nicht mehr bereit, ihre Ungleichbehandlung passiv hinzunehmen. Männliche Aggressoren werden öffentlich angeprangert, ähnlich wie bei #MeToo. Die Frauen eignen sich immer mehr Räume an, um sich auszutauschen und kreative Formen des Widerstands zu entwickeln.

In diesem Prozess spielen Frauen mit besonders prekären Arbeits- und Lebensbedingungen eine zentrale Rolle: Straßen- und Marktverkäuferinnen, Hausangestellte, Textilarbeiterinnen, illegal oder in der Schattenwirtschaft Arbeitende sowie Frauen, die staatliche Transferleistungen empfangen. Viele der in der informellen Ökonomie (die einen Großteil der argentinischen Volkswirtschaft ausmacht) Beschäftigten sind in der Confederación de Trabajadores de la Economía Popular (CTEP) organisiert. Während sich die meisten Gewerkschaften gegen die Idee eines Frauenstreiks sperrten, hat die CTEP ihn voll unterstützt. Und das, obwohl gerade die Prekären in einem Streik besondere Risiken eingehen, sowohl was den Verdienstausfall als auch die Repression angeht. Gerade sie haben aber besonders zahlreich am Streik teilgenommen, auch weil

im informellen Bereich überwiegend Frauen arbeiten und dort das ganze Spektrum sexistischer Gewalt zu spüren bekommen.

Diese soziale und räumliche Erweiterung des Feminismus hat auch den inhaltlichen Fokus ausgeweitet. Die Forderungen nach reproduktiven Rechten und nach Gleichheit am Arbeitsplatz und in politischen Institutionen sind nach wie vor wichtig, doch es sind neue Forderungen hinzugekommen, die auf alltägliche Gewalt und Unsicherheiten zielen. Feministinnen beschäftigen sich nun mit der Reproduktion des Lebens an sich und erkennen, wie der gegenwärtige Kapitalismus dieses Leben permanent ausbeutet, ihm Wert entzieht und es dadurch grundlegend gefährdet.

EIN KOLLEKTIVES SUBJEKT ENTSTEHT

Ausgehend von diesen Konzepten der lateinamerikanischen Feministinnen lässt sich fragen, inwieweit die von #MeToo angeprangerten Übergriffe Teil eines größeren Zusammenhangs von Gewalt und Abhängigkeiten sind. Wie könnte zum Beispiel eine Verbindung zwischen den Kämpfen und Interessen der meist schlecht bezahlten, oftmals Schwarzen oder migrantischen Servicekräfte an amerikanischen Universitäten und den Studentinnen hergestellt werden, die ebenfalls sexuellen Übergriffen auf dem Campus ausgesetzt sind? Man kann nicht davon ausgehen, dass es einen solchen *common ground* von vornherein gibt – das heißt aber nicht, dass er sich nicht herstellen ließe. Das besonders Perfide an patriarchalen Herrschaftstechniken ist nämlich, dass wir uns für Gewalterfahrungen in der Regel selbst die Schuld geben und nicht darüber sprechen. #MeToo hat den Raum geschaffen, um dieses Schweigen, das uns voneinander trennt, aufzubrechen. Dabei wird nicht nur die Allgegenwart von Gewalt augenfällig, sondern auch ihr struktureller Charakter. Um die Unterdrückung von Frauen zu beenden, müssen wir diese Verbindungen aufzeigen.

Genau das formulieren Ni Una Menos in ihrem Aufruf zum Frauenstreik 2018: »Mit dem Instrument des Streiks können wir die Gewalt, der wir ausgesetzt sind, sichtbar machen, kritisieren und bekämpfen. Diese ist keine private oder häusliche Angelegenheit, es handelt sich vielmehr um eine Gewalt, die ökonomische, soziale und politische Ursachen hat, die die Form von Ausbeutung und Enteignung annimmt und jeden Tag schlimmer wird: Es geht um Entlassungen, um die Militarisierung von ganzen Landstrichen, um Konflikte um neo-extraktivistische Ausbeutung, um natürliche Ressourcen oder um die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise, um die Kriminalisierung von Protesten und von Migration.« (Ni Una Menos 2018)

Diese Verbindungen stellen sich vor allem durch eine Praxis von regelmäßigen Versammlungen her, auf denen Frauen ihre Geschichten und Erfahrungen teilen. Sie berichten von sexueller Belästigung, von der Angst, sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen, vom Verharren in gewalttätigen Beziehungen. Eine Frau erzählt ihre Geschichte, die nächste bezieht sich darauf und ergänzt ihre Erfahrungen. Eine dritte, die zum Beispiel als Hausangestellte arbeitet, findet sich in der Erzählung nicht wieder und fügt eine weitere Ebene der Analyse hinzu. Auf diese Weise werden die unterschiedlichen Erfahrun-

gen deutlich, ohne sie als unüberbrückbar zu betrachten. So entsteht Schritt für Schritt ein neues kollektives Subjekt.

Die Versammlungen finden an unterschiedlichen Orten statt: am Arbeitsplatz, in Gewerkschaften und politischen Organisationen, in Schulen und Nachbarschaften, in Städten und Dörfern. Es sind Künstlerinnen, Autorinnen, Musikerinnen, Lehrerinnen und Migrantinnen, die hier zusammenfinden. Es gibt Versammlungen, auf denen sich gezielt zwei oder mehrere Gruppen treffen, um in einen Dialog zu treten, wie beispielsweise Ni-Una-Menos-Aktivistinnen und indigene Mapuche-Aktivistinnen in El Bolsón. Das Motto, das diese verbindet, lautet »Unsere Körper, unser Land«, denn die Enteignung von Land und Ressourcen ist direkt mit der Ausbeutung von Frauen verknüpft. Es gab Versammlungen von Gewerkschafterinnen und Frauen, die früher bei PepsiCo arbeiteten und entlassen wurden. Eine Gruppe in Buenos Aires schuf den Slogan »Wir wollen schuldenfrei bleiben« und griff damit den ursprünglich aus Ciudad Juárez stammenden Slogan »Wir wollen lebendig bleiben« auf. Dazu erläuterten sie: »Die Finanzialisierung durch Kredite und Schulden ist eine direkte Form der Ausbeutung der Arbeits- und Lebenskraft von Frauen und ihrer Fähigkeit, das familiäre und gemeinschaftliche Leben zusammenzuhalten. Die Feminisierung der Armut und die Abhängigkeit, die durch Schulden entsteht, verstärken männliche Gewalt.« Finanzielle Prekarität und sexistische Gewalt hängen unmittelbar zusammen, theoretisch wie praktisch.

Den Kern dieser Gewalt sehen sie in der Entwertung weiblicher Reproduktionsarbeit und im systematischen Angriff auf die soziale Reproduktion selbst. Der Angriff erfolgt auf unterschiedlichen Ebenen. Hierzu gehören die Verteidigung des Modells der heteropatriarchalen Familie durch rechte Regierungen überall auf der Welt, neoliberale Kürzungspolitiken, Angriffe auf sexuelle und reproduktive Rechte und schließlich direkte körperliche Gewalt gegen Frauen. Silvia Federici hat darauf hingewiesen, dass diese Gewalt nicht neu ist. Sie bildet das Herzstück des Kapitalismus, und zwar sowohl seiner ursprünglichen Akkumulation als auch seiner erweiterten Reproduktion (vgl. Federici 2018). Das bedeutet umgekehrt: Wenn sich Frauen autonom organisieren, um ihre soziale Reproduktion kollektiv abzusichern, stellt das eine gewisse Bedrohung für das Kapital dar. Denn es stellt die Trennung der Arbeiter*innen von ihren Reproduktionsmitteln infrage, die dem Kapitalismus zugrunde liegt. Die körperliche Gewalt gegen Frauen hat darum einen »pädagogischen« und einen disziplinierenden Effekt über das konkrete Individuum hinaus, wie Rita Segato (2016) argumentiert. Sie produziert gefügige Subjekte und zerstört jede Form von Widerstand gegen Herrschaft. So werden koloniale und kapitalistische Machtverhältnisse gefestigt. Heute versucht das Kapital, auf andere Art und Weise den Wert reproduktiver Arbeit abzuschöpfen, und setzt damit die Reproduktion des Lebens selbst aufs Spiel. Soziale Versorgungsnetzwerke drohen durch die Ausweitung der finanzgetriebenen Akkumulation zusammenzubrechen und vergrößern die Verwundbarkeit von Frauen.

Indem die lateinamerikanischen Feministinnen unterschiedliche Formen von Gewalt zueinander ins Verhältnis setzen, können sie



Demo gegen sexistische Gewalt in Madrid, Adolfo Lujan

auch neue Formen der Ausbeutung offenlegen und ein neues Bild der Klassenzusammensetzung zeichnen. So lassen sich Ansätze für neue Allianzen erkennen: »Mit den beiden Frauenstreiks, die wir in weniger als einem Jahr mit Gewerkschafterinnen und anderen Organisationen auf die Beine gestellt haben, konnten wir konkrete Forderungen auf die Agenda setzen. Wir konnten die Anliegen der regulär Beschäftigten mit denen der Arbeitslosen und denen der informell Beschäftigten zusammenbringen. Wir konnten sie verbinden mit der historischen Forderung, die zahllosen unbezahlten Tätigkeiten von Frauen anzuerkennen, Care-Arbeit zu politisieren und Arbeit in selbstverwalteten Strukturen aufzuwerten.« (Ni Una Menos 2017a)

EIN RICHTIGER GENERALSTREIK

Aus dieser Arbeit ging der Frauenstreik hervor. Die Erklärung von NUM vom 8. März 2018 lautete: »Mit dem Instrument des Streiks konnten wir die ökonomischen Hintergründe patriarchaler Gewalt offenlegen. Außerdem war der Streik eine enorme Demonstration unserer Macht. Wir verließen die Opferrolle und erklärten uns selbst zu politischen Subjekten und Produzentinnen von Wert.« (Ebd.) Verónica Gago und Natalia Fontana schrieben zum Streik vom Oktober 2016: »Der Begriff des Streiks wurde erweitert. Es kamen Frauen aus allen gesellschaftlichen Bereichen zusammen. […] Das hat die Fantasie der Frauen beflügelt. Sie fragten sich, wie lässt sich der Effekt eines Streiks noch verstärken und ausweiten? Was bedeutet es, zu streiken, wenn du in keiner Gewerkschaft bist, oder wenn du anderweitig organisiert bist, etwa über eine Schule oder einen Nachbarschaftsverein, oder, oder, oder.« (Fontana/Gago 2017)

Im Oktober 2016 streikten Frauen an verschiedenen Orten in Lateinamerika und schließlich am 8. März 2017 weltweit. Schnell



Slutwalk in São Paulo, Gianluca Ramalho Misiti

wurde Kritik laut, dass es sich nicht um »echte Streiks« gehandelt habe, weil sie sich nicht an den Formen traditioneller Streiks orientiert hätten. Aber wie sollten sie auch? Mariarosa Dalla Costa hatte bereits 1974 klargestellt: »Kein Streik war je ein Generalstreik. Wenn die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung zu Hause in der Küche ist, während die andere Hälfte streikt, dann ist das kein Generalstreik.«

Auch das aus Madrid stammende Kollektiv Precarias a la Deriva (2016) betonte diesen Punkt, als es beim Generalstreik 2002 Frauen und prekäre Beschäftigte, die den offiziellen Streikaufrufen nicht gefolgt waren, fragte: »Wie sieht eure Form des Streiks aus?« In einer kollektiven Untersuchung arbeiteten sie die Gründe heraus, warum prekär Arbeitende an klassischen Streiks nicht teilnehmen. Sie erweiterten die Vorstellung, was ein Streik ist, auf der Basis einer erweiterten Vorstellung von Arbeit. Der Streik wurde zu einer »täglichen und vielfältigen Praxis«, die an vielen Orten stattfindet, auf der Straße, in Betrieben, aber auch zu Hause. Ein Streik von Frauen ist darum untrennbar mit den Praxen und den Prozessen verbunden, die einen Streik sonst erst möglich machen. Er eröffnet neue Handlungsmöglichkeiten und verlangt einen anderen Umgang mit Zeit: »Wir Frauen fordern unsere Zeit zurück. Wir wollen nicht länger das tun, was uns aufgezwungen wird, sondern das, was wir wollen – um uns zu finden, um gemeinsam zu denken, um das Wort zu ergreifen und um die Straßen zu besetzen, uns den öffentlichen Raum anzueignen und ihn in einen Ort der Gastfreundschaft und des freien Austauschs untereinander zu verwandeln.«(ebd.)

EINE POLITIK IM FEMININUM

In einem Video zur Unterstützung des Frauenstreiks im März 2018 erläutert Silvia Federici, dass »Streiken nicht nur bedeutet,

bestimmte Arbeiten zu unterbrechen. Es bedeutet auch, uns anderen gesellschaftsverändernden Tätigkeiten zu verschreiben, die über unsere Alltagssorgen hinausreichen und neue Potenziale in sich tragen.« (Zit. nach Gago 2018, XY) Welche Möglichkeiten entstehen, wenn wir für einen Tag aufhören, sexistische Hierarchien und Geschlechterrollen zu reproduzieren? #MeToo hat deutlich gemacht, wogegen wir sind. Doch was ist es, *wofür* wir kämpfen wollen?

Rund um den Streik selbst können wir eine Bewegung beobachten, die Raquel Gutiérrez (2015) eine »Politik im Feminium« genannt hat. Sie ist nicht an essenzialistische Vorstellungen von Weiblichkeit gebunden, sondern bezieht sich auf die Perspektiven und kollektiven Fähigkeiten derer, die für den Schutz und die Reproduktion unseres Lebens sorgen. Es geht Gutiérrez nicht einfach um die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen an der Politik oder um »Frauenpolitik«. Eine »Politik im Femininum« verändert die Art und Weise, überhaupt Politik zu machen. Sie zielt darauf ab, jene sozialen Verhältnisse umzuwerfen, die das Herzstück des Kapitalismus bilden, und darauf, *alles zu verändern*.

Eine solche Politik macht soziale Reproduktion zu einer kollektiven Verantwortung – wofür die politische Macht von Frauen gestärkt und die kapitalistische Akkumulation angegriffen werden muss. Gutiérrez' Konzept bezieht sich zwar auch auf staatliche Macht, definiert sich aber nicht über den Zugang dazu oder die Kontrolle darüber. Es geht nicht darum, die Forderungen so zuzuschneiden, dass sie für den Staat akzeptabel werden, sondern darum, sie gemäß der eigenen Logik und den eigenen Vorstellungen zu entwickeln. Gutiérrez zufolge wird eine nicht staatszentrierte Politik »gestärkt durch die Verteidigung des Gemeinsamen. Sie drängt die Macht des Staates und das Kommando des Kapitals zurück und fördert die vielfältigen sozialen Fähigkeiten, in öffentliche Angelegenheiten einzugreifen und Entscheidungen zu treffen.« (Ebd., 89)

»Um Opfer zu sein«, schreibt Verónica Gago (2018), »müssen wir an den Staat glauben.« Eine Politik der Feminisierung lehnt die Opferrolle ab. Stattdessen bezieht sie ihre Kraft aus den Praktiken der alltäglichen Selbstorganisation *von Frauen,* wo nicht nur Erfahrungen geteilt werden, sondern sich auch ein neues Bewusstsein herausbildet. Dafür müssen alle Frauen und ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Wissensformen gleichermaßen wertgeschätzt werden: Es darf keine besonderen Aufmerksamkeitsräume für Superstars geben. In den Unterstützungsnetzwerken *von Frauen* entwickeln sich die Fähigkeiten und Beziehungen, die nötig sind, um die Normsetzungen der Macht, der kapitalistischen wie der patriarchalen, infrage zu stellen.

Eine Politik der Feminisierung ist mehr als eine Politik des Überlebens. Sie setzt an den Bedürfnissen von Frauen an und unterscheidet sich damit grundsätzlich von einer Politik, die Selbstaufopferung und Leiden verlangt. Es geht darum, Räume zu schaffen, in denen die eigenen Bedürfnisse im Zentrum stehen. #MeToo hat einen solchen Raum geschaffen: nicht im Sinne einer »Sexpanik«, wie einige Kritiker*innen behaupten, sondern im Sinne einer Politik, die an Bedürfnissen

ansetzt: an dem Bedürfnis, nicht belästigt oder angegriffen zu werden, an dem Wunsch, über den eigenen Körper zu verfügen, sich frei von Angst auf den Straßen und zwischen Ländergrenzen zu bewegen und Beziehungen zu führen, die aus vorgegebenen Geschlechterhierarchien ausbrechen. Im Aufruf zum internationalen Frauenstreik 2017 von Ni Una Menos heißt es dazu: »#WirWollenUnsLebendUndFrei, und deshalb riskieren wir es, neue Allianzen einzugehen. Weil wir uns Zeit für uns selbst und füreinander nehmen, ist dies ein erster Schritt der Erleichterung und ein Austausch zwischen Verbündeten. Aus Versammlungen machen wir Demonstrationen, aus Demonstrationen Feste und aus Festen eine gemeinsame Zukunft. Weil #WirFrauenFüreinanderDaSind, ist dieser 8. März der erste Tag unseres neuen Lebens.« (Ni Una Menos 2017b)

#WESTRIKE

Wie kommen wir also von #MeToo zu #WeStrike? Zunächst müssen wir das Gemeinsame in unseren Erfahrungen mit Übergriffen, Diskriminierung und Unterdrückung betonen. Wir müssen #MeToo in einen kollektiven Forschungsprozess verwandeln, und unsere jeweiligen Positionen im Gefüge kolonial-kapitalistisch-patriarchaler Macht ausloten. So werden konkrete Bündnisse erkennbar, die Widerstand ermöglichen, und in denen wir zu politischen Subjekten werden. Um das System wirklich langfristig zu verändern, um *alles zu verändern*, dürfen wir nicht *politics as usual* betreiben und uns erst Recht nicht als Opfer an den Staat wenden. Es geht um eine Politik im Femininum, die die Zeit und die Beziehungen zwischen Frauen und die so entstehenden Räume wertschätzt. Die Bewegungen in Lateinamerika zeigen uns, wie durch eine solche Politik ein neues kollektives Subjekt entstehen kann. Es ist nicht die Erfahrung der Gewalt, die uns definiert. Es ist der gemeinsame Kampf gegen diese Gewalt, der unser *Wir* ausmacht.

Dieser Text erschien zuerst in dem Sammelband »Where Freedom Starts: Sex Power Violence #MeToo« bei Verso Books, März 2018. Dies ist eine leicht gekürzte Fassung. Aus dem Englischen von Johannes Liess

LITERATUR

Almenara, Erika/del Valle, Ivonne/Draper, Susana/Ferrari, Ludmila/Mason-Deese/Liz Sabau, Ana, 2016: We Strike Too: Joining the Latin American Women's Strike from the U.S., in: Truthout, Oktober 2016

Dalla Costa, Mariarosa, 1974: A General Strike, Rede anlässlich des Internationalen Frauentags 1974 in Mestre, Italien, erschienen in: Edmond, Wendy/Fleming, Suzie (Hg.), 1975: All Work and No Pay: Women, Housework and the Wages Due, Bristol

Federici, Silvia, 2018: Über Marx hinaus, in: Marxte noch mal?!, LuXemburg 2–3/2017, 86-93

Fontana, Natalia/Gago, Verónica, 2017: The Strike of Those Who Can't Stop, in: Viewpoint Magazine, März 2017

Gago, Verónica, 2018: Bloquear y transformer, in: Págin 12, Februar 2018

Gutiérrez Aguilar, Raquel, 2015: Horizonte Comunitario-Popular. Antagonismo y producción de lo común en América Latina, in: Sociedad Comunitaria de Estudios Estratégicas y Editorial Autodeterminación, Cochabamba

Ni Una Menos, 2016a: Pressemitteilung, 19. Oktober 2016

Dies., 2016b: Pressemitteilung, 25. November 2016

Dies., 2017a: How Was the March 8 International Women's Strike Woven Together?, in: Viewpoint Magazine, Februar 2017

Dies., 2017b: Desendeudas nos queremos, 2. Juni 2017

Dies., 2018: Pressemitteilung, 8. Januar 2018

Precarias a la Deriva, 2016: A Very Careful Strike: Four hypotheses, in: the Commoner 11, Frühling/Sommer 2016

Segato, Rita, 2016: La guerra contra las mujeres, Madrid

1 Anm. d. Red.: Die entsprechende Bewegung im deutschsprachigen Raum nennt sich #Keinemehr (https://keinemehr.wordpress.com).

KEINEMEHR!

GESPRÄCH ÜBER FEMINIZIDE UND DEN KAMPF UM BEGRIFFE

ALEX WISCHNEWSKI

Du bist aktiv bei der Plattform #KeineMehr, die die Debatte über Feminizide nach Deutschland tragen will. Warum sprecht ihr von Feminiziden statt von Mordfällen an Frauen?

Feminizid oder auch Femizid bezeichnet Tötungen an Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts. Alle Feminizide sind Tötungen von Frauen, aber nicht alle Tötungen von Frauen sind Feminizide. Es geht also nicht darum, einfach die Opfer nach Geschlecht zu differenzieren. Vielmehr soll der Begriff bestimmte Frauenmorde als eine Form von Hasskriminalität sichtbar machen und den Blick auf deren gesellschaftlichen Kontext lenken. Das bedeutet, Feminizide als extremen Ausdruck ungleicher Geschlechterverhältnisse und männlichen Dominanzstrebens zu fassen. Zahlreiche Gutachten zeigen: Das Risiko von Frauen, Gewalt ausgesetzt zu sein, steigt besonders dann, wenn traditionelle Geschlechterarrangements angegriffen werden, insbesondere während und nach einer Trennung oder Scheidung. Die Tötung ist die Zuspitzung dieser Gewalt. Forscher*innen sprechen deshalb auch von der Rache des beleidigten Machismus. Außerdem heißt es, nach den gesellschaftlichen Bedingungen zu fragen, die es erlauben, dass solche Taten überhaupt stattfinden können. Von Feminiziden zu sprechen, macht diese Tötungen von Frauen nicht nur sichtbar. Es hilft auch dabei, politische Gegenwehr zu mobilisieren.

Aktuell wird Gewalt gegen Frauen vor allem dann öffentlich diskutiert, wenn die Täter Geflüchtete sind. Kann das Konzept des Feminizids helfen, dieser rassistischen Instrumentalisierung zu begegnen?

Solche rassistischen Deutungen sexueller Gewalt haben gerade wieder Konjunktur, aber sie sind ja nicht neu. Nicht nur im Kolonialismus und in der Zeit des Nationalsozialismus wurde die Gefahr des gewalttätigen und übergriffigen Fremden heraufbeschworen und diente zur Legitimation der eigenen Gewalt. Auf dieses kulturelle Gedächtnis kann immer wieder zurückgegriffen werden. Wir haben das auch bei der Debatte um sogenannte Ehrenmorde seit 2005 gesehen. Diese erhalten weit mehr öffentliche Aufmerksamkeit als Tötungen in

Partnerschaften unter Herkunftsdeutschen. Die Konstruktion eines »Anderen« dient auch immer der Konstruktion des »Eigenen«, in diesem Fall einer scheinbar geschlechtergerechten deutschen Mehrheitsgesellschaft, in die sich die »Anderen« nicht integrieren können. Gleiches passiert jetzt wieder. Als die »Tagesschau« den Mord an einem 15-jährigen Mädchen durch ihren afghanischen Exfreund in Kandel im vergangenen Dezember als »Beziehungstat« einordnete und damit als außerhalb des öffentlichen Interesses stehend, gab es einen großen Aufschrei dieser Mehrheitsgesellschaft. Wenn es um vermeintlich deutsche Täter geht, ist diese Beschreibung jedoch leider Standard. Das Konzept des Feminizids stellt hier eine wichtige feministische Intervention dar, weil es weder verharmlost noch aussondert. Wir wollen ja nicht, dass über Morde im Namen einer vermeintlichen Ehre nicht mehr gesprochen wird. Vielmehr geht es darum, auch Beziehungstaten zu einem Gegenstand öffentlichen Interesses zu erheben. Wenn es uns gelingt, den Blick auf die patriarchalen Strukturen hinter solchen Taten zu lenken, können wir auch rechten Instrumentalisierungen entgegenwirken. Die Projektion auf die »Anderen« hat ja auch die Funktion, das »Eigene« reinzuwaschen. Das ist dann nicht mehr möglich.

In eurem Namen bezieht ihr euch auf die Bewegung Ni Una Menos aus Argentinien. Dort demonstrieren seit 2015 Hunderttausende Frauen gegen Feminizide und patriarchale Gewalt. Siehst du Chancen für eine solche feministische Mobilisierung in Deutschland?

Ni Una Menos stellt einen qualitativen Sprung dar in der Art und Weise, wie Feminizide thematisiert werden, und bindet inzwischen zahlreiche antipatriarchale Forderungen zusammen. Den aktuellen Massenprotesten sind aber jahrzehntelange Organisierungsbemühungen und viele Debatten vorangegangen. Davon kann in Deutschland nicht die Rede sein. Die Frauenbewegung hat hier sehr viel erreicht. Das hat aber auch dazu beigetragen, den Mythos, Geschlechtergerechtigkeit sei bereits Realität, zu stärken. Hinzu kommt, dass die institutionelle Einbindung und damit oft auch Einhegung von großen Teilen der Frauenbewegung unabhängige Organisierungen erschwert hat. Das änderte sich gerade erst wieder. Hier gab es viele Bewegungen rund um die Themen sexualisierte Gewalt und sexuelle Selbstbestimmung. Aber es gibt noch sehr wenig Bewusstsein davon, dass es auch hier zur extremen Form des Feminizids kommt. Im letzten Jahr sind allein 147 Frauen durch ihren aktuellen oder ehemaligen Partner getötet worden. Außerdem wurden 224 versuchte Tötungen in Partnerschaften gezählt, wobei die Dunkelziffer höher ist, da viele Tötungsversuche gar nicht als solche erkannt und erst recht nicht angezeigt werden. Das bedeutet, es gab fast jeden Tag einen Tötungsversuch – und das nur in Partnerschaften. Es fehlt aber leider stichhaltiges Datenmaterial. Insofern geht es uns als #KeineMehr auch darum, Wissen

ALEX WISCHNEWSKI ist Sozialwissenschaftlerin und seit Jahren in feministischen Zusammenhängen aktiv. Sie hat das Netzwerk Care Revolution mitgegründet und die Plattform #KeineMehr, die versucht, hierzulande eine Debatte über Feminizide anzustoßen. Sie ist Referentin für feministische Politik bei der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.



Marsch für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in Argentinien, September 2017, Emergentes Juni 2018 🅭 🄏

zusammenzutragen und zu verbreiten, um Bewusstsein zu schaffen und die vermeintliche Ruhe in Deutschland zu stören. Deshalb haben wir uns entschieden, zunächst eine Konferenz zum Thema auszurichten, statt direkt zu größeren Aktionen aufzurufen.

Was waren denn die Ergebnisse der Konferenz? Welche Ziele und Forderungen habt ihr als Plattform #KeineMehr?

Die Konferenz fand im November 2017 statt und hatte drei Stränge. Zunächst haben die autonomen Frauenhäuser die vorhandenen Zahlen zu Feminiziden präsentiert und insbesondere die empirischen Lücken aufgezeigt. Es ist deutlich geworden, dass es für Deutschland mehr Daten braucht und eine differenzierte Analyse, im besten Fall durch ein unabhängiges Forschungsinstitut. In einem zweiten Schritt hat die Organisation Gender Equality Media die Berichterstattung über Femizide dargestellt, die starken Einfluss auf das öffentliche Verständnis der Problematik hat. Noch immer werden die Tötungen von Frauen durch Begriffe wie »Familientragödie« oder »Eifersuchtsdrama« verharmlost. Daraus ergab sich die Idee für einen Leitfaden für eine sensible Berichterstattung und für eine eigene Bilderdatenbank. Angesichts des Umstandes, dass in vielen lateinamerikanischen Ländern Feminizide bereits ein eigener Straftatbestand sind, ging es im dritten Strang um die deutsche Rechtsprechung. Die Paragrafen zu Tötungsdelikten erfordern eine Gesamtwürdigung aller Umstände, dazu gehören auch die Motive. Es hängt also von der normativen Bewertung des Gerichts ab, ob eine Tat aus



Frust oder Verzweiflung geschah und somit als Mord oder Totschlag behandelt wird. Das Thema hängt deshalb direkt mit der Frage der allgemeinen Bewusstseinsbildung zusammen. Nur so kann auch das juristische Personal erreicht werden. Die Forderung nach Weiterbildung würde aufgrund der Unabhängigkeit der Justiz ins Leere laufen. Ein Blog fasst all die Ergebnisse der Konferenz zusammen und kann Interessierten und Multiplikator*innen als Datenbank und Anregung dienen.

Welche Ansätze für feministische Organisierung ergeben sich daraus? In Argentinien und Spanien gab es erfolgreiche feministische Streiks. Hältst du das auch hier für möglich?

Den Organisierungen gegen Gewalt gegen Frauen wird häufig – insbesondere durch andere Feministinnen – vorgeworfen, Frauen in eine passive Opferrolle zu drängen und sie erst recht handlungsunfähig zu machen. Nicht immer zu Unrecht. Mit dem Streik brechen wir eindeutig daraus aus. Er ist eine Möglichkeit, sich aktiv gegen die Bedingungen aufzulehnen, die Gewalt und Feminizide ermöglichen. Denn dazu gehören selbstverständlich auch die ökonomischen Verhältnisse. Deshalb hat auch #KeineMehr gemeinsam mit anderen dazu aufgerufen, am 8. März 2019 auch in Deutschland zu streiken. Allerdings ist hier nicht nur die feministische Bewegung eine andere, sondern auch die Streikkultur. Aber die Kraft, die von den Streiks in Argentinien und Spanien ausging, hat auch hier viele Frauen inspiriert und motiviert. Es gibt einen Süd-Nord-Transfer der Organisierungserfahrungen. Sicherlich wird das ein längerer Prozess werden, aber der ist nicht aufzuhalten.

Als Mirja aus dem Gefängnis entlassen wird, sieht sie sich, zurück in einem suburbanen Viertel von Stockholm, vor mehrere Herausforderungen gestellt. Sie muss einen Job finden, ihre Mutter ist todkrank und die Verantwortung für die kleine Schwester liegt nun plötzlich bei ihr. Dagegen stehen die Vorstellungen und Wünsche ihrer besten Freundinnen, die ihrer Herkunft entkommen wollen und von einem anderen Leben im fernen Montevideo träumen, das sie durch einen Raubüberfall finanzieren wollen. Mirja muss sich entscheiden: entweder Verantwortung für ihre Familie übernehmen oder ihrer Girl-Clique als verschworenem sozialen Zusammenhang gegenüber loyal sein.

»BEYOND DREAMS«

VON ROJDA SEKERSÖZ

Der Film zeigt den spannungsgeladenen Kampf der Protagonistin, die gegen stigmatisierende Vorurteile, Klassen-, Gender- und ethnische Schranken feministisch-kämpferisch aufbegehrt und versucht, sich auf ihre Weise den Widersprüchen zu stellen. Manche zarten Solidarisierungsbande, die sie etwa mit einer Arbeitskollegin in einem Hotel knüpft, scheitern schnell an institutionellen Zwängen und Hierarchien. Aber Mirja gibt nicht auf.

Die Geschichte von Mirja in »Beyond Dreams« steht für die prekäre Lebenssituation vieler junger Frauen mit Migrationshintergrund aus der Arbeiterklasse, denen es die Überschneidung von *class, race and gender* so schwer macht, ihrem sozialen Milieu zu entkommen und die eigene Lage zu verbessern. Der preisgekrönte Debütfilm der schwedischen Filmemacherin Rojda Sekersöz lief im Rahmen der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mitgeförderten Feminist Film Week in Berlin-Neukölln im März dieses Jahres. Er wird noch in Passau, München, Bamberg, Oberhausen, Frankfurt a.M., Kiel und Leipzig zu sehen sein.

VOM WERT DER FAMILIENBANDE

WENN NEOLIBERALE UND KONSERVATIVE SICH DAS JAWORT GEBEN

MELINDA COOPER

Gary Becker, ein Vertreter der neoliberalen Chicago School, beklagte Ende der 1970er-Jahren »Familie [sei] in der westlichen Welt durch die Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte grundlegend verändert – einige behaupten, fast zerstört – worden« (1993, 1, übers. v. A.F.). Dann führte er die gängige Liste von Übeln an: die Zunahme von Scheidungen und alleinerziehenden Müttern, den Rückgang der Geburtenrate und schließlich die wachsende Erwerbsbeteiligung von Ehefrauen, die den Kindern schade und sowohl Unfriede in der Familie als auch am Arbeitsplatz stifte. Seiner Ansicht nach waren diese Umbrüche Resultat einer Ausweitung des Wohlfahrtsstaates. Der Feminismus war für ihn eher eine Folge als eine treibende Kraft dieser Entwicklung. Wie viele seiner neoliberalen und neokonservativen Zeitgenossen identifizierte Becker insbesondere die Ausweitung des Sozialprogramms *Aid to Families with Dependent Children* (AFDC), von dem insbesondere alleinerziehende arme Frauen profitierten, als Hauptursache für den Zerfall der Familie (ebd, 375).

Fünfzehn Jahre später lobte Becker den damaligen US-Präsidenten Clinton für seine Absicht, der Sozialhilfe, »wie wir sie kennen« (Becker 1994), ein Ende zu bereiten. Mit Clintons gigantischer Sozialreform von 1996 wurden die Leistungen für alleinerziehende Frauen drastisch eingeschränkt und eine Verpflichtung zur Arbeit (*workfare*) sowie die Förderung der Ehe ins Zentrum der Sozialpolitik gestellt. Zugleich etablierte er ein Prinzip der Sozialhilfe, das auf die Tradition der Armengesetze zurückgeht und die Familie zur primären Instanz sozialer Absicherung macht.

In dieser Sozialreform verbanden sich sowohl konservative als auch neoliberale Elemente der Armutsbekämpfung. Den Neoliberalen waren die aktive Förderung der Ehe, die Kampagnen für väterliche Verantwortungsübernahme und religiös motivierte Hilfsangebote vermutlich keine besonderen Anliegen. Es ging ihnen vielmehr darum, familiäre Sorgeverpflichtungen als Alternative zu staatlicher Umverteilung zu stärken. Wenn Sozialhilfeempfänger*innen nicht bereit waren, sich in einer »ordentlichen« Familienstruktur selbst zu versorgen, so die Vorstellung, sollte der Staat solche Beziehungen aktiv fördern oder auch zwangsweise *schaffen* – so wie er das Recht habe, Erwerbslose zur Arbeit zu verpflichten. Dies bedeutet etwa, ledige Mütter dazu zu zwingen, Unterhalt von einem »abwesenden Vater« einzufordern, bevor sie Anspruch auf staatliche Unterstützung hätten.

Beckers These zur zerstörerischen Auswirkung von Sozialleistungen auf Familienstrukturen sind ein von Kritiker*innen oft übersehenes Schlüsselelement seiner Mikroökonomie. Tatsächlich waren alle führenden Köpfe des Neoliberalismus der Ansicht, »natürliche Familienbindungen und -verpflichtungen« könnten den Wohlfahrtsstaat weitgehend ersetzen. Der in ihnen wirkende »Altruismus« stelle eine ursprüngliche Vertragsform wechselseitiger Unterstützung dar, die es neu zu beleben gelte (Posner 1981, 190). Hier wurzelt die in der US-Sozialhilfe bis heute präsente Vorstellung, der Staat habe das Recht, ehelichen Beistand und Kindesunterhalt auch gegen den Willen der beteiligten Parteien einzufordern.

MELINDA COOPER ist Professorin an der University of Sydney. Sie forscht und schreibt zu Themen rund um Neoliberalismus und Finanzialisierung, Feminismus und neue Reproduktionstechnologien. Zuletzt erschien von ihr »Family Values: Between Neoliberalism and the New Social Conservatism« bei Zone Books.

Zunächst mag es als Widerspruch erscheinen, wenn die Apologeten der freien Marktwirtschaft verwandtschaftliche Bande als unauflösliche, außervertragliche Verpflichtungen ansehen. Ähnlich mag es auf den ersten Blick überraschen, dass sich neoliberale Theoretiker heftig gegen ein Urteil wandten, das in den 1970er-Jahren sexuelle Selbstbestimmung zum Grundrecht erhob und folglich das Familienrecht liberalisierte. Klarer wird es, wenn man sich vergegenwärtigt, welch zentrale Rolle familiäre Verantwortung in der neoliberalen Vision einer freien Marktwirtschaft spielt und wie eng der Wirtschaftsliberalismus historisch mit einer Tradition der Armengesetze verzahnt ist, in denen familiäre Versorgungspflichten zentral sind.

In meinem neuen Buch »Family Values« (2017) vertrete ich die These, dass der US-Neo-

liberalismus der 1970er-Jahre einen Versuch darstellt, die Tradition des Armenrechts als Alternative zum Sozialstaat wiederzubeleben. Dieses Projekt war nicht von Anfang an Teil der neoliberalen Vision, sondern bildete sich erst Mitte der 1970er heraus, als die Neoliberalen angesichts von Inflation, Arbeitslosigkeit und einer zunehmend militanten Neuen Linken zu der Überzeugung gelangten, sie müssten ihre Kritik an der Ausweitung der Sozialhilfe in Präsident Johnsons Great Society schlagkräftiger formulieren. In der Folge suchten sie in der Rechtstradition der Armenfürsorge nach Anregungen für ihre Politiken – in einer Tradition, deren Hochzeit Ende des 19. Jahrhunderts im sogenannten Goldenen Zeitalter des US-Kapitalismus lag.

FAMILIÄRE SORGEPFLICHTEN UND DIE AMERIKANISCHEN ARMENGESETZE

Das Prinzip der Familienverantwortung ist in der angloamerikanischen Tradition der öffentlichen Fürsorge tief verwurzelt und lässt sich bis zu den elisabethanischen Armengesetzen von 1601 zurückverfolgen. Die Poor Laws sahen vor, dass »jeder Vater und jeder Großvater, jede Mutter und jede Großmutter sowie alle Kinder einer armen, alten, blinden, lahmen und anderweitig bedürftigen Person oder einer Person, die nicht arbeiten kann, aber dazu über hinreichende Voraussetzungen verfügt, auf eigene Kosten diese Person unterstützen und unterhalten müssen« (43 Eliz 1, c 2).

Es wurde unterschieden zwischen den Bedürftigen, also Erwerbsunfähigen, die in speziellen Einrichtungen versorgt werden sollten, den erwerbsfähigen Armen, die man zu Frondiensten in Armenhäusern verpflichtete, und schließlich den Müßiggängern und Landstreichern, die in Gefängnisse oder Besserungsanstalten eingesperrt werden konnten. Doch bevor irgendwelche Institutionen zuständig waren, galt für alle das Prinzip der familiären Verantwortung.

Die neuen amerikanischen Kolonien importierten diese Armengesetze quasi eins zu eins und überführten sie später in das Rechtssystem der Bundesstaaten. Über die Zeit wurden diese Gesetze ausgeweitet, um sie jeweils an neue Phasen auch der sexuellen Revolution anzupassen. Das heißt, wann immer die gesetzlichen Fürsorgepflichten der Familie zu erodieren drohten, wurden die Armengesetze neu gestärkt, um all jene zu bestrafen, die womöglich versuchen könnten, ihre Unterhaltskosten auf den Staat abzuwälzen. Als beispielsweise die Scheidungsrate im 19. Jahrhundert zunahm, wurden Gesetze zum Kindesunterhalt nach der Scheidung verabschiedet. Als die Sklaven in den 1860er-Jahren Bürgerrechte erhielten, wurden sie angehalten, formelle Ehen einzugehen. Wer sich familiären Fürsorgepflichten entzog, musste mit Sanktionen wie Zwangsarbeit und Gefängnis rechnen. Indem die Armengesetze familiäre Fürsorge zur ökonomischen Verpflichtung machte, konnte der Staat die Kosten einer sich wandelnden Sexualmoral eindämmen. Wenn Arme die entsprechenden Beziehungen nicht freiwillig eingehen wollten, zauberte der Staat diese Gemeinschaften einfach aus dem Hut und erklärte den Beistand zur Pflicht: Wollte beispielsweise ein Knecht den Unterhalt für sein mutmaßliches uneheliches Kind nicht zahlen, konnte er zwecks Schuldentilgung zur Gemeindearbeit zwangsverpflichtet werden.

Lebten befreite Sklaven ehelos zusammen, drängte der Staat sie unter Androhung von Zwangsarbeit zur Heirat.

Erst Mitte des 20. Jahrhunderts gerieten diese Gesetze in Konflikt mit der staatlichen Sozialversicherung des New Deal, doch viele wurden nie ganz abgeschafft. In dem Moment, als die Regierung begann, die volle soziale Verantwortung für männliche Normalarbeiter und deren Angehörige zu übernehmen, galten Sozialhilfeempfänger*innen erst recht als unwürdige Arme und wurden auf die alte Tradition privater (wiewohl staatlich durchgesetzter) Familienverpflichtungen verwiesen. Eine erwachsene Person konnte gerichtlich gezwungen werden, die Pflegekosten eines Elternteils zu übernehmen; Tanten und Onkel mussten für den Unterhalt eines blinden Verwandten zahlen und Eltern die Pflege ihres geistig behinderten Kindes finanzieren. Insbesondere das AFDC-Programm für alleinerziehende Mütter blieb bis in die 1960er-Jahre tief in der Tradition des Armenrechts verwurzelt. Verarmte Frauen sollten für den Unterhalt ihrer Kinder nicht den Staat, sondern einzelne Männer in die Pflicht nehmen. Mehr denn je wurde ihnen deutlich gemacht, dass ihre ökonomische Absicherung von der rechtlichen Verbindung zu einem Mann abhing.

Dies wandelte sich um 1965: Anwält*innen, die mit der entstehenden Bewegung für *welfare rights* zusammenarbeiteten, führten eine Reihe von Musterklagen vor Bundesgerichten gegen solche diskriminierenden Auflagen für unverheiratete Mütter im Sozialhilfebezug. Es ging darum, die Liberalisierung, die das Familienrecht in dieser Zeit erfuhr, auch auf das Sozialrecht auszuweiten. Im Familienrecht wurden Gesetze verabschiedet, die Scheidungen erleichterten, nichteheliche Beziehungen anerkannten und Benachteiligungen außerehelicher Kinder aufhoben. Parallel zu diesen Liberalisierungen entstand ein neues, von der Verfassung geschütztes Recht auf »sexuelle Selbstbestimmung«. In wegweisenden Urteilen entwickelte der Oberste Gerichtshof daraufhin ein neues Recht auf Privatsphäre (right to privacy), das den Eingriff des Staates in intime und sexuelle Beziehungen begrenzen sollte. Dies galt jedoch wiederum nicht für Sozialhilfeempfängerinnen, die oft Nachforschungen über ihre sexuelle Vergangenheit, unangekündigte Hausbesuche und strenge Sittenkontrollen erdulden mussten. Während also das Familienrecht in ein neues Zeitalter relativer sexueller Freiheit eintrat, war das Sozialrecht, das »Familienrecht der Armen« (Ten Broek 1964), weiterhin vom moralischen Konservatismus durchzogen.

Auch dies stellten progressive Anwält*innen infrage: Wenn es ein Recht auf sexuelle Privatsphäre gibt, warum gilt es nicht für Frauen mit Sozialhilfe? Wenn Mittelschichtsfrauen ihre Ehe verlassen und einer eigenen Arbeit nachgehen können, warum sollten arme Frauen in ökonomischer Abhängigkeit von einem Ernährer leben müssen? Die Zeit war reif für solche Reformen.

Schließlich wurden die Befugnisse der Sozialämter auf Bundesebene vereinheitlicht und ihre Vorgaben an das erneuerte Familienrecht angepasst. Dies befreite viele Frauen aus den Fesseln familiärer Abhängigkeit. Die Botschaft der entsprechenden Urteile war, dass der Unterhalt armer Frauen ebenso in die öffentliche Verantwortung falle wie der von

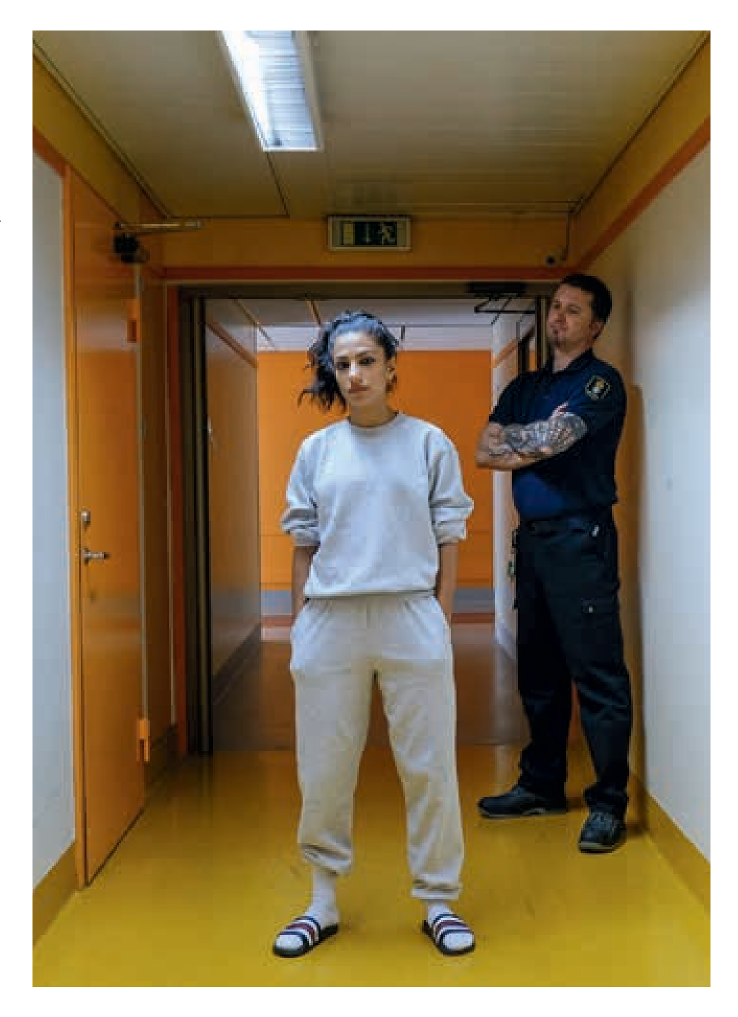


männlichen Normalarbeitern, und zwar losgelöst von ihrer sexuellen Vergangenheit oder Hautfarbe. Armen Frauen wurde unabhängig von irgendwelchen »Pseudo-Ehemännern« ein existenzsicherndes Einkommen zugestanden, und diese Sozialleistungen, wie niedrig sie auch immer sein mochten, fungierten faktisch als »sozialer Lohn« für ledige, zumeist afroamerikanische Frauen – ein Umstand, der jedoch großen Widerstand hervorrief. Wie Stephanie Coontz betont, bildete weniger die *Abhängigkeit* der Frauen vom Staat den Stein des Anstoßes, sondern ihre zunehmende *Unabhängigkeit* von einzelnen Männern. Ihre Befreiung aus familiärer Abhängigkeit war es, die eine ganze Generation von Sozialtechnologen gegen den Sozialstaat als ganzen aufbrachte (Coontz 2000, 59).

Es lohnt, diesen Punkt etwas genauer zu betrachten, denn er stellt den angeblichen Gegensatz zwischen »Umverteilung« und »Anerkennung« infrage, von dem Theoretiker*innen wie Nancy Fraser ausgehen (1995). Die Bewegung für *welfare rights* wollte gleichermaßen die sozialstaatliche Umverteilung ausdehnen *und* die gesamte Palette an Regulierungen zu Geschlechterrollen und Sexualität im fordistischen Sozialstaat aufheben. Die Forderung nach Sozialleistungen für alle – auch für arme alleinstehende Frauen –, griff die normativen

Grundlagen des Familienlohns an und forderte zugleich einen sozialen Lohn und materielle Teilhabe. Dies zeigt den Widersinn, Kämpfe für Umverteilung von Kämpfen um Anerkennung zu trennen oder Bewegungen für sexuelle Befreiung auf vermeintlich »identitätspolitische« Anliegen zu reduzieren.

Dass die Bewegung für *welfare rights* das fordistische System des Familienlohns infrage stellte, irritierte Menschen jeglicher politischer Couleur. Als das Wirtschaftswachstum der 1960er-Jahre in die galoppierende Inflation der 1970er-Jahre überging, stand plötzlich das AFDC-Programm im Zentrum einer hitzigen Debatte um die Möglichkeiten und Grenzen sozialer Umverteilung. Die immer weitreichenderen Forderungen und juristischen Erfolge der *Welfare-rights*-Bewegung wurde selbst von ehemaligen Befürwortern des New Deal-Sozialstaats mit Argwohn betrachtet: Die Regierung konnte nun faktisch dazu verpflichtet werden, Frauen finanziell zu unterstützen, die »ohne Not« entschieden hatten, ein Leben ohne männlichen Ernährer zu führen und so die öffentlichen Kassen zu belasten. Vor diesem Hintergrund wurde das Phänomen der Stagflation (gleichzeitige hohe Inflation und Arbeitslosigkeit) nicht mehr nur als makroökonomisches Problem diskutiert, sondern auch als Ausdruck des Zusammenbruchs der moralischen Ordnung, als untragbare Inflation materieller und libidinöser Forderungen über die Grenzen des keynesianischen Konsens hinaus. Denn die Norm der männlichen Ernährerfamilie ließ sich nicht infrage stellen, ohne auch das Credo eines begrenzten Haushalts und limitierter öffentlicher Ausgaben über den Haufen zu werfen.



In diesem Kontext entwarfen Markt- und Neoliberale wie Friedman eine ganz neue politische Philosophie familiärer Werte, die sie gegen eine staatliche Umverteilung in Stellung brachten. Sie machten die »abstrusen Anreize« des Sozialstaats für die Zerrüttung familiärer Werte und die Inflation materieller Forderungen verantwortlich und forderten eine strategische Neuauflage der in den alten Armengesetzen verankerten Tradition der familiären Verantwortung. Ihr Ziel war eine konzertierte Aktion von Sozialhilfereform, rigider Geldpolitik zur Senkung der Lohnsteigerungen und einer dauerhaften Beschränkung von öffentlichen Ausgaben und Steuern.

DAS NEOLIBERALE PROJEKT: FAMILIE ALS HAFTUNGSGEMEINSCHAFT

Diese neoliberale Sozialstaatskritik hat die US-amerikanische Sozialpolitik stark geprägt. Als Gouverneur von Kalifornien war Ronald Reagan in den 1960er- und 1970er-Jahren einer der Ersten, der das Prinzip der Familienverantwortung wiederbelebte. Als Präsident versuchte er erfolglos, die Sozialhilfe auch auf Bundesebene zu reformieren. Verwirklicht werden konnte dieses Vorhaben erst unter Clinton, dessen Sozialreform die Sozialbehörden in Apparate der Gängelung und restriktiven Durchsetzung von Unterhaltspflichten verwandelte.

Doch das neoliberale Projekt zielte nicht nur auf die sozialpolitische Ebene. Bereits in den 1970er-Jahren unterstützten neoliberale Theoretiker eine aggressive Kampagne zur Abschaffung der Erbschaftssteuer sowie Kampagnen gegen kommunale und Landessteuern. Hinzu kamen zermürbende Angriffe auf die Sozialversicherung und eine beitragsfinanzierte Krankenversicherung zugunsten privater Vermögensbildungsstrategien sowie schließlich die Förderung von Wohneigentum als eine Form »vermögensbasierter Sozialhilfe«. Die Familienfrage war für jede einzelne dieser Kampagnen zentral. In der Idee einer individuellen Vorsorge hatten neoliberale Strategen eine Möglichkeit gefunden, die »unpersönlichen Bande« der Sozialversicherung durch Vermögensbildung und Vermögenstransfer innerhalb der Familie zu ersetzen.

Mittlerweile ist klar, dass durch die Kürzungen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich immer mehr Menschen auf genau diese familiäre Unterstützung angewiesen sind. An die Stelle einer staatalichen Haushaltspolitik durch Neuverschuldung (*deficit spending*) trat die private Verschuldung der Haushalte. Familiäre Verantwortung bedeutet heute oft generationenübergreifende Verschuldung: Eltern sind direkt eingebunden in die Schuldverpflichtungen der Kinder (sei es als persönliche Bürgen oder durch den Einsatz ihres Wohneigentums als Sicherheit) und versuchen den Aufstieg oder auch nur Statuserhalt der jüngeren Generationen abzusichern. Auch hier haben neoliberale Programme eine wichtige Rolle gespielt. Milton Friedman und Gary Becker waren unter den Ersten, die Investitionen in das »Humankapital« (wie z. B. Bildungsausgaben) als eine Aufgabe der Familien ansahen, die über private Kreditmärkte finanziert werden sollte. Ihre Konzepte hatten starken Einfluss auf die Reform der US-Hochschulfinanzierung: Die öffentliche Finanzierung wurde Stück für Stück abgebaut und durch private Kreditmärkte ersetzt. Infolgedessen wurde die Zukunft und das Fortkommen der Einzelnen immer stärker von Erbschaften und familiären Verschuldungsnetzwerken abhängig. Drei Jahrzehnte neoliberaler Wirtschaftsreformen haben die Familie wieder zur wichtigsten Versorgungsinstanz gemacht, ganz in der 400 Jahre alten Tradition des Armenrechts.

DER WERT DER FAMILIE

Dieser Blick auf die US-amerikanische Sozialgeschichte zeigt, wie sehr die Familienfrage für das neoliberale Projekt von Beginn an zentral war – ein Aspekt, der in der kritischen Literatur dazu durchgängig übersehen wird. Entweder wird die Rolle der Familie gar

nicht diskutiert oder sie wird – insbesondere von linker Seite – darauf reduziert, dass der Neoliberalismus das solide Fundament des fordistischen Familienlohns zugunsten individueller Marktfreiheit zersetzt und so ökonomische Sicherheit zerstört habe. Ganz explizit formuliert dies Wolfgang Streeck, wenn er beklagt, »die fordistische Familie wurde durch die flexible Familie in derselben Weise ersetzt wie die fordistische Beschäftigung durch flexible Beschäftigung« (2011, 72). Aber auch Boltanski und Chiapello folgen diesem Argument implizit, wenn sie zwischen einer »guten« Kapitalismuskritik, die die wirtschaftliche Sicherheit des fordistischen Modells zu verteidigen suche, und einer »schlechten« Kritik, die auf die Auflösung der sexuellen und geschlechterpolitischen Normen im System des fordistischen Familienlohns ziele, unterscheiden (vgl. Boltanksi/Chiapello 2003). Die Zuspitzung dieser These finden wir in Nancy Frasers rhetorischer Frage: »War es reiner Zufall, dass sich die Frauenbewegung und der Neoliberalismus zeitgleich entfalteten?« Ihre Antwort lautet Nein: »Unsere Kritik des Familienlohns liefert bis heute die Argumente, die den flexiblen Kapitalismus mit einem tieferen Sinn und moralischen Argumenten ausstatten.« (Fraser 2013, 218, übers. v. A.F.) Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass die linke Kritik an der *sexuellen Normativität* verantwortlich sei für die Zerstörung der ökonomischen Grundlagen der fordistischen Sicherheit und damit dem Neoliberalismus den Boden bereitet habe. Dies scheint Foucault zu bestätigen, der betont, dass die Neoliberalen jenseits der Normativität stünden und – ganz im Gegensatz zum Paternalismus des Sozialstaates – kein Interesse hätten an der Kategorisierung des Abnormalen oder Abweichenden (Foucault 1979, 235).

Natürlich gibt es einen Zusammenhang zwischen der Dekonstruktion des fordistischen Gesellschaftsvertrags, dem Aufstieg des Zweite-Welle-Feminismus und der Revolution des Familienrechts. Der Feminismus wäre nicht viel wert, hätte er den Familienlohn *nicht* zerstört – ein System, das die ökonomische Abhängigkeit von Frauen zementierte. Doch auch darüber hinaus scheint die Argumentation problematisch: Sie verkennt den Zusammenhang von Ursache und Wirkung zwischen dem Neoliberalismus und den sozialen Bewegungen der spätfordistischen Ära und muss folglich den Neoliberalismus selbst missverstehen. Der Neoliberalismus war kein *backlash* gegen den Sozialstaat an sich, und er war nicht in erster Linie ein Angriff auf dessen Grundinstitution, den fordistischen Familienlohn. Der Neoliberalismus in seiner Hochphase ist vielmehr eine Reaktion auf die *Kritik des Familienlohns* vonseiten der feministischen und antirassistischen Linken. Es ging darum, die Familie dadurch wieder zu stärken, dass man sich am Prinzip der familiären Versorgungspflicht orientierte, das vor dem New Deal gängig war.

Nur wenn wir das verstehen, können wir auch die spezifische Haltung der Neoliberalen zur sexuellen Selbstbestimmung begreifen. Fast überall wird angenommen, dass neoliberale Jurist*innen der progressiven Rechtsprechung in den 1960er- und 1970er-Jahren positiv gegenüberstanden oder diese sogar mit durchgesetzt hätten. In einer bestimmten linken Lesart wird der Neoliberalismus gar

als Anstoß für die individualistische Ethik der sexuellen Entscheidungsfreiheit (*sexual choice*) betrachtet (vgl. Alstott 2014).

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Der neoliberale Theoretiker Richard Posner, der die Ausweitung privatrechtlicher Handelsbeziehungen in jedem Bereich befürwortet (sei es der Handel mit Drogen, Sex oder mit Babys), stand einem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung mehr als kritisch gegenüber – und zwar aus dem einfachen Grund, dass es den Staat dazu verpflichten könnte, diese Freiheit aktiv zu ermöglichen oder gar materiell abzusichern (Posner 1992). Und genau dazu kam es, als die Rechtsprechung zur sexuellen Privatsphäre in den 1970ern auf Sozialhilfeempfänger*innen ausgedehnt wurde und Sozialämter nicht länger das Sexualleben der Armen überwachen konnten.

Neoliberale vertraten stattdessen die Vorstellung, dass sich die Vertragsfreiheit (im Gegensatz zu den in der Verfassung garantierten Freiheitsrechten) auf alle Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens erstrecken sollte – solange die Vertragsparteien die damit verbundenen Kosten vollständig selbst tragen. Ist diese Voraussetzung nicht gegeben, sind Neoliberale ebenso wie Sozialkonservative bereit, die Vertragsfreiheit einzuschränken und außervertragliche eheliche oder elterliche Pflichten ins Feld zu führen und diese gar staatlich durchzusetzen. So lehnten Posner und Becker die Einführung der einvernehmlichen Scheidung entschieden ab, und zwar nicht aufgrund einer moralischen Sorge, sondern wegen der potenziellen Kosten für den Unterhalt von Frauen und Kindern (Becker 1993, Posner 1992). Aus dem gleichen Grund gehörten neoliberale Jurist*innen auch zu den Ersten, die eine Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe forderten – als einen Weg, um die gesellschaftlichen Kosten von HIV-Infektionen zu privatisieren: Wenn Schwule davon überzeugt werden könnten, sich im Rahmen ihrer Familien abzusichern und finanziell vorzusorgen, könne der »nichtnormative« Charakter ihrer Beziehungen dem Staat völlig gleichgültig sein. Richard Posner verweist auf die »Versicherungsfunktion der Ehe«, die als Risikoabsicherung für alle jene Bereiche fungiere, »wo Verwandtschaft auf dem Rückzug ist, aber Markt und Sozialversicherung noch nicht üblich sind«, oder, so möchte man hinzufügen, wo Letztere radikal abgebaut wurde (Posner 1992, übers. v. A.F.). Nichtnormative Lebensentwürfe sind also akzeptabel, solange sie auf einer alternativen Moralphilosophie der familiären Verpflichtung und des gegenseitigen ehelichen Beistands gründen. Sie müssen folglich in die Rechtsform der Ehe kanalisiert werden. Formuliert wurden diese Argumente auf dem Höhepunkt der AIDS-Krise in den 1980er-Jahren, im Kontext steigender öffentlicher Gesundheitsausgaben. Dass die Ehe es gleichgeschlechtlichen Paaren erleichtern würde, sich umeinander zu kümmern, und so der Staat von einer Fürsorgelast befreit würde, war eines der erfolgreichsten Argumente für eine Gesetzesänderung und ist in der US-Rechtsprechung zur Homo-Ehe weit verbreitet.

Das ist ein Aspekt des Neoliberalismus, der jenseits von Foucaults bekannter Analyse der Nichtnormativität des neoliberalen Denkens liegt. Neoliberale mögen die Entkriminalisierung von Drogen, Analverkehr,

Badehäuser und Sexarbeit befürworten und die polizeiliche Regulierung solcher Praktiken entschieden ablehnen. Am Ende führt die neoliberale Kritik an der Normativität jedoch in eine alternative Moralphilosophie. So bemüht sich Richard Posner um Klarstellung, dass »Libertarismus« nicht mit »Libertinage« oder »freier Liebe« zu verwechseln sei. Seine Sexualethik kombiniert eine radikale Antinormativität mit einer ebenso starken familiären Sorgeverpflichtung (Posner 1992). In gewisser Weise spiegelt sich diese seltsame Doppelbewegung im heutigen Queer-Aktivismus, der immer an die Grenzen des Normativen drängt und die nichtnormativen Lebensstile zugleich hartnäckig in gesetzlich anerkannte Formen der Partnerschaft und Reproduktion einschreibt. Fast alle sexuellen Ausdrucksweisen können offenbar toleriert werden, solange sie sich in der Form der Familie organisieren.

Nur wenn man erkennt, wie sehr sich der amerikanische Neoliberalismus bemüht, das Prinzip der familiären Verantwortung zu stärken, wird das vier Jahrzehnte andauernde Bündnis zwischen Neoliberalen und Sozialkonservativen verständlich, das sonst rätselhaft bleiben muss. Neoliberale und Neokonservative sind gleichermaßen daran interessiert, familiäre Verpflichtungen auszuweiten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen: Erstere, weil sie die staatliche Subventionierung »unverantwortlicher« Lebensstile ablehnen (Sex außerhalb der Ehe, uneheliche Kinder und sexuell übertragbare Krankheiten – allesamt Risikofaktoren, die den Staat viel Geld kosten können); und Letztere, weil sie die Familienbande als grundlegend für die gesellschaftliche Ordnung ansehen. Dieses gemeinsame Interesse ermöglicht es ihnen, trotz ihrer Differenzen in fast allen anderen Fragen zusammenzuarbeiten. Die Frage der Familie ist zentral, um die gesellschaftlichen Umbrüche der letzten fünfzig Jahre zu verstehen.

Der Text ist das leicht gekürzte Manuskript eines Vortrags von Melinda Cooper auf der Marx-Herbstschule der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2017 in Berlin.
Aus dem Englischen von Andreas Förster

LITERATUR

43 Eliz 1, c 2 – The Poor Relief Act 1601, § VI (wie verabschiedet)
Alstott, Anne, 2014: Neoliberalism in U.S. Family Law: Negative Liberty and Laissez-Faire Markets in the Minimal State, in: Law and Contemporary Problems, 77–4, 25–42
Becker, Gary, 1993: A Treatise on the Family, Cambridge, MA/London [1981]
Ders., 1994: Unleash the Bill Collectors on Deadbeat Dads, in: www.bloomberg.com/news/articles/1994-07-17/unleash-the-bill-collectors-on-deadbeat-dads
Boltanski, Luc/Chiapello, Eve, 2003: Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz
Coontz, Stephanie, 2000: The Way We Never Were: American Families and the Nostalgia Trap, New York
Cooper, Melinda, 2017: Family Values: Between Neoliberalism and the New Social Conservatism, New York
Foucault, Michel, 1979, Vorlesung (Sitzung vom 21. März 1979), in: ders., Kritik des Regierens. Schriften zur Politik, Berlin, 204–236
Fraser, Nancy, 1995: From Redistribution to Recognition? Dilemmas of Justice in a ›Post-Socialist‹ Age, in: New Left Review 212, 68–93
Dies., 2013: Fortunes of Feminism: From State-Managed Capitalism to Neoliberal Crisis, New York
Posner, Richard, 1981: The Economics of Justice, Cambridge, MA
Ders., 1992: Sex and Reason, Cambridge, MA
Streeck, Wolfgang, 2011: Flexible Employment, Flexible Families, and the Socialization of Reproduction, in: Coulmas, Florian/Lützeler, Ralph (Hg.): Imploding Populations in Japan and Germany: A Comparison, Leiden
Ten Broek, Jacobus, 1964: California’s Dual System of Family Law: Its Origin, Development, and Present Status: Part I, in: Stanford Law Review 16-2, 257–284

HEILIGE SCHEISSE

DIE FAMILIEN- UND GESCHLECHTERPOLITIK DER AfD

GERD WIEGEL

Rassismus, Flüchtlingsabwehr und Autoritarismus stehen nicht nur im Zentrum der linken Auseinandersetzung mit der AfD, sondern bestimmen auch die Selbstdarstellung von Partei und Bundestagsfraktion. Fast alle politischen Fragen werden von der AfD mit dem Thema Zuwanderung verknüpft. Was den völkischen vom nationalliberalen Flügel der AfD trennt, ist vor allem die unterschiedliche Positionierung zur sozialen Frage, die von dem ersteren im Sinne einer Ethnisierung sozialer Differenz und von dem anderen mit einer nationalistischen Variante marktradikaler Politik beantwortet wird. Überwölbt wird dieser Gegensatz jedoch von einem Konsens auf einem anderen Gebiet, das ideologisch zentrale Bedeutung für die Partei hat: die Familien- und Geschlechterpolitik, verbunden mit einem knallharten Antifeminismus.

»GENDER«

In Debatten um die Frage, warum die AfD als modernisierte radikale Rechte in Deutschland

einen so rasanten Aufschwung erfuhr, werden häufig zwei Felder benannt, auf denen die AfD in der Bevölkerung vorhandene Probleme und Befürchtungen aufzunehmen und umzuarbeiten versteht: Dies betrifft zum einen sozialökonomische Themen, Abstiegsängste und Prekarisierungserfahrungen (vgl. Sauer in diesem Heft). Zum anderen geht es um Fragen der Lebensweise und damit zusammenhängende gesellschaftliche Normen. Die AfD macht hier ein attraktives Angebot für jene Teile der Gesellschaft, die die neue Vielfalt von Lebens- und Liebesweisen als irritierend empfinden und sich von veränderten Familienmodellen und Geschlechterrollen infrage gestellt fühlen. Dies insbesondere deshalb, weil Alltagserfahrungen von Überforderungen (Doppelbelastung für Frauen, Entgrenzung von Arbeit) und Entwertung (Bedeutungsverlust des Alleinernährermodells, Krise der industriellen Arbeit) oftmals nicht als Konsequenzen eines neoliberalisierten Kapitalismus wahrgenommen werden, sondern als Ausdruck eines libertären Angriffs auf traditionelle Wertvorstellungen.

Familien- und Geschlechterpolitiken sind für die AfD deshalb zentral und werden von ihr aktiv besetzt. Außerdem sind die Positionen hierzu – anders als bei der Sozial- und Wirtschaftspolitik – in der AfD weitgehend unumstritten und bilden folglich eine einigende Klammer zwischen den sonst widerstreitenden Flügeln. Auch organisationspolitisch ist dies für die AfD zentral, bieten sich hier doch Bezugspunkte für ganz unterschiedliche Fraktionen der Partei. Während die konservativ geprägte bürgerliche Rechte in der AfD, die teilweise christlich-fundamental orientiert ist, vor allem auf tradierte Rollenmuster und die Familie als Keimzelle des Staates setzt, spielen für den völkischen Teil bevölkerungspolitische Aspekte, der Zugriff auf die Reproduktion des Lebens und auch Formen des Maskulinismus eine wichtige Rolle. Bei keinem anderen Thema, mit Ausnahme von Migration und Islam, sind die inhaltlichen Positionierungen der AfD und der Ton, in dem sie vorgetragen werden, so scharf wie bei der Familien- und Geschlechterpolitik. »Gender« ist neben dem »Islam« die zentrale Feindmarkierung im Grundsatzprogramm der Partei.

GERD WIEGEL ist Politikwissenschaftler und Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Er arbeitet seit Jahren zur extremen und populistischen Rechten in Deutschland und Europa und veröffentlicht hierzu regelmäßig in linken Zeitschriften.

Formuliert wird diese Politik aus einer dominant männlichen Perspektive. Lediglich 16 Prozent aller Mitglieder der AfD sind Frauen (zum Vergleich: CDU = 25 Prozent, Linke = 37 Prozent), bei der Bundestagswahl wählten 10 Prozent der Frauen AfD, während ihr Anteil unter Männern bei 15 Prozent lag. Von den 92 Bundestagsabgeordneten der AfD sind 82 Männer. Allerdings zeigen Umfragen seit vielen Jahren, dass die von der AfD vertretenen Ansichten vor allem im Bereich Flucht und Migration von Frauen genauso geteilt werden. Mithin hat die AfD das Potenzial, den Anteil ihrer weiblichen Wähler noch deutlich zu erhöhen. So kündigte die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel an, die Fraktion zukünftig weiblicher machen und mit neuen Themen

mehr Frauen für die AfD gewinnen zu wollen. Entwicklungsbedarf sieht Weidel zum Beispiel beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf.[1]

PROGRAMM UND PARLAMENTARISCHE UMSETZUNG

Im Parteiprogramm der AfD findet sich ein Bekenntnis zur »traditionellen Familie als Leitbild« und zur »Stärkung der Elternrolle und gegen die vom Gender Mainstreaming propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen« (AfD, 2017b) sowie eine Positionierung für »mehr Kinder statt Masseneinwanderung« (ebd.) als Ausdruck aktiver und völkisch grundierter Bevölkerungspolitik. Im Bundestagswahlprogramm heißt es: »Deutschland braucht einen Paradigmenwechsel hin zu einer nationalen Bevölkerungspolitik.« (AfD, 2017a) Mit dieser Politik stemme sich die AfD gegen eine »Selbstabschaffung« Deutschlands. Das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) soll entsprechend in »Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung« umbenannt werden. Um den bevölkerungspolitischen Anspruch vor allem des völkischen Flügels der AfD zu unterstreichen, wird auch ein Zugriff auf die Reproduktionsfähigkeit der Frauen gefordert: »Eine Abtreibung muss gemeldet werden. Bei Nichtbefolgung soll eine spürbare Strafe ausgesprochen werden. Die Abtreibungsstatistik soll dadurch die wirkliche Zahl der Abtreibungen wiedergeben.« Sanktioniert werden sollen vor allem Frauen, die sich dem von der AfD vorgegebenen Familienmodell nicht anpassen wollen. Darauf zielt auch die Kritik an der staatlichen Unterstützung von Alleinerziehenden (mehrheitlich Frauen), die man zwar – anders als noch im ersten Entwurf des Grundsatzprogramms – nicht gänzlich streichen, aber doch perspektivisch einschränken will. Denn anders als »nahezu alle anderen Parteien« stehe die AfD nicht für eine »bedingungslose Förderung Alleinerziehender«, sondern plädiert für eine »Differenzierung, ob diese Lebenssituation schicksalhaft, durch Selbstverschulden oder aufgrund eigener Entscheidungen zustande gekommen ist«. Folgerichtig heißt es dann: »Schwerwiegendes Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität muss bei den Scheidungsfolgen wieder berücksichtigt werden.« Schließlich wird die »Gender-Ideologie« von der AfD schlicht als »verfassungsfeindlich« gebrandmarkt.[2]

Seit Oktober 2017 hat die AfD im Bundestag Gelegenheit, diese programmatischen Vorstellungen auch umzusetzen. Drei Ansätze sind dabei bisher dominierend: Erstens versucht die Fraktion, ihren antimuslimischen Rassismus als aktive Politik für den Schutz und die Rechte von Frauen zu verkleiden. Zweitens wird jede Form der systematischen Benachteiligung von Frauen von der AfD bezweifelt und alle Maßnahmen dagegen als Ausdruck der »Gender-Ideologie« diffamiert. Drittens arbeitet die AfD-Fraktion mit Anfragen, die ihre familienpolitischen Vorstellungen bestätigen sollen.

In Berlin organisierte sie zwei »Frauenmärsche«, auf denen Gewalt gegen Frauen und die Missachtung von Frauenrechten durch Muslime in Deutschland thematisiert wurden. Die Proteste gegen die erste dieser Demonstrationen nahm die Bundestagsfraktion der

AfD zum Anlass für eine Aktuelle Stunde unter dem Titel »Freiheit und Gleichheit von Frauen stärken – Grundgesetz statt Parallelgesellschaft.« Die Abgeordnete Nicole Höchst nutzte zudem den mutmaßlichen Mord eines minderjährigen afghanischen Flüchtlings an seiner 15-jährigen Freundin in Kandel, um abermals den antimuslimischen Rassismus der AfD so zu präsentieren, als diene er dem Schutz der Rechte von Frauen. Die »Islamisierung Europas« sei verantwortlich dafür, dass Frauen schleichend und politisch unwidersprochen ihrer Grundrechte beraubt würden, wofür unter anderem das »Meinungskartell der Erziehungspresse« Verantwortung trage (Deutscher Bundestag 2018a, 585ff). Der Abgeordnete Gottfried Curio argumentierte bei anderer Gelegenheit ähnlich: »Wenn jetzt wegen verfehlter Zuwanderungspolitik unsere Frauen bald einer Mehrheit von jungen Männern aus archaischen, frauenfeindlichen Gesellschaften gegenüberstehen: Sollen Frauen dann erst auf kurze Röcke verzichten, dann besser ihre Haare mit einem Kopftuch verhüllen, um am Ende in einer Burka eingesperrt herumlaufen zu müssen? Sollen angstfreie Räume Mangelware werden und abendliches Joggen eine Mutprobe? Dahin darf es nicht kommen.« (Deutscher Bundestag 2018b, 1112)

In der Debatte zum Internationalen Frauentag wandte sich Nicole Höchst vehement gegen einen angeblichen »Gleichstellungstotalitarismus«, der mittels Quote und anderen Förderungen das »Ansehen Millionen freier, selbstbestimmter Frauen« zerstöre. Jede Form struktureller Benachteiligung von Frauen wurde von Höchst bestritten – »Die strukturelle Benachteiligung von Frauen gleicht einem Yeti: Jeder spricht darüber, aber noch niemand hat ihn ernsthaft gesehen.« (Deutscher Bundestag 2018c, 1387) –, um danach die strukturelle Benachteiligung von Frauen im Islam als die eigentliche Gefährdung der Frauen in Deutschland darzustellen: »Sie liefern uns aus der Geschlechtertrennung und der systematischen, strukturell in dieser sogenannten Religion angelegten Benachteiligung von Frauen. Sie hinterlassen unseren Töchtern und Enkelinnen einen islamisierten Bundesstaat Deutschland in einem zentral regierten islamischen Europa.« (Ebd.)

Marc Jongen, einer der ideologischen Vordenker der AfD-Bundestagsfraktion, klagte, mit dem »Gender-Mainstreaming« werde der »Geschlechterkampf in unseren Bildungseinrichtungen und Behörden staatlich verordnet auf Dauer gestellt. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern wurde damit einer permanenten unterschwelligen Vergiftung ausgesetzt.« Dahinter sieht er eine »Gesinnungsdiktatur von allmählich Orwellschen Ausmaßen« (Deutscher Bundestag 2018d, 985).

Die AfD nutzt vor allem das Instrument der Kleinen Anfragen, um ihre Ansichten zu demografischen Entwicklungen kundzutun. So fragte die Fraktion beispielsweise nach Möglichkeiten der »Steigerung der Geburtenrate in Deutschland mithilfe von familienpolitischen Maßnahmen« (Deutscher Bundestag 2018e). »Es werden zu wenig deutsche Kinder geboren« (ebd.), heißt es dort unmissverständlich. In einer Anfrage zu »Langzeitauswirkungen und Folgen der frühen Fremdbetreuung von Kindern« (Deutscher Bundestag 2018f) wird gleich das dazu passende Familien- und Rollenbild mitgeliefert: »Eine der Gefahren

für die Kinder [...] besteht darin, dass die Krippenbetreuung, wenn sie zu früh, zu oft und zu lange in Anspruch genommen wird, die mütterliche Empfindsamkeit schwächen kann – oder gar verhindert, dass sie sich überhaupt entwickelt. Letzteres passierte vor allem bei den Müttern, bei denen die Bindung zu ihrem Kind schon vorher schwach gewesen war.« (Ebd.)

ANKNÜPFUNGSPUNKTE IM ALLTAG

Trotz ihres offensichtlich reaktionären Charakters knüpft die AfD auch im Bereich der Familien- und Geschlechterpolitik an reale Bedürfnisse und Probleme an, für die die Partei mit ihren Positionen vermeintlich Lösungen bietet. So erscheint der allumfassende Anspruch des neoliberalen Kapitalismus an die Individuen, jederzeit deren Arbeitsleistung abrufen zu können, nicht immer und unbedingt als Chance zur Selbstverwirklichung und Emanzipation, sondern bedeutet gerade für Frauen häufig ausufernde Doppelbelastungen im Rahmen einer patriarchalen Arbeitsteilung, die Frauen nach wie vor den größeren Teil der Reproduktionsarbeit aufbürdet. Mit dem Zauberwort der »Wahlfreiheit« versucht die AfD hier auf vorhandene Wünsche nach einem – zumindest temporären – Ausstieg aus der ständigen Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt einzugehen. Die von der Partei favorisierte Rückkehr zu traditionellen Familienformen wird als entlastende Alternative zur angeblich einseitigen Propagierung von Emanzipationsmodellen präsentiert. Familie- und Sorgearbeit soll aufgewertet werden, jedoch in erster Linie dadurch, dass Frauen der »Rückzugsraum Familie« geboten wird. Forderungen, die Familienarbeit zwischen den Geschlechtern gerechter zu verteilen oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu unterstützen, werden von der AfD – trotz des oben zitierten Anspruchs der Fraktionsvorsitzenden – bisher nicht erhoben oder strikt abgelehnt. Im Grundsatzprogramm (AfD 2017b, 41) spricht sich die Partei gegen die Einmischung des Staates in Fragen der Kindererziehung aus: »Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagsschulen, die Umsetzung des ›Gender-Mainstreaming‹-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertegebende gesellschaftliche Grundeinheit. Die Wirtschaft will Frauen als Arbeitskraft. Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die ›nur‹ Mutter und Hausfrau sind. Diese erfahren häufig geringere Anerkennung und werden finanziell benachteiligt.«

Die Verbrämung ihres antimuslimischen Rassismus als Schutz von Frauen vor den Gefahren eines machistischen Islamismus kann ebenfalls an reale Erfahrungen mit patriarchaler Gewalt anknüpfen, die als »von außen« kommend imaginiert wird (vgl. Wischnewski in diesem Heft), sowie an Konflikte und Probleme einer weitgehend segregierten Einwanderungsgesellschaft. Spätestens seit den Silvesterereignissen in Köln 2015/16 stößt der Bedrohungsdiskurs der AfD auch in den Medien und einer breiteren Öffentlichkeit auf erhebliche Resonanz. Gewalttaten gegen junge Frauen, bei denen Geflüchtete die Täter waren, wie zum Beispiel die Morde in Frei-

burg und Kandel, haben diesen Trend, von einer ganz spezifischen Form der Bedrohung durch muslimische Männer auszugehen, noch verstärkt. Mit den oben erwähnten »Frauenmärschen« versucht die AfD, diese Stimmungen für sich auszunutzen und sich als eigentliche Garantin von Emanzipation und Frauenrechten aufzuspielen.

Schließlich knüpft die Partei mit ihren Positionen im Bereich der Familien- und Geschlechterpolitik an zentrale Verunsicherungen ihrer Hauptwählergruppe an: männliche Facharbeiter der mittleren Jahrgänge. Zu den sozialökonomischen Verunsicherungen kommen bei dieser Gruppe noch Irritationen hinsichtlich des eigenen Rollenverständnisses hinzu. Das Familienalleinernährer-Modell trägt schon länger nicht mehr, darüber hinaus findet eine Entwertung ihrer beruflichen Qualifikationen statt. Ein Teil der männlichen Wähler der AfD interpretiert dies als weiteren Angriff auf ihr eigenes Selbstverständnis. Die AfD vertritt hier vermeintlich klare Rollenmuster, die diesen Verunsicherungen entgegenwirken sollen und einen Teil der Attraktivität der Partei für ihre überwiegend männliche Anhängerschaft ausmachen.

ALTERNATIVEN VON LINKS?

Obwohl die AfD also an reale Lebenserfahrungen anknüpft, arbeitet sie gleichzeitig an einer autoritären und rassistischen Deutung der Wirklichkeit, mit der sie den öffentlichen Diskurs gezielt nach rechts verschiebt. So taucht Gewalt gegen Frauen bei der AfD nur als Gewalt muslimischer Männer auf, die Antwort auf Zumutungen und Überforderungen der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse vonseiten der AfD lautet: Rückkehr zu tradierten Rollenmustern anstatt gesellschaftspolitische Alternativen.

Genau hier müssen ein linker Feminismus und linke Familienpolitik (vgl. Steckner in diesem Heft) ansetzen. Während die Rechte die gesellschaftspolitischen (Herrschafts-)Verhältnisse im Prinzip unangetastet lassen will, muss die Linke solidarische und inklusive Alternativen aufzeigen. Sie muss versuchen, die genannten Alltagserfahrungen der Menschen aufzugreifen, diese aber in einem progressiven Sinne interpretieren. Für die Entwicklung solidarischer Alternativen bedarf es eines Zugangs, der die gemeinsamen Erfahrungen der Subalternen in den Mittelpunkt stellt und damit individuelle und gesellschaftspolitische Emanzipationsvorstellungen zusammenbringt. Hier liegt eine Aufgabe von linkem Feminismus und der Linken generell.

LITERATUR

AfD, 2017a: Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag (Langversion), Berlin

Dies., 2017b: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, Berlin

Deutscher Bundestag, 2018a: Plenarprotokoll 19/7, 18.1.2018, Berlin

Ders., 2018b: Plenarprotokoll 19/14, 22.2.2018, Berlin

Ders., 2018c: Plenarprotokoll 19/17, 1.3.2018, Berlin

Ders., 2018d: Plenarprotokoll 19/12, 2.2.2018, Berlin

Ders., 2018e: Drucksache 19/2584, 7.6.2018, Berlin

Ders. 2018f: Drucksache 19/2235, 18.5.2018, Berlin

1 Vgl. www.zeit.de/politik/deutschland/2017-10/afd-weidel-regierung-2021.

2 Alle Zitate stammen aus dem Bundestagswahlprogramm der AfD (2017a, 37ff).

LIEBE, EX UND ZÄRTLICHKEIT

FAMILIE VON LINKS EROBERN

ANNE STECKNER

Familie lässt niemanden kalt. Familie verbinden viele mit Geborgenheit, Zuwendung, Intimität und Gebrauchtwerden. Wenn alle Stricke reißen, gibt es ja die Familie: der wichtigste Lebensbereich. Doch die Wirklichkeit ist widersprüchlich. Familie bedeutet im Alltag oft die Quadratur des Kreises, das getaktete Leben unter Zeitdruck. Viele Bedürfnisse wollen unter einen Hut gebracht werden, nicht selten überwiegen Erschöpfung und Überforderung. Immer wieder scheitern Beziehungen am überhöhten Bild von Familie und romantischer Liebe. Für manche ist Familie auch ein Gefängnis, ein Ort von Leid oder Gewalt, übrigens der gefährlichste Ort für Frauen und Kinder.

Dessen ungeachtet steht die Kleinfamilie hierzulande weiterhin hoch im Kurs, wirkt bis in die Zukunftsträume hinein (vgl. Haug 2017, 480ff). Wenig überraschend, ist doch die ganze Gesellschaft nach diesem Modell organisiert: rechtlich, sozialstaatlich, in der Architektur, in Pädagogik und Psychologie. Auch Kinderbücher und Unterhaltungsin-

dustrie kennen kaum andere Formen des verbindlichen Zusammenlebens. Und selbst Patchwork-Familien sind nur in seltenen Fällen etwas anderes als die Neuzusammensetzung von zwei Kleinfamilien. Im Grundgesetz gilt das staatliche Gebot, die Familie zu schützen und zu fördern. Ihre ungebrochene Anziehungskraft hat auch mit den ökonomischen Veränderungen zu tun. Die Sei-allzeit-flexibel-Arbeitswelt erfordert ein optimales Management der eigenen Arbeitskraft. Angesichts zunehmend entsicherter Lebensverhältnisse wächst die Sehnsucht nach einem stabilen Rückzugsort. »Die Sirenenklänge privat-heimeliger Familiarität finden […] Gehör wegen der Unwirtlichkeit der Gesellschaft«, schrieben Frigga Haug und Kornelia Hauser schon 1985 (57). Das gilt immer noch: Wer gibt mir Halt, wem kann ich mich anvertrauen, wer kümmert sich um die Kinder, wenn ich krank bin, und um mich? Meist wird versucht, diese Fragen im Privaten zu klären.

FAMILIENPOLITIK: VEREINNAHMUNG VON RECHTS …

Familie kann vieles leisten, doch sie kann nicht kompensieren, was in kapitalistischen Gesellschaften schiefgeht. Nicht selten wird sie mit Erwartungen überfrachtet, während für Freundschaften und gesellschaftliche Beziehungen zu wenig Zeit bleibt. Doch Familie ist keine heile Welt, kein Bollwerk gegen die unsichere Welt da draußen, sondern durchzogen von deren Leidenschaften und Konflikten. Dies lässt eine Sehnsucht nach alten, vermeintlich intakten Familienmodellen entstehen, insbesondere wenn sich Überforderung mit konservativen Werten und Haltungen trifft. Hinzu kommt: Von rechts drängt ein offener Antifeminismus erkämpfte Freiräume und emanzipatorische Perspektiven in die Defensive. Mit ihren Diskursen zu Identität, Sicherheit und Gemeinschaft greift die extreme Rechte grundlegende Bedürfnisse auf und bettet sie in ein reaktionäres Weltbild ein. Sie romantisiert die heterosexuelle Zweierbeziehung, idealisiert Mutterschaft und hat rigide Vorstellungen von Sexualität. Mehr noch: Familie soll als natürliche Keimzelle der deutschen Solidargemeinschaft Sicherheit versprechen (vgl. Wiegel in diesem Heft). Gegen diese Vorstöße, patriarchale Vorstellungen von Familie zum Maßstab zu erheben und Geschlechterfragen rassistisch aufzuladen (»unserer Frauen und Kinder schützen«), regt sich vielfältiger Protest. Doch ihm fehlt eine positive Erzählung. Auch weil das Thema Familie in linken Kreisen gern belächelt oder mit spitzen Fingern angefasst wird. Ähnlich wie Heimat ist es ein schwieriges Terrain. Dabei ist es längst Zeit für eine feministische Familienpolitik, die Bedürfnisse nach Geborgenheit und Nähe aufnimmt und sie progressiv ausbuchstabiert.

ANNE STECKNER ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet in der Partei DIE LINKE im Bereich Strategie und Grundsatzfragen.

… UND KLASSENPOLITIK VON OBEN

Dies umso mehr, als die gegenwärtige Familienpolitik auch sozialpolitisch dringend einer linken Alternative bedarf. Nach der »Befreiung«

der Hausfrau durch die Inwertsetzung ihrer Arbeitskraft – eine zweischneidige Freiheit – legen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen den Müttern immer noch die Funktion der Zuverdienerin nahe. Infolge des Ehegattensplittings verbleiben nicht wenige in Minijobs, der Wechsel in reguläre Beschäftigung lohnt sich steuerlich kaum. Unzureichende Betreuungsangebote lassen immer noch überwiegend Frauen die Sorgearbeit übernehmen und beruflich kürzertreten. Studien zeigen: Die Mehrheit der Eltern wünscht sich eine egalitäre Aufteilung von Familien- und Erwerbstätigkeit, handhabt es aber meist anders. Oft zementiert sich gerade mit dem zweiten Kind die traditionelle Rollenverteilung.

Oder aber Frauen sollen die 24/7-Superwomen sein. Häusliche Tätigkeiten müssen dann an agile Großmütter oder schlecht bezahlte, oft migrantische Haushaltshilfen delegiert werden, um den Spagat der viel beschworenen Vereinbarkeit zu bewältigen. Diese emanzipierten *top girls* sollen nicht nur gute Mütter sein, sondern auch ökonomisch auf eigenen Füßen stehen, ihrem Partner auf Augenhöhe begegnen und gleichberechtigt mit ihm den Haushalt schmeißen. Verhandlungen um jede freie Minute prägen den Alltag von Paaren.

In diesem Sinne wurde mit dem Elterngeld als Lohnersatzleistung ein Instrument eingeführt, von dem insbesondere mittlere und höhere Gehaltsgruppen profitieren. Ärmeren Familien bringt es wenig bis nichts, da der Betrag (ca. zwei Drittel des letzten Gehalts) oft unterhalb des Existenzminimums liegt. Reinigungskräfte, Paketboten und Friseurinnen tauchen in der Elterngeldstatistik entsprechend selten auf. Hartz-IV-Bezieher*innen wird das Elterngeld gleich ganz vorenthalten ebenso wie Unterhaltsvorschuss und Kindergeld. Dabei sind Kinder für Menschen mit geringem Einkommen und für Alleinerziehende ohnehin ein Armutsrisiko. Auch der steuerliche Kinderfreibetrag privilegiert Besserverdiener ebenso wie das Ehegattensplitting. Zudem besteht hierzulande ein besonders enger Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft eines Kindes und seinem Zugang zu Bildung. Kurz: Staatliche Familienpolitik ist Klassenpolitik von oben.

Es gilt, dies zu benennen, ohne mit der notwendigen Kritik gleich auch alle Hoffnungen über Bord zu werfen. Wie ließe sich eine attraktive Erzählung ausbuchstabieren, die mit Familie verknüpfte Sehnsüchte anerkennt, am konkreten Lebensalltag von Familien und Lebensgemeinschaften ansetzt und eine darüber hinausweisende Perspektive bietet? An sinnvollen fachpolitischen Forderungen mangelt es nicht. Allein das verbindende Narrativ fehlt. Doch das braucht es. Denn reaktionäre Kräfte gewinnen Terrain. Der geschickten Vereinnahmung von rechts und der spaltenden Politik von oben ist aber nur zu begegnen, wenn die Auseinandersetzungen um Familie feministisch und klassenpolitisch (zusammen-)geführt werden.

STRATEGISCHES NACHDENKEN ÜBER FAMILIENBEZIEHUNGEN

Absicherung: Wie lassen sich kollektive Familienarrangements stärken, auf Grundlage einer gesellschaftlichen Absicherung individueller Bedürfnisse in allen Lebenslagen? Also: für jede Person einzeln, qua Menschsein, aber eben nicht privat, sondern

als öffentliche Leistung. Sonst lauert – wie bei der Bedarfsgemeinschaft – die Gefahr der Privatisierung sozialer Absicherung, zulasten von Frauen und von Familien mit weniger Einkommen. Das Versprechen, sich »in guten wie in schlechten Zeiten« beizustehen, darf nicht bedeuten, fehlende öffentliche Auffangmechanismen kompensieren zu müssen. Das schafft Zwänge, die freiheitlichen Formen von Verbundenheit entgegenstehen. Denn aus Familienverhältnissen abgeleitete Ansprüche oder Hoffnungen auf Absicherung zementieren die ökonomische Abhängigkeit von Partner*innen, Eltern oder Kindern und fördern traditionelle Rollenaufteilungen.

Indes könnte die Entkopplung der sozialen Absicherung von der Familie Bedingungen schaffen, in denen Menschen sich jenseits ökonomischer Zwänge aneinander binden und Verantwortung füreinander übernehmen. Selbstbestimmung aller Familienmitglieder, auch der Kinder (gemäß ihrem Alter), der Alten, Kranken oder Menschen mit Behinderungen, bekäme so ein materielles Fundament.
Autonomie und Abhängigkeit: Das wirft die Frage nach dem Verhältnis von Autonomie und Abhängigkeit auf. Ein Zuwachs an Autonomie – in dieser Gesellschaft nicht selten über Erwerbsarbeit – ist gerade für Frauen eine Errungenschaft. Allerdings ist das Streben nach Freiheit umgeschlagen in einen Zwang zur Unabhängigkeit: Du bist deines Glückes Schmied, also falle niemandem zur Last. Damit ist aus dem Blick geraten, dass Abhängigkeit eine zutiefst menschliche Existenzbedingung ist. Menschen als soziale Wesen brauchen immer andere, um sich gut zu entwickeln. Nicht nur Babys, Kinder, Pflegebedürftige – wir alle sind in unserem Leben von anderen abhängig. Auch Familie ist ein Ort von Abhängigkeit. Die Frage ist also: Wie richten wir Gesellschaft so ein, dass es sich möglichst frei und selbstbestimmt leben lässt, in Abhängigkeit von anderen Menschen? Und wie überwinden wir als unerträglich empfundene Formen der Abhängigkeit?
Arbeitsteilung: Wenn wir dieses wechselseitige Aufeinanderangewiesensein und das Bedürfnis nach Bindung als Grundbedingungen des Menschseins anerkennen, erhalten wir auch einen kritischen Blick auf das Postulat der »Vereinbarkeit«: So wichtig kinderfreundliche Arbeitsbedingungen oder die Eindämmung ausufernder beruflicher Anforderungen sind, hat die Debatte um Vereinbarkeit von Familie und Beruf doch einen blinden Fleck: Sie reproduziert die Dichotomie von beruflich und familiär, von politisch und privat, von Arbeit und Leben. Damit gerät aus dem Blick, dass die Reproduktion von Menschen selbst gesellschaftlich notwendige Arbeit ist. Es geht um mehr als die Frage, *ob* eine berufliche 40-Stunden-Woche mit ausreichend Zeit für Kinder, Beziehung, Freunde und Verwandte vereinbar ist. Sie ist es nicht. Es geht darum, *was* da eigentlich vereinbar sein soll?

Demgegenüber betonen feministische Stimmen, dass Produktion und Reproduktion aufs Engste miteinander verbunden sind. Anstatt in getrennten Sphären zu denken und statt Familie ums Goldene Kalb des Erwerbs herum zu organisieren, gälte es, die fürsorgenden, Leben produzierenden und erhaltenden Arbeiten als Grundlage aller produktiven und kreativen Tätigkeit einer Gesellschaft zu begreifen. So wäre klar: Erwerbs- und Repro-

duktionsarbeit hängen organisch miteinander zusammen. Sie müssen nicht »vereinbart«, sondern beide müssen verändert werden. Nicht nur muss es gute Rahmenbedingungen für vielfältige Familienarrangements geben. Auch die »Befreiung« der Hausfrauen ist erst dann ein echter Zugewinn an Freiheit, wenn Lohnarbeit keiner ausbeuterischen, männlich-hegemonialen Logik mehr folgt.

EINE LINKE ERZÄHLUNG: FAMILIE ZURÜCKEROBERN, INDEM WIR SIE VERÄNDERN

Anders als in der zweiten Frauenbewegung steht heute nicht mehr im Fokus feministischer Kämpfe, die Familie zu stürzen. Eine wichtige Erkenntnis der Debatten um Care ist, dass wir die in Familien erlernten Fähigkeiten auch in der befreiten Gesellschaft brauchen: Sorge umeinander, Zuwendung, Intimität, Verantwortungsbereitschaft, Konfliktfähigkeit. Allerdings müssen wir sie aus ihrer historischen Verschmelzung mit der Kleinfamilie lösen und in die Verantwortung vielfältiger Bindungen und Geschlechter legen. Auch deswegen ist eine neue linke Erzählung, was Familie sein kann, vonnöten.

Feministische Politik für die Klasse: Der Einstieg könnte ganz pragmatisch sein: die politischen Instrumente zugunsten derer einsetzen, die am meisten verwundbar sind – Arme, Prekäre und Alleinerziehende. Entwürdigung ließe sich einfach verhindern, wenn für alle Familien gälte: Jedes Kind ist gleich viel wert. Deswegen dürfen Elterngeld, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss nicht mit Hartz IV verrechnet werden. Oder ganz anders: Warum nicht anstelle des elitären Elterngeldes ein vom bisherigen Einkommen unabhängiges Elterngehalt? Es könnte auch anteilig bezogen oder in den Bezugsmonaten zwischen den Eltern aufgeteilt werden. Und warum nicht anstelle des Kinderfreibetrags eine zu versteuernde Nachwuchspauschale für alle Eltern? Eine Familie mit hohem Einkommen würde davon nach Steuer weniger sehen als Geringverdiener.

Individuelle Absicherung aller Familienangehörigen über öffentliche Sicherungssysteme würde bedeuten: Das unterste Netz ist eine armutsfeste Mindestgarantie, ohne Einschränkungen, ohne Sanktionen. Darauf aufbauend wäre jeder Mensch gegen die zentralen Risiken des Lebens – Unfall, Krankheit, Erwerbslosigkeit, Pflegebedürftigkeit – versichert, was von der Gesellschaft solidarisch zu schultern wäre. Nur so ließen sich ökonomische Abhängigkeiten innerhalb der Familie lösen: Bedarfsgemeinschaft, Familienmitversicherung und Ehegattensplitting sind Disziplinierungsinstrumente des Staates oder Überreste des überkommenen Alleinernährerlohns, moderne Fesseln vor allem für Frauen. Bei den jeweiligen Rentenansprüchen wäre Sorgearbeit viel stärker zu gewichten, als das bislang der Fall ist. Somit hätte die Frage, wer über welchen Zeitraum diese Arbeiten übernimmt und damit anderen den Rücken freihält, weniger drastische Auswirkungen auf den weiteren Lebensweg.

Doch individuelle Geldtransfers allein sind zu wenig. Familie kann nur neu gedacht werden, wenn der politische Fluchtpunkt das Öffentliche bleibt: Kinder müssen sich entfalten können, ohne dass ihre Eltern beim Marathon auf der Suche nach einem Kitaplatz zusammenbrechen. Und beitragsfreie Ganztagsbetreuung muss etwas anderes sein als ein



überlaufener Kinderabstellplatz. Die Pflege und Betreuung eines Familienmitglieds darf keine Frage des Geldbeutels sein. Wir wollen gut ausgestattete Orte, an denen unsere Kinder, wir selbst und unsere Liebsten Zugang haben zu dem, was alle brauchen: Bildung, Spiel, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Erholung, Wohnraum. Solange die Frage, wie wir das ohne Barrieren für alle garantieren können, nicht gesellschaftlich beantwortet wird, sind viele Familien weiterhin überlastet.

Und es braucht mehr Zeit, um dieses Öffentliche zu nutzen, mitzugestalten und sich einzubringen. Um Familie nicht nur zu managen, sondern auch zu genießen. Deswegen sind Kämpfe um eine kollektive Erwerbsarbeitszeitverkürzung ein so wichtiges Scharnier zwischen feministischen und klassenpolitischen Anliegen. Erst dann, wenn wir die Erwerbsarbeit gemeinsam in die Schranken weisen, anstatt individuelle Kämpfe gegen Windmühlen zu führen, lässt sich ernsthaft über egalitäre Verantwortung für Kinder, Kranke und Küche sprechen. Und über grundlegend andere Arbeitszeitmodelle, gerade auch für Väter. Natürlich ist eine kürzere Arbeitszeit für Menschen ohne gehobenes Gehalt nur dann ein befreiender Prozess, wenn es im Tausch dafür nicht weniger Geld oder weniger Entfaltungsmöglichkeiten gibt.

Reproduktionsarbeit lieber zusammen als allein: Schon die russischen Frauenrechtlerinnen der ersten Stunde der Oktoberrevolution wussten: Kleinfamiliäre Haushalte sind

ineffizient und fesseln vor allem Frauen ans Heim. Wollen wir die materiellen Voraussetzungen schaffen, damit Familienalltag kein privates Hexenwerk bleibt, braucht es auch kommunale Orte, an denen die Haus- und Reproduktionsarbeit gemeinsam stattfinden kann: urbane Gärten, Kinderhäuser, in denen Erwachsene höchstens absichernd anwesend sind, Vorlesenachmittage mit rüstigen Wahlopas, Care-Stationen, wo Familien bei der Hege und Pflege alter oder kranker Angehöriger unterstützt werden, Schutzräume für Menschen mit Gewalterfahrung, Konfliktambulanzen, mehr gute Volxküchen. Das alles gibt es bereits – in vereinzelten, prekären Ansätzen oder als teure Dienstleistung für diejenigen, die es bezahlen können. Es müsste aber nachbarschaftliche Selbstverständlichkeit werden, damit die grundlegenden zwischenmenschlichen Bedürfnisse nicht nur in den eigenen vier Wänden befriedigt werden müssen. Natürlich schaffen sich die individuellen Einkäufe, Küchen und Vorlesestunden nicht ab, jede braucht mal Rückzug. Aber ist wirklich in jedem Einzelhaushalt eine Waschmaschine vonnöten? Dies ist nicht nur eine ökologische Frage.

Kleinfamilie entzaubern: Ausgehend von manifesten Sehnsüchten und innerfamiliären Krisen wäre ein weiterer Einstiegspunkt, Familienmitglieder von Erwartungen zu entlasten: Es ist nicht deine Schuld, wenn es nicht klappt. Die Kleinfamilie ist ohnehin am Ende. Dass sie immer wieder versagt, ist der Normalfall (Tazi-Preve 2017). Erfahrungen des Scheiterns brauchen aber eine Echokammer, damit aussprechbar wird, was viele wissen, aber nicht artikulieren können: Nämlich, dass Erschöpfung und Krisen in der Familie kein persönliches Versagen sind. Und dass die Vorstellungen von einer guten und erfolgreichen Mutter und einem ebenso erfolgreichen und präsenten Vater mit den alltäglichen Anforderungen durch prekäre oder ausufernde Erwerbsarbeit, pflegebedürftige Verwandte, fehlende Kitaplätze, Leistungsanforderungen in der Schule, *quality time* mit dem Partner, die eigene Fitness und so weiter nur schwer in Einklang zu bringen sind. Und dass permanente Selbstoptimierung einen Preis hat.

Die gute Nachricht: Die Kleinfamilie als dominante Form des Zusammenlebens ist nichts Natürliches. Sie ist das geschichtliche Produkt von kapitalistischer Industrialisierung und bürgerlicher Moderne. Das heißt: Es gibt Alternativen. Wir müssen sie aber ersehnen und vorantreiben.

Keine Frage der Abstammung mehr: Zwar bekräftigt die Ehe für alle das Ideal der monogamen Zweierbeziehung, ob mit oder ohne Kinder. Aber sie ist ein Meilenstein, um das biologistische und heteronormative Selbstverständnis von Familie zu überwinden: Ob Kinder geliebt und gut versorgt werden, definiert sich nicht über die leibliche Elternschaft. Dies starkzumachen, knüpft an den Lebenswelten von Regenbogen- und Patchworkfamilien an. Beide finden zunehmend Verbreitung: Erstere dank der Errungenschaften für gleichgeschlechtliche und queere Beziehungen, letztere aufgrund vermehrter Trennungen unter Paaren. Das wirft die grundsätzliche Frage auf, was es braucht, damit Kinder gut aufwachsen und stabile Bindungen eingehen können – unabhängig davon, wer sie gezeugt

hat. Und warum die idealisierte Kleinfamilie damit so oft überfordert ist.

Bildet Familienbanden! Co-Elternschaft und Wahlfamilien: Obschon Patchwork- oder Regenbogenfamilien eine weit verbreitete soziale Realität sind, bedeuten sie für viele Eltern Verantwortung ohne Rechte. Wird beispielsweise ein Kind in eine lesbische Ehe hineingeboren, gilt nur die gebärende Frau als Mutter. Ihre Partnerin muss sich den staatlichen Prüfungen für eine Adoption unterziehen. Und wer von vornherein nicht an die Kleinfamilie glaubt oder sich durch Lebensumstände familiär erweitert, hat das Nachsehen. Warum können Kinder maximal zwei Personen als rechtliche Eltern haben? In einem Roman von Marge Piercy, Autorin feministischer Social Fiction, hat jedes Kind von Geburt an drei »Mütter« – wobei Muttersein eine Aufgabe und Verantwortung bezeichnet, kein Geschlecht. Die Menschen dieser Gesellschaft sind sich bewusst, dass es vielleicht nicht immer ein ganzes Dorf braucht, um ein Kind aufzuziehen, aber eben mehr als zwei Personen.

Warum also sollten nur romantische Zweierbeziehungen Verantwortung füreinander und für Kinder übernehmen dürfen? Was spricht dagegen, auch andere Formen des verbindlichen Füreinander-da-Seins anzuerkennen? Familie kann man sich als Kind nicht aussuchen, als Erwachsene schon. Will man dem dominanten Modell Kleinfamilie attraktive Alternativen an die Seite stellen, gälte es, die Ehe für alle um Wahlfamilien zu erweitern. Eine Gemeinschaft, die auf wechselseitiger Verbindlichkeit beruht – egal ob biologisch verwandt, ob mit oder ohne Kinder – das kann vieles sein: etwa zwei Schwestern, die im selben Haus wohnen und füreinander sorgen. Ein Mann zeugt mit einem lesbischen Paar ein Kind, alle drei wollen rechtliche Eltern sein. Welche Verbindlichkeiten im Einzelnen eingegangen werden, wäre vertraglich zu regeln, auch Besuchs- und Auskunftsrechte im Krankheitsfall, Adoption, Sorgerecht, Unterhaltsanspruch, Erbe. Kinderrechte müssten verbindlich ausbuchstabiert werden. Klingt kompliziert? Sicherlich sind eine erprobte Konfliktkultur und gute Absprachen hilfreich, wenn mehrere Menschen sich aneinander binden. Doch das gilt für jede tiefere Beziehung – und ist ohnehin alltägliche Anforderung an viele Familien.

Anstelle der überfrachteten Kleinfamilie könnten sich Netze aus freundschaftlichen Verwandten oder familiären Freunden bilden. In Piercys Welt hat jeder Mensch einen Kern ihm besonders Verbundener. Das muss keine Utopie bleiben, wenn wir die sozialen und rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen. Und wenn wir unser widersprüchliches Begehren nach Familie gemeinsam bearbeiten, uns trauen, tradierte und scheinbar selbstverständliche Formen des Miteinanders zu hinterfragen und radikal neue Beziehungsmodelle zu entwickeln, kurz: Familie nicht als reine Privatangelegenheit missverstehen. Denn unsere Liebes-, Sorge- und Freundschaftsbeziehungen sind persönlich *und* politisch.

LITERATUR

Haug, Frigga, 2017: Hoffnung auf Familie, in: Das Argument 324, 480–505

Dies./Hauser, Kornelia, 1985: Probleme mit weiblicher Identität; in: Hauser, Kornelia (Hg.): Subjekt Frau, Argument-Sonderband 117, Berlin, 14–98

Tazi-Preve, Mariam, 2017: Das Versagen der Kleinfamilie. Kapitalismus, Liebe und der Staat, Opladen/Berlin/Toronto

BEDINGT SELBSTBESTIMMT

WARUM DER KAMPF UM SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH ERST BEGONNEN HAT

KATE CAHOON

Als in dem katholisch geprägten Land am 25. Mai 2018 eine überwältigende Mehrheit für die Streichung des quasi totalen Abtreibungsverbotes aus der Verfassung stimmte, sprach der irische Premierminister von einer »stillen Revolution«. Doch die Freudentränen und der laute Jubel in den Straßen von Dublin erzählten eine andere Geschichte: Seit 35 Jahren demonstrieren und kämpfen Aktivist*innen gegen das Abtreibungsverbot. Die emotional geführte Debatte hat das Land gespalten – die Gegner der Liberalisierung arbeiteten mit Schreckbildern und Fehlinformationen. Wir waren also weniger Zeug*innen einer stillen Revolution als eines langen, lauten und hart geführten Kampfes um sexuelle Selbstbestimmung.

Ob in Irland, Spanien, Polen oder Deutschland – in Europa wie in der ganzen Welt sind sexuelle und reproduktive Rechte keine Selbstverständlichkeit, sondern immerwährend umkämpft. Im katholischen Lateinamerika gehen regelmäßig Hunderttausende gegen das Recht auf Abtreibung auf die Straße.

In Polen hat es seit Amtsantritt der rechten PIS-Regierung bereits zwei Versuche gegeben, das restriktive Abtreibungsverbot abermals zu verschärfen. In Spanien konnte 2014 nur durch massive Proteste verhindert werden, dass ein erst vier Jahre zuvor verabschiedetes liberales Abtreibungsgesetz zurückgenommen wurde. Die von der Frauenbewegung erkämpften Rechte sind in Zeiten der Krise und des Rechtsrucks wieder bedroht. Dies gilt auch und zunehmend für Deutschland, wo die lange stillgestellte Debatte neu aufflammt.

VERSCHWIEGENES VERBOT – DIE SITUATION IN DEUTSCHLAND

Dass das Thema Schwangerschaftsabbruch in der Bundesrepublik zum tagespolitischen Thema wird, war bis zum Herbst 2017 nicht vorherzusehen. Selbsternannte »Lebensschützer« drängen zwar seit einigen Jahren mit ihren Kampagnen gegen Schwangerschaftsabbrüche in die Öffentlichkeit, doch eine breite Debatte über Abtreibung hat es seit den 1990er-Jahren nicht mehr gegeben. Auch in Deutschland gibt es eine lange und bewegte Geschichte des feministischen Kampfes für das Recht auf Abtreibung, mit Höhepunkten in den 1920er- und 1970er-Jahren. Die Beratungsregelung, die 1995 nach der Wiedervereinigung eingeführt wurde, gilt im Mainstream als historischer Kompromiss, der nicht anzutasten sei. Dabei stellte sie eine wesentliche Verschlechterung gegenüber der Rechtslage in der ehemaligen DDR dar und verschleiert die Tatsache, dass ein Abbruch nach den bis heute gültigen Paragrafen 218 und 219 im Strafgesetzbuch (StGB) verboten ist. Er bleibt nur straffrei bei medizinischer Indikation oder wenn er innerhalb der ersten drei Monate und nach einer Pflichtberatung durchgeführt wird. Damit wurde das Thema gesellschaftlich ad acta gelegt, in der Annahme, es gäbe in Deutschland ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch und eine ausreichende medizinische Versorgung.

Doch aufgrund der Paragrafen 218 und 219 im StGB bewegen sich ungewollt Schwangere, die abtreiben wollen, wie auch Ärzt*innen in einer Grauzone der Legalität. Die Ärztin Kristina Hänel wurde im November 2017 zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie auf ihrer Webseite Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen bereitgestellt hatte: § 219a stellt die »Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft« unter Strafe und damit das »Anbieten«, »Ankündigen« oder »Anpreisen« der Eingriffe aus einem finanziellen Vorteil heraus (oder in »grob anstößiger Weise«). Da alle Ärzt*innen in ihrem Beruf auch »ihres Vermögensvorteils wegen« handeln, werden sie gezielt von Abtreibungsgegner*innen angezeigt, und das immer häufiger. Zwischen 2010 und 2016 gab es mindestens zehn solcher Anzeigen,[1] von denen vier zu einer

KATE CAHOON ist seit vier Jahren im Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung und in der Klimabewegung aktiv. Sie hat jahrelang im Bereich Gender und Klima gearbeitet und kann sich nicht entscheiden, ob es dringender ist, für Klimagerechtigkeit oder für sexuelle und reproduktive Rechte zu kämpfen. Darum versucht sie beides gleichzeitig zu machen. Sie ist außerdem Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Partei DIE LINKE.

Verurteilung führten. Das Verfahren gegen Hänel wurde zu einem Präzedenzfall, weil die Ärztin bereit war, durch alle Instanzen zu gehen, und breite Unterstützung mobilisieren konnte. Die mediale Berichterstattung machte vielen erstmals bewusst, wie restriktiv die gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch und zum Zugang zu entsprechenden Informationen sind. Dass das Werbeverbot in Wirklichkeit ein Informationsverbot darstellt, das ungewollt Schwangere daran hindert, eine selbstbestimmte Entscheidung zu treffen, ist inzwischen auch im liberalen bürgerlichen Spektrum angekommen. Laut Umfragen wird diese Einschätzung inzwischen von einer Mehrheit der Bevölkerung geteilt (vgl. Schaible 2018). Für eine Streichung von § 219a scheint es aber aktuell keinen parlamentarischen Spielraum zu geben. Nach dem politischen Rückzieher der SPD wird ein mit der CDU/CSU erarbeiteter Kompromiss vermutlich zu keinen zufriedenstellenden Ergebnissen führen.

Durch die gesamte Debatte wurde einmal mehr deutlich, dass wichtige Positionen der sogenannten Lebensschutzbewegung im Bundestag vertreten sind, und zwar nicht nur durch die AfD, sondern auch von Teilen der CDU/CSU. Der organisierte »Lebensschutz« ist eine durchaus heterogene Bewegung, die aber im Kern von christlichen Fundamentalist*innen und zunehmend von Parteien und Organisationen der »Neuen Rechten« mitgetragen wird. Die Argumente der CDU/CSU unterscheiden sich kaum von den Positionen radikaler Abtreibungsgegner*innen und der AfD. Mit dem Erstarken des rechtskonservativen Flügels der Union sind nun mehrere prominente Lebensschützer*innen im Kabinett vertreten, darunter Gesundheitsminister Jens Spahn, sodass eher mit Angriffen auf reproduktive Rechte und dem Versuch einer Verschärfung der Gesetzeslage zu rechnen ist.

TABUISIERUNG UND SICHTBARKEIT

Zugleich hat die öffentliche Debatte zu § 219a gezeigt, wie stark Schwangerschaftsabbrüche nach wie vor tabuisiert werden. Die Aktion »Wir haben abgetrieben!« auf der Titelseite des *Stern* von 1971 wirkt heute erstaunlich zeitgemäß. Sie wurde von der *tageszeitung* 2018 aktualisiert und mit Ärzt*innen, die Abbrüche durchführen, auf § 219a zugeschnitten. Erfahrungsberichte können heute leicht in den sozialen Medien geteilt werden: Im englischsprachigen Raum hat sich der Hashtag #shoutmyabortion etabliert. Mit der Fotokampagne des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung hat die Forderung #wegmit219a auch den Mainstream erreicht: Die Protestbilder von Menschen mit zugeklebtem Mund werden von den Medien seither regelmäßig genutzt. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg, denn bislang dominierten die eher reaktionären und stigmatisierenden Bilder der Abtreibungsgegner*innen, etwa von Föten, dem Bauch einer Hochschwangeren oder Märschen mit Kreuzen. Die Bildhoheit auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung zu erlangen ist ein bedeutsamer Schritt Richtung Enttabuisierung (vgl. Mattes 2018).

Dass diese Stigmatisierung sogar rechtlich gewollt ist, ist eine wichtige Erkenntnis seit der Verurteilung von Hänel. Die Begründung der vorsitzenden Richterin lautete, dass der Gesetzgeber nicht wolle, »dass über den Schwangerschaftsabbruch in der Öffentlichkeit diskutiert wird, als sei es eine normale Sache«.

Die Gesellschaft für Freiheitsrecht, die Kristina Hänel aktuell in ihrem §219a-Verfahren unterstützt, betont, dass das Informationsverbot – anders als das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs – nicht unmittelbar dem Schutz des ungeborenen Lebens dienen soll, sondern eine Normalisierung und Kommerzialisierung von Schwangerschaftsabbrüchen verhindern und »die gesellschaftliche Haltung zu Abtreibungen beeinflussen« soll. Der Kampf für die Streichung von § 219a ist darum ein wichtiger Schritt gegen die Stigmatisierung und Tabuisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und damit auch für deren Entkriminalisierung, also die letztendliche Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch.

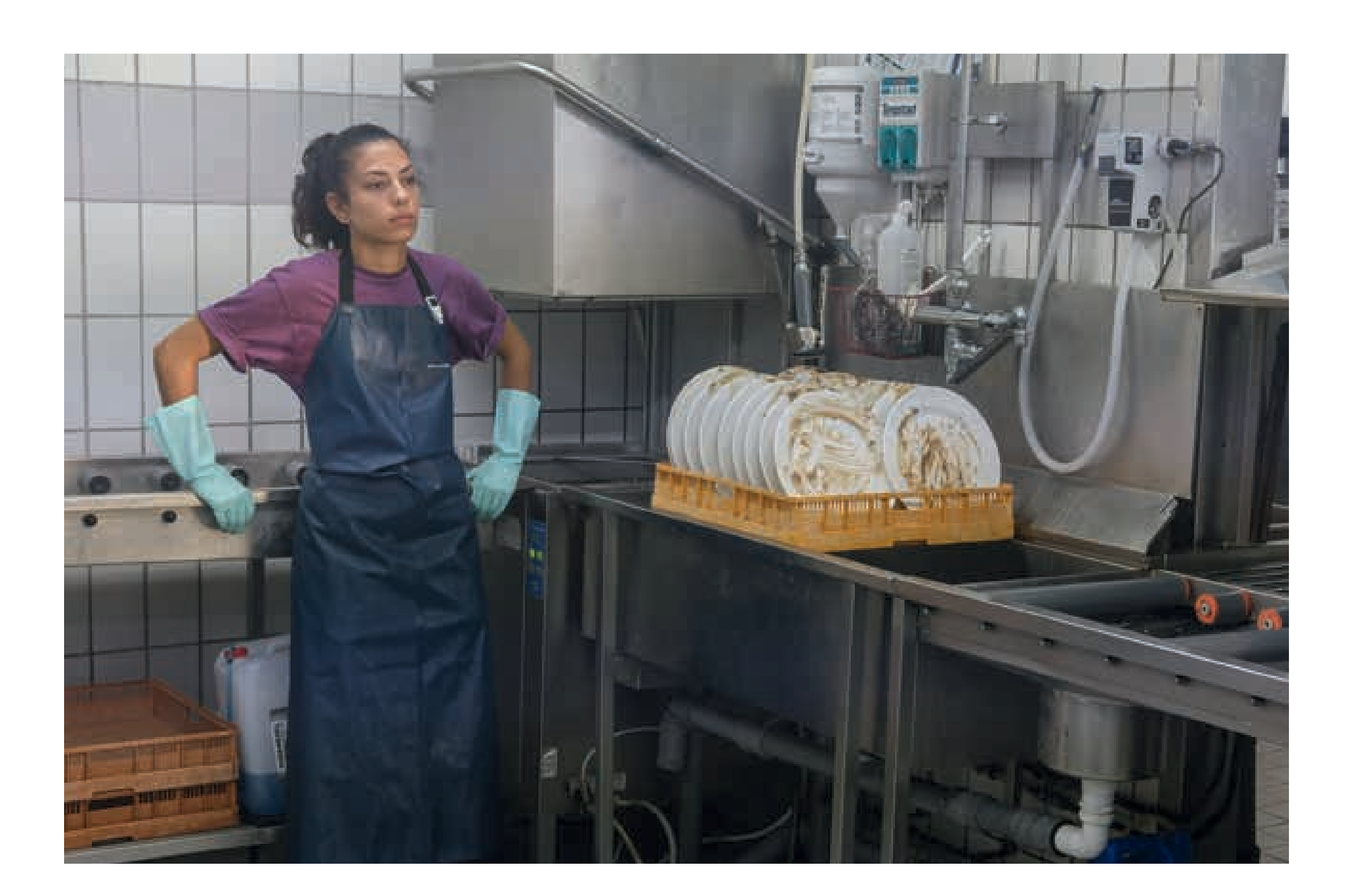
Für die Streichung des § 219a gibt es unter dem Motto »Informationsfreiheit« offenbar einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Zugleich kann in der Debatte darüber ein neues gesellschaftliches Bewusstsein entstehen, das dazu führt, dass das gesamte Rechtskonstrukt der §§ 218 und 219 hinterfragt wird. So kommen immer weitere Aspekte der Problematik ans Licht, etwa der Mangel an Ärzt*innen in manchen Regionen Deutschlands, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, und die Tatsache, dass die Eingriffe nicht Teil der ordentlichen gynäkologischen Ausbildung sind, sodass engagierte Medizinstudierende sie in selbstorganisierten Workshops, etwa anhand von Papayas erlernen müssen. Solche »Skandale« werden erstmals in einer größeren Öffentlichkeit thematisiert. Solange Schwangerschaftsabbrüche nicht als Teil der normalen medizinischen Versorgung gelten und die Kosten hierfür von den Krankenkassen nicht regulär übernommen werden, solange sie weiterhin im Strafgesetzbuch geregelt werden, kann in Deutschland von einem »Recht« auf Schwangerschaftsabbruch und sexueller wie reproduktiver Selbstbestimmung keine Rede sein.

FORDERUNGEN DES BÜNDNISSES FÜR SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG:

- sofortige Streichung von § 219a StGB und freier Zugang zu Informationen über die Möglichkeiten eines Schwangerschaftsabbruchs
- uneingeschränkter Zugang zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch und die Streichung von § 218 aus dem Strafgesetzbuch
- umfassende Informationen über Verhütungsmittel und ein kostenfreier Zugang zu diesen
- kostenfreie Vergabe der »Pille danach« als Notfallverhütung
- Ausbildung in den Methoden des Schwangerschaftsabbruchs in den Studiengängen für Medizin
- geschlechter- und kultursensible Sexualaufklärung für alle
- umfassende rechtliche Anerkennung aller Formen des Zusammenlebens
- staatliche Unterstützung in Form von sozialen und ökonomischen Leistungen und benötigter Infrastruktur für alle, die sich für ein Kind entscheiden, damit sie ihre eigene Lebensplanung aufrechterhalten können

DER KAMPF GEHT WEITER

Die künftige Gesetzgebung in Irland zu Schwangerschaftsabbrüchen dürfte progressiver ausfallen als die deutsche. Auch andere Länder innerhalb und außerhalb Europas mit liberaleren Regelungen können Vorbild sein und zeigen, dass Erfolge möglich sind. Darum muss hierzulande weiterhin Druck aufgebaut werden, um das Informationsverbot für Ärzt*innen zu kippen und Abtreibungen zu entkriminalisieren. Aber wie? Der zentrale



Faktor für den Erfolg in Irland wie auch für den Erfolg der Proteste in Spanien und Polen in den letzten Jahren war die Größe und Breite der Bewegungen, die sowohl feministische Gruppierungen und Verbände als auch klassische Massenorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften umfassten. In Irland hatte sich der »Together-for-Yes-Kampagne« ein breites Gewerkschaftsbündnis angeschlossen, das seine Mitglieder im Vorfeld der Abstimmung mit eigenen Publikationen und Veranstaltungen mobilisierte.[2] Therese Caherty von der Trade Union Campaign to Repeal the 8th Amendment (Gewerkschaftskampagne zur Streichung des achten Verfassungszusatzes) erläutert die Motivation dahinter: »Der achte Zusatz betrifft uns alle, Frauen und Männer. Die Gewerkschaftsbewegung steht für Gleichberechtigung und Solidarität. Wir glauben, dass wir keine gleichberechtigte Gesellschaft schaffen können, wenn das Recht von Frauen auf Gesundheitsversorgung eingeschränkt wird.« Auch in Deutschland haben die Gewerkschaften – neben der GEW auch der DGB auf seinem Bundeskongress im Juli 2018 – Beschlüsse gefasst, in denen sie die Streichung von § 219a verlangen. Der Verband Evangelischer Frauen in Deutschland, der Deutsche Juristinnenbund e.V., die Bundesärztekammer und die Deutsche Gesellschaft für Allgemeinmedizin und Familienmedizin haben sich ähnlich positioniert.

Eine breite Bewegung, die von Initiativen, Parteien und Gewerkschaften getragen wird, ist nicht nur zentral, um Druck aufzubauen, damit der § 219a fällt. Sie ist auch nötig, um einen gesellschaftlichen Konsens zum Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung zu erreichen und damit Angriffe von



rechts abzuwehren. Aus diesem Grund hat sich 2012 das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung gegründet. Seither organisiert das Bündnis Proteste gegen den jährlich stattfindenden bundesweiten »Marsch für das Leben« (vormals »1000-Kreuze-Marsch»). Mit dem jährlichen Aktionstag im September wird versucht, neben den anderen Protestformen ein vielfältiges, aber auch niedrigschwelliges Angebot mit einem Schwerpunkt auf Aufklärung und Solidarität mit internationalen Pro-Choice-Bewegungen zu schaffen. Mittlerweile hat das Bündnis über 40 Mitglieder. Dabei werden bewusst diverse Akteure angesprochen. Auch Massenorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften sind grundsätzlich willkommen.

Auf den Demonstrationen sprachen Vertreter*innen der Behindertenbewegung, Migrant*innen, Gewerkschafter*innen sowie viele internationale Aktivist*innen. Ihre Geschichten und Perspektiven sind unterschiedlich und fließen in die gemeinsame Auseinandersetzung ein. Die Treffen des Bündnisses sind grundsätzlich für alle offen, um über unterschiedliche Erfahrungen, Sprachen und Herangehensweisen hinweg eine gemeinsame Stärke zu entwickeln.

Zugleich ist in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern ein wachsender Einfluss der Bewegung für »Lebensschutz« und deren Verflechtung mit rechten Kräften zu beobachten. In Frankreich gelang es dem Front National im vergangenen Jahr, Abtreibung zum Wahlkampfthema zu machen, gemeinsam mit einer Bewegung junger Leute, die sich »Überlebende« nennen und online zu Flashmobs und Aktionen des zivilen Ungehorsams mobilisieren (vgl. Krause 2017). Ihr digitaler Auftritt ähnelt

der antifeministischen Kampagne der Identitären Bewegung in Deutschland, die Frauen dazu aufruft, sich gegen die angeblich überbordende Gewalt von geflüchteten Muslimen zu wehren. Die Ideologie der »Lebensschutz«-Bewegung ist Ausdruck eines reaktionären bis extrem rechten Weltbilds: Eine »natürliche« Geschlechterordnung zementiert die heterosexuelle Ehe und Familie als Keimzelle der Gesellschaft, worin die Frau die Rolle der Hausfrau und Mutter erhält. Alles, was das Bild der alten Ordnung bedroht, wie etwa die Homo-Ehe oder Trans*Sexualität, wird aktiv bekämpft. Die AfD fordert in ihrem Grundsatzprogramm eine »Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene« und die Erhöhung der Geburtenrate von »deutschstämmigen Frauen«, um das »Überleben« des deutschen Volkes zu sichern. Feministische Kämpfe mit Antirassismus und dem Kampf gegen rechts zu verbinden, bleibt deswegen eine zentrale Aufgabe der Bewegung und der Proteste gegen Abtreibungsgegner*innen in Deutschland und auf europäischer Ebene. Denn es wird deutlich: Hier stehen die Freiheitsrechte von vielen auf dem Spiel.

GUTE BEDINGUNGEN UND WAHLFREIHEIT FÜR ALLE

In den USA werden antirassistische feministische Praxen rund um das Thema sexuelle Selbstbestimmung häufig unter dem Begriff »reproduktive Gerechtigkeit« subsumiert, wobei das uneingeschränkte Recht auf Schwangerschaftsabbruch hier nicht der alleinige Fokus ist. Für viele insbesondere indigene und schwarze Frauen* geht es nämlich nicht nur um das Recht auf den Abbruch ungewollter Schwangerschaften, sondern angesichts von Rassismus und eugenischer Bevölkerungspolitik vielerorts auch um das Recht, Kinder zu bekommen (vgl. Fried 2017). Darüber hinaus sind es auch in Deutschland regelmäßig soziale Gründe, die für einen Abbruch angegeben werden: befristete Arbeitsverhältnisse, Wohnraummangel, Armut. Insofern schließt reproduktive Gerechtigkeit auch das Recht aufs Kinderkriegen ein und thematisiert somit, dass es bestimmter gesellschaftlicher und sozialer Bedingungen bedarf, damit es tatsächlich für alle, die es wollen, möglich wird, Kinder zu bekommen und großzuziehen. Die Notwendigkeit, gesellschaftliche Rahmenbedingungen für Kinder und Eltern zu verbessern, wird von den »Lebensschützern« häufig als Scheinargument gegen Abtreibung benutzt. Sie fokussieren jedoch allein auf den Schutz »des ungeborenen Lebens«, wobei ihnen die Konsequenzen für ungewollt Schwangere völlig gleichgültig sind. Darum ist es unsere Aufgabe als Linke, diesen Widerspruch zu thematisieren und politische Forderungen zu entwickeln, die vernünftige soziale und gesellschaftliche Absicherung beinhalten, unter anderem gute Arbeitsverhältnisse sowie Wohn- und Lebensformen, Maßnahmen zur Entprekarisierung, mehr Beratung, Kitaplätze und Bildungsangebote sowie gute Strukturen für Menschen mit Behinderung und vieles mehr. Außerdem ist es wichtig, sich mit weiteren Aspekten der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung zu befassen, zum Beispiel mit dem kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln und medizinischer Versorgung für alle, einschließlich geflüchteter Frauen und LGBTI*-Menschen.

Auf diese Weise kann dem Missverständnis entgegengewirkt werden, es handele sich allein um eine Frage von individueller

Autonomie und Abwehrrechten gegenüber dem Zugriff des Staates. Es geht auch um die notwendigen gesellschaftlichen Bedingungen für wirkliche Wahlfreiheit für alle. Beide Aspekte – Autonomie und gesellschaftliche Verantwortung – gleichermaßen zu thematisieren, ist in der Praxis nicht immer einfach und funktioniert nicht widerspruchsfrei. Denn innerhalb des bestehenden stigmatisierenden Diskurses geht es auch darum, einen klaren Punkt zu setzen gegen jede Bevormundung und moralisierende Vereinnahmung individueller Entscheidungen. Ein Beispiel ist die Debatte um Pränataldiagnostik und Spätabtreibungen. Neben der notwendigen Kritik an der Pathologisierung und Stigmatisierung von Behinderung als »privatem« Problem und dem Druck, der auf Frauen ausgeübt wird, muss zugleich verhindert werden, dass Lebensschutz wiederum gegen das individuelle Entscheidungsrecht von Frauen ausgespielt wird.

In der politischen Arbeit geht es nicht zuletzt darum, ein oft fragiles Bündnis aus äußerst unterschiedlichen Akteuren mit unterschiedlichen politischen Verortungen anhand eines gemeinsamen Interesses (dem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung) zusammenzuhalten und in seiner Arbeit nicht zu überfrachten. Reproduktive Gerechtigkeit ist zudem in der deutschen Debatte als Begriff kaum eingeführt und mit wenigen konkreten Praxen verknüpft. Darum bleibt es vorerst ein inspirierendes Leitbild, das verhindern kann, den Blick zu sehr auf eine einzige Forderung zu verengen. Als nächster Schritt steht jedoch zunächst an, die Schlagkraft der immer noch wachsenden und äußerst diversen Bewegung für das Recht auf Abtreibung auszubauen und zu stärken. Wir haben mit der Debatte um § 219a den langersehnten Impuls und neuen Schwung für den Kampf um sexuelle Selbstbestimmung bekommen. Diesen Moment der Enttabuisierung sollen wir perspektivisch nutzen, um gesellschaftliche Mehrheiten für ein breit gefasstes Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung sowie reproduktive Gerechtigkeit zu schaffen. In Münster, Frankfurt und Hamburg haben Aktivist*innen in den letzten Monaten neue Bündnisse für sexuelle Selbstbestimmung gegründet. Feministische Proteste waren überall dort zu beobachten, wo die »Lebensschutzbewegung« auf die Straße geht und wo rechte Kräfte Druck auf Ärzt*innen, Beratungsstellen und ungewollt Schwangere ausüben. Das legt den Grundstein für den Aufbau einer gut vernetzten, bundesweiten Pro-Choice-Bewegung, die dem Rechtsruck und den Angriffen auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung etwas entgegensetzen kann.

LITERATUR

Fried, Barbara, 2017: »Feminism is for everyone« - Perspektiven einer feministischen Klassenpolitik, in: LuXemburg Spezial »Neue Klassenpolitik«, 22–39

Krause, Suzanne, 2017: Kampf um die Kinder der Republik, in: Deutschlandfunk, 4.5.2017, www.deutschlandfunk.de/abtreibung-als-wahlkampf-thema-in-frankreich-kampf-um--die.886.de.html?dram:article_id=385125

Mattes, Anna, 2018: Wie Fotos Schwangerschaftsabbrüche tabuisieren, 20.2.2018, http://genderequalitymedia.org/wegmit219a/

Schaible, Jonas, 2018: Umfrage: Mehrheit der Deutschen würde Verbot kippen, 27.2.2018, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_83306914/informationen-zu-abtreibungen-mehrheit-der-deutschen-wuerde-verbot-kippen.html

1 Angabe der Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts (BKA). Die tatsächliche Zahl dürfte wesentlich höher liegen, da die Kriminalstatistik nur diejenigen Verfahren erfasst, die an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurden.

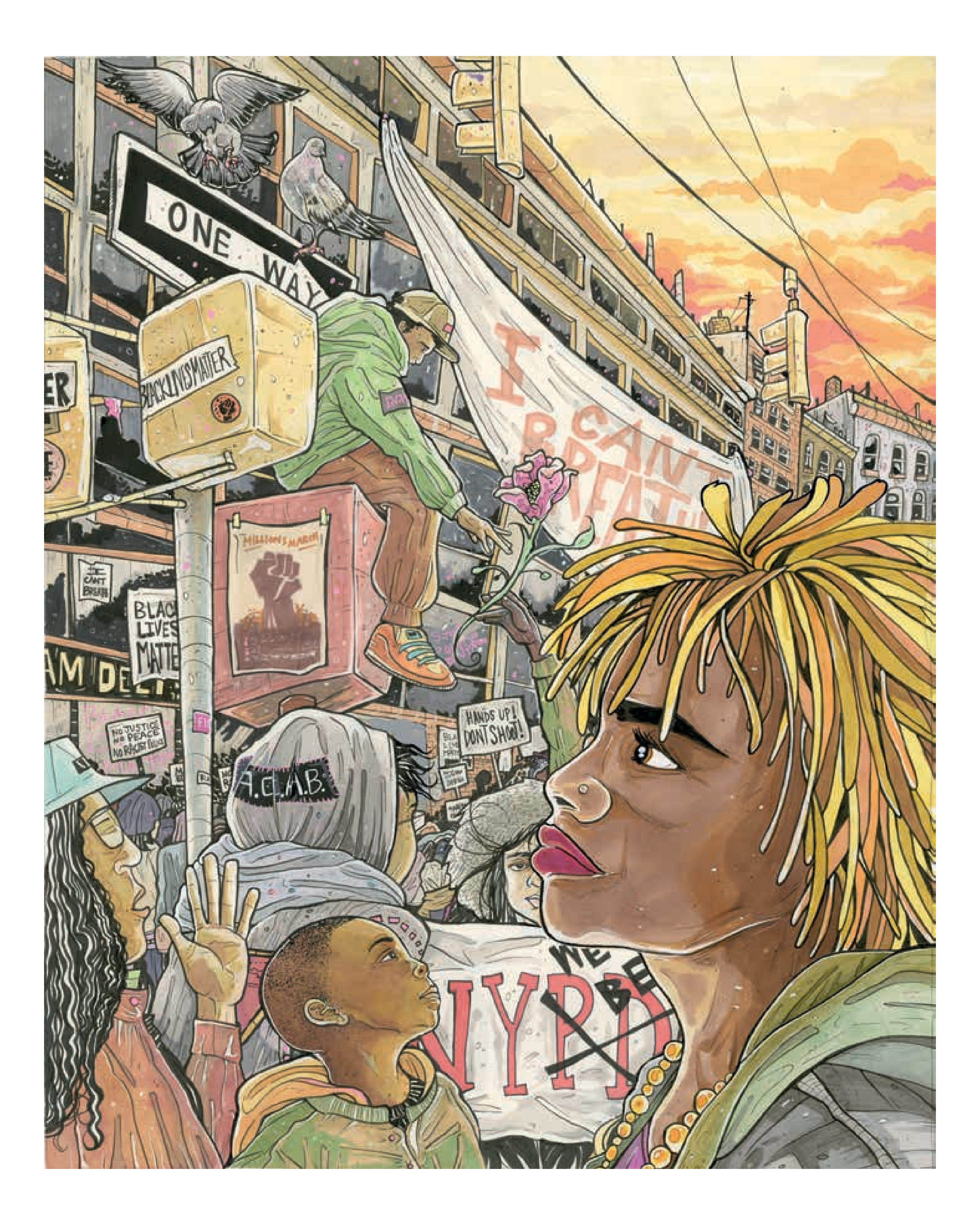
2 Vgl. www.yumpu.com/en/document/view/60053485/yesrepealreferendumspecial#.

NEXT WORLD TAROT

VON CRISTY ROAD

Wie muss sich unser Blick auf Gegenwart und Vergangenheit ändern, um die Zukunft neu zu bestimmen? Um andere Zukünfte vorstellen und gestalten zu können? In ihrem »Next World Tarot« stellt Cristy Road Akteur*innen – vor allem Queers und Women* of Colour – ins Zentrum, deren Perspektiven häufig nur am Rand aktueller politischer Debatten und feministischer Bewegungen vorkommen. Die Karten werden (gemeinsam) neu gemischt, Kontinuitäten und Zusammenhänge erkennbar. Road interpretiert so die bisherige Geschichte queerfeministisch und ermöglicht Einsichten in andere Zukünfte. Manche Karte fügt sie hinzu: Die Revolutionskarte gibt es sonst nicht im Tarot – in diesem ist sie zentral. Geht es ihr doch darum, »die weiße Vorherrschaft und das frauenfeindliche Fundament unseres Polizeistaats zu zerstören; genauso wie die Saat derer, die sich plötzlich von dem hasserfüllten Fanatismus unserer neuen US-Präsidentschaft gestärkt fühlen«.
Als Tochter von Exilkubanern in Miami, Florida aufgewachsen, lebt Cristy Road als Punkmusikerin, Autorin und Künstlerin in New York. Neben einer Reihe von Graphic Novels gestaltet sie Poster, Plattencover und Fanzines. Ihr erstes, das *Greenzine*, bezeichnet sie selbst als eine Art Manifest einer queeren Latina-Missbrauchsüberlebenden und ihrem Weg zu Selbstakzeptanz.

»Judgement«, alle Bilder S. 115–133: © Cristy Road


ONE WAY
BLACKLIVESMATTER
I CANT
BLAC LIVES MATTE
AM DE
HANDS UP! DONT SHOOT!
NO JUSTICE NO PEACE
A.C.A.B.
WE BE
NYPD

»... DAMIT ICH NICHT NOCH WEITER ABGLEITE«

ENTSICHERUNG, ERSCHÖPFUNG UND ENTMENSCHLICHUNG IN DER ALLTÄGLICHEN ARBEIT

DIETER SAUER

Wenn man offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung und Mediendarstellungen folgt, entsteht der Eindruck: Um Wachstum, Wohlstand, Arbeitsmarkt ist es besser bestellt als je zuvor. Es wird das Bild einer Erfolgsökonomie gezeichnet, in der Facharbeitermangel die zentrale Entwicklungsbremse darstelle. Glaubt man manchen wissenschaftlichen Expertisen, verblassen auch die Abstiegsängste: Die Menschen hätten sich zunehmend besser mit den neuen Unsicherheiten arrangiert und gelernt, diese zu bewältigen (Lengfeld 2017, 3). Doch woher kommt dann all die Wut und Verbitterung in wachsenden Teilen der Bevölkerung? Zunehmende Entsicherung und das Gefühl, das eigene Leben nicht mehr planen zu können, bilden schließlich auch den Nährboden für den grassierenden Rechtspopulismus (vgl. Sauer et al. 2018).

Die wirtschaftliche Entwicklung und die konkrete Lebenslage der Menschen sind nicht dasselbe. Fehleinschätzungen der Alltagssorgen hängen auch damit zusammen, dass

die Welt der Arbeit in der Öffentlichkeit nur geringe Beachtung erfährt. Es sind immer nur einzelne Fälle, die öffentliches Interesse erzeugen, wie kürzlich die skandalösen Beschäftigungsbedingungen bei der Post. Dass fast die Hälfte der Neueinstellungen befristet ist und sich die Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt hat, fließt in die Beurteilung der gesellschaftlichen Situation meist nicht ein.[1] Unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind aber nur ein Aspekt des Wandels der Arbeitswelt, Veränderungen im Prozess der Verausgabung von Arbeit (z. B. steigender Zeit- und Leistungsdruck) sind ähnlich folgenreich.

Wir haben im letzten Jahr eine qualitative Befragung unter Gewerkschaftsmitgliedern, Vertrauensleuten und Betriebsräten zum Thema Rechtspopulismus und Arbeitswelt durchgeführt, in der ein Bild über die Zustände in den Betrieben entstanden ist, das in deutlichem Kontrast zu den gängigen Debatten steht.[2] Die von uns befragten Beschäftigten beklagen das öffentliche Desinteresse: Ihren konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen, ihren Sorgen und Nöten werde keine Beachtung geschenkt. Das verstärkt ihre Unzufriedenheit. Dieser Befund soll im Folgenden etwas genauer skizziert werden.

ZUSPITZUNG ARBEITSWELTLICHER PROBLEMLAGEN

Ausgangspunkt der Erzählungen der befragten Kolleg*innen ist zumeist eine Schilderung der betrieblichen Lage und ihrer konkreten Arbeitsbedingungen. Dabei ist in den meisten Fällen von einer Verschlechterung die Rede, die als Teil eines längerfristigen Krisenprozesses gesehen wird. Als »krisenhaft« nehmen die meisten den fortwährenden Druck sowie die permanente Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen wahr, wofür vor allem veränderte Abläufe im Betrieb (Aufspaltungen, Verlagerungen, verstärkte Standortkonkurrenz, Kostensenkungsprogramme) verantwortlich gemacht werden. Solche Einschätzungen haben wir schon in vorangegangenen Studien (vgl. Detje et al. 2011 und 2013) zum Krisenbewusstsein von Arbeitnehmer*innen vorgefunden: Offensichtlich werden die Konsequenzen dieses »Dauerzustands von Krise« von den Beschäftigten einschneidender erlebt als etwa die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise von 2008/09.

DIETER SAUER arbeitet am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung in München und ist Honorarprofessor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Zusammen mit Ursula Stöger, Joachim Bischoff, Richard Detje und Bernhard Müller hat er zuletzt die empirische Untersuchung »Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche« (2018) durchgeführt, aus der die hier diskutierten Befunde stammen.

Wir haben solche Einschätzungen auch in anderen Forschungsprojekten in den letzten 20 Jahren wiederholt vorgefunden. Sie waren unter anderem ein Beleg für unsere These einer permanenten Reorganisation in den Unternehmen, die teilweise unabhängig von jeweiligen Konjunkturverläufen (»ob Boom oder Krise«) bei den Beschäftigten beständig für Unruhe und Druck sorgt (vgl. Sauer 2016). »Krise ist immer« meint auch das Ende von

Normalität: Das Leben in den Betrieben heute kennt keine Ruhephasen mehr. Wenn wir die Beschäftigten fragen, seit wann das denn so sei, nennen sie immer die 1990er Jahre, in denen das alles angefangen habe.

Unser Eindruck ist, dass sich die Verhältnisse in den Betrieben weiter zugespitzt haben, sowohl, was die objektiven Bedingungen angeht, als auch in der subjektiven Wahrnehmung der Beschäftigten. Dieser Eindruck ist vor dem Hintergrund der historischen Tendenz einer permanenten betrieblichen Reorganisation nicht verwunderlich, denn diese folgt einer immanenten Steigerungslogik als Resultat einer finanzmarktorientierten Unternehmenssteuerung (Sauer 2013). Hinzu kommt der neoliberale Umbau der Sozialsysteme, der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse entsichert. »Krise ist immer« bedeutet deswegen nicht nur Unsicherheit, Anspannung und Überforderung, sondern es entsteht eine Abwärtsspirale bei den Arbeitsstandards und -bedingungen. Und dies gilt für ganz unterschiedliche Branchen und Beschäftigtengruppen.

SICHERHEIT DES ARBEITSPLATZES

Trotz angeblich blendender Arbeitsmarktdaten ist unter der Oberfläche die Angst um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes nicht verschwunden. Ein Grund dafür sind ständige Umstrukturierungen in den Unternehmen: Neben den Strukturveränderungen in der Automobil- und der entsprechenden Zulieferindustrie greifen neue Geschäftsmodelle bei den Banken, Telekommunikations- und Logistikunternehmen – um einige der von uns in die Untersuchung einbezogenen Wirtschaftsbereiche zu nennen. Noch wichtiger ist vermutlich die generelle Zuspitzung markt- und renditeorientierter Unternehmensstrategien. Von diesen Sorgen und Problemen berichtet zum Beispiel ein Beschäftigter aus einem kleineren Metallbetrieb, dessen Zukunft als Teil eines Firmenkonglomerats eher ungewiss erscheint: »Wir haben einen Investor, der letztendlich jede Möglichkeit ausschöpft, um Gewinnerträge durch legale Firmenspaltungen zu steigern […], und somit eine politische Situation schafft, die unsicher machen kann. […] da wird Angst geschürt, von wegen Arbeitsplatzsicherheit […]. Und da ist so eine Ohnmacht. Weil selbst wenn wir uns organisieren würden, dann wären wir in diesem Großunternehmen letztendlich ja ein ganz kleines Ding, das man schnell wegkicken kann. Und das wissen die Leute auch.«

Es werden vor allem Betriebsteile mit einem hohen Anteil an Produktionsarbeit verlagert. Die administrativen Bereiche scheinen davon weniger berührt. Das erweckt den Eindruck, dass es immer die »Leute da unten« trifft, es also zu einer ungleichen Verteilung der Restrukturierungslasten kommt. Outsourcing betrifft aber ebenso Dienstleistungstätigkeiten, insbesondere sogenannte transaktionale Tätigkeiten (Administration, Consulting u. Ä.). Eine Betriebsrätin aus der IT-Branche berichtet darüber: »Das ist im Moment gerade ein ganz schweres Thema, diese transaktionalen Tätigkeiten. Und das andere ist die Auslagerung von Dienstleistungen, also im IT-Bereich, die nach Best Shore und Near Shore verlagert werden, weil sie in Deutschland nicht mehr konkurrenzfähig sind. Und das betrifft auch eine sehr, sehr große Anzahl an Beratern, an Consulting-Kollegen, an Administratoren. […] Das ist im Moment sehr, sehr gravierend.«

Entscheidend kommt hinzu: Der Blick in den Abgrund ist furchteinflößend, seitdem mit dem Hartz-IV-Regime soziale Auffangnetze geschwächt, Qualifikationen entwertet und Entgeltsicherungen kassiert wurden. Das macht die Angst vor Erwerbslosigkeit noch größer als früher: Der existenzielle, unaufhaltsame Absturz scheint vorprogrammiert.

PERMANENTE REORGANISATION

Auch unterhalb der Schwelle transnationaler Verlagerungsprozesse findet eine ständige Umstrukturierung statt, die den Charakter einer permanenten Reorganisierung annimmt. Hierbei geht es um eine Verflüssigung von organisatorischen Strukturen, was zu einer ständigen Unruhe in der Belegschaft führt und von ihr eine hohe Flexibilität und Anpassungsbereitschaft verlangt. »Wir hängen eigentlich seit zehn Jahren, wenn nicht sogar noch länger, eigentlich permanent in der Luft. Also wie so ein Fähnchen, das wird halt mal hin und her geschwungen […] ständig ist da Bewegung drin, ständig passiert irgendwas. Aber wo es wirklich hingeht, das weiß kein Mensch.«

Im Zeichen der Digitalisierung ist »Agilität« ein zentrales Stichwort: Alles muss immer flexibler, kurzfristig veränderbar und schneller werden. Vor allem bei älteren Beschäftigten entsteht mit der realen oder erwarteten Digitalisierung ein Gefühl der Überforderung, des »Nicht-mehr-Mitkommens, des Abgehängtwerdens«. Auch bei den Dienstleistungen werden mit der Digitalisierung Arbeitsabläufe automatisiert. Eine Kundenberaterin aus einer Bank berichtet:

»Maschinen können bestimmt gewisse Sachen schneller machen, aber die Menschen nicht. Und wir als Mensch gehen überall verloren, egal in welchem Betrieb. Wir können den Service für den Kunden nicht mehr bieten, wo man eigentlich ja mit dem Kunden sonst ein gutes Verhältnis hat, aber man muss alles bloß schnell, schnell machen. Man wird aggressiv und ausgepowert.«

PREKARISIERUNG

Prekarisierung nimmt allerorts zu, wobei die Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen häufig mit Niedriglöhnen und gebrochenen Berufskarrieren einhergeht. Ein Beispiel aus dem öffentlichen Dienst: Hier wird seit der Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes, mit dem auch sachgrundlose Befristungen ermöglicht wurden, die Befristung oft als Standard genutzt – mit all den Folgen unsicherer Beschäftigung. Ein ver.di-Kollege berichtet, was ein prekäres Bedschäftigungsverhältnis für die Betroffenen bedeutet:

»Meine Zukunftsaussichten sind unklar. Ich bin eingeschränkt in der Frage, kann ich Familie gründen oder nicht? Bleibe ich da, wo ich bin? Wie sicher ist mein Arbeitsplatz? Das wird von Arbeitgebern unterschätzt, was das mit den Arbeitnehmern macht […] wir haben Dienststellen, da sind 100 Prozent aller Neueinstellungen die ersten zwei Jahre befristet. Also die stellen gar nicht mehr unbefristet ein.«

Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen verdecken den hohen Anteil von deregulierten Arbeitsverhältnissen. Die Anworten auf unsere Befragung zum Lohnniveau haben gezeigt, dass nicht nur die »Niedriglöhner« Probleme haben, ihren Lebensunterhalt zu sichern, sondern dass auch gut qualifizierte



»The Magican«

»Normalverdiener« damit zu kämpfen haben, einen auskömmlichen Lebensstandard zu erreichen – und vor allem Sicherheit für die Zukunft.

LEISTUNGSDRUCK

Meist an erster Stelle werden in der Beschreibung der betrieblichen Arbeitssituation der steigende Leistungsdruck und seine gesundheitlichen Folgen genannt. Darüber wird durchgängig berichtet – quer durch alle Branchen und Betriebe –, und das ist für sich genommen schon ein wichtiger Befund. Oft wird der gestiegene Leistungsdruck auf die immer knappere Personalbesetzung zurückgeführt, bei gleichbleibendem oder zunehmendem Arbeitsvolumen. Negative gesundheitliche Auswirkungen sind dann vorprogrammiert. Das thematisierten in unserer Befragung insbesondere Beschäftigte aus den Bereichen Finanzdienstleistungen und Telekommunikation.

»Also die Teams werden immer kleiner, es muss aber das Arbeitspensum gehalten oder noch gesteigert werden. Und jetzt müssen die Arbeit, die vorher vielleicht 25 Leute erledigt haben, 15 oder 17 Leute erledigen, und das auf gleichbleibendem Niveau. Also es wird Effizienz genannt – immer mehr, immer schneller, immer besser. Das übt wahnsinnig viel Druck auf die Leute aus.«

In den Systemen der Leistungssteuerung sind unerreichbare Ziele zentraler Antreiber von Leistungssteigerung. Solche Systeme finden sich – ob nun bezogen auf Teams oder individuelle Beschäftigte – vor allem in den Dienstleistungssektoren (Banken, Telekommunikation, Logistik). Sie sind verknüpft mit aufwendigen Systemen der Leistungskontrolle (Monitoring, Dokumentation, Controlling u. Ä.). Hierzu eine Kundenberaterin aus einer Bank:

»Wenn man einem Hund die Wurst hinhält, die kann man immer höher ziehen. Der erwischt die Wurst nie! Und wenn wir 100 Prozent oder 105 Prozent erreicht haben, super, aber das ist gleich vergessen – es geht ja auch 110. Es wird das Erreichte nicht mehr geschätzt. Und das macht Leute krank.«

In den Produktionsbetrieben gibt es ähnliche Systeme der Leistungssteuerung, von denen vor allem Angestellte betroffen sind. Darüber hinaus wird steigender Leistungsdruck vor allem durch Bedrohungsszenarien (Standortverlagerung) und technisch-organisatorische Veränderungen erzeugt.

DAS REGIME DER UNSICHERHEIT ERZEUGT ABSTIEGS- UND ZUKUNFTSÄNGSTE

Wenn wir von einer Zuspitzung sprechen, meinen wir nicht nur Arbeitsplatzgefährdung, Prekarisierung, Leistungsdruck und Ähnliches. Wir meinen, dass damit zugleich ein betriebliches Ordnungssystem aus den Fugen gerät. Der Kapitalismus als Leistungssystem basiert auf einem Versprechen: Wer seine Arbeit gut und effektiv macht und sich dafür qualifiziert hat, der erhält ein (relatives) Wohlstands- und Sicherheitsversprechen – und wenn es gut läuft, auch ein Aufstiegsversprechen. Das war, wenn man so will, die Grundlage jeder sozialpartnerschaftlichen Politik. Unsere Beobachtung ist nun: Diese Sicherheitsversprechen lösen sich auf, sie kommen unter die Räder eines Regimes der Unsicherheit – so auch das Ergebnis einer neuen Studie der Hans-Böckler-Stiftung (vgl. Hilmer et al. 2017).

Das Regime der Unsicherheit ist auch durch Anerkennungsentzug gekennzeichnet. Man strengt sich an, gibt sein Bestes und wird mit Missachtung belohnt. Nur noch die »nackten Zahlen« gelten etwas, der Mensch und seine Arbeit sind abgeschrieben, berichten uns viele Kolleg*innen. Die Rationalisierung mobilisiert Abstiegs- und Zukunftsängste. Das Zitat eines Facharbeiters aus einem Metallbetrieb ist dafür typisch:

»Ja, im Moment geht es noch [...] ich nehme alle Weiterbildungsangebote, die die Firma mir macht, an. Und ich habe trotzdem das Gefühl, ich muss mich immer mehr abstrampeln, nur um mein jetziges Niveau noch halten zu können. Ich bin nicht derjenige, der auf dem aufsteigenden Ast sitzt, sondern ich



»The Page of Pentacles«

kämpfe
im Prinzip wie die Sau,
damit ich nicht noch weiter abgleite.«

Wo selbst enorme Bildungs- und Arbeitsanstrengungen und Flexibilität, also fortschreitende Selbstoptimierung, kein gesichertes Vorankommen mehr versprechen, bietet der Neoliberalismus, der vorgibt, das Individuum ins Zentrum zu stellen, für große Teile der Bevölkerung keine Zukunftsverheißung mehr.

Die Beschäftigten haben überwiegend kein instrumentelles Arbeitsverständnis. Sie sind qualifiziert, haben Wertschätzung für ihre eigene Professionalität und die ihrer Kolleg*innen, sind interessiert daran, gute Arbeit zu leisten. Betriebliche Restrukturierungsprozesse werden auch nicht an sich negativ bewertet, sie können auch als He-

rausforderung angenommen werden. Doch ob dies geschieht, hängt maßgeblich davon ab, ob die Veränderungen als transparent und bewältigbar erfahren werden und inwiefern es möglich erscheint, die eigene Erwerbsbiografie im betrieblichen Regime aktiv zu gestalten. Diesbezüglich werden jedoch zunehmende Zweifel und Ängste formuliert. Die Unternehmen steuern Arbeitsprozesse mit leistungspolitischen und qualifikatorischen Zielvorgaben, die kaum zu erreichen sind und zu einer permanenten Überlastung führen. Es mangelt nicht nur an den entsprechenden zeitlichen und materiellen Ressourcen, sondern auch an immateriellen Ressourcen wie Anerkennung und Wertschätzung. Diese scheinen in den zunehmend marktgesteuerten Arbeitsprozessen keinen Platz mehr zu haben.

Wenn Anerkennung verweigert wird, wird dies in der Regel von den Beschäftigten als Herabsetzung wahrgenommen. Das Gefühl der Degradierung fällt umso stärker aus, je mehr man bestrebt ist, trotz eines belastenden Arbeitsregimes den eigenen und den Unternehmensansprüchen gerecht zu werden. Kollektive Organisierung und Gegenwehr gegen die Zumutungen des Marktes fallen so zunehmend schwerer. Die Ressource Solidarität schwindet noch weiter.

Zwei Entwicklungen kommen dabei zusammen, die als Kulturwandel bezeichnet werden können: zum einen das abstrakte, über Zahlen vermittelte Primat der »Wirtschaftlichkeit« und »Effizienz«, hinter dem die Qualität der Arbeit und die zugehörige Person verschwinden; zum anderen jene indirekten Steuerungsformen, mit denen »der Markt« an die Stelle der hierarchischen Kommunikation tritt. Doch der Markt ist kein Modus, der Anerkennung generiert. Ebenso wenig schafft er Gelegenheiten und Orte, an denen Solidarität gelebt werden kann. Kolleg*innen berichten von einer Erlahmung des betrieblichen Soziallebens, einer der zentralen Grundlagen von Solidarität.

»Verdichtung ist nicht schneller arbeiten, sondern Verdichtung ist Entmenschlichung [...]. Das heißt, ein soziales Gefüge, dass man sich morgens die Hand gegeben hat, gefragt hat, wie es einem geht, dass man zusammen einen Kaffee getrunken hat am Automaten, um sich gegenseitig aufzubauen, wenn man mal einen Durchhänger hat. Das ist zerstört worden. Es gibt zunehmend keine zusammenhängenden sozialen Beziehungen mehr.«

EROSION POLITISCHER UND GEWERKSCHAFTLICHER GEGENMACHT

Mehr noch als im Betrieb werden die schwachen Gegenmachtressourcen auf der politischen Ebene beklagt. Die von uns Befragten fühlen sich mit ihren Interessen von den etablierten politischen Parteien nicht mehr vertreten. Sie haben den Eindruck, mit ihren Sorgen alleingelassen worden zu sein. Vielfach empfinden sie Zorn gegenüber den politischen Repräsentant*innen. Vom Staat erwarten viele Beschäftigte keine regulierenden Eingriffe oder Lösungen mehr. Nach drei Jahrzehnten neokonservativer und neoliberaler Politik wird dieser nicht mehr nur als entmachtete, sondern häufig sogar als eine feindliche Institution wahrgenommen: als der Staat »der anderen«. Besonders tief sitzt die Enttäuschung über die Sozialdemokratie, die sich von ihrem Anspruch, Interessenvertrete-

rin der Lohnabhängigen zu sein, vollständig verabschiedet habe.

Die Gewerkschaften können im Unterschied zu den sehr viel stärker diskreditierten politischen Parteien noch interessenspolitische Legitimation für sich beanspruchen. Doch auch ihr Kreditspielraum wird geringer. Die institutionellen Strukturen der Interessenvertretung in den Betrieben und in der Tarifpolitik sind zwar noch weitgehend vorhanden, aber sie können die Beschäftigten offensichtlich vor den Zumutungen des Marktes nicht mehr wirksam schützen. Weder auf die Sicherheit der Arbeitsplätze noch auf die Leistungsbedingungen des Großteils der Beschäftigten haben Gewerkschaften nachhaltigen Einfluss – und zwar selbst dort nicht, wo Tarifverträge als Regulierungsinstrument noch anerkannt sind und respektiert werden. Mit dem traditionellen gewerkschaftlichen Instrumentarium kann nicht mehr hinreichend auf die Erfahrungen des Abstiegs, der Abwertung, des Kontrollverlusts sowie auf die wachsenden Zukunftsängste der abhängig Beschäftigten reagiert werden.

Wenn unsere Befragung eines deutlich gemacht hat, dann die Abwärtsspirale bei der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse. Wie sieht die Zukunft aus? Wie mit immer höherem Leistungsdruck, beschleunigter Rationalisierung und verstärktem Druckpotenzial umgehen? Die Antwort kann nicht mehr lauten: Minimierung der Risiken bei Optimierung der Chancen. Der herkömmliche gewerkschaftliche Reformismus überzeugt immer weniger. Das sorgt bei einem Teil der Kolleg*innen für Unruhe und schürt das Verlangen, eine Neuverständigung über die zentralen Gegenwarts- und Zukunftsprobleme herbeizuführen. Auf Abstiegs- und Zukunftsängste müssen Antworten gegeben werden, die letztlich auch vor Systemschranken nicht haltmachen dürfen.

LITERATUR

Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter, 2011: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen, Hamburg

Ders./Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter/Bischoff, Joachim, 2013: Krisenerfahrungen und Politik. Der Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat, Hamburg

Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie (2017), Einstellung und soziale Lebenslage, Working Paper Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 44, Düsseldorf

Lengfeld, Holer, 2017: Abstiegsangst in Deutschland auf historischem Tiefstand. Ergebnisse der Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels 1991–2016. Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig (Fassung vom 21.8.2017), Leipzig

Sauer, Dieter, 2013: Die organisatorische Revolution. Umbrüche in der Arbeitswelt – Ursachen, Auswirkungen und arbeitspolitische Antworten, Hamburg

Ders., 2016: Permanente Reorganisation. Unsicherheit und Überforderung in der Arbeitswelt, in: Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/Schlemmer, Thomas (Hg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen, 37–57

Ders./Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard, 2018: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg

1 Vgl. hierzu den vom DGB und der Hans-Böckler-Stiftung 2018 herausgegebenen »Atlas der Arbeit« unter www.boeckler.de/atlas-der-Arbeit.

2 Die 114 Befragten kamen aus 45 verschiedenen Betrieben/Arbeitsstätten der Metallindustrie und aus Dienstleistungsunternehmen (vgl. Sauer et al. 2018).

DEBATTE

IMPERIALE LEBENSWEISE MEETS KLASSE

STEFANIE HÜRTGEN ▮ FERDINAND MUGGENTHALER

Mit ihrem Konzept der »imperialen Lebensweise« haben Uli Brand und Markus Wissen einen wichtigen Beitrag zur kritischen Analyse global-kapitalistischer Verhältnisse vorgelegt. Der Begriff ist vielschichtig und zielt auf das Ganze der Gesellschaft. Komplementär zum Begriff der Produktionsweise blickt er jedoch aus der entgegengesetzten Richtung. Er zeigt, weshalb die real existierende imperiale Lebensweise, die sozial und ökologisch zerstörerisch wirkt, dennoch hohe Anziehungskraft entfaltet, im sogenannten globalen Norden, aber auch im Süden. An den Begriff wird bereits vielfältig angeknüpft, auch im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Trotz seiner Produktivität gibt es auch Kritik an dem Konzept. Sie bezieht sich zum Teil auf theoretische und politische Aspekte bei Brand und Wissen, zum Teil werden eher verkürzte Lesarten des Begriffs verhandelt, die möglicherweise auch im Text nahegelegt werden. Im Kern der Kritik steht die Auseinandersetzung, inwiefern der »Norden« auf Kosten des »Südens« lebt und inwiefern innergesellschaftliche Ungleichheiten und Klassenverhältnisse im Norden wie im Süden durch diese Perspektive verwischt werden. Brand und Wissen treten selbst für eine Perspektive der verbindenden Klassenpolitik ein. Es geht also weniger um die Frage von Nord-Süd-Gegensatz versus Klassengegensatz, sondern um ihr konkretes Verhältnis und wie daran politisch im Sinne einer ökologischen Klassenpolitik anzusetzen ist.

Wir führen hier die in Heft 1/2018 begonnene Debatte um das Konzept der »imperialen Lebensweise« fort.

DAS NÖRDLICHE »WIR« GIBT ES NICHT

STEFANIE HÜRTGEN

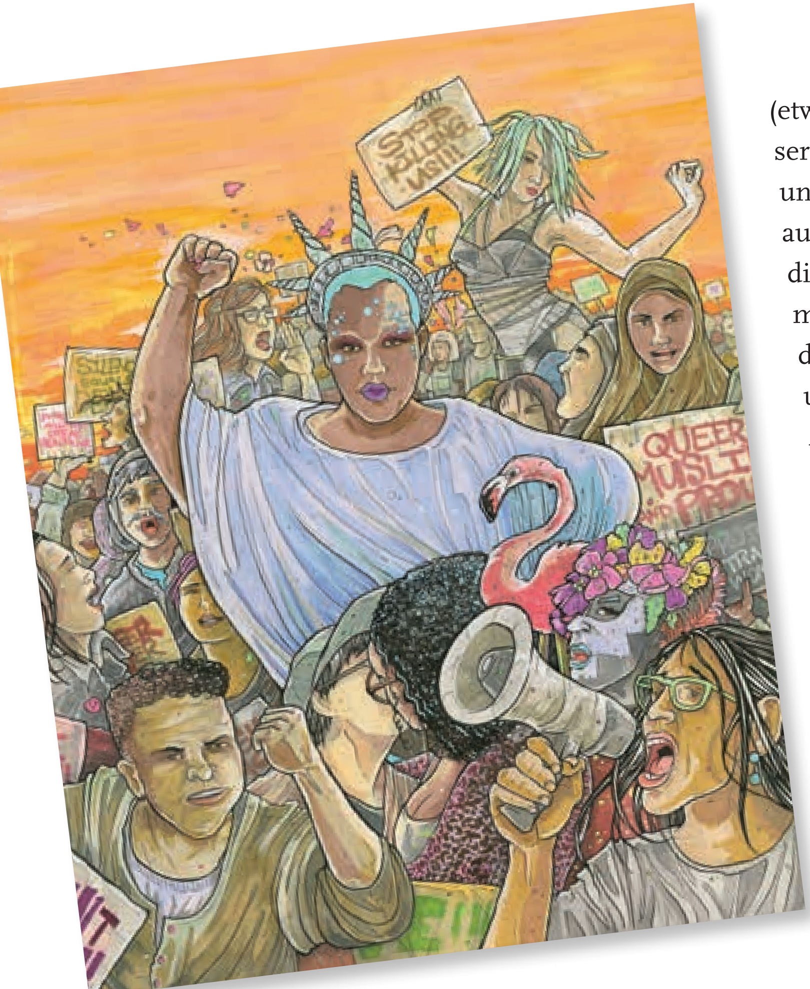
Thomas Sablowski hat in einem Beitrag in dieser Zeitschrift jüngst die weitgehende Abwesenheit klassentheoretischer Bezüge im Konzept der »imperialen Lebensweise« kritisiert (vgl. Sablowski 2018). Ich möchte diese Kritik aufgreifen und weiterführen, teilweise auch mit Blick auf eigene Forschungsarbeiten. Zur Disposition steht dabei nicht das grundlegende Anliegen von Uli Brand und Markus Wissen, auf einer weltweiten Transformationsperspektive zu insistieren, die eben nicht in der Wiederbelebung des »guten alten« industriellen Klassenkompromisses des Fordismus bestehen kann und soll (vgl. Brand/Wissen 2018). Ein progressives Projekt muss darüber hinausweisen, und es muss – wie Brand und Wissen verdeutlichen – transnational und kosmopolitisch sein. Aber ohne einen kategorialen Bezug zu den gegenwärtigen (kapitalistisch-neoliberalen) Produktions- und Arbeitsverhältnissen laufen Brand und Wissen Gefahr, mit einer mittelschichts-vorgestellten Durchschnittsexistenz zu operieren, die zudem aufgrund der gewählten Beispiele noch auf »Konsum« oder auch Lebensstil reduziert wird. Damit bleiben nicht nur die alltäglichen Lebenserfahrungen der Vielen außen vor, sondern auch bei ihnen durchaus anzutreffende widerständige Praxen und Denkweisen.

STEFANIE HÜRTGEN forscht zu Globalisierung und sozialräumlicher Fragmentierung von Arbeit und zur Frage, mit welchen solidarischen, aber auch konkurrenziellen Handlungsorientierungen Beschäftigte diesen Veränderungen begegnen. Derzeit ist sie Assistenzprofessorin an der Universität Salzburg und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

FERDINAND MUGGENTHALER beschäftigt sich seit 2015 als Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der auf Rohstoffexport ausgelegten Wirtschaft in den Andenländern. Seit 2017 leitet er das Stiftungsreferat »Amerika und Vereinte Nationen«. Zuvor war er als Journalist und für die deutsche Sektion von Amnesty International tätig. Er hat ein Diplom in Physik und ist »Kapital«-Lesekurs-Abbrecher.

TRANSNATIONALE PRODUKTION UND SOZIALE FRAGMENTIERUNG

Das Konzept »imperiale Lebensweise« reflektiert nicht, dass wir es mittlerweile auch im globalen Norden mit sozial und regional fragmentierten Wachstumsgesellschaften zu tun haben (vgl. Hürtgen 2015). Konnte man in den ›goldenen‹ wohlfahrtsstaatlichen Zeiten vielleicht noch eher an ein nördliches »Wir« glauben, das »dem« Süden gegenübersteht, so ist dies inzwischen vollends fraglich. Das gegenwärtige transnationale Produktionsregime basiert auf einer (weltweiten) Organisation von Arbeit, die systematisch – und zwar im Norden wie im Süden – Arbeitszusammenhänge fragmentiert und in jeweils viele verschiedene



»Justice«

(etwas) bessergestellte und (hunds-)miserable aufspaltet. Sozialer Ausschluss und Armut bis hin zur Verelendung sind auch in den Gesellschaften des Nordens die Folge – auch aufgrund der Transformation von Welfare zu Workfare, also dem Abbau sozialer Infrastrukturen und der Rücknahme sozialer Rechte. Anders gesagt: die Nord-Süd-Spaltung ist nicht nur eine zwischen Kontinenten, sondern sie verläuft quer zu den Ländern und Regionen, der »globale Süden« ist längst auch im »globalen Norden« beheimatet (vgl. Sassen 1996, Phelps et al. 2018; vgl. zu den Formen internationaler Arbeitsteilung das gleichnamige Stichwort im HKWM Bd. 6/II).

Produktionsseitig betrachtet ist die zentrale Dynamik der permanent vorangetriebenen Aufspaltung von Arbeits- und Lebensweisen eine der Konkurrenz. Der Abbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit im globalen Norden bedeutet die »Rekommodifizierung« von Arbeitskraft, sie also wieder stärker als Ware zu behandeln, bei wachsender Verletzung reproduktiv-leiblicher Bedürfnisse. Und diese Rekommodifizierung erfolgt in Bezug auf einen Weltmarkt von Arbeitskräften und Produktionsstandorten in Konkurrenz. Die transnationale Produktionsorganisation vergleicht – global, regional, lokal – soziale Kosten, und damit Arbeits- und Lebensstandards von Lohnabhängigen, um im Prozess der permanenten betriebswirtschaftlichen »Optimierung« einen Vorteil in der privatkapitalistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu erlangen. Die Folge sind weithin prekarisierte, sozial entsicherte Arbeits- und Lebensverhältnisse in den Gesellschaften des Nordens – aber auch eine Rücknahme von den durchaus errungenen sozialen Rechten und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in vielen städtischen Zentren des globalen Südens. Ein Beispiel hierfür ist Tunesien, wo angesichts dieser gravierenden Verschlechterungen vor knapp zehn Jahren der sogenannte Arabische Frühling begann (vgl. Erdle 2010).

Angesichts dieses *trans*nationalen, in Nord *und* Süd systematisch auf Fragmentierung und sozialer Exklusion fußenden Produktionsregimes nun von linker Seite von einem nationalen oder »nördlichen« *Wir* auszugehen, ist problematisch. Ich habe diese nationalen Konstruktionen in der Degrowth-Debatte als konzeptionellen »wachstumslogischen methodologischen Nationalismus« bezeichnet (Hürtgen 2015). Denn die statistische Verdichtung von Lebensweisen und Konsumnormen als nationale ist selbst Teil einer virulenten herrschenden Ideologie, der man sich nicht – wenn auch ungewollt – anschließen sollte. Ideologisch wird von den transnationalen Ausbeutungsverhältnissen und Zusammenhängen abgesehen, indem man die Frage der sozialen Spaltung permanent als *nationale* Frage thematisiert: Sei es in der Konstruktion von »Deutschland« als Exportweltmeister und »uns« als zugehörigen Deutschen, sei es in der herrschenden, derzeit geradezu hegemonialen Reinterpretation sozialer Bedrohung als »Migrationsfrage«. Beide Male gibt es in Deutschland angeblich keine reale Not und Unsicherheit, sie sei hierzulande nur »gefühlt«. Diese Ideologie des nationalen »Wir«, selbst wenn es kritisch gemeint ist wie im vorliegenden Fall, reproduziert nationale Spaltungslinien und lenkt ab von einem Produktionsmodell, das *quer zu den Ländern* systematischen Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe hervorbringt.

»Revolution«

Es ist unbestritten, dass sozialer Ausschluss für die unterschiedlichen Kontinente, Länder oder sozialen Gruppen nie ›gleich‹, immer anders dramatisch aussieht. Aber das ist Teil der aktuellen Dynamik, die soziale Zusammenhänge immer weiter aufspaltet und immer neue Formen von Ungleichheit schafft. Gemeinsam ist die strukturelle Dynamik des sozialen Auseinanderdriftens. Konsumpraktiken können entsprechend gerade nicht als räumlich-gleiche (nationale, kontinentale usw.) unterstellt, sondern müssen umgekehrt als Bestandteil der – auch subjektiv-distinktiv – vorangetriebenen Fragmentierungslogik angese-

hen werden: Es wird immer entscheidender, wer sich was noch leisten kann! Der in der Tat groteske Run auf SUVs ließe sich beispielsweise thesenartig in einen analytischen Zusammenhang stellen zu den immer breiteren und massiveren sozialen Ausschlüssen: Er wäre dann Symbol keineswegs nur von männlicher, sondern auch von sozialer Stärke, die gerade nicht mehr selbstverständlich ist; oder auch Sinnbild eines kleinfamiliären Sicherheitsraumes angesichts von Gefährdungen aller Art. Es ist jedenfalls irreführend, SUV-Konsum einfach nur als exemplarisch für eine Lebensweise von »uns« oder »hierzulande« anzusehen.

ALLTAGSPOLITISCHE SUBJEKTIVIERUNGEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Meine zweite Kritik bezieht sich auf die Analyse der Subjektivierungsformen. Es ist in linken Theoriekreisen leider verbreitet (und auch Brand und Wissen verfahren so), von den herrschenden Strukturen und Normen auf alltägliche Praxis zu schließen, also deduktiv zu verfahren: Weil (viele) Menschen eine bestimmte Art von Konsum praktizieren, entwickeln sie auch einen entsprechenden Habitus, der auf diese Art von Konsum ausgerichtet ist und beispielsweise SUVs toll findet. Die kritische empirische Subjektwissenschaft zeigt, dass es so einfach nicht ist. Es gibt im (Arbeits-)Alltag verbreiteten Zweifel an »Wachstum«, es gibt unverhoffte Ausstiegsmodelle und Grenzsetzungen bei »ganz normalen« Leuten. In unserer eigenen Studie haben Stephan Voswinkel und ich – obwohl das nicht direkt Thema war – mit einigen dieser »normalen« Beschäftigten zu tun gehabt, die bewusst versuchen, aus dem Konsumhype auszusteigen, weil ihnen das zu stressig ist, weil sie es nicht gut finden, weil sie keine Lust haben, wegen mehr Geld noch länger zu arbeiten oder aus anderen Gründen (Hürtgen/Voswinkel 2014).

Ein weiteres Beispiel sind Vorgänge wie in Templin. Templin ist eine ostdeutsche Kleinstadt mit 16 000 Einwohnern und nicht wenigen Touristen, wo Mitte der 1990er-Jahre zur Vermeidung von Staus ein kostenloses Nahverkehrssystem erprobt wurde. Was war das Resultat? Die Fahrgastzahlen explodierten, nahezu alle nutzten das öffentliche System – woraufhin die Stadt erklärte, dass sie die nunmehr notwendigen Investitionen in Busse, Infrastruktur, Personal und so weiter nicht stemmen könne. Seither werden ähnliche Experimente im herrschenden Diskurs als »leider langfristig doch unrealistisch« dargestellt, während der Großteil der linken Ökologie-Debatte (Ausnahmen z. B. Brie 2009 oder PlanB konkret 2015) dazu schweigt oder schlimmer: weiter von den »verblendeten Normalos« ausgeht. Brand und Wissen setzen zwar für ein künftiges hegemoniales Projekt der solidarischen Lebensweise explizit auch auf »Bewegungen« zur Re-Kommunalisierung sozialer Infrastruktur – aber »Alltag« als zentraler Ort

der Produktion von Sicht- und Handlungsweisen bleibt bei ihnen weitgehend gesetzt, auf den Habitus der imperialen Lebensweise ausgerichtet.

Der Witz an der (Alltags-)Praxis ist aber gerade, dass sie nie nur Abklatsch der herrschenden Verhältnisse ist, sondern diese in je eigener Weise variiert und transzendiert. Eben dieses Potenzial der Transzendenz (und seine konkrete Stärke und Ausrichtung) ist entscheidend für die Frage progressiver gesellschaftlicher Veränderung – und auch nach der Orientierung einer »Bewegung«. Wie weit dieses Potenzial real vorhanden ist, wie weit es reicht, ob und in welcher Weise es progressiv ist, wie genau widersprüchlich – das ist jeweils nur konkret historisch zu untersuchen und zu beantworten. Entsprechend sollten theoretische Verallgemeinerungen über Subjektivierungsformen nicht vorschnell von den herrschenden Normen und Strukturen auf die Alltagspraxis schließen. Denn eine theoretische Diskussion, die Alltagspraxis in ihrer Komplexität nicht zur Kenntnis nimmt und in den eigenen Konzepten aufgreift, macht alltägliche Widersprüchlichkeiten und Widerständigkeiten »kritisch« platt, statt den »bon sens« (Antonio Gramsci), also das Praktisch-Progressive im Alltagsverstand zu stärken und zu fördern.

LITERATUR

Brand, Ulrich/Wissen, Markus, 2018: »Nichts zu verlieren als ihre Ketten?« Neue Klassenpolitik und imperiale Lebensweise, in: LuXemburg 1/2018, 104–111

Brie, Michael, 2009: Entgeltfreier Öffentlicher Personennahverkehr statt »Abwrackprämie«!, rls-Standpunkte 8/2009, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/standpunkte_0908.pdf

Erdle, Steffen, 2010: Ben Ali's ›New Tunisia«. A Case Study of Authoritarian Modernization in the Arab World, Berlin

HKWM – Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, 2004: Internationale Arbeitsteilung, v. M. Candeias, Bd. 6/II, hg. v. W.F. Haug, 1359–1372

Hürtgen, Stefanie, 2015: Das Konzept der strukturellen Heterogenität und die Analyse fragmentierter Wachstumsgesellschaften in Europa, Working Paper 2/2015 der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, www.kolleg-postwachstum.de/sozwgmedia/dokumente/WorkingPaper/wp2_2015.pdf

Dies./Voswinkel, Stephan, 2014: Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte, Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 164, Berlin

Phelps, Nicholas A./Atienza, Miguel/ Arias, Martin, 2018: An invitation to the dark side of economic geography., in: Environment and Planning A: Economy and Space, Vol. 50 (I), 236–244

PlanB konkret, 2015: Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr, hgg. v. Die LINKE im Bundestag, www.plan-b-mitmachen.de/wp-content/uploads/2013/06/150521-plan-b-a5-mobil-web.pdf

Sablowski, Thomas, 2018: Warum die imperiale Lebensweise die Klassenfrage ausblenden muss, in: LuXemburg-Online, Mai, www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-die-imperiale-lebensweise-die-klassenfrage-ausblenden-muss/

Sassen, Saskia, 1996: Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der Global Cities, Frankfurt a. M./New York

DIE STOFFLICHKEIT VON AUSBEUTUNG

FERDINAND MUGGENTHALER

Ulrich Brand und Markus Wissen (2017, 43) schreiben, der Kerngedanke des Begriffs der imperialen Lebensweise sei, »dass das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts ermöglicht wird: über den im Prinzip unbegrenzten Zugriff auf das Arbeitsvermögen, die natürlichen Ressourcen und die Senken[1] [...] im globalen Maßstab«. Kurz: »Die allermeisten Menschen hierzulande« lebten »auf Kosten der Natur und der Arbeitskräfte anderer Regionen in Europa und im globalen Süden«. (Brand/Wissen 2018) Eine zunächst plausible Feststellung. Bei näherem Hinsehen wirft das Konzept aber einige Fragen auf, die zu klären sich lohnt und die Brand und Wissen nur zum Teil beantworten. Wer ist denn gemeint mit den »Menschen hierzulande«? Der Daimler-Arbeiter? Der migrantische Mitarbeiter eine Putzfirma? Die urbane Akademikerin? Die Pflegerin aus der Ukraine? Und was ist gemeint mit ihrer »Lebensweise«? SUV-Fahren? Im Bioladen einkaufen? In der gläsernen Manufaktur von Volkswagen in Dresden den E-Golf zusammenbasteln? Bananen im Supermarkt? Und wo ist »andernorts«? Zählt China noch dazu? Machen nicht auch illegalisierte migrantische Arbeitskräfte, die in Deutschland putzen, die imperiale Lebensweise möglich? Was ist mit abgehängten Regionen, die weder billige Arbeitskraft noch Ressourcen zu globalen Wertschöpfungsketten beizutragen haben?

Und dann ist da noch die Frage, auf die es mir hier vor allem ankommt: Was heißt denn »auf Kosten« anderer leben? Thomas Sablowski (2018) weist hier auf eine Schwäche der Argumentation von Brand und Wissen hin. Sie gehen davon aus, »dass es einen Werttransfer von der Peripherie in die kapitalistischen Zentren bzw. einen ungleichen Tausch zwischen den Zentren und der Peripherie gibt, ohne diesen allerdings näher zu erklären«. Tatsächlich untersuchen Brand und Wissen kaum, worin der »Werttransfer« besteht. Ganz ähnlich wie Stephan Lessenich (2017) mit seiner These der »Externalisierungsgesellschaft« setzen sie den »Werttransfer« eher als offensichtlich voraus, als ihn zu untersuchen. Wie bei Lessenich sind der Gegenstand eher die »imperialen« Gesellschaften, die nicht unbedingt national definiert sein müssen, die einen Stoffwechsel mit der außermenschlichen Natur pflegen, der nicht verallgemeinerbar ist. Tatsächlich ist eine Welt, in der alle 7,6 Milliarden Menschen so viele Ressourcen verbrauchen würden wie ein durchschnittlicher Deutscher, kaum denkbar. Jedenfalls wäre eine ökologische Katastrophe unvermeidlich. Dass sich »unser« Ressourcenverbrauch aufrechterhalten lässt, beruht also darauf, dass er exklusiv ist. So weit, so simpel.

Aber um eine konkrete Utopie einer weniger zerstörerischen, gerechteren Weltarbeitsteilung und Ressourcenverteilung zu denken, genügt das nicht. Wer sich nicht mit der extremen Ungleichheit abfinden will, sollte versuchen, die tatsächlichen Prozesse zu verstehen, die diese Ungleichheit und Exklusivität hervorbringen. Statt ungleichem Tausch oder Werttransfer bietet Sablowski die »unterschiedliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den kapitalistischen Zentren« als Erklärung für die unterschiedlichen Lebensverhältnisse an: »Die Beherrschung des Weltmarktes durch die Zentren auf der Basis überlegener Arbeitsproduktivität und die Marginalisierung peripherer Länder und Regionen sind zwei Seiten einer Medaille. Den peripheren Ländern bleibt dann nur noch die Konzentration auf die Produktion von mineralischen Rohstoffen, die sich auf ihrem Territorium befinden bzw. die Produktion von agrarischen Rohstoffen, die sich aufgrund der klimatischen Bedingungen in den kapitalistischen Zentren nicht herstellen lassen. Um die erste internationale Arbeitsteilung, die Arbeitsteilung zwischen Industrieländern und Rohstoffe produzierenden Ländern zu erklären, bedarf es also nicht des Konzepts des ungleichen Tauschs.« (Sablowski 2018)

Nehmen wir an, er hätte damit Recht.[2] Selbst dann berührt die Erklärung gar nicht den Kern der Kritik, die der Begriff »imperiale Lebensweise« sinnvollerweise transportieren kann. Es kann ja nicht um eine neue Erklärung globaler kapitalistischer Dynamik gehen. Der Nutzen scheint mir in der Popularisierung der Erkenntnis zu liegen, dass eine sozialökologische Transformation nötig ist, aber nicht einfach in der Demokratisierung bestehender Produktionsstrukturen sowie in der Umverteilung und quantitativen Vermehrung des heutigen Warenreichtums bestehen kann.

Sablowskis Verwendung der (objektiven) Ausbeutungsrate als Argument geht in eine ganz andere Richtung: «[…] die Ausbeutungsrate, die durch die Dynamik der relativen Mehrwertproduktion bestimmt wird, [ist] in den kapitalistischen Zentren zunächst höher ist als in der Peripherie. Wenn dem nicht so wäre, würde sich die Produktion auch nicht in den Zentren zusammenballen, weil sie dann unprofitabel wäre.« (Ebd.) Ja, die Ausbeutungsrate eines gut bezahlten und ausgebildeten BMW-Arbeiters ist höher als die einer Näherin in Bangladesch, einer Reinigungskraft oder gar einer Kaugummi-Verkäuferin in einer lateinamerikanischen Metropole. Die Ausbeutungsrate bei Letzterer ist gleich Null, sie wird nicht ausgebeutet, sondern versucht, ein Almosen abzubekommen, obwohl sie für die kapitalistische Produktion (und im Prinzip auch für die Zirkulation) überflüssig ist.

Der Skandal des »auf Kosten anderer leben« lässt sich also gar nicht in kapitalistischen Kategorien beschreiben. Er besteht weder in einem Transfer von Werten im Marx'schen Sinn, noch lässt er sich nach Marktpreisen berechnen. Insofern ist die Formulierung »auf Kosten anderer« irreführend. Vielmehr müs-



»The Chariot«

sen wir nicht-kapitalistische Kategorien heranziehen, zum Beispiel physikalische (CO_2-Äquivalente), biologische (Artenvielfalt), medizinische (Vergiftung) oder subjektive (menschliches Leid), um zu beurteilen, wer wie zulasten anderer lebt. Wir müssen die Frage, auf die der Begriff »imperiale Lebensweise« eine Antwort geben will, neu formulieren. Beruht die beschriebene Lebensweise notwendigerweise auf der Verschlechterung der Lebensverhältnisse »anderswo«? Verschlechtert sie zwangsläufig die Lebensverhältnisse anderswo?

Brand und Wissen ähnlich wie Lessenich streifen nach meinem Eindruck diese Fragen nur. Sie setzen als offensichtlich voraus, dass »das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wesentlich« ermöglicht wird: über 1. »Zugriff auf das Arbeitsvermögen«, 2. »die natürlichen Ressourcen« und 3. »die Senken […] im globalen Maßstab«. (a.a.O.) Für alle drei genannten Punkte lassen sich leicht Beispiele und – zumindest für 1. und 2. – Gegenbeispiele finden, die eine genauere Untersuchung lohnen.

»Unbegrenzter Zugriff auf das Arbeitsvermögen«: Die schlechten Arbeitsbedingungen der Textilarbeiterinnen in Bangladesch oder Kambodscha tragen sicherlich zur Verfügbarkeit von billigen Klamotten bei KIK oder Primark selbst für Subalterne hierzulande bei. Da der Lohnkostenanteil an den Gesamtkosten der Herstellung bisher aber relativ klein ist, ließe sich vermutlich deren Situation verbessern, ohne dass hier der »imperiale Lebensstil« gefährdet wäre. Dass allerdings genug Baumwolle produziert werden könnte, damit alle Menschen auf dem Planeten sooft ihr Outfit wechseln könnten wie der durchschnittliche Mitteleuropäer, scheint mir zweifelhaft. Die Frage ist auch, ob der unbegrenzte Zugriff auf das Arbeitsvermögen überhaupt entscheidend ist. Das menschliche Leid ist teilweise größer unter den Überflüssigen, deren Arbeitsvermögen für die vorherrschenden Produktions- und Konsumptionsweisen gar nicht gebraucht wird.[3]

»Natürliche Ressourcen«: Bestimmte natürliche Ressourcen sind unabdingbar für das herrschende kapitalistische Produktionsmodell und vermutlich für jedes andere. So wird zum Beispiel momentan in der Demokratischen Republik Kongo viel Coltan für die Produktion von Handys gefördert. Dass massenhaft Rohstoffe notwendig sind für das, was Brand und Wissen die »imperiale Lebensweise« nennen, gilt unabhängig von Wert oder Preis derselben. Wenn wir Materieströme in Tonnen betrachten statt Warenströme in US-Dollar, dann bekommen wir einen Eindruck davon. Die weltweite Extraktion in Tonnen (an fossilen Brennstoffen, Mineralien und Biomasse; vgl. Giljum et al. 2014) hat sich im Zeitraum zwischen 1980 und 2008 in etwa verdoppelt. Das lag bei Weitem nicht nur am Bevölkerungswachstum. Auch pro Kopf stieg das Gewicht an verbrauchtem Primärmaterial im selben Zeitraum von 7,9 auf 9,9 Tonnen. Die Ressourcenströme belegen die These vom Verbrauch der Ressourcen aus dem Süden im Norden. Die Extraktion ist vor allem in Asien, Lateinamerika und Afrika gestiegen, in Europa und Nordamerika aber stagniert sie. Ob die Rohstoffe aber notwendigerweise von »anderswo« herkommen, ist eine andere Frage. Mit dem Fracking etwa konnten die USA ihre Abhängigkeit von Ölimporten erheblich reduzieren. Der größte Coltan-Produzent noch vor Kongo ist Australien. Gehört Australien zum »anderswo«?



»The Lovers«

Dass Ressourcenextraktion im »globalen Süden« eine große Rolle spielt, eine größere als die Handelsvolumina in US-Dollar das vermuten lassen, zeigen diese Zahlen. Die genauen Zusammenhänge freilich nicht: Nach den bilanzierten Zahlen, die nicht zwischen Verbrauch in der Produktion und im Konsum unterscheiden, sank von 1980 bis 2008 der Pro-Kopf-Verbrauch in Europa sogar von 16,3 auf 13 Tonnen. Offenbar ein Effekt der Abwanderung der materialintensiven und schmutzigen Produktion nach Asien: Wenn Kohle und Öl nach China geliefert werden und damit Plastikspielzeug für Europa hergestellt wird, bleibt jede Menge Müll in China, der nicht dem Verbrauch Europas zugeordnet wird. In den Bilanzen erscheint er als

Materialverbrauch in China. Eine genaue Analyse kann sich ohnehin nicht allein auf Statistiken stützen, sondern muss konkrete Produktionsprozesse untersuchen. Nur so lässt sich eine Ahnung davon entwickeln, wie gebrauchswertorientierte Produktionsketten und gerechtere, bedürfnisorientierte Verteilsysteme aussehen könnten. »Nutzung der Senken«: Hier scheint mir der Befund am klarsten. Die produzierten CO2-Äquivalente pro Kopf sind im »globalen Norden« am höchsten. Wenn nicht die in den Staaten produzierten Klimagase, sondern unabhängig vom Ort der Produktion alle CO2-Äquivalente verglichen werden, die während der Herstellung der konsumierten Waren entstanden sind, dann fällt die Bilanz noch deutlicher aus. Die Schäden sind aber in ärmeren Weltgegenden am deutlichsten zu spüren.[4] Von dem Anstieg des Meeresspiegels sind selbst Bewohner*innen einer Pazifikinsel betroffen, die weder ausgebeutet werden, noch unter Werttransfer leiden oder Rohstoffe liefern. Der Punkt macht klar: Wir leben vielleicht nicht »auf Kosten«, aber auf jeden Fall zulasten anderer. Rechnungen zum ökologischen Fußabdruck versuchen, das abzubilden.

In der weiteren Diskussion sollten vor allem die Punkte eins und zwei genauer untersucht werden, um eben nicht auf einer moralischen Ebene stehenzubleiben, sondern um die (Klassen-)Kämpfe, aber auch Lebensstilentscheidungen aufzuspüren, die einen transformatorischen Charakter haben könnten. Erst ein besseres Verständnis der Prozesse von der Ressourcenausbeutung bis zum Konsum eröffnet die Chance, eine reale, das heißt mit den Gesetzen in der Physik und Biologie in Einklang stehende Alternative zu denken.

Um eine moralische Frage, die der Begriff »imperiale Lebensweise« stellt, kommen wir aber nicht herum: Ist die globale Ungleichverteilung des Reichtums,[5] sind der Müllexport, die Auslagerung extrem ungesunder Arbeitsplätze, die Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen oder die extrem ungleich verteilte Lebenserwartung bedauerliches Schicksal oder änderbarer Skandal? Ohne den Skandal zu benennen – und das leistet der Begriff imperiale Lebensweise –, wird bei den relativ Privilegierten kein Interesse entstehen, diese Verhältnisse zu ändern. Wer den Skandal nicht empfindet, wird nur versuchen, zu den relativ Privilegierten zu gehören und seine Privilegien zu verteidigen, egal wie hoch seine objektive Ausbeutungsrate ist.[6]

STRATEGISCHE KOPFSCHMERZEN

Mir scheint es notwendig, die hinter dem Begriff »imperiale Lebensweise« stehende Analyse zu schärfen. Aber an der Grunddiagnose kommt eine internationalistische Linke nicht vorbei: Ein Leben auf dem materiellen Konsumniveau der deutschen Mittelschicht (oder wahlweise der französischen, russischen, indischen, chinesischen oder US-amerikanischen) ist jedenfalls insofern imperial, als sie nicht verall-

gemeinerbar ist. Unter den herrschenden Bedingungen gilt aber nahezu weltweit ein solcher Konsumstandard als erstrebenswerter Wohlstand. So wie die meisten Verbrauchsgüter heute hergestellt werden (und einige lassen sich wohl kaum anderes produzieren), geht das nur, wenn andere anderswo zur Produktion beitragen, ohne sie selbst zu verbrauchen, und andere anderswo unter den produktionsnotwendigen Zerstörungen leiden.

An dieser unangenehmen Erkenntnis hat jede Linke schwer zu kauen. Sie bedeutet, dass sich die extreme Ungleichheit auf dem Globus nicht durch bloße Umverteilung oder mit mehr »Entwicklungshilfe« – die gerade als Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen wieder hoch im Kurs steht – abschaffen lässt. Aber diese strategischen Kopfschmerzen sollten nicht dazu verleiten, die Physik der globalen Produktions- und Konsumptionsketten zu verleugnen oder die Ungleichheit hinzunehmen.

LITERATUR

Brand, Ulrich/Wissen, Markus, 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München

Dies., 2018: »Nichts zu verlieren als ihre Ketten?« Neue Klassenpolitik und imperiale Lebensweise, in: Luxemburg 1/2018, 104–111

Giljum, Stefan et al., 2014: Global Patterns of Material Flows and their Socio-Economic and Environmental Implications, www.mdpi.com/2079-9276/3/1/319/htm

Korzeniewicz, Roberto Patricio/Moran, Timothy Patrick, 2009: Unveiling Inequality: A World-Historical Perspective, New York

Lessenich, Stephan, 2017: Neben uns die Sintflut – Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, München

Sablowski, Thomas, 2018: Warum die imperiale Lebensweise die Klassenfrage ausblenden muss, in: LuXemburg Online, Mai 2018, www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-die-imperiale-lebensweise-die-klassenfrage-ausblenden-muss

---

1 Mit Senken werden für gewöhnlich die Aufnahmekapazitäten für CO_2 bezeichnet. Müllabladeplätze lassen sich aber in unserem Zusammenhang auch dazuzählen.

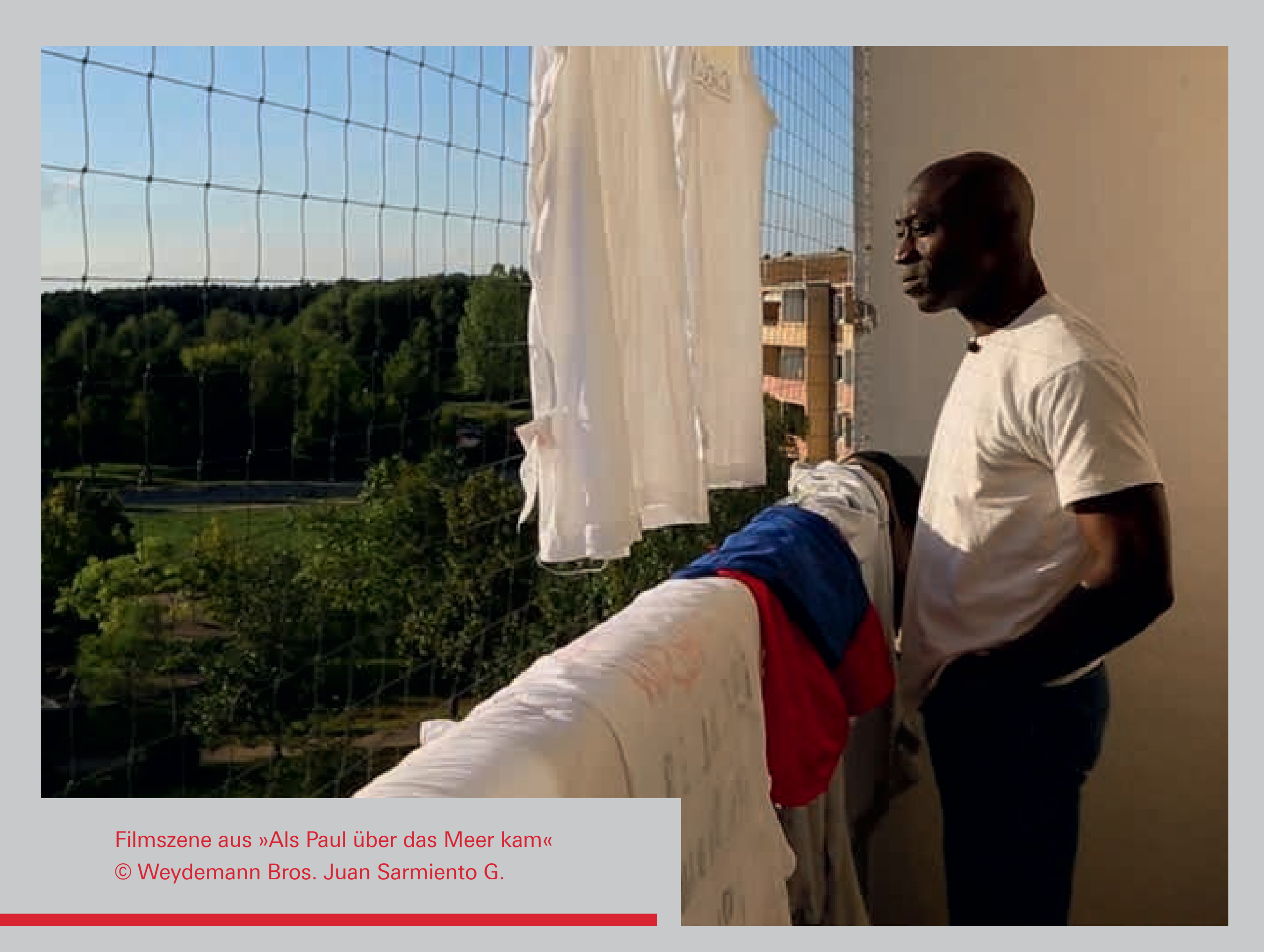
2 Hier kommt es nicht darauf an, die Debatte um die Dependenztheorie zu entscheiden und die Begriffe ungleicher Tausch und Werttransfer zu definieren. Nehmen wir einfach an: Die unterschiedlichen Lebensverhältnisse beruhen nur zum kleineren Teil auf offener Gewalt und Betrug, zum größeren auf Produktivitätsunterschieden und auf dem Erfolg der wohlfeilen Waren auf dem Markt.

3 Der Umstand weist auch darauf hin, dass es sich bei der Weltwirtschaft nicht einfach um ein Nullsummenspiel handelt (was wir verbrauchen, wird anderen weggenommen). Vielmehr ist ja die Masse des produzierten Warenreichtums gestiegen, und zwar deutlich mehr als die Weltbevölkerung.

4 Lessenich (2017) benutzt hierfür den Begriff des »ungleichen ökologischen Tauschs« der Soziologen Andrew Jorgenson und James Rice.

5 Auch die Unterschichten in den industrialisierten Ländern verdienen mehr als die meisten Bessergestellten im »globalen Süden«. Zum Beispiel liegt das Durchschnittseinkommen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung von Guatemala unter dem der ärmsten zehn Prozent der US-amerikanischen Bevölkerung (Korzeniewicz/Moran 2009, zit. nach Lessenich 2017, 157f).

6 Tatsächlich scheinen mir die Angst vor Migrant*innen und Flüchtlingen und die aggressive Abwehr zumindest zum Teil von dem halbbewussten Wissen um diesen Skandal gespeist. Nicht die Menschen, die tatsächlich nach Deutschland kommen, bedrohen »unseren« Wohlstand. Sie wollen jedoch an der »imperialen Lebensweise« teilhaben und erinnern damit daran, dass die extreme Ungleichverteilung der Lebenschancen auf unserem Planeten kein auf Dauer haltbarer Zustand ist. Die »Wirtschaftsflüchtlinge« sind die Träger dieser Botschaft. Aber das ist eine andere Debatte.



Filmszene aus »Als Paul über das Meer kam«
© Weydemann Bros. Juan Sarmiento G.

ALS PAUL AUFS LAND KAM
FILMTOUR DURCH DEN OSTEN

Der Filmemacher Jakob Preuss hat es geschafft, dem Thema Migration ein Gesicht zu geben: Er hat die Flucht des Kameruners Paul Nkamani aus einer Zeltstadt vor den Zäunen der spanischen Enklave Melilla im Norden Marokkos über Spanien und Frankreich bis nach Eisenhüttenstadt und Berlin begleitet. Anfang Mai ging die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der von ihr geförderten Doku »Als Paul über das Meer kam – Tagebuch einer Begegnung« auf Filmtour durch Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.

Es ging darum, der weit verbreiteten negativen Berichterstattung über Geflüchtete etwas entgegenzusetzen und mit Menschen abseits einer Metropole wie Berlin ins Gespräch zu kommen. Abwechselnd bei den Filmvorführungen mit dabei waren Jakob und Harald Preuss. Paul Nkamani, der mittlerweile als Pflegeassistent in einem Altersheim arbeitet und dessen Zukunft in Deutschland dennoch ungewiss ist, bekam leider keinen Urlaub. Das Team musste daher ohne ihn nach Delitzsch, Eilenburg, Pirna, Greifswald, Neubrandenburg, Demmin, Sömmerda und Apolda fahren. Zu den Veranstaltungen, die mit Unterstützung der Landesstiftungen und ihren Kooperationspartnern auf die Beine gestellt wurden, kamen zwischen 12 und 90 Besucher*innen, die sich rege an den anschließenden Diskussionen beteiligten. In Demmin war die Vorführung Teil einer Aktionswoche zur Vorbereitung auf die Proteste gegen den jährlich am 8. Mai stattfindenden Nazi-Aufmarsch. Es zeigte sich, dass es auch in kleineren Städten Netzwerke von Unterstützer*innen gibt, die sich durch AfD & Co. nicht verunsichern lassen und tagtäglich Solidarität und Menschlichkeit zeigen.

Franziska Albrecht

Infos: www.paulueberdasmeer.de

MIT WEM?

ALTERNATIVE ZUR AGENDA 2030?
DISKUSSION ZU GLOBALEN SOZIALEN RECHTEN IN BERLIN

Für Boniface Mabanza sind die UN-Nachhaltigkeitsziele bloße Absichtserklärungen ohne Durchschlagskraft: »Sie werden von keiner Regierung ernst genommen«, kritisierte der Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) bei einer Diskussion Anfang Juni in Berlin. »Niemand hält sich an sie. Die Aufkündigung des Klimaabkommens vonseiten der USA ist der beste Beweis hierfür«.
Im Mittelpunkt der Veranstaltung »Nachhaltig politisieren. Globale soziale Rechte als Alternative zur Agenda 2030« im Global Village stand die Frage, inwiefern sich das Konzept der Globalen Sozialen Rechte (GSR) als kritische Intervention in den Diskurs und die Politiken der Nachhaltigkeitsziele eignet. Das Podium, dem neben Mabanza auch Thomas Seibert von Medico International und Stefanie Kron von der Rosa-Luxemburg-Stiftung angehörten, bildete den Auftakt einer Reihe von Diskussionsveranstaltungen mit dem Titel »Recht haben. Internationale Bewegungen für globale Gerechtigkeit«, einem Kooperationsprojekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags.
Während die UN-Nachhaltigkeitsziele einem Top-down-Modell folgen, werden im GSR-Konzept nicht nur der Staat oder intergouvernementale Organisationen als Akteure von Sozialpolitik »von oben« adressiert. Vielmehr geht es um die Perspektive der Menschen. Sie werden als Subjekte von Rechten begriffen, wobei der emanzipatorische Charakter der Kämpfe im Zentrum steht.

Liza Pflaum

Infos: www.rosalux.de/dossiers/globale-soziale-rechte

FEMINIST FILM WEEK
8.–14. MÄRZ 2018 IN BERLIN

Nach wie vor wird die Filmwelt von einer männlichen weißen Perspektive dominiert. Nicht nur bei großen Festivals, sondern auch in den Kinos gibt es einen wahren Mangel an Vielfalt. Um dem entgegenzuwirken, wurde vor fünf Jahren die Feminist Film Week in Berlin gegründet. Sie gibt jungen, talentierten Frauen, People of Color und queeren Filmemacher*innen die Möglichkeit, sowohl vor als auch hinter der Kamera, als Regisseur*in oder in anderen Rollen der Produktion in Erscheinung zu treten. Einer der diesjährigen Publikumslieblinge war der schwedische Film »Beyond Dreams« von Rojda Sekersöz (siehe Beitrag in diesem Heft).
Die Veranstaltung wurde unter anderem mit Mitteln der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

Mehr Infos: http://berlinfeministfilmweek.com

HAMBURGER GITTER
DOKUMENTARFILM ÜBER G20-PROTESTE

Die Polizei sucht weiter mit allen Mitteln nach Hunderten Verdächtigen, die Politik fordert harte Strafen, die wenigen kritischen Stimmen kommen gegen den allgemeinen Ruf nach *law and order* kaum an. Interviewpartner*innen aus Behörden sowie aus Medien, Wissenschaft und aktivistischen Strukturen ziehen in dem Dokumentarfilm »Hamburger Gitter« eine Bilanz der G20-Proteste in der Hansestadt im vorigen Jahr. Markierte der Gipfel einen Wendepunkt in der deutschen Sicherheitspolitik? Die Gespräche werden umrahmt von Filmmaterial, das während der Gipfelproteste entstanden ist. Die 76-minütige Produktion des Filmkollektivs Leftvision wurde mit Mitteln der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.

Mehr zum Film unter: www.hamburger-gitter.org



Beim politischen Sommerpicknick Mitte Juni in Berlin. Foto: rls

KAPITALISMUS ZU KOMPOTT
POLITISCHES SOMMERPICKNICK IN BERLIN

Um das globale Geschäft mit dem Essen, um kritischen Konsum und um Formen der Solidarität in Lieferketten drehte sich Mitte Juni das zweite politische Sommerpicknick »Aufstand am Tellerrand« in Berlin. Im Prinzessinnengarten und im Theater im Aufbau-Haus Kreuzberg kamen etwa 350 Konsument*innen, Aktivist*innen und Expert*innen zusammen und diskutierten über die lokalen Auswirkungen globaler Konsummuster und Lösungsansätze im Sinne der Ernährungssouveränität. Dabei ging es vor allem um Arbeitsbedingungen etwa auf Teeplantagen in Kenia, in den Gewächshäusern Südspaniens oder in der solidarischen Landwirtschaft in Deutschland. Trevor Christians von der südafrikanischen Gewerkschaft CSAAWU berichtete, wie ihr Streik in der Weinkellerei Robertson durch Aktivist*innen und Gewerkschaften in Dänemark unterstützt wurde. Sie brachten Supermarktketten dazu, den importierten Robertson-Wein zeitweise aus den Regalen zu nehmen, was den Druck auf das Unternehmen erhöhte. Die Bundestagsabgeordnete Eva-Maria Schreiber (DIE LINKE) und Marita Wiggerthale von Oxfam machten sich für eine Regulierung von globalen Lieferketten stark, wie sie im Menschenrechtsrat der UNO in Genf gerade verhandelt wird.

Das Sommerpicknick bot vielfältige Formate für einen Einstieg ins Thema: moderierte Expertenrunden, Gespräche mit lokalen Initiativen und Interviews mit Aktivist*innen. Deutlich wurde, dass der Einfluss von Konsument*innen auf globale Lieferketten meist da aufhört, wo Labels und ein »nachhaltiges« Image der Konzerne verantwortungsvollen Konsum versprechen, die Produktions- und Arbeitsbedingungen aber im Verborgenen bleiben.

Nadja Dorschner



UMKÄMPFTER HEIMATBEGRIFF
SEMINARREIHE IN BERLIN

»Heimat« hat Konjunktur. Mit dem schnellen sozialen Wandel schwinden die erlebbaren stabilen Zeiträume, Erfahrungsräume lösen sich auf. Dies führt zu Verunsicherung und steigert das Bedürfnis nach Verlässlichkeit und Überschaubarkeit. »Heimat« bedeutet Erinnerungsarbeit, drängt zur Bewahrung des Bekannten. Bekenntnis zur Heimat kann Abwehr des Neuen und Fremden ebenso bewirken wie Teilhabe am und Mitgestaltung im eigenen Lebensumfeld anregen. Diese Unbestimmtheit des Heimatbegriffs macht ihn zur umkämpften Metapher, zum »Rohstoff des Politischen«, mit dem das »Unabgegoltene ebenso wie das Überholte« (Negt/Kluge 1992) ausgedrückt werden kann. Mit dem Ende des sozialistischen Versuchs, Heimat aufzubauen, schwoll der konservative Heimatdiskurs an, während die Linke aufhörte, Heimat dialektisch zu denken. Inzwischen ist klar: »Es hängt für die politische Linke viel davon ab, dass sie den Wunsch nach Beheimatung nicht als ewiggestrig abtut.« (Fischer/Hoff 2018)
Wie können sich die Linken hier positionieren? Zu diesen Fragen lud der »Gesprächskreis Kultur« Ende Juni zu einem Seminar in den Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein. Mit dabei waren unter anderen der Kulturwissenschaftler Dietrich Mühlberg, die Ethnografin Ute Mohrmann sowie Hans-Peter Krüger, politischer Philosoph. Für den 19. Oktober ist ein zweiter Teil der Veranstaltung geplant.

Mehr Infos: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/CWAH2

GROSSES INTERESSE UNTER JÜNGEREN
FÜNF MARX-KONFERENZEN BUNDESWEIT

Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen unterschiedlichen Zuschnitts würdigten die Landesstiftungen zwei Jubiläen: den 150. Jahrestag des Erscheinens des »Kapitals« und den 200. Geburtstag von Karl Marx. Das Spektrum reichte von Seminaren über Ausstellungen und thematische Stadtspaziergänge bis hin zu wissenschaftlichen Konferenzen. Die meisten der Veranstaltungen wurden mit langjährigen Kooperationspartnern realisiert. Auf fünf zentralen Konferenzen mit jeweils mehr als 100 Teilnehmer*innen wurden Fragen der Rezeption des Marx'schen Erbes und seine Bedeutung für heutige Kämpfe diskutiert. Bemerkenswert war der hohe Anteil jüngerer Besucher*innen, die ein großes Interesse an sich auf Marx beziehenden linken Zukunftsvorstellungen hatten.

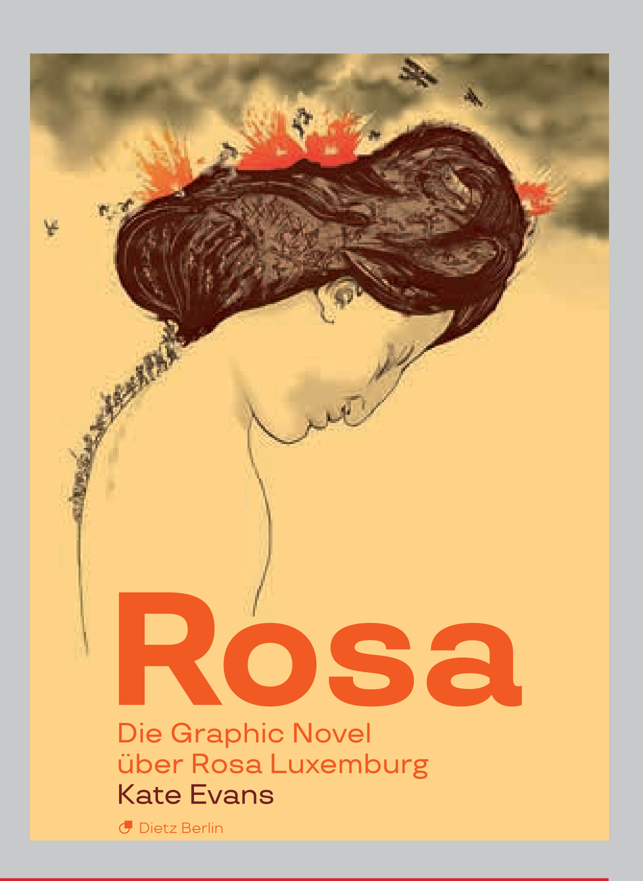
Mehr Infos: https://marx200.org/blog

»BRAVE NEW TURKEY?«
VERANSTALTUNGEN IN BERLIN ZUR POLITISCHEN LAGE IN DER TÜRKEI

Im politischen Jargon der AKP ist die Rede von einer »Neuen Türkei« fest verankert. Mit der wachsenden Anzahl von Militärinterventionen, dem seit Juli 2016 geltenden Ausnahmezustand und der Einführung eines Präsidialsystems schreibt das Land immer neue Kapitel der »Erneuerung« im antidemokratischen Sinne. Die Gesprächsreihe »Brave New Turkey?« diskutiert diese Entwicklungen ebenso wie die Frage, was den neo-osmanischen Allmachtsphantasien der Erdogan-Regierung entgegengesetzt wird. Die ersten Veranstaltungen fokussierten auf Rechtsstaat, Meinungsfreiheit und politischen Alltag. Im Herbst werden Strategien der LGBTIQ*-Bewegung (9. Oktober) sowie städtische Konflikte und Kämpfe (6. November) im Salon der Stiftung am Berliner Franz-Mehring-Platz 1 vor- und zur Diskussion gestellt. Beginn ist jeweils um 19 Uhr.

Mehr Infos: www.rosalux.de/news/id/38509

Die Graphic Novel »Rosa« ist von mehreren Zeitungen zum »Grafikbuch des Jahres« gekürt worden. Das Werk von Kate Evans zeigt die intellektuelle Welt von Rosa Luxemburg im Kontext einer bewegenden Lebensgeschichte. Erschienen bei Dietz Berlin.
Mehr unter: www.dietzberlin.de



»ANDERS WACHSEN!«
BUCH ÜBER ALTERNATIVEN ZUM KAPITALISTISCHEN WIRTSCHAFTEN

Der von der Stiftung geförderte Sammelband dokumentiert Vorträge, die in den vergangenen Jahren von Studierenden der Universität Leipzig organisiert wurden. In der Lokalgruppe der internationalen Organisation Oikos, die sich der Stärkung des Themas sozialökologischer Umbau in der Wissenschaft verschrieben hat, setzten sie sich kritisch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und mit alternativen Konzepten auseinander. Dementsprechend groß ist die Bandbreite der Themen und Autor*innen.

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert, wobei im ersten die Krisen der Wachstumsgesellschaft analysiert und systemimmanente Lösungsvorschläge zurückgewiesen werden, während sich der zweite der Aufgabe einer grundlegenden sozialökologischen Transformation widmet. Die ersten beiden Texte bieten eine fundamentale Kritik an der »Externalisierungsgesellschaft« (Stephan Lessenich) und der »imperialen Lebensweise« (Ulrich Brand/Markus Wissen). Es folgt ein Beitrag von Hartmut Rosa, der dem allgemeinen Zwang zu Wachstum und Beschleunigung den Begriff Resonanz gegenüberstellt. Anschließend wird Ansätzen, die mithilfe neuer Technologien ein »grünes« Wachstum erreichen oder die Trendwende allein durch individuelle Konsumentscheidungen herbeiführen wollen, eine Absage erteilt.

Im zweiten Teil werden Konzepte wie Solidarische Ökonomie, »Ecommony«, ethischer Welthandel, Postwachstumsökonomie und Suffizienz, die auf eine Systemüberwindung abzielen, vorgestellt. Besonders erwähnenswert ist der Beitrag zu Buen (Con)Vivir von Muruchi Poma, der dieses indigene Konzept detailliert in Abgrenzung zu westlichen Entwicklungsvorstellungen beschreibt. Eher überraschend ist, dass die »Vier-in-einem-Perspektive« von Frigga Haug und das bedingungslose Grundeinkommen in diese Sammlung Eingang gefunden

haben. Mit ihrer Intention, die Erwerbsarbeitszeit zu begrenzen und die Sorgearbeit aufzuwerten, weisen auch diese Konzepte über den gegenwärtigen Kapitalismus hinaus. Ein weiterer Pluspunkt des Buches: Nahezu alle Beiträge betonen die Bedeutung demokratischer Beteiligung an der angestrebten gesellschaftlichen Transformation.
Für Einsteiger*innen bietet das Buch einen guten Überblick zu aktuellen Diskussionen. Schade nur, dass die doch in ihren theoretischen Grundlagen und auch ihrem Menschenbild sehr unterschiedlichen Ansätze unkommentiert und unvermittelt nebeneinanderstehen und sich nicht aufeinander beziehen. Eine lobenswerte Ausnahme in dieser Hinsicht stellen die Texte von Judith Dellheim und Friederike Habermann dar. Die Aufgabe der Einordnung hätte ein einleitendes Kapitel übernehmen können, das die verschiedenen Konzepte in einem weiteren Diskursfeld verortet.

Brigitte Kratzwald

Maximilian Becker/Mathilda Reinicke (Hg.): Anders wachsen! Von der Krise der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft und Ansätzen einer Transformation. Oekom 2018

WENN DER GÜRTEL NICHT MEHR ENGER GEHT
WAS AUSTERITÄT FÜR FRAUEN BEDEUTET

Seit Beginn der Finanzkrise 2007 leiden viele europäische Länder unter einer strikten Austeritätspolitik. Der Imperativ des Sparens zugunsten besserer Konkurrenzfähigkeit und Schuldenvermeidung hat verheerende Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen.
Wie wirkt sich Sparpolitik auf Geschlechterrollen und Familienstrukturen aus? Wer übernimmt Erziehung und Pflege von Jung und Alt, wenn der Staat keine Unterstützung mehr bietet? Wo bleiben Frauen, wenn es keine Zufluchtsstätten für Opfer häuslicher Gewalt gibt? Und wer bringt die ungewollten Kinder durchs Leben, wenn Abtreibung nicht mehr erlaubt ist?
Die von der Stiftung in Auftrag gegebenen und unter dem Titel »Austerity, gender inequality and feminism after the crisis« veröffentlichten Länderstudien suchen Antworten auf diese Fragen und formulieren Forderungen einer linken feministischen Politik, die auf sozialer Gerechtigkeit und einer Gleichstellung der Geschlechter basiert.

Mehr Infos: www.rosalux.de/austerity

100 JAHRE NOVEMBERREVOLUTION
MATERIALIENHEFT VERSAMMELT BEITRÄGE ZU DEN EREIGNISSEN 1918/19

Das 100. Jubiläum der deutschen Revolution 1918/19 wird von der Stiftung unter anderem mit einer Bildungsbroschüre in der Reihe »Materialien« begleitet. Sie bietet grundlegende Informationen zu Ursachen, Verlauf und Folgen dieses bedeutenden Ereignisses. Die von Historiker*innen verfassten Beiträge untersuchen verschiedene Themen und Akteure: So informiert Mario Hesselbarth über die Rolle der USPD, Karsten Krampitz untersucht die eher unrühmliche Rolle der evangelischen Kirche und Gisela Notz berichtet über die Einführung des Frauenwahlrechts. Axel Weipert – Herausgeber des Heftes, zusammen mit Bernd Hüttner – befasst sich mit der Bedeutung des Rätegedankens, während Anja Thuns eindrücklich beschreibt, wie Frauen sich später an die Revolutionsereignisse 1918/19 erinnert haben.

Mehr unter: www.rosalux.de/publikationen



WISSENSCHAFT UND FRIEDEN 3/2018

»GENDER IM VISIER«

María Cárdenas: Editorial

Jürgen Nieth: Abschiebe-Poker

Rainer Werning: Längst überfälliger Gipfel

Ralf Buchterkirchen: Männlichkeit im Militär

Sarah Steube: Militär und Männlichkeit Die Funktion militärischer Männlichkeitsmythen

Ray Acheson: Gender und Drohnen

Claudia Brunner: Zwei Paar Schuhe? Friedens- und Konfliktforschung braucht Gender Studies

Alejandra Londoño: »Gender-Ideologie« in Kolumbien

Heidi Meinzolt: UN-Resolution 1325 in Deutschland

Ruth Seifert: Sexualisierte Gewalt als »Kriegsstrategie«?

Monika Hauser: Verantwortung für gewaltfreie Zukunft

Anne Menzel: Geld ist unser Hauptproblem!

Tim Bausch & Carolina Rehrmann: Gewalt, Geschlecht und Militär Die Bundeswehr auf feministischem Terrain?

Anne Bieschke: Historisches Vorbild Bertha von Suttner und die Frauen für Frieden

Jana Hornberger: »Dieser Körper gehört mir!« Der Kampf gegen Feminizid in Guatemala

W&F 3/2018 Juli 2018, 9 Euro
ISSN 0947-3971
www.wissenschaft-und-frieden.de



Z 115

VON DER NOVEMBERREVOLUTION ZUM »DEUTSCHEN OKTOBER«

Stefan Bollinger: Vom Schicksal der »wunderlichsten aller Revolutionen«

Klaus Gietinger: Bekanntes und Unbekanntes aus der Novemberrevolution 1918/19

Holger Czitrich-Stahl / Rainer Holze: 100 Jahre Novemberrevolution Ein Literaturbericht

Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg und die welthistorische Bedeutung von Revolutionen

Gerhard Engel: Die »Internationalen Kommunisten Deutschlands« (IKD) und die Gründung der KPD während der Deutschen Revolution 1918/19

Mirjam Sachse: Zwischen Hungerrevolten und »Freiwilliger Nahrungsmittelpolizei«

Kleine Auswahlbibliographie: Novemberrevolution 1918/19 in »Z«

Harald Jentsch: Die KPD 1919 bis 1924 Teil I: Zwischen Offensivtheorie und Einheitsfronttaktik

Michael Buckmiller: Schaltjahr 1923 Proletarische Revolution und/oder Arbeiter-Koalitionsregierung? Das Beispiel Sachsen/Thüringen

Jörg Wollenberg: Wilhelm Dittmann – Ein ungeliebter demokratischer Sozialist

Z 115, August 2018, 10 Euro
ISSN 0940-0648
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

WIDERSPRUCH
Beiträge zu sozialistischer Politik

WIDERSPRUCH 71

SOUVERÄNITÄT, FÖDERALISMUS UND AUTONOMIE

Wolf Linder Schweizerischer Föderalismus in gesellschaftspolitischer Perspektive

Marianne Haueter/Therese Wüthrich Spitalkämpferinnen für eine wohnortsnahe Geburtshilfe

Regula Flury »Was wäre die Schweiz ohne ihr Alter Ego, den Ausländer?« Interview mit Kijan Espahangizi, Francesca Falk und Rohit Jain

Moritz Rosenmund Bröckelnde Autonomie im Schweizer Bildungsföderalismus

Philippe Koch Munizipalismus ohne die Schweiz? Emanzipatorisches Potenzial der Gemeindeautonomie

Niki Kubaczek/Gerald Raunig Ein Jahrzehnt der Gegenmacht. Die neue munizipalistische Bewegung in Spanien

Panagiotis Sotiris Volkssouveränität. Eine internationalistische Wiederaneignung von links

Pit Wuhrer Therearemanyalternatives Welto ene Nationalismen in Schottland und Nordirland

Roland Herzog Das katalanische Labyrinth

Thomas Schmidinger Demokratischer Konföderalismus Rojava – Entstehung und Bedrohung des kurdischen Selbstverwaltungsmodells

***

DISKUSSION

AG Hochschulpolitik Freiheit der Wissenschaft? – Ökonomisierung der Hochschule und Debatten um Wissenschaft

Mascha Madörin Die kleingerechnete Ungerechtigkeit. Neue Zahlen zu den Einkommenslücken zwischen den Geschlechtern

Hans Ulrich Jost Den Sozialstaat verhindern Wie rechtsbürgerliche Kräfte den Generalstreik von 1918 instrumentalisieren

Friederike Kretzen We can't go home again Versuch zu 68

Juni 2018, 172 Seiten, €18.– (Abo. €27.–)
ISBN-10: 3858698016
www.widerspruch.ch



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2018
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, barbara.fried@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 44310-404
Redaktion: Harry Adler, Michael Brie, Johanna Bussemer, Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried, Julia Garscha, Corinna Genschel, Henning Heine, Lukas Hoffmann, Christiane Markard, Ferdinand Muggenthaler, Miriam Pieschke, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Hannah Schurian, Ingar Solty, Silke Veth, Moritz Warnke, Florian Wilde, Alex Wischnewski und Kerstin Wolter

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler, harry.adler@rosalux.org
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur; www.text-arbeit.net

Beileger: Neues Deutschland

Grafik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und Kommunikationsdesign, www.matthies-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,
Druck auf PEFC-zertifiziertem und säurefreiem Papier



1/2018 ERST KOMMT DAS FRESSEN

Das globale Ernährungssystem scheitert nicht nur an dem Anspruch, die Welt satt zu machen. Es schafft auch neue Abhängigkeiten und untergräbt die Selbstbestimmung von Staaten und lokalen Gemeinschaften. Es sind die Bewegungen von Landlosen und Kleinbäuer*innen im globalen Süden, die sich seit Jahrzehnten für »Ernährungssouveränität« stark machen. Für sie ist der Kampf gegen das Ernährungsregime der Konzerne ein Kampf um Demokratie. Auch hierzulande regt sich Widerstand gegen die Nahrungsmittelindustrie, nicht erst seit den »Wir haben es satt«-Demonstrationen. Wie lässt sich diese Kritik von links aufgreifen und zuspitzen?

BEITRÄGE VON Philip McMichael | Stephanie Wild | Christa Wichterich | Kalyani Menon-Sen | Kirsten Tackmann | Saturrnino M. Borras | Linda Rehmer | Benjamin Luig | Steffen Kühne | Markus Wissen | Ulrich Brand | Rhonda Koch | Michael Bättig u.a.

Juni 2018, 132 Seiten



2–3/2017 MARXTE NOCH MAL?!

Am 5. Mai 2018 wäre Karl Marx 200 geworden. Wie lässt sich heute an sein Werk anschließen? Und zwar so, dass die Theorie zum Maßstab für verändernde Theorie und Praxis werden kann? Als Politiker wird Marx in der Linken wenig diskutiert, dabei lässt sich für aktuelle Strategiefragen vieles lernen. Wie könnte »Marx-Consulting« die heutige Gewerkschaftspolitik befruchten? Wie kann ein von Marx inspiriertes Denken einen klassenpolitischen Feminismus bereichern? Warum eigentlich heute Marxist*in werden, und noch wichtiger: bleiben? Und wie steht es mit dem Subjekt der Revolution, der Transformation, der revolutionären Realpolitik?

BEITRÄGE VON Bini Adamczak | Elmar Altvater | Alain Badiou | Michael Brie | Tithi Bhattacharya | Alex Demirović | Michael Hardt & Antonio Negri | Frigga & Wolfgang F. Haug | Michael Heinrich | Stefanie Hürtgen | Katja Kipping | Marcello Musto | Karl Heinz Roth | Klaus Weber u.a.

Januar 2018, 196 Seiten

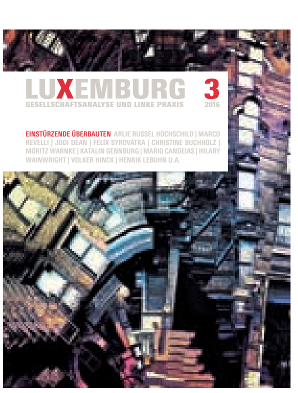


1/2017 EINWANDERUNGSSCHLAND

Die Rechte stellt die soziale Frage rassistisch. Daran polarisiert sich auch die linke Debatte: Anti-Rassismus in den Vordergrund oder endlich wieder diejenigen ins Zentrum stellen, die linke Politik nicht mehr erreicht? Für globale Gerechtigkeit streiten oder erst hier soziale Schieflagen ins Lot bringen? Das Heft sucht nach Ansätzen einer antirassistischen Klassenpolitik jenseits sozialer und politischer Spaltung. Wie lassen sich die Kämpfe der Migration mit sozialen Garantien in einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft verbinden? Und wen können wir für ein solches Projekt gewinnen?

BEITRÄGE VON Keeanga-Yamahtta Taylor | Trésor | Elke Breitenbach | Lena Kreck & Jörg Schindler | Stefanie Kron | Katja Kipping | Juliane Karakayalı | Stephan Lessenich | Leoluca Orlando | Helene Heuser | Kirsten Schubert | Christoph Spehr | Birgit zur Nieden u.a.

April 2017, 148 Seiten



3/2016 EINSTÜRZENDE ÜBERBAUTEN

Brexit, Trump und Erfolge der AfD markieren die Krise der Demokratie. Rechte Forderungen nach »Souveränität« und Kritiken an »Politiker-Filz« verfangen massenhaft, weil sie ›Wahres‹ treffen: Der autoritäre Neoliberalismus hat die politischen Formen ausgehöhlt. Sozialdemokratische Parteien zerfallen, die europäischen Institutionen sind reformunfähig, vielfach bildet sich gar kein ›Block an der Macht‹, halten sich konkurrierende Eliten lediglich in Schach. Wir erleben eine Zeit EINSTÜRZENDER ÜBERBAUTEN. In dieses Vakuum stoßen rechte Bewegungen und Parteien. Solange die Linke keine mitreißende Alternative präsentiert, bleibt die Identifikation mit ›Anpackern‹ von Trump bis Renzi, bleibt der ›Populismus von oben‹ das beste Spiel.

BEITRÄGE VON Arlie Russel Hochschild | Marco Revelli | Jodi Dean | Christine Buchholz | Volker Hinck | Hilary Wainwright | Katalin Gennburg | Moritz Warnke | Henrik Lebuhn | u.a.

Dezember 2016, 124 Seiten


EINE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
VON #METOO ZU #WESTRIKE
EINSTIEGE IN EINE FEMINISTISCHE TRANSFORMATION
GENDER ALS SYMBOLISCHER KITT
TRANSFEMINISMUS UND NEUE KLASSENPOLITIK
FAMILIEN- UND GESCHLECHTERPOLITIK Á LA AFD
KINDER, KÜCHE, KLASSENKAMPF
LEBENSWEISE ALS FRAGE GLOBALER GERECHTIGKEIT
ISSN 1869-0424